

Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

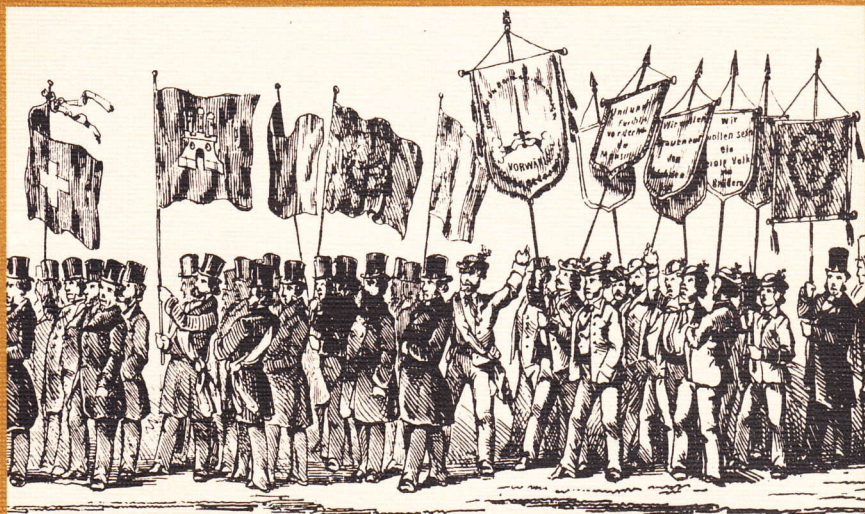
Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

ANGELIKA VOSS-LOUIS

Hamburgs Arbeiter- bewegung im Wandel der Gesellschaft

Eine Chronik
Band 1
1842—1890



CHRISTIANS

CHRONIK DER ARBEITERBEWEGUNG

ANGELIKA VOSS-LOUIS

Hamburgs Arbeiterbewegung
im Wandel
der Gesellschaft
Eine Chronik

Band 1
1842–1890

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR SOZIAL-
UND ZEITGESCHICHTE
BEIHEFT 3

*Im Auftrag der Forschungsstelle für die Geschichte des
Nationalsozialismus in Hamburg und der Hamburger
Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von Werner Jochmann, Werner Johe und
Ursula Büttner*

Umschlagbild: Der Arbeiterbildungsverein
im Hamburger Festzug zum 100. Geburtstag
Friedrich Schillers 1859

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Voss-Louis, Angelika:
Hamburgs Arbeiterbewegung im Wandel
der Gesellschaft: e. Chronik /
Angelika Voss-Louis. –
Hamburg: Christians

Bd. 1. 1842 bis 1890. – 1987
(Hamburger Beiträge zur Sozial- und
Zeitgeschichte: Beiheft; 3)

ISBN 3-7672-1008-8

NE: Hamburger Beiträge zur Sozial- und
Zeitgeschichte / Beiheft

Umschlaggestaltung Alfred Janietz

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1987
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-7672-1008-8
Printed in Germany

Hamburg erhielt 1768 den Status einer freien Reichsstadt. Von 1806 bis 1814 stand es unter französischer Herrschaft und trat 1815 dem Deutschen Bund bei, in dem es gemeinsam mit Bremen, Lübeck und Frankfurt a. M. die Kurie der Freien Städte bildete. Einen Anschluß an den 1834 gegründeten Deutschen Zollverein lehnte das an einem freien Außenhandel interessierte Hamburg ab. Die Politik des Zollvereins – Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes mit einer Schutzzollgrenze gegen dritte Staaten – hätte die weitverzweigten Handelsbeziehungen der Hamburger Kaufleute beeinträchtigt. Auch nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 gelang es dem Senat, die Sonderstellung der Stadt aufrechtzuerhalten und eine Eingliederung in das deutsche Zollgebiet zu verhindern. Erst 1888 wurde der Anschluß vollzogen; zuvor hatte Hamburg die Zusage erhalten, seinen Außenhandel weiterhin in einem Freihafengebiet abwickeln zu können.

Der Waren- und Personenverkehr zwischen Hamburg und seinen ländlichen Vororten wurde bis weit in das 19. Jahrhundert durch die Torsperre behindert. 1798 hatten Rat und Bürgerschaft beschlossen, an den Toren und Schlagbäumen eine Abgabe für eingeführte Handelswaren zu erheben und auch den Personenverkehr zu kontrollieren. Man schuf damit eine wichtige staatliche Einnahmequelle und erhoffte den Schutz der innerstädtischen Produzenten vor der Konkurrenz. Bis 1836 bestand ein vollständiger nächtlicher Torschluß, danach mußten die in den Abend- und Nachtstunden passierenden

Personen ein Sperrgeld entrichten. Erst mit Aufhebung dieser Regelung Ende 1860 konnten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Hamburg und seinem Umland ungehinderter entfalten, was sich belebend auf das Stadtwachstum auswirkte.

Die Hamburgische Verfassung beruhte auf dem Haupttreiß von 1712. Sie wurde nach der französischen Besatzungszeit wieder eingeführt und blieb trotz vehementer Reformbemühungen bis 1860 unverändert in Kraft. Regierung und Gesetzgebung lagen beim Senat oder Rat und der Bürgerschaft; der Senat übte zudem die oberste Gerichtsbarkeit aus. Ihm gehörten vier Bürgermeister und 24 Senatoren auf Lebenszeit an. Die notwendigen Nachwahlen hielten sie im eigenen kleinen Kreis ab, wobei nur Kaufleute und Juristen ein Senatsamt übernehmen konnten. In der Erbgessenen Bürgerschaft waren alle grundbesitzenden männlichen Bürger vertreten, die innerhalb der Stadt wohnten und über ein bestimmtes Einkommen verfügten. Sie traten zu Bürgerschaftssitzungen, den Konventen, zusammen, an denen auch die in die bürgerlichen Kollegien entsandten Vertreter der fünf Kirchspiele, die Vorsteher der Zünfte und die Inhaber öffentlicher Ehrenämter im Rechtswesen und in der Verwaltung teilnehmen konnten. Haushalt und Staatsfinanzen lagen in der Hand von acht Kämmererbürgern, die, von der Erbgessenen Bürgerschaft gewählt, alle Ausgaben bewilligen mußten.

Keine politische Vertretung gab es für Frauen, Bürger ohne Grundeigentum und die Mehrzahl der Hamburger Einwohner, die nicht im Besitz des Bürgerrechts waren. Sie wurden von Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung ausgeschlossen, so daß eine kleine Schicht privilegierter Bürger die Politik der Stadt bestimmte, in der um 1800 mehr als 100 000 Menschen lebten.

Ein kräftiger Handelsaufschwung und eine starke Bevölkerungszuwanderung kennzeichneten die Situation Hamburgs gegen Ende des 18. Jahrhunderts. In der räumlich beengten, befestigten Stadt verschärften sich die sozialen Probleme: Der

vermehrte Bedarf an Wohnraum konnte aufgrund des begrenzten Angebots und der zunehmenden kommerziellen Nutzung von Gebäuden nicht befriedigt werden und führte zu einer großen Wohnungsknappheit mit steigenden Mieten. Gleichzeitig erhöhten sich die Preise für Lebensmittel und anderen täglichen Bedarf, so daß auch ehemals relativ gesicherte Bevölkerungsschichten immer mehr verarmten.

1788 wurde die erste staatliche Armenordnung für Hamburg erlassen, nachdem die kirchlichen Einrichtungen sich diesem Problem nicht mehr gewachsen zeigten. Durch Arbeitsnachweise, die Einrichtung von Arbeitsanstalten und die Gewährung geringer Unterstützungszahlungen, die ein knapp kalkuliertes Existenzminimum decken sollten, versuchte man, Notleidenden zu helfen und ihnen nach Möglichkeit Arbeit zu vermitteln. Dabei hatten die in den staatlichen Arbeitsanstalten Beschäftigten jedoch häufig unter den schlechten Arbeitsbedingungen und strengen Züchtigungen zu leiden. Gekoppelt wurde die Armenordnung mit einem Bettelverbot, das 1801 verschärft wurde und Bettlern Freiheitsstrafen sowie die Abschiebung aus der Stadt androhte.

Die von England verhängten Elblockaden, die französische Besetzung Hamburgs und die Kontinentalsperre zu Beginn des 19. Jahrhunderts lähmten das Wirtschaftsleben der Stadt und erhöhten die Arbeitslosigkeit in allen Erwerbszweigen. Die Zahl der von Verarmung bedrohten Handwerker und Manufakturarbeiter wuchs. Die staatliche Armenfürsorge geriet in finanzielle Schwierigkeiten und mußte in den Jahren 1809 und 1810 ihre Einrichtungen schließen. Die französische Verwaltung der Stadt reagierte im Dezember 1813 auf die sich verschärfende Lage mit der gewaltsamen Ausweisung jener Einwohner Hamburgs, die sich für die folgenden sechs Monate nicht versorgen konnten. Etwa 20000 Menschen wurden von dieser Willkürmaßnahme getroffen; die meisten von ihnen wandten sich nach Altona – einer dänischen Ortschaft vor den Toren der Stadt.

Mit dem Ende der französischen Besetzung im Mai 1814 be-

um 1800 gann eine starke Rückwanderung in die verwüstete, wirtschaftlich schwer getroffene Stadt. Eine rege Bautätigkeit setzte ein, und mit zunehmender Belebung von Handel und Gewerbe fanden viele Arbeitsuchende Beschäftigung – unter ihnen zahlreiche unzünftige Arbeiter und Handwerker. Ihre Lage blieb jedoch schwierig, da trotz des insgesamt sinkenden Preisniveaus nach 1814 die Mieten, Brot- und Kartoffelpreise noch jahrelang hoch blieben oder sogar stiegen.

So wurde Hamburgs Sozialstruktur auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch starke Gegensätze zwischen Armen und Reichen bestimmt. Dies trat besonders deutlich hervor, als im Oktober 1831 eine Choleraepidemie in der Stadt ausbrach und ihre Opfer fast ausschließlich in den armen Bevölkerungsschichten forderte, die besonders unter hygienisch unzureichenden Wohnverhältnissen zu leiden hatten. Soziale Reformen und eine Verbesserung der Trinkwasserversorgung wurden jedoch nicht erwogen – auch nicht, als die Krankheit sich im Sommer 1832 erneut ausbreitete.

Zu ersten Handwerkerbewegungen und Ausständen kam es in Hamburg am Ende des 18. Jahrhunderts. Auslösende Momente waren meist Konflikte innerhalb der Zünfte, häufig richtete sich der Protest aber auch gegen zugewanderte Gesellen und unzünftige Arbeiter. So verhinderten die Schiffszimmerer 1788 durch Arbeitsniederlegung eine Lohnsenkung und die Aufhebung des Zunftzwanges für ihr Gewerbe. Im August 1791 traten die Gesellen zahlreicher Berufszweige in den Streik. Ausgangspunkt waren Konflikte innerhalb der Schlosserzunft, deren Gesellen ihre Rechte durch Zunftmeister und Senat gefährdet sahen. Auf die Ausweisung aller Schlossergesellen aus der Stadt reagierten die Gesellen der anderen Zünfte nahezu geschlossen mit einer allgemeinen Arbeitsruhe und Protestumzügen.

Die Streikwelle erfaßte auch die Arbeiter in den Kattundruckereien und Zuckerfabriken, die spontan – feste Zusammenschlüsse von Manufakturarbeitern bestanden noch nicht – die Arbeit niederlegten und höhere Löhne forderten.

Sie versammelten sich zu eigenen Protestmärschen, da gemeinsame Aktionen von den zunftmäßig organisierten Gesellen abgelehnt wurden. Durch das Ausmaß der Arbeitsniederlegungen beunruhigt, ging der Senat militärisch gegen die Streikenden vor. Dabei kam es zu Kampfhandlungen vor den Herbergen der Schuhmacher und Schneider. Nach der Unterdrückung der Handwerkerbewegungen brachen auch die Manufakturarbeiter ihren Ausstand erfolglos ab.

Die Lohnbewegungen der Schneider, die auf Tagelohnbasis arbeiteten und von September 1791 bis 1795 mehrmals in den Streik traten, sowie die Ausstände in anderen Gewerbebezügen, in denen die Gesellen ebenfalls um eine Anpassung ihrer Löhne an das steigende Preisniveau kämpften, lieferten dem Senat den Anlaß, im Juli 1796 ein Tumultmandat zu erlassen. Streikbewegungen und demonstrative Umzüge der Gesellen wurden durch diese gesetzlichen Regelungen behindert, ganz unterdrückt werden konnten sie jedoch nicht. Um die Jahrhundertwende wird von Arbeitsniederlegungen und Unruhen in verschiedenen Gewerbebezügen berichtet: So legten im September 1796 die ledigen Zimmerergesellen und 1799 die Maurer ihre Arbeit nieder, 1800 traten die Schlosser, Grobschmiede und Holzwirker in den Ausstand.

Es gelang den Gesellen jedoch immer weniger, ihre Interessen durchzusetzen, und ihre Rechtsstellung innerhalb der Zunft verschlechterte sich zunehmend. 1804 wurden für die Tischler in Hamburg neue Amtsbestimmungen erlassen, die eine längere Arbeitszeit, das Verbot von Zusammenkünften und für die Gesellen ungünstigere Entlassungsbedingungen vorsahen. Ähnliche Regelungen wurden auch in anderen Gewerben eingeführt. Zu einer völligen Abschaffung der Gesellenvertretungen wie in Preußen kam es jedoch nicht; erst mit Einführung der Gewerbefreiheit 1865 wurden in Hamburg die Zünfte und ihre Gesellenschaften aufgelöst.

Als erste nicht zunftmäßig organisierte Berufsgruppe gründeten die Haartuchweber, angeregt von Jakob Audorf (d. Ä.), eine Vereinigung. Etwa 1827 schlossen sich Hamburger und

um 1830 Altonaer Haartuchweber, die als Heim- oder Manufaktur-
arbeiter beschäftigt waren, in einer Kranken- und Sterbekasse
zusammen. 1830 und 1836, während der Arbeitsniederlegun-
gen in diesem Gewerbezug, bildete die Kasse die organi-
satorische Grundlage, und es wurden, was verboten war,
Kassengelder zur Unterstützung der Streikenden verwendet.
Die Organisation blieb bis zur Verdrängung des Berufsstan-
des durch die maschinelle Entwicklung um 1860 bestehen.

Mit der Zigarrenfabrikation erfuhr ein weiteres unzünfti-
ges Gewerbe in Hamburg einen starken Aufschwung. Ab
1830 wurden mehrere große Fabriken gegründet; in einer von
ihnen gelang es den Arbeitern, eine Kasse zu unterhalten, aus
der fremden Zigarrenarbeitern, die keine Beschäftigung ge-
funden hatten, eine Unterstützung für die Weiterreise gezahlt
wurde. Hier lagen die Anfänge für die in den folgenden Jahr-
zehnten besonders rege Organisationstätigkeit der Hamburger
und Altonaer Tabakarbeiter.

In einem ehemals zünftigen Wirtschaftszweig erwies es
sich für die Handwerker jedoch als außerordentlich schwie-
rig, die traditionellen Organisationsformen mit ihrer starken
Abgrenzung gegen auswärtige Konkurrenten zu überwin-
den. Nachdem 1838 das Hamburger Schiffbauamt wegen
wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufgehoben worden war,
verhinderten Reibereien zwischen den ehemals zünftigen
Hamburger und den auf den umliegenden Werften unzünftig
beschäftigten Schiffszimmerern ein geschlossenes Auftreten
gegenüber den Werftbesitzern. Diese gingen immer mehr
dazu über, statt der teureren gelernten Kräfte Lehrlinge im
Schiffsbau einzusetzen. Erst 1849, elf Jahre nach der Auflö-
sung des Schiffbauamts, gelang es den Schiffszimmerern,
mit der Gründung eines gemeinsamen Gewerkvereins dieser
Entwicklung entgegenzutreten.

Der Aufbau einer eigenständigen Arbeiter- und Handwer-
kerbewegung in den Jahren nach 1830 wurde wesentlich von
der Politik des Deutschen Bundes behindert, der mit Zensur-
bestimmungen und anderen Verordnungen derartige Bestre-

bungen zu unterdrücken suchte. Nachdem zum 5. Juli 1832 auch in Hamburg der zweite Bundesbeschluß «über Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe in Deutschland» in Kraft getreten war, der eine Vorzensur für Zeit- und Druckschriften einführte, Versammlungen einer strengen polizeilichen Kontrolle unterwarf und ein Verbot aller politischen Vereine verfügte, setzte eine starke Abwanderung ins Ausland ein. Die Betroffenen, in erster Linie Handwerker, Studenten, Kaufleute und Schriftsteller, gründeten in der Schweiz, in Frankreich und England Organisationen und versuchten so, Einfluß auf die Verhältnisse in den deutschen Ländern zu nehmen.

Behindert wurden diese Bemühungen durch den Bundesbeschluß «über das Verbot des Wanderns, der Versammlungen und Verbindungen der deutschen Handwerksgesellen» vom 15. Januar 1835, der am 30. März des Jahres auch in Hamburg veröffentlicht wurde und die Ausreise in Länder erschwerte, die Handwerkervereine duldeten. Besonders an der Grenze zur Schweiz wurden verschärfte Kontrollen durchgeführt; 1836 gaben die Schweizer Behörden dem deutschen Drängen nach, unterdrückten die Arbeit der Vereine und wiesen zahlreiche ihrer Mitglieder aus. Viele der Betroffenen flohen nach Paris, wo sie ihre politischen Aktivitäten wieder aufnahmen. In der französischen Hauptstadt hatten sich Intellektuelle und Handwerker aus Deutschland im Bund der Geächteten zusammengeschlossen, dessen Ursprünge bis ins Jahr 1832 zurückreichten. Dieser Geheimbund spaltete sich Ende 1836, und mehrere der aus der Schweiz Vertriebenen traten dem neugebildeten Bund der Gerechten bei. Trotz der scharfen polizeilichen Überwachung sandte auch diese Organisation Mitglieder nach Deutschland, um dort die Gründung weiterer Bundesgemeinden einzuleiten. Vor der einsetzenden Verhaftungswelle gelang es ihnen jedoch nur 1839 in Hamburg, einen neuen Zusammenschluß zu bilden.

Treibende Kraft bei dieser Gründung war der Hamburger Tischlergeselle Karl Friedrich Konrad Hoffmann, der in Paris

um 1840 im Führungskreis des Bundes der Gerechten gearbeitet hatte. Nach Hamburg zurückgekehrt, schloß er sich mit Handwerksgesellen aus verschiedenen Gewerbezweigen zu einer kleinen Bundesgemeinde zusammen. Über ihre Anfänge ist wenig bekannt, größeren Einfluß erlangte sie erst durch die Gründung des Bildungsvereins für Arbeiter Anfang 1845, an der das Bundesmitglied Joachim Friedrich Martens und der dem Bunde nahestehende Georg Gottlieb Schirges wesentlich beteiligt waren. Beim Aufbau einer eigenständigen Arbeiter- und Handwerkerbewegung in den folgenden Jahren kam dem Bildungsverein große Bedeutung zu; entsprechend scharf waren die Auseinandersetzungen um die Bildungsinhalte und die politische Zielsetzung seiner Arbeit.

Einen wichtigen Einschnitt in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs verursachte der Große Brand, der am 5. Mai 1842 in einem Speicher an der Deichstraße ausbrach und in den folgenden Tagen weite Teile der Stadt verwüstete. Probleme und Konflikte beim Wiederaufbau veranlaßten das Bürgertum zur Gründung zahlreicher Interessenvereine und verstärkten die Kritik an der Politik des Senats und an der Hamburgischen Verfassung, aus der sich seine starke Stellung ableitete.

1842 Das Feuer, das durch den kräftigen Wind immer wieder
5.-8. angefacht wurde, vernichtete nahezu ein Drittel der inneren
Mai Stadt Hamburgs. Der Brand zerstörte weit über 4000 Woh-
nungen, 102 Speicher sowie das Rathaus, mehrere Kirchen
und eine Vielzahl öffentlicher Einrichtungen. 20000 Men-
schen wurden durch die Katastrophe obdachlos, mindestens
50 fanden den Tod. Die meisten der Bewohner verließen pa-
nikartig ihre Häuser, und die Zahl der Plünderungen nahm
während des Feuers und in den Tagen danach beträchtliche
Ausmaße an.

Der Senat zeigte sich den vielfältigen Problemen der Brandbekämpfung nicht gewachsen: Es fehlte eine leistungs-
fähige Zentralstelle für den Einsatz der Löschmannschaften;
notwendige schnelle Entscheidungen wurden hinausgezögert

und brachten deshalb nicht den gewünschten Erfolg; gegen 1842 Plünderer wurde nicht überall energisch vorgegangen.

Wesentlich tiefere Konflikte traten zutage, als über den Wiederaufbau der zerstörten Stadtgebiete zu entscheiden war. Strittig war die Verteilung der eingegangenen Spendengelder, die Finanzierung der öffentlichen Bauten über Sondersteuern, die Stadtmodernisierung und hier speziell das Problem der Wasserversorgung sowie der Hafenausbau und die notwendige Vertiefung der Elbe. Die meisten dieser Kontroversen waren nicht neu, nach dem Brand stellten sie jedoch drängende Probleme dar, die einer raschen Klärung bedurften. In dieser Situation rief es Empörung hervor, daß der Senat an dem veralteten Verwaltungsaufbau festhielt und auch die Erbgesessene Bürgerschaft Maßnahmen zur Modernisierung der Stadt nur zögernd befürwortete. Beide Organe gerieten in den Verdacht, bestechlich zu sein und Entscheidungen von der Interessenlage einzelner Mitglieder abhängig zu machen.

Verspätete offizielle Eröffnung der ersten Eisenbahnverbindung in Norddeutschland zwischen Hamburg und Bergedorf. Die für den 7. und 8. Mai geplante feierliche Einweihung war angesichts des Brandes abgesagt worden; bei der Beförderung von Löschmannschaften und Hilfsgütern sowie der Evakuierung Betroffener hatte sich die Linie aber bereits bewährt. 17. Mai

Der 1832 gegründete Grundeigentümergeverein wandte sich ab Mai an den Senat und forderte Maßnahmen gegen die nach dem Brand einsetzende Bodenspekulation, die durch die ungenaue Vermessung und Verkartung der städtischen Grundstücke begünstigt wurde. Der Verein opponierte gleichzeitig gegen die Sielbaupläne des Senats und lehnte das Vorhaben ab, auf dem Hammerbrook durch Entwässerung neuen Baugrund zu erschließen. Im Zuge dieser Kontroversen entwickelte sich der Grundeigentümergeverein zur ersten politischen Organisation des Hamburger Bürgertums.

In den folgenden Jahren wurden weitere bürgerliche Ver-

1842 eine gebildet, die jedoch erst 1848 politische Bedeutung erlangten. Hierzu gehörten der im März 1843 in der Hamburger Vorstadt St. Pauli gegründete Bürgerverein und der Verein zur Hebung des Gewerbestandes von 1845, der sich unter dem Vorsitz des Schriftstellers Benno Heitmann für eine allgemeine Abschaffung des Zunftzwanges einsetzte und engen Kontakt zum Bildungsverein für Arbeiter aufnahm. Die 1846 gegründete Gesellschaft für politische und soziale Interessen der Juden forderte ebenfalls die Einführung der Gewerbefreiheit und damit die Abschaffung der Zunftschränken, die Juden von den meisten Handwerksberufen ausschlossen. Unter Leitung des Advokaten Isaac Wolffson und des Lehrers Anton Réé entwickelte sich eine Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft und dem Verein zur Hebung des Gewerbestandes. Ebenfalls 1846 entstand der Verein der Nicht-rundigenüher, der spätere Bürgerverein, in dem der Anwalt Johann Gustav Gallois den Vorsitz führte. Ziel dieser Organisation war es, die Hamburger Einwohner ohne Grundbesitz und damit ohne Vertretung in der Erbgesessenen Bürgerschaft zusammenzuschließen und ihnen die Möglichkeit zu geben, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern und behördlichen Willkürmaßnahmen entgegenzutreten.

8. Juni Vorbereitend für diese breite politische Aktivierung des Hamburger Bürgertums ab 1845 wirkte die Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe (Patriotische Gesellschaft). Sie überreichte dem Senat am 8. Juni 1842 eine Petition, in der ein neuer Wahlmodus für die bürgerlichen Kollegien, die Trennung der Justiz von der Verwaltung, Änderungen im Polizeiwesen sowie die Bildung einer Kommission vorgeschlagen wurden, die eine Verfassungsreform beraten sollte.

Der Senat sprach sich entschieden gegen solche Überlegungen aus und wies auch persönliche Fürsprecher dieser traditionsreichen Hamburger Organisation ab, die bereits seit 1765 bestand und mit vielen sozialen Problemen vertraut war. Die Patriotische Gesellschaft setzte daraufhin eigene Gre-

mien zur Beratung von Problemen der Verfassung und Verwaltung, der Justiz und Polizei sowie des Schulwesens ein und trat im Juni 1843 mit einem entsprechenden Bericht an die Öffentlichkeit. Beim Hamburger Senat stießen jedoch wiederum alle darin enthaltenen Forderungen auf Ablehnung.

Wilhelm Weitling traf in Hamburg ein und hielt sich hier einige Tage vor seiner Abreise nach England auf. Er gehörte zum engeren Vorstand des Bundes der Gerechten, hatte 1838 dessen programmatische Schrift «Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte» verfaßt und 1842 sein Hauptwerk «Garantien der Harmonie und Freiheit» veröffentlicht. In der Schweiz war Weitling als politischer Agitator aufgetreten und wollte sich nun – von der Ausweisung bedroht – in London, dem neuen Zentrum des Bundes der Gerechten, niederlassen. Seit April 1844 bestanden Kontakte zwischen dortigen Bundesmitgliedern und Karl Marx, zu dem Weitling mit seinem religiös ausgerichteten Sozialismus in Konflikt geriet, so daß Ende März 1846 der Bruch zwischen beiden erfolgte.

Weitling, dessen Schriften in Hamburger Handwerkerkreisen recht bekannt waren, traf während seines kurzen Aufenthalts mit Sympathisanten und Mitgliedern der örtlichen Bundesgemeinde zusammen. In Gesprächen mit dem Tischler Martens und dem Schriftsteller Schirges regte er den Aufbau von Bildungszirkeln an, um das Interesse von Handwerkern und Arbeitern zu wecken und ihnen neue Gedanken nahezubringen. Martens und Schirges, die beide in Schweizer Arbeitervereinen tätig gewesen und mit diesen Organisationsformen von daher vertraut waren, griffen die Idee auf und verfaßten im Herbst 1844 einen ersten Gründungsaufruf.

Am 29. Dezember 1844 und Anfang Januar 1845 fanden vorbereitende Sitzungen und öffentliche Versammlungen in Altona und Hamburg statt, um die Statuten für den Bildungsverein zu entwerfen und vor einem größeren Publikum für ihn zu werben.

Vergleichbare Vereine bestanden zu dieser Zeit bereits in Berlin und Bremen; mit dem Hamburger Zusammenschluß

1845 setzte sich die Gründungswelle fort, die bis 1849 zum Aufbau von Arbeiterbildungseinrichtungen in zahlreichen größeren und mittleren deutschen Städten führte.

Anfang Febr. Es dauerte jedoch noch einen Monat, bis der Hamburger Arbeiterbildungsverein in den ersten Februartagen 1845 offiziell gegründet wurde. Als seine Aufgaben und Ziele nannte er: die allgemeine und moralische Bildung zu fördern, den Sinn seiner Mitglieder für alles Schöne und Edle zu wecken, sie in alltäglichen, praktischen Dingen zu unterweisen und auch das gesellige Leben nicht zu vergessen. Der Verein sollte allen arbeitenden Menschen, im Gegensatz zu den nicht arbeitenden, offenstehen, war also als berufsübergreifender Zusammenschluß geplant. Für Angehörige aus Berufszweigen, in denen es schwierig war, sich zu organisieren, bot der Verein Gelegenheit, Verbindung aufzunehmen. Dieses galt vor allem für Möbeltischler und Schneider, die in der größten Mitgliedergruppe der Handwerker sehr stark vertreten waren. Neben Handwerkern und Arbeitern traten auch Künstler, Gelehrte und Handelsleute dem Verein bei. Die anfängliche Mitgliederzahl von etwa 70 stieg auf 230 am Ende des Jahres 1845. Der Verein war jedoch von einer ständigen Mitgliederfluktuation betroffen, da die strengen Wanderungsbestimmungen die eingetretenen Handwerksgesellen häufig zum Weiterziehen zwangen. Sie erhielten von der Hamburger Organisation Empfehlungsschreiben für auswärtige Bildungsvereine, die ihnen die Aufnahme am neuen Ort erleichtern sollten.

Obwohl der Hamburger Arbeiterbildungsverein seine gesetzestreue, unpolitische Haltung betonte und mit Martens nur ein bekanntes Mitglied des Bundes der Gerechten im Vorstand vertreten war, wurde der Verein schon kurz nach seiner Gründung wegen angeblicher kommunistischer Verschwörungsabsichten in der Presse heftig angegriffen und polizeilich überwacht.

Regierung und Zünfte unterstellten der Leitung des Vereins subversive Tendenzen und kritisierten besonders die Kon-

takte zu Weitling und die Ähnlichkeiten mit Handwerkerorganisationen in der Schweiz. Die Befürchtungen richteten sich gegen die freisinnigen, demokratischen Strömungen im Verein, die Forderung nach Gewerbefreiheit und die mögliche Entwicklung zu einem revolutionären Zusammenschluß. Verstärkt wurde diese Einschätzung durch die Tatsache, daß der Mangel an Bildungseinrichtungen offensichtlich war und der Verein mit seinem Angebot an allgemeiner und beruflicher Bildung, Freizeitaktivitäten und geselligen Kontakten eine Lücke schloß, was einen starken Zustrom von Mitgliedern erwarten ließ. Als staatliche Gegenmaßnahmen wurden der Zwangsanschluß an die Patriotische Gesellschaft oder die Gründung einer Konkurrenzorganisation erwogen. 1845

Schirges hatte diese Reaktion vorhergesehen und bereits Anfang Januar 1845 in den vorbereitenden Gründungsversammlungen den Vorschlag unterbreitet, einen Unterstützungsantrag an die Patriotische Gesellschaft zu richten. Er konnte sich damit jedoch nicht durchsetzen, da eine starke Opposition im Bewußtsein handelte, Teil einer größeren, eigenständigen Handwerker- und Arbeiterbewegung zu sein, und diese Unabhängigkeit auf jeden Fall verteidigen wollte. Unter dem Eindruck drohender staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen erhielt Schirges jedoch die notwendige Mehrheit und richtete ein Unterstützungsgesuch an die Patriotische Gesellschaft, in der Hoffnung, einem Zwangsanschluß zuvorzukommen und direkte staatliche Kontrolle zu verhindern. Anfang März

Knapp einen Monat zuvor war die Organisation vom Senat aufgefordert worden, eine ähnliche Einrichtung in Konkurrenz zum Arbeiterbildungsverein zu gründen. In der Patriotischen Gesellschaft wurden beide Anträge kontrovers diskutiert. Am 22. Mai veröffentlichte sie ihre Stellungnahme zum Problem des Arbeiterbildungsvereins und sicherte ihm finanzielle Unterstützung unter der Bedingung zu, daß sie ein Drittel der Vorstandsmitglieder stellen könne, ihr die Statuten zur Kontrolle vorgelegt und Zünfte oder Arbeitgeber als mögliche Sponsoren akzeptiert würden. 22. Mai

1845 Der Senatsantrag wurde wegen der Befürchtung, sich zu stark finanziell und inhaltlich engagieren zu müssen, nur zögernd weiterverfolgt; lediglich die Gründung einer eigenen Zeichenschule, die im November 1845 ihren Betrieb aufnahm, wurde von der Gesellschaft zugesagt.

Mit der Entscheidung, den Arbeiterbildungsverein zu fördern, hielt die Patriotische Gesellschaft an ihrer bisher geübten Praxis fest, keine eigenen Unterorganisationen zu gründen, sondern die Arbeit bestehender Einrichtungen finanziell und inhaltlich zu unterstützen. Im Falle des Arbeiterbildungsvereins erwiesen sich die Verhandlungen jedoch als außerordentlich schwierig und zogen sich bis zum März 1846 hin. Strittig waren vor allem die Festlegung der Lehrfächer, die Kompetenzen der Mitgliederversammlung und andere Satzungsfragen, die Annahme staatlicher Gelder zur Unterstützung des Vereins und das Ausmaß der damit verbundenen Kontrolle sowie die Mitsprache der Zünfte. Für den Bildungsverein verhandelten neben Schirges vor allem der Schneidermeister August Weber, der Faktor Friedrich August Reckahn und der Apotheker Georg Ludwig Ulex. Eine interne Opposition gegen den Anschluß des Vereins blieb lange Zeit spürbar, angesichts der schlechten Finanzlage und der befürchteten Gründung einer leistungsstarken Gegenorganisation verringerte sich jedoch ihr Einfluß.

Die Kontroversen um den Arbeiterbildungsverein fanden auch in der Hamburger Presse ihren Niederschlag. Die Sichtweise des Senats und offizielle Angriffe auf den Verein wurden in den «Hamburger Nachrichten» veröffentlicht. Die Patriotische Gesellschaft unterhielt seit Oktober 1841 «Die Neuen Hamburgischen Blätter», die nach dem Erscheinen der Reformpetition vom 8. Juni 1842 ihren Charakter änderten und mit einer Sondersteuer für politische Zeitungen belegt wurden.

Die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und Flugblättern mit demokratischen Inhalten wurde auch in Hamburg durch strenge Zensurbestimmungen behindert. Für

einen unabhängigen Arbeiterbildungsverein bezog dennoch 1845 der «Tagwächter an der Elbe» Stellung, der bereits im Januar 1845 einen Gründungsaufruf veröffentlicht hatte und im Zuge der Auseinandersetzungen auch die Opposition gegen einen Anschluß an die Patriotische Gesellschaft zu Wort kommen ließ. Die Zeitung war im Juni 1843 von dem Buchhändler und Schriftsteller Karl Baurmeister gegründet worden. Die Reformpetition der Patriotischen Gesellschaft hatte sie wegen ihrer Zurückhaltung und des fehlenden Bemühens um Massenunterstützung kritisiert. 1846, nach der Gründung des Vereins der Nicht-Grundeigentümer, vertrat sie die Positionen dieser Organisation. Sie erschien bis zum Januar 1849 und wurde dann als «Die Demokratische Zeitung» fortgesetzt.

Noch älter als der «Tagwächter» war die demokratisch orientierte Zeitung «Der Telegraph für Deutschland», die seit Januar 1838 vom Schriftsteller Karl Friedrich Gutzkow in Hamburg herausgegeben wurde und einen weiten Leserkreis fand. 1842 hatte Schirges die Redaktion übernommen, so daß sich die Auseinandersetzungen um den Arbeiterbildungsverein auch in dieser Zeitung niederschlugen.

«Das Blatt für Arbeiter», herausgegeben von dem Schriftsteller Johann Wilhelm Christern, erschien am 4. Oktober 1845 erstmals in Hamburg. Die Zeitung verfolgte das Ziel, kommunistische Theorien mit Bezug auf Weitling, Saint-Simon und Engels der Leserschaft in allgemein verständlicher Form nahezubringen. Das Blatt brach mit der neunten Nummer ab, von der Hamburger Zensur am weiteren Erscheinen gehindert. Ähnlich kurzlebig war auch die 1846 von Schirges herausgegebene Zeitschrift «Die Werkstatt. Ein Arbeiterblatt».

Als Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg wurde der Arbeiterbildungsverein offiziell neugegründet. Unter diesem Namen hatten die Mitglieder bereits am 22. Februar das einjährige Bestehen gefeiert. Die Termine der Vereinsjubiläen variieren, da für sie schon bei der ursprünglichen Gründung 1845 der Tag vor Fastnacht bestimmt worden war, um ein

1846 Gegengewicht zum allgemeinen wilden Treiben an diesem Tag zu schaffen.

Die neuen Statuten sahen vor, daß die Patriotische Gesellschaft sechs von 18 Vorstandsmitgliedern stellte und bei Satzungsänderungen oder Programmweiterungen ihre Zustimmung geben mußte. Der Verein wurde ausdrücklich für Personen aller Stände geöffnet, die Entscheidung über Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern der Generalversammlung entzogen und auf den Vorstand übertragen. Um die Arbeit des Vereins finanziell abzusichern, stellte die Patriotische Gesellschaft einen Reservefonds zur Verfügung.

April Mit diesen Bedingungen verlor der Arbeiterbildungsverein einen wesentlichen Teil seiner Selbständigkeit, konnte jedoch zunächst bis 1848, als der Anschluß an die Patriotische Gesellschaft zerbrach, seine Arbeit im Zusammenwirken mit dieser dem Hamburger Senat in vielen Fragen kritisch gegenüber tretenden bürgerlichen Organisation erfolgreich fortsetzen. Im April 1846 wurde die Zeichenschule der Patriotischen Gesellschaft dem Bildungsverein angegliedert, einen
Mai Monat später konnten neue Räume in der ABC-Straße eröffnet werden. Das vielfältige Programm zog zahlreiche Mitglieder an, deren Zahl sich bis zum März 1848 auf 600 erhöhte und den Hamburger Verein zum größten seiner Art in Deutschland werden ließ. Dabei blieb der starke Mitgliederwechsel ein schwerwiegendes Problem der Vereinsarbeit: 1846 standen den fast 600 Neuaufnahmen nahezu 440 Austritte gegenüber.

7. Mai In der Hamburger Vorstadt St. Georg wurde ein Arbeiterbildungsverein gegründet, dem hauptsächlich Fabrikarbeiter beitraten. Er nahm seine Arbeit als Filiale des Hamburger Vereins auf, konnte aber nie mehr als 100 Mitglieder verzeichnen.

1847 In seiner Rede zum zweijährigen Bestehen des Bildungs-
Febr. vereins für Arbeiter betonte Martens die Notwendigkeit einer unabhängigen Arbeiter- und Handwerkerbewegung und ließ auch die Forderung nach erweiterten Rechten für abhängig

Beschäftigte anklingen. Bereits 1846 war er – in enger Zusammenarbeit mit dem Verein zur Hebung des Gewerbestandes – öffentlich für die Abschaffung der Zünfte eingetreten. Seine Kritik richtete sich besonders gegen die ungenügende Ausbildung des Berufsnachwuchses durch die Zunftmeister, die ihre Lehrlinge als billige Hilfskräfte einsetzten, ihnen nur geringe Fachkenntnisse vermittelten und sie durch ausgedehnte Arbeitszeiten am Besuch von zunftunabhängigen Fortbildungskursen zu hindern suchten. 1847

Der Bund der Gerechten veranstaltete in London einen Kongreß und beschloß, sich in Bund der Kommunisten umzubenennen. In den folgenden Monaten konnten Marx und Engels ihren Einfluß in der Organisation weiter ausbauen und veröffentlichten Ende Februar 1848 das «Manifest der Kommunistischen Partei». Juni

Die Hamburger Bundesgemeinde, in der die Ideen Weitlings noch sehr verbreitet waren, erhielt im September 1847 einen Verweis der Bundesleitung, da sie sich gegen die Namensänderung ausgesprochen hatte. Bis 1849 blieb der Kontakt der Gruppe um Marx zu den Hamburger Mitgliedern gering.

Auf dem Schaarmarkt in Hamburg protestierten die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen gegen die enorme Teuerung bei den Grundnahrungsmitteln. Auslösendes Moment für die Unruhen waren die Kartoffelpreise, die in spekulativer Absicht von den Händlern sprunghaft auf fast das Doppelte angehoben worden waren. Auch andere Lebensmittel hatten sie zurückgehalten, um größere Außenhandelsgewinne zu erzielen. Durch den damit verbundenen Preisanstieg auf dem Binnenmarkt verschlechterte sich die Lage der ärmeren Bevölkerung weiter, zumal 1847 mit dem sich verschärfenden wirtschaftlichen Abschwung die Arbeitslosigkeit erheblich zugenommen hatte. Bei Vertretern der Handwerkerbewegung stieß dieser spontane «Kartoffelkrieg» auf Ablehnung, da er aufgrund der Übermacht der Ordnungskräfte von vornherein zum Scheitern verurteilt schien. 15. und 16. Juni

- 1848 In Hamburg wurde als Reaktion auf die hohe Arbeitslosenquote und die Mißstände in der Stellenvermittlung ein gemeinnütziger Arbeitsnachweis gegründet. Die Initiative ging von einer Gruppe Hamburger Bürger aus, denen der Staat für ihre Pläne kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung stellte. 1848 konnte diese Arbeitsnachweisungsanstalt 1200 Stellen vermitteln und ihre Tätigkeit bis 1913 auf 21 000 Nachweise steigern. Das ursprüngliche Ziel, außer den Dienstboten allen Handarbeitern und Angestellten Stellen anbieten zu können, wurde nicht erreicht: Die Anstalt vermittelte hauptsächlich jugendliche und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen. Für diese Zielgruppen entwickelte sie sich jedoch zu einer wichtigen Einrichtung, da der Hamburger Staat erst 1914 koordinierend in das unübersichtliche Arbeitsnachweissystem eingriff.
19. Jan. Der Hamburger Senat berief eine interne Kommission, um die verstärkt erhobenen Forderungen nach einer Verfassungsreform zu beraten. Die vielfältigen bürgerlichen Organisationen in der Hansestadt traten immer offener für eine Demokratisierung der staatlichen Organe und liberale politische Leitlinien ein. Eine Verschärfung der Situation war durch die Verurteilung von Mitgliedern des Grundeigentümergevereins entstanden, die ab November 1846 Berichte über die als geheim geltenden Sitzungen der Bürgerschaft veröffentlicht hatten, zunächst in dem in Hamburg vielgelesenen «Itzehoer Wochenblatt» und später in einer eigenen Publikationsreihe. Ende 1847 war ein Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet worden, das mit der Verhängung von Geldstrafen endete.
24. Jan. Anlässlich des dritten Stiftungsfestes des Bildungsvereins für Arbeiter übten Reckahn und Martens als Hauptredner Kritik am Hamburger Senat, der eine unabhängige Arbeiter- und Handwerkerbewegung zu unterdrücken suche. Im Verlauf der Kundgebung gipfelte die Forderung nach Selbsterhaltung der Arbeiter in der Parole: «Organisation der Arbeit und nieder mit dem Kapital». Angeregt vom Verein zur Hebung des Gewerbestandes, entwickelten führende Mitglie-
21. Febr.

der des Bildungsvereins ab März 1848 Pläne zur Einberufung eines überregionalen Arbeiter- und Handwerkerkongresses. 1848

Nachrichten über die französische Februarrevolution und Massendemonstrationen in Süddeutschland trafen in Hamburg ein und trugen zu einer weiteren Belebung der demokratischen Bewegung bei. Ende Febr.

Der Bürgerverein (ehemals Verein der Nicht-Grundeigentümer) veranstaltete eine Generalversammlung demokratischer Kreise im Haus der Patriotischen Gesellschaft und legte eine Petition an den Senat vor, in der die Vertretung auch nichterbgesessener Bürger in der Bürgerschaft gefordert wurde. Weitergehende Initiativen zur Einberufung einer allgemeinen Volksversammlung fanden bei den Teilnehmern keine Unterstützung. 3. März

Am selben Abend kam es zu den ersten größeren Unruhen in einiger Entfernung vom Versammlungsort. In den folgenden Märzwochen fanden noch mehrmals Aktionen des Massenprotestes in verschiedenen Stadtteilen statt. Die Demonstranten kamen meist spontan zusammen und erhoben keine konkreten politischen Forderungen. Die Unruhen endeten jedoch häufig in Auseinandersetzungen vor den verschiedenen Toren der inneren Stadt, bei denen der Protest gegen die Beschränkungen durch die Hamburger Torsperre zum Ausbruch kam. Verglichen mit den Ereignissen in Berlin und Wien blieb es in Hamburg während der Revolutionsmonate aber relativ ruhig.

Der Senat erklärte die Bestimmungen der Hamburger Pressezensur für aufgehoben. Damit reagierte er auf die öffentliche Unruhe und rückte von seiner ursprünglichen Position ab, an den Beschränkungen so lange festzuhalten, bis ein Pressegesetz in Kraft getreten sei. Der Bundestag hatte bereits am 3. März die Abschaffung der Zensur genehmigt. 9. März

Eine gutbesuchte Versammlung in der Altonaer Tonhalle verabschiedete politische Forderungen an den Hamburger Senat, die wesentlich über die vom 3. März hinausgingen. Die wichtigsten waren: Wahl einer repräsentativen Volksvertre- 10./11. März

1848 tung für Hamburg, Trennung von Staat und Kirche, Koalitionsfreiheit, keine Senatorenämter auf Lebenszeit, Trennung von Exekutive und Jurisdiktion, Wahl eines deutschen Nationalparlaments. Dieser Katalog war von einem 24köpfigen Vertrauensmännnergremium vorbereitet worden, dem liberal und demokratisch orientierte Juristen, Grundeigentümer und Kaufleute angehörten, unter ihnen der Rat am Niedergericht Hermann Baumeister, der Advokat Johann Gustav Heckscher und Professor Christian Friedrich Wurm. Während der Versammlung traten die Spannungen zwischen gemäßigten und radikalen Gruppierungen zutage. Den Radikalen gelang es, drei weitere Punkte durchzusetzen, und zwar: ein Vetorecht der Bevölkerung gegen Beschlüsse der neuzuschaffenden Bürgerschaft, die Wählbarkeit der Offiziere des Bürgermilitärs und die Trennung von Schule und Kirche. Für die Aufhebung des Zunftzwanges und die Durchführung einer Massendemonstration fanden sie jedoch keine Mehrheit.

13. März Der Senat beauftragte eine Deputation aus Regierungs- und Bürgerschaftsvertretern mit der Beratung des an ihn gerichteten Reformprogramms und dem Entwurf eines Pressegesetzes. Fünf Deputationsmitglieder berief der Senat, fünfzehn entsandte die Erbgesessene Bürgerschaft. Obwohl alle Bürger in das Gremium gewählt werden konnten, erhielten nur Erbgesessene ein Mandat. Unter ihnen waren die gemäßigt liberalen und konservativen Kräfte überrepräsentiert, da außer Baumeister nur noch zwei andere dem demokratischen Flügel zuzurechnen waren.

In der Bevölkerung riefen diese auf Verzögerung gerichtete Taktik des Senats und die Zusammensetzung des Reformausschusses heftige Proteste hervor. Am 13. und 14. März kam es zu Unruhen in verschiedenen Teilen der Stadt, die sich in der Vorstadt St. Pauli, speziell vor dem Millerntor, zuspitzten und in deren Verlauf ein Teilnehmer getötet wurde.

Ende Die gemäßigt demokratischen Kräfte um Baumeister
März schlossen sich im Deutschen Klub zusammen. In den folgen-

den Monaten gelang es ihnen, ihren politischen Einfluß zu vergrößern. Sie gerieten dabei jedoch häufiger in Konflikt mit den radikaleren Gruppen, die besonders stark im Bürgerverein organisiert waren. 1848

In Hamburg fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Erstmals konnten die männlichen Einwohner der Stadt, soweit sie volljährig und selbständig waren, an allgemeinen, gleichen Wahlen teilnehmen. Die Definition von «Selbständigkeit» lag in der Hand der Landesregierungen. In Hamburg wurde sie relativ weit gefaßt: Nur unmündige Personen und Empfänger öffentlicher Wohlfahrtsunterstützungen waren nicht stimmberechtigt. Erheblich behindert wurden die Wahlen durch die Tatsache, daß der Termin vom Senat sehr kurzfristig festgesetzt wurde und die Bevölkerung erst am 18. April erfuhr, wer zum Kreis der Wahlberechtigten gehörte. Unter diesen Bedingungen waren Wahlkampfaktionen und die öffentliche Diskussion politischer Programme kaum möglich. Die Kandidaten der Kaufmannschaft, deren vorrangiges Ziel die Vertretung Hamburger Wirtschaftsinteressen war, gingen als deutliche Sieger aus der Wahl hervor. Der Advokat Heckscher sowie die Kaufleute Ernst Merck und Edgar Roß, Ende Dezember 1848 von Gustav Godeffroy abgelöst, wurden als Abgeordnete in das Frankfurter Parlament entsandt. Die Liste des Deutschen Klubs und der Kandidat der radikalen Linken konnten nur wenige Stimmen auf sich vereinigen. 18. – 20. Apr.

Wirtschaftliche Probleme und die allgemeine Politisierung führten zur Aktivierung breiterer Kreise der Arbeiterschaft und in den folgenden Monaten zur Gründung zahlreicher Unterstützungskassen und anderer Zusammenschlüsse. Ende April legten die Schneidergesellen in Hamburg für kurze Zeit ihre Arbeit nieder; im Mai forderten die Buchdrucker bessere Arbeitsbedingungen, verzichteten jedoch zunächst auf einen Streik und setzten ihre Bemühungen zum Aufbau einer mitgliederstarken Organisation fort. Ende Apr. / Anfang Mai

Die Vorbereitung eines überregionalen Arbeiter- und 20. Mai

1848 Handwerkerkongresses, der für Anfang Juni in Hamburg geplant war, trat in ihre entscheidende Phase. Martens reiste als Vertreter des Hamburger Bildungsvereins nach Berlin, um eine Delegation des dortigen Zentralkomitees für Arbeiter zur Teilnahme einzuladen.

Zwischen den beiden Bildungsvereinen in Hamburg und Berlin, die zu den größten ihrer Art gehörten, bestanden bereits seit längerer Zeit Kontakte. Am 19. April 1848 hatte sich in Berlin unter dem Vorsitz von Stephan Born das Zentralkomitee für Arbeiter gebildet, dem Vertreter der verschiedenen örtlichen Gewerkvereine angehörten. Wesentliche Vorarbeit zu dieser Gründung hatte der Berliner Handwerkerverein geleistet. Neben Born waren drei weitere Mitglieder des Bundes der Kommunisten in der Leitungsgruppe des Komitees tätig.

25. Mai Es trat am 25. Mai 1848 mit einem Katalog von politischen und sozialpolitischen Forderungen an die Öffentlichkeit, der an die Frankfurter Nationalversammlung gerichtet war. Als wesentliche Punkte waren darin enthalten: Festlegung eines Mindestlohns und der Höchstarbeitszeit durch eine Kommission von Arbeitern und Meistern oder Arbeitgebern; Zusammenschluß von Arbeitern zur Aufrechterhaltung des Lohnes; Abschaffung indirekter Steuern; unentgeltlicher staatlicher Unterricht und Zugang zu Volksbibliotheken; Festlegung der einem Meister erlaubten Höchstzahl an Lehrlingen; Aufhebung der Wanderbeschränkungen; staatliche Armenunterstützung.

2. – 6. Juni Die erste Versammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes fand in Hamburg statt. An ihr nahmen vorwiegend Handwerksmeister teil. Die Vertreter der Arbeitervereine blieben in der Minderheit und wurden durch die Abstimmungsregelungen zusätzlich benachteiligt. Die Beschlüsse der Konferenz zur Gewerbeordnung deckten sich weitgehend mit den Interessen der Zünfte. Als die Forderung der Gesellen, an den Wahlen zu einem geplanten Gewerbeparlament beteiligt zu werden, auf Widerstand stieß, erzwangen sie durch ihren Protest einen Abbruch des Kongresses,

der von den Zunftvertretern an einem anderen Ort fortgesetzt wurde. 1848

Am Steintor kam es zu schweren Unruhen, in deren Verlauf die Wachgebäude in Brand gesteckt wurden. Der Protest richtete sich gegen die schlechten Lebensbedingungen, die sich durch die dänische Elblockade im Zuge des Konflikts um Schleswig-Holstein weiter zugespitzt hatten, und die Bestimmungen der Torsperre, die den Waren- und Personenverkehr zwischen Hamburg und seinen Vorstädten spürbar behinderten. Die bürgerlich-demokratischen Kreise unternahmen zunächst keinen weiteren Vorstoß. Bei aller Unzufriedenheit mit den schleppenden Verhandlungen der Hamburger Reformdeputation hatte sich die Auffassung durchgesetzt, zunächst den Verfassungsentwurf der Nationalversammlung abzuwarten, die am 18. Mai erstmals zusammengetreten war. 9. Juni

Die Hamburger Speicherarbeiter schlossen sich zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen zu einem Verein, den Vereinigten Hamburger Arbeitsleuten, zusammen. Bis zum August 1848 traten ihm fast 900 Mitglieder bei. Mitte Juni

Vom 11. – 14. Juni 1848 gründeten die deutschen Buchdrucker in Mainz eine Zentralorganisation und stellten die Forderung nach einem festen Setzer- und Druckertarif. Den Hamburger Buchdruckern gelang es trotz eines mehrwöchigen Streiks im August 1848 nicht, den Kongreßbeschuß durchzusetzen und höhere Löhne auszuhandeln. 11. – 14. Juni

Die Hamburger Tabakarbeiter gründeten ebenfalls im Juni 1848 einen Unterstützungsverein und berieten erste Pläne zur Errichtung einer Produktivassoziation. Der Verein, dem Ende 1848 bereits 800 Mitglieder angehörten, wuchs weiter und konnte auch in anderen deutschen Städten Tabakarbeiter organisieren. Juni

In Berlin trafen Vertreter von mehr als 90 deutschen Handwerker- und Arbeitervereinen zu einer allgemeinen Delegiertenkonferenz zusammen. Das Berliner Zentralkomitee hatte gemeinsam mit führenden Mitgliedern der Hamburger und 18. – 20. Juni

- 1848 Leipziger Vereine dieses Treffen angeregt und vorbereitet. Die Konferenz faßte den Beschluß, Ende August 1848 einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß in Berlin zu veranstalten und dort die lokalen und regionalen Organisationen in einem einheitlichen Verband der deutschen Arbeitervereine zusammenzufassen.
27. Juni Ein Appell zur Beschickung dieses Arbeiterparlaments wurde veröffentlicht; zu den Unterzeichnern gehörte auch je ein Vertreter der Arbeiterbildungsvereine in Hamburg und St. Georg. Zur Vorbereitung des geplanten Kongresses bildeten die interessierten Vereine ein Central-Comité für Arbeiter Hamburg, in dem Mitglieder des Bildungsvereins, des Arbeitervereins St. Georg, des Zigarrenarbeitervereins und Vertreter von mehr als zehn weiteren Gewerken mitarbeiteten.
- Juli/ Aug. Die schleppende Arbeit der Reformdeputation, die im Sommer 1848 noch immer keine Ergebnisse vorgelegt hatte, belebte erneut die bürgerliche Protestbewegung in Hamburg. Um den Forderungen der vielfältigen Einzelorganisationen mehr Gewicht zu verleihen, gründeten sie ein Zentralkomitee demokratischer Vereine, dessen Vorsitz Gallois vom Bürgerverein führte, in dem aber auch der Deutsche Klub sehr einflußreich vertreten war. Dem Komitee traten weiterhin bei: der Verein zur Hebung des Gewerbestandes; der St. Pauli Bürgerverein; die Gesellschaft für soziale und politische Interessen der Juden; eine Politische Assoziation, die im März 1848 gegründet worden war, und der Bildungsverein für Arbeiter. Der Bildungsverein war damit in zwei Richtungen politisch aktiv geworden: Er trat für den Aufbau einer überregionalen Arbeiter- und Handwerkerbewegung ein und unterstützte gleichzeitig die Bestrebungen, in Hamburg eine demokratische Verfassungsreform herbeizuführen. Daraus ergaben sich wachsende Spannungen mit der Patriotischen Gesellschaft, die dem Verein keine politische Funktion zubilligen wollte.
7. Aug. Das Kartell der sieben demokratischen Vereine hielt eine

Kundgebung in der Altonaer Tonhalle ab, in deren Verlauf eine Verfassungsgebende Versammlung für Hamburg gefordert wurde, die durch allgemeine Wahlen legitimiert sein sollte. Dem Senat und der Erbgessenen Bürgerschaft wurde die gesetzgeberische Kompetenz abgesprochen und ein Aufruf zum Boykott ihrer Beschlüsse verfaßt. Damit erreichte die revolutionäre Bewegung in Hamburg ihren Höhepunkt, nachdem sie in Berlin und Wien bereits gescheitert war. Verlauf und Ergebnis der Tonhallenversammlung führten allerdings zu tiefgreifenden Konflikten innerhalb des Zentralkomitees: Der Deutsche Klub und der St. Pauli Bürgerverein setzten sich für eine gemäßigtere Politik ein und zogen sich vorübergehend aus dem Gremium zurück. 1848

Als einige Tage nach der Versammlung die Wortführer der radikalen Linken, darunter Gallois, der Advokat Jakob Trittau und der Schriftsteller Friedrich Wilhelm Marr, verhaftet wurden, verhielt sich der Deutsche Klub zunächst abwartend, zahlte dann aber doch die erforderliche Kautions für ihre Freilassung.

Das demokratische Vereinskartell berief eine weitere Generalversammlung, in der die gemäßigten Kräfte die Mehrheit hatten und die sogenannte «Sturmpetition» an den Hamburger Senat durchsetzten. Darin wurde erneut die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung gefordert, die unabhängig von Rat und Bürgerschaft arbeiten sollte, ihre Einsetzung jedoch von der Zustimmung des Senats abhängig gemacht. Angesichts des Rückhalts, den diese Forderung in großen Kreisen des Bürgermilitärs besaß, und unter dem Eindruck der Unruhen, zu denen es seit dem 7. August immer wieder gekommen war, stimmte der Senat noch am selben Tag der Wahl einer Konstituante zu. Von einem großen Teil der Bevölkerung wurde diese Entscheidung als Sieg der demokratischen Bewegung mit einem festlichen Umzug gefeiert. 17. Aug.

In Berlin fand der seit Juni 1848 vorbereitete Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß statt, in dessen Verlauf die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung gegründet wurde. 23. Aug. – 3. Sept.

1848 Dieser erste nationale Zusammenschluß von Handwerker-
23. Aug. und Arbeitervereinen verabschiedete politische Forderungen,
- 3. Sept. darunter die nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts und nach Trennung von Schule und Kirche. Betont wurde auch die Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen, um die Stellung der abhängig Beschäftigten im Staat und gegenüber den Arbeitgebern zu verbessern. Wichtige Punkte im sozialpolitischen Programm waren: die Einführung des Zehnstudentages und eines Mindestlohns, die Bildung von Produktivassoziationen, Unterstützungskassen und Arbeitsnachweisbüros sowie das Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren.

An der Gründung der Arbeiterverbrüderung waren mehr als 90 Vereine beteiligt: Über 30 hatten einen eigenen Delegierten entsandt, und 60 waren durch die Regionalkomitees aus Berlin und Hamburg sowie zwei sächsische Zusammenschlüsse vertreten. In das Zentralkomitee der neuen Organisation wurden Stephan Born, Franz Schwenniger und Georg Kick gewählt, es erhielt seinen Sitz in Leipzig. Das Komitee der Hamburger Arbeitervereine, das schon an den Kongreßvorbereitungen wesentlich beteiligt war, schloß sich als Bezirkskomitee der Arbeiterverbrüderung an. In den folgenden Monaten gelang es, die Organisation weiter auszubauen: Arbeitervereine aus dem Süden und Südwesten erklärten ihren Beitritt; mehrere regionale Kongresse warben für den neuen Verband und bewirkten die Gründung zahlreicher lokaler Vereine; das geplante Zentralorgan erschien erstmals am 3. Oktober 1848 unter dem Titel: «Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter».

Die Idee eines berufsübergreifenden Zusammenschlusses von Arbeitervereinen konnte sich auf dem Kongreß jedoch nicht vollständig durchsetzen: Die Zigarrenarbeiter lehnten als eine große in Berlin vertretene Berufsgruppe ihren Anschluß an die Arbeiterverbrüderung ab und bereiteten die
25. Sept. Schaffung eines eigenen Dachverbandes vor, der am 25. September 1848 als Association der Cigarrenarbeiter Deutsch-

lands gegründet wurde und die Zeitschrift «Concordia» herausgab. Unter den Hamburger Tabakarbeitern fand diese Organisation zunächst nur wenig Unterstützung; ihr Verein schloß sich der Arbeiterverbrüderung an und lehnte einen Beitritt zum Zentralverband ab. 1848

Ähnliche Probleme ergaben sich bei den Buchdruckern, die an ihrer nationalen Organisation festhielten und sich weigerten, das berufsübergreifende Konzept der Arbeiterverbrüderung zu unterstützen. In anderen Berufszweigen ohne eigenen Zentralverband wirkte die Idee der Arbeiterverbrüderung jedoch belebend, neue Vereine entstanden auch in Hamburg und schlossen sich dem Bezirkskomitee an.

Das Gesetz zur Wahl der Hamburger Konstituante wurde verkündet. Die 188 Abgeordneten sollten unabhängig von Senat und Bürgerschaft arbeiten können, wurden aber auf die alten Gewalten vereidigt, die bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung im Amt blieben. Das aktive und passive Wahlrecht erhielten alle männlichen Hamburger, die volljährig und mündig waren, weder Unterstützungsgelder erhielten noch Haftstrafen verbüßen mußten. Zwischen dem 5. Oktober und 4. Dezember 1848 sollte gewählt werden; der lange Zeitraum erklärte sich aus der Regelung, daß in den elf Wahlbezirken getrennt abgestimmt wurde und die Wahlgänge nicht an direkt aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden durften. 8. Sept.

Eine Choleraepidemie brach in Hamburg aus. Ihr fielen in den folgenden drei Monaten über 1500 Menschen zum Opfer. Ärmere Bevölkerungsgruppen waren besonders betroffen, da sie sich aufgrund der beengten Wohnverhältnisse und schlechten sanitären Einrichtungen kaum vor der Krankheit schützen konnten. Als Reaktion auf das erneute Auftreten der Seuche wurde Anfang Januar 1849 eine Deputation für die Stadtwasserkunst in der Hamburger Verwaltung eingerichtet. Sept.

Zwischen der Patriotischen Gesellschaft und dem Bildungsverein für Arbeiter kam es zum endgültigen Bruch. Die Okt.

1848 Gesellschaft begründete ihre Entscheidung mit den politischen Aktivitäten des Vereins, wobei sie besonders die Unterstützung der Resolution vom 7. August mißbilligte. Damit hatten sich in dieser traditionsreichen bürgerlichen Organisation die konservativen Kräfte durchgesetzt, was auch in dem Zusammenschluß mit dem am 26. August 1848 gegründeten Patriotischen Verein zum Ausdruck kam.

3. Okt. In Leipzig erschien die erste Ausgabe der Zeitung «Die Verbrüderung. Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter», redigiert von Stephan Born. Die Zeitung trat für die Ideen der Arbeiterverbrüderung ein und förderte den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Bezirken der Organisation. Es wurden wöchentlich zwei Nummern veröffentlicht. Die wichtigsten Abonnenten waren die einzelnen Mitgliedsvereine der Arbeiterverbrüderung, durch die das Blatt ein breites Lesepublikum erreichte, denn bis zum April 1849 hatten sich über 100 Vereine mit etwa 12000 bis 15000 Mitgliedern angeschlossen.

Nach der Emigration Borns im Mai 1849 wurde das Blatt redaktionell von Franz Schwenniger und Karl Gangloff betreut. Sie führten es bis zum Verbot der Arbeiterverbrüderung weiter und gaben die letzte Nummer am 29. Juni 1850 heraus.

Nov. Das Hamburger Bezirkskomitee der Arbeiterverbrüderung arbeitete eng mit dem Bildungsverein für Arbeiter zusammen. Als Zentrale in organisatorischen und agitatorischen Fragen bemühte es sich, den Zusammenschluß von Arbeitern auch über die Berufsgrenzen voranzutreiben. Tägliche Bürostunden und eine öffentliche Komiteesitzung in der Woche sollten den Austausch zwischen den angeschlossenen Vereinen fördern, Hilfestellung bei Neugründungen geben und für die Idee werben.

Bei den Komiteewahlen im November 1848 wurden F. Bosson und J. Carl Bühring, die bereits auf dem Berliner Gründungskongreß anwesend waren, in ihren Vorstandsämtern bestätigt.

«Die Verbrüderung» vom 24. November 1848 veröffentlichte einen Aufruf des Leipziger Zentralkomitees zur Bewaffnung der Arbeiter. Der Kauf von Waffen sollte unterstützt werden, die bewaffnete Arbeiterschaft Verbindung aufnehmen und der Gefährdung demokratischer Freiheitsrechte entgegentreten. Damit reagierte die Arbeiterverbrüderung auf die Entwicklung in Preußen, wo die gewählte Nationalversammlung von der gegenrevolutionären Regierung aus Berlin vertrieben worden war. Beim Hamburger Bezirkskomitee fand dieser Aufruf wenig Unterstützung. In einem Schreiben vom 18. Dezember 1848 übermittelte Bühring der Zentrale die Mißbilligung dieser Aktion und forderte sie zu größerer Vorsicht auf.

1848
22. Nov.

Die Hamburger Konstituante trat zu ihrer ersten Plenarsitzung zusammen. An den Wahlen vom 5. Oktober bis 4. Dezember 1848 hatte sich nur die Hälfte der etwa 38 000 Wahlberechtigten beteiligt. Sie stimmten in ihrer überwältigenden Mehrheit für die Kandidaten des liberalen Wahlkomitees, das die demokratischen Vereine unter Zurückstellung ihrer politischen Differenzen gebildet hatten. Der gemäßigte Deutsche Klub stellte die meisten Abgeordneten; die Vereine des linken Spektrums entsandten neben anderen die Juristen und Journalisten Trittau, Gallois, Marr, Heitmann und Theodor Hagen sowie die Arbeiter- und Handwerkervertreter Audorf (d. Ä.), Reckahn, Martens.

14. Dez.

Vor der Aufnahme der Arbeit kam es zu Konflikten über den geforderten Treueeid der Abgeordneten auf die bestehenden Staatsorgane, was den Senat am 20. Dezember 1848 zu der Erklärung veranlaßte, daß er eine «vollständige und definitiv festgestellte» neue Verfassung auch einführen werde. Daraufhin nahm die Versammlung ihre Beratungen auf und konnte sie bis zum Juni 1849 relativ unbehindert fortsetzen.

Der Zusammenschluß demokratischer Vereine in Hamburg zerbrach. Hatte das Bündnis den Wahlkampf zur Verfassunggebenden Versammlung noch überdauert, so traten bei den Beratungen die unterschiedlichen politischen Zielvor-

1849
Jan.

1849 stellungen deutlich hervor. Der Bürgerverein versuchte im Januar 1849, das Zentralkomitee – dem zu diesem Zeitpunkt 13 Organisationen angehörten – mit weitreichenderen Kompetenzen auszustatten und zum Mittelpunkt einer einheitlichen demokratischen Bewegung zu machen. Als diese Bestrebungen von der gemäßigten Fraktion um den Deutschen Klub abgelehnt wurden, verließen die radikalen Vereine das Gremium.

10. – 14. Febr. In Hamburg fand ein norddeutscher Bezirkskongreß der Arbeiterverbrüderung statt, den Schwenniger als Mitglied des Zentralkomitees leitete. Die 32 Delegierten kamen aus Hamburg, Altona, Lübeck, Bremen, Hannover und zahlreichen anderen Orten. Der Hamburger Arbeiterbildungsverein hatte zwei Vertreter entsandt.

Unter dem Eindruck zunehmender staatlicher Repressionen beriet der Kongreß, wie der Zusammenhalt innerhalb der Arbeiterverbrüderung verstärkt werden könne: Produktivassoziationen der Arbeiter sollten gefördert und die kleineren der angeschlossenen Vereine von den Bezirkskomitees besonders stark unterstützt werden. Das Treffen endete mit einer von etwa 2500 Menschen besuchten Abschlußkundgebung.

Unmittelbar nach dem Kongreß traten auf vielen Gütern in Ostholstein die Landarbeiter in den Streik. An der Vorbereitung und Unterstützung dieser Ausstände waren wahrscheinlich Mitglieder der Arbeiterverbrüderung beteiligt, denn in Hamburg war das Problem der Agitation unter der Landbevölkerung ausführlich beraten und eine Resolution zur Gründung von Tagelöhnervereinen verabschiedet worden.

Ende Febr. Ende Februar 1849 wurde Windeler zum neuen Präsidenten des Bezirkskomitees gewählt, neben ihm waren mit Bühring, Wilhelm Hirsch und Hermann Wilhelm Haupt radikale Demokraten und Mitglieder des Bundes der Kommunisten im Vorstand vertreten.

6. März Die Hamburger Zigarrenarbeiter riefen zur Solidarität

mit ihren streikenden Londoner Kollegen auf und warnten vor englischen Agenten, die sich bemühten, deutsche Arbeiter als Streikbrecher anzuwerben. Ein entsprechender Aufruf erschien in der «Verbrüderung» vom 9. März 1849.

Seit dem Bestehen der Arbeiterverbrüderung hatten die Hamburger Tabakarbeiter ihren Anschluß an diese Organisation verteidigt und ihren Zentralverband, die Association der Cigarrenarbeiter Deutschlands, mehrmals, aber ohne Erfolg, zum Beitritt aufgefordert. 1849 gelang es dem Hamburger Verein, eine Produktivassoziation zu gründen, die bis 1862 recht erfolgreich arbeitete und drei Läden im Stadtgebiet unterhielt.

Die aus dem Zentralkomitee demokratischer Vereine ausgetretenen radikaldemokratischen Gruppierungen schlossen sich im Kreisausschuß der demokratischen Vereine für den Kreis Hamburg zusammen und traten dem Zentralausschuß der Demokraten bei. Die wichtigsten der acht Mitglieder im Kreisausschuß waren der Bürgerverein, der Bildungsverein für Arbeiter, der Bürgermilitärverein, der Arbeiterverein St. Georg und der Hamburger Zigarrenarbeiterverein; auch das Bezirkskomitee der Arbeiterverbrüderung wählte noch im Laufe des März zwei Vertreter in das neuentstandene Gremium. Auf einem Kreiskongreß für Demokraten in Hamburg schlossen diese Vereine auch Notwehrmaßnahmen zur Verteidigung demokratischer Freiheiten nicht aus.

Der Kreisausschuß der demokratischen Vereine veranstaltete in Hamburg eine gutbesuchte Versammlung und rief zur Volksbewaffnung auf, um der tatsächlichen Einführung der noch in der Beratung befindlichen Verfassung Nachdruck zu verleihen. Viele Freiwillige schrieben sich in die ausliegenden Listen ein und demonstrierten damit dem Senat ihre Entschlossenheit, die Reformen zu verteidigen und sympathisierende Kräfte im Bürgermilitär zu unterstützen.

Nachdem der Senat alle derartigen Aktivitäten verboten hatte, schwächte sich die Resonanz spürbar ab, dennoch veranstalteten Mitglieder des Bildungsvereins Schießübungen

1849

März

7. Mai

- 1849 jenseits der Stadtgrenzen, und auch die Tabakarbeiter bereiteten sich auf zu erwartende Auseinandersetzungen vor. Als jedoch Mitte Juli die fehlenden Waffen und die politische Entwicklung im übrigen Deutschland jede Gegenwehr aussichtslos erscheinen ließen, wurden auch die letzten dieser Übungen eingestellt.
28. Mai Auf dem Höhepunkt der Bewegung für demokratische Rechte demonstrierten über 4000 Teilnehmer auf einem sogenannten «Pfingstspaziergang» von Hamburg nach Wandsbek für die Einführung der neuen Reichsverfassung vom 28. März 1849. Auf der Abschlußkundgebung sprachen Martens und Weitling. Weitling war im Juli 1848 nach Deutschland zurückgekehrt und bereits beim jährlichen Stiftungsfest des Hamburger Arbeiterbildungsvereins im Februar 1849 als Redner aufgetreten. In den folgenden Monaten ließ er sich zunächst in Hamburg, dann in Altona nieder und bemühte sich, seine Anhänger in einem Befreiungsbund zusammenzuschließen. Der Einfluß Weitlings in der Hamburger Arbeiterbewegung und personelle Veränderungen innerhalb des Bezirkskomitees riefen den Protest von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten hervor: Bühring kritisierte die Jubiläumsreden im Bildungsverein als Verbalradikalismus, und nach seinem Ausscheiden aus dem Hamburger Bezirkskomitee zog sich auch der Arbeiterverein St. Georg unter der Leitung von Haupt aus diesem Gremium zurück.
- Mai Karl Marx hielt sich in Hamburg auf und traf mit mehreren Mitgliedern der hiesigen Bundesgemeinde zusammen. Es entwickelte sich ein beständiger brieflicher Kontakt, so daß mit der Unterstützung von Conrad Bernhard Schramm und Theodor Hagen ab März 1850 eine monatliche Fortsetzung der im Mai 1849 verbotenen «Neuen Rheinischen Zeitung» in Hamburg erscheinen konnte.
- Juni Ein von der Arbeiterverbrüderung geplanter Kongreß aller deutschen Arbeitervereine konnte nicht mehr durchgeführt werden, da sich in vielen Einzelstaaten, besonders aber in Preußen, die antidemokratischen Kräfte durchgesetzt hatten.

Am 30. Mai 1849 war in Preußen das Dreiklassenwahlrecht in Kraft getreten, am 29. Juni erfolgte dort eine Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts. 1849

Gründung eines Gewerkvereins der Hamburger Schiffszimmerer. An ihm waren die verschiedenen konkurrierenden Kassen dieses Berufszweiges beteiligt, denen es nach jahrelangen Bemühungen gelungen war, sich zusammenzuschließen und Schiffszimmerer auf sämtlichen Hamburger Werften zu organisieren. Bis Mitte 1849 setzte sich in Hamburg und Umgebung die Gründung von Arbeitervereinigungen auch in anderen Berufen fort: In Altona schlossen sich die Buchdrucker dem zentralen Gutenbergbund an, in Hamburg entstanden Unterstützungskassen der Gerber, Steindrucker und Maurer. In den folgenden Jahren gewannen die Kassen als Organisationsform an Bedeutung, da sie mit der Zahlung von Unterstützungsgeldern an ihre Mitglieder Funktionen der Armenpflege ausübten und deshalb von den staatlichen Stellen weniger stark kontrolliert wurden als die deutlicher politisch oder gewerkschaftlich orientierten Vereine. Das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung hatte diese Entwicklung vorausgesehen und bereits im Mai 1849 den Aufbau eines Kassenwesens angeregt. 7. Juli

Die Konstituante verabschiedete ihren Entwurf für eine neue Hamburgische Verfassung, deren Leitsätze Volkssouveränität und Gewaltenteilung waren. Die 300 Abgeordneten der künftigen Bürgerschaft sollten demokratisch gewählt werden und den neunköpfigen Senat für jeweils sechs Jahre bestellen. Bürgerliche Kollegien, die den kirchlichen Einfluß gesichert hatten, waren nicht mehr vorgesehen. 11. Juli

Die demokratische Bewegung in Hamburg reagierte begeistert auf diesen Entwurf und veranstaltete am 16. Juli 1849 einen friedlichen Demonstrationzug, an dem weit mehr als 10000 Menschen teilnahmen. Der amtierende Senat weigerte sich jedoch, die neue Verfassung anzuerkennen und erinnerte an den Eid, den die Mitglieder der Konstituante auf die bestehenden Staatsorgane geleistet hatten. Am 3. August 1849 ver- 16. Juli

1849 öffentlichte der Rat seine Bedenken, forderte eine grundlegende Revision des Entwurfs und brach damit seine Zusage vom Dezember 1848, die reformierte Verfassung auch einzuführen.

Dieser Konflikt trat nicht überraschend zutage, sondern hatte sich bereits seit Juni 1849 abgezeichnet. Die abschließenden Beratungen der Konstituante waren von staatlichen Einschüchterungsversuchen und Drohungen begleitet worden. Zur Stärkung der eigenen Position hatte der Senat Anfang Juli Verhandlungen mit der preußischen Regierung zum Eintritt Hamburgs in das seit Mai 1849 bestehende Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Hannover und Sachsen aufgenommen, die sich schwierig gestalteten, da Hamburg seine staatliche Eigenständigkeit behaupten wollte und einen Anschluß an den Deutschen Zollverein weiterhin ablehnte. Aus denselben Gründen erschien es unwahrscheinlich, daß der Senat sich mit der Bitte um militärische Hilfe an Preußen wenden könnte und fremde Truppen in den Hamburger Verfassungskonflikt eingreifen würden.

Im Juli verdichteten sich jedoch Gerüchte über eine bevorstehende Besetzung der Stadt und beunruhigten weite Kreise der Bevölkerung. Als am 13. August preußische Truppen in Altona und Hamburg einmarschierten, wurden sie von einer aufgebrachten Menschenmenge beschimpft und angegriffen. Die Unruhen spitzten sich zu und endeten in einer Schießerei, die ein Todesopfer forderte. An den Kämpfen beteiligten sich Angehörige des Bürgermilitärs und Mitglieder des Weitling'schen Befreiungsbundes. Ihre Aktionen blieben jedoch erfolglos: Am 15. August 1849 erklärte der Senat den Beitritt Hamburgs zum Dreikönigsbündnis, am 17. wurde die Stadt von mehr als 8000 preußischen Soldaten besetzt. Damit war der Verfassungskonflikt auch in Hamburg zugunsten der konservativen Kräfte entschieden.

Die Haltung des Senats in der letzten Phase der Revolution ist nicht eindeutig geklärt. Der Einmarsch preußischer Truppen geschah wahrscheinlich mit seiner Billigung, gegen die

Besetzung vom 17. August legte er Protest ein, und es folgten 1849
Verhandlungen über die Bedingungen für einen Abmarsch.

Die ersten Besatzungstruppen verließen Hamburg, nach- 1. Sept.
dem die Erbgesessene Bürgerschaft den Beitritt zum Dreikö-
nigsbündnis am 27. August 1849 ratifiziert hatte. Eine Garni-
son blieb jedoch bis zum November 1850 in der Stadt, um die
Machtposition des Senats zu festigen. Die Auflösung des
Hamburger Bürgermilitärs, in dem demokratische Ideen weit
verbreitet waren, konnte Preußen nicht durchsetzen, ledig-
lich das Gesetz über die Wählbarkeit der Offiziere durch die
Mannschaften wurde am 13. Dezember 1849 aufgehoben.

Der preußischen Forderung nach einem scharfen Vorgehen 20. Sept.
gegen demokratische Vereine und ihre Presse kam der Ham-
burger Senat umgehend nach und verabschiedete am 20. Sep-
tember ein Pressegesetz, das zwar nicht die Vorzensur wieder
einführte, aber die Veröffentlichung demokratischer Inhalte
unter schwere Strafen stellte. Gleichzeitig wurden mit der
«Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs des Versamm-
lungs- und Vereinigungsrechtes» Vereine verboten, deren
Ziele den Gesetzen widersprachen, Versammlungen unter
freiem Himmel und spontane Zusammenkünfte des Bürger-
militärs untersagt sowie polizeiliche Kontrollen von Vereins-
sitzungen und Veranstaltungen, die öffentliche Angelegen-
heiten thematisierten, vorgeschrieben.

Eine «Neuner-Kommission» von Senats- und Bürger- 29. Sept.
schaftsmitgliedern begann mit der Überarbeitung der Konsti-
tuanten-Verfassung und legte im Mai 1850 einen Entwurf vor,
in dem alle wesentlichen demokratischen Elemente gestri-
chen worden waren. Jedoch auch die Einführung dieser Ver-
fassung stieß auf den Widerstand der konservativen Kräfte in
Hamburg, und da auch der Deutsche Bund massiven Protest
erhob, wurde sie im Juni 1852 der Kommission zur erneuten
Beratung überwiesen.

Die Hamburger Konstituante, die mit den August-Ereignis-
sen jeglichen politischen Einfluß verloren hatte, erkannte die
neu eingesetzte Verfassungskommission nicht an, lehnte eine

- 1849 Zusammenarbeit mit diesem Gremium ab und vertagte sich am 25. Oktober 1849 auf unbestimmte Zeit. Am 14. Juni 1850 wurde sie von Senat und Bürgerschaft für aufgelöst erklärt.
- 27.–28. Okt. In Hamburg fand ein provisorischer Kongreß der neugegründeten Norddeutschen Arbeiterverbrüderung statt. Die Initiative für diesen Zusammenschluß ging von den Arbeitervereinen in Bremen und Hannover aus, die einen letzten Versuch unternommen hatten, die noch bestehenden Vereine in Norddeutschland regional zusammenzufassen.

Das Hamburger Bezirkskomitee sah in diesen Bestrebungen die Gefahr einer Spaltung und lehnte die Mitarbeit in der neuen Organisation ab. Die Arbeit der Leipziger Zentrale war jedoch seit Mitte des Jahres stark behindert, und auch das Hamburger Komitee konnte seine Tätigkeit nur unter großen Schwierigkeiten fortsetzen. Als Vorbereitung auf die drohende illegale Existenz gründete der Hamburger Zweig der Arbeiterverbrüderung im November 1849 eine Assoziationskasse und bereitete die Einrichtung eines Reiseunterstützungsfonds für wandernde Mitglieder vor.

10. Nov. Der Bildungsverein für Arbeiter mietete ein geräumiges Haus in der Böhmenstraße und verlegte seinen Sitz dorthin. Ihm gehörten zu dieser Zeit etwa 500 Mitglieder an. Einer Auflösung durch die Behörden konnte er vorbeugen, indem er sich seit September 1849 mehr und mehr aus der Politik zurückzog und neue Statuten verabschiedete. Mehrere radikal-demokratische Mitglieder verließen daraufhin den Verein, aber dem Apotheker Ulex, der Martens als Vorsitzender ablöste, gelang es, die internen Gegensätze zu überbrücken. Der Verein hielt seltener Vollversammlungen ab, leistete aber intensive Arbeit in den einzelnen Kursen.

Die Hamburger Behörden schritten auch in den folgenden Jahren nicht gegen die populäre Organisation ein, so daß der Bildungsverein als einziger der in der Revolution aktiven Zusammenschlüsse nicht nur die Reaktionszeit überstand, sondern unter Ulex' Leitung seine Mitgliederzahl bis zum Mai 1860 auf etwa 1000 erhöhen konnte.

Diese Entwicklung vollzog sich nicht reibungslos: So erklärte der Bildungsverein im Dezember 1849, daß er nach wie vor die Arbeiterverbrüderung unterstütze, und veröffentlichte noch im Mai 1850 ein seit Juni 1849 geplantes Volksliederbuch mit revolutionär-demokratischen Inhalten.

1849

Das Bezirkskomitee Hamburg gründete eine Reiseunterstützungskasse, der alle Mitglieder der Arbeiterverbrüderung angehörten. Die Leitung der Kasse übernahmen Martens und Johann Carl Haacke. Die neue Organisation zahlte Unterstützungsgelder für die Wanderschaft und entwickelte sich zu einer beliebten Einrichtung, was sich in einem deutlichen Mitgliederzuwachs bei den angeschlossenen Vereinen niederschlug. Neben ihrer eigentlichen Funktion sollte die Kasse aber auch eine getarnte Fortsetzung der Arbeit des Bezirkskomitees ermöglichen, da dessen Auflösung aufgrund der politischen Lage zu befürchten war.

1850

1. Jan.

Der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter feierte sein 5. Stiftungsfest. Etwa 3000 Besucher nahmen an der Veranstaltung in der Altonaer Tonhalle teil, die nicht nur mit der Vereinsfahne, sondern auch mit einem Emblem der Arbeiterverbrüderung geschmückt war. Der Vorsitzende Ulex betonte in seiner Rede die Unabhängigkeit des Vereins, hob die auch nach dem Bruch mit der Patriotischen Gesellschaft gesicherte Finanzlage hervor und vermittelte ein eindrucksvolles Bild der vielfältigen allgemein- und berufsbildenden Aktivitäten des Vereins.

10. Febr.

Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung hielt in Leipzig einen illegalen Kongreß ab. Die 30 anwesenden Delegierten vertraten mehr als 200 Vereine. Für das Hamburger Bezirkskomitee nahm dessen Vorsitzender Haacke teil. In das neue Zentralkomitee wurden Schwenniger, Andreas Reuß und Carl Gangloff gewählt; sie sollten der Generalversammlung und dem Verwaltungsrat verantwortlich sein. Im letztgenannten neunköpfigen Gremium waren die Bezirkskomitees aus Berlin, Hamburg und Bremen sowie aus sechs weiteren Vororten der Organisation vertreten. Mit ihrer Zu-

20. – 26.

Febr.

1850 stimmung konnte das Zentralkomitee seinen Sitz von Leipzig an einen anderen Ort verlegen.

Die Grundsätze der verabschiedeten Statuten waren Selbsthilfe und Selbstverwaltung der in der Arbeiterverbrüderung Zusammengeschlossenen. Diesem Zweck sollten auch die propagierten Ankaufgesellschaften und Produktivassoziationen, die Wanderunterstützungs- und Arbeitsnachweisvereine sowie die Krankheitspflegevereine dienen. Die Delegierten einigten sich darauf, das Organisationsvermögen im Fall einer erzwungenen Auflösung der Arbeiterverbrüderung für die Unterstützung arbeitsloser oder invalider Mitglieder zu verwenden.

März Die ersten beiden Nummern der «Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue», die Karl Marx in London redigierte, erschienen in Hamburg. Marx hatte hier mit Unterstützung von Theodor Hagen eine Druckerei für seine Monatsschrift gefunden. Das Unternehmen gestaltete sich jedoch von vornherein als schwierig, was zu einer schleppenden Herausgabe führte: Das erste Heft war bereits für Januar 1850 geplant gewesen, die letzte von sechs Ausgaben erschien erst im November 1850.

16. März Die nach einem Dreiklassenwahlrecht bestimmten Wahlmänner delegierten Edmund Schwartz und Gabriel Riesser als Hamburger Abgeordnete in das Erfurter Unionsparlament, in dem die Hansestadt nach dem Beitritt zum Dreikönigsbündnis vertreten war. Die Beratungen über eine Unionsverfassung verliefen erfolglos und wurden noch vor Ablauf des Jahres 1850 wieder eingestellt.

1. Apr. Die Reiseunterstützungskasse des lokalen Vereinskomitees in Altona nahm ihre Arbeit auf. Zu dieser Zeit weitete sich das Wanderkassenwesen immer mehr aus, und in der «Verbrüderung» gaben zahlreiche der angeschlossenen örtlichen Vereine die Zahlung von Unterstützungsgeldern an wandernde Mitglieder bekannt.

Juni In Leipzig wurde das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung zur Auflösung gezwungen, ihr Organ «Die Verbrü-

derung» mußte mit der Ausgabe vom 29. Juni 1850 sein Er- 1850
scheinen einstellen. Anfang Juli 1850 hatten sich viele deut- 29. Juni
sche Staaten dem Verbot angeschlossen und damit den ersten
nationalen Zusammenschluß von Arbeitervereinen zerschla-
gen. Lediglich in Nordwestdeutschland und Württemberg
blieb die Organisation noch einige Monate bestehen. Über
die Wanderunterstützungskassen gelang es, den Kontakt
zwischen den angeschlossenen Vereinen aufrechtzuerhalten,
und bis Ende 1850 gab Gangloff in Leipzig als Fortsetzung
der «Verbrüderung» den «Prometheus» heraus, der jedoch
keine so weite Verbreitung fand.

Der Bund der Kommunisten spaltete sich nach Kontrover- 15. Sept.
sen über taktische Fragen in zwei Fraktionen. Die Gruppe
um Marx und Engels verlegte den Sitz ihrer Zentrale nach
Köln, die Anhänger von August Willich und Karl Schapper
blieben in London.

Auch in der Hamburger Bundesgemeinde traten diese
Konflikte zutage, wobei die Mehrheit der Mitglieder den in
London verbliebenen Flügel unterstützte. Darüber hinaus
lähmten die nach den Augustereignissen von 1849 verstärkte
polizeiliche Überwachung und zahlreiche Verhaftungen die
Arbeit des Bundes in Hamburg. 1851 wurden neben Martens
und anderen im Bildungsverein aktiven Mitgliedern auch
Hermann Wilhelm Haupt und Wilhelm Hirsch festgenom-
men, die in den Kölner Kommunistenbundprozessen vom
November 1852 als Zeugen auftraten und der Polizei wichtige
interne Informationen lieferten.

Das Hamburger Bezirkskomitee der Arbeiterverbrüde- 6. Okt.
rung wurde zur Selbstaflösung gezwungen und damit in
dem für Norddeutschland besonders wichtigen Vorort ver-
boten. Für mehrere Monate gelang es, die Organisation als
Wanderunterstützungskasse in engem Anschluß an den Bil-
dungsverein für Arbeiter fortzuführen. Im Juni 1851 wurde
jedoch der Kassenleiter und ehemalige Komiteevorsitzende
Haacke verhaftet, zwei Monate später erfolgte die endgültige
Auflösung der Organisation. Die Kassengelder wurden auf

1850 den Bildungsverein übertragen, der in den folgenden Jahren als einziger berufsübergreifender Zusammenschluß in der Hansestadt bestehen blieb.

Mit der Wanderunterstützungskasse des Hamburger Bezirkskomitees war auch in Norddeutschland die Arbeiterverbrüderung zerschlagen worden, nachdem die seit Januar 1851 in Hannover erscheinende «Deutsche Arbeiterhalle. Wochenschrift für die arbeitenden und besitzlosen Volksklassen» als Nachfolgeorgan von «Verbrüderung» und «Prometheus» im Juli 1851 ihre letzte Nummer herausgebracht hatte.

1850er Jahre Die Hamburger Wirtschaft profitierte von der bis 1857 allgemein guten Konjunkturlage. Der Warenumsatz stieg stark an, so daß Hamburg sich zur bedeutendsten europäischen Handelsstadt entwickelte und nach London den zweitgrößten Hafen in Europa unterhielt. Die Einwohnerzahl der Stadt und ihrer Vorstädte erhöhte sich von gut 170000 im Jahre 1850 auf annähernd 200000 ein Jahrzehnt später.

Die Organisationstätigkeit von Arbeitern und Handwerkern in den verschiedenen Berufszweigen wurde durch die Beschränkungen des Presse-, Vereins- und Versammlungswesens erheblich erschwert. Die Mitglieder der vor 1850 gegründeten Vereine bemühten sich aber, ihren Zusammenschluß in zahlreichen Unterstützungskassen auch nach dem konservativen Umschwung aufrechtzuerhalten. In Streikbewegungen zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen traten die Hamburger Arbeiter bis zur plötzlichen Wirtschaftskrise von 1857 jedoch nur selten ein.

Die staatliche Überwachung und Verfolgung richtete sich gegen Mitglieder von an der Revolution beteiligten Organisationen. Besonders betroffen waren als «kommunistisch» eingeschätzte Personen. Unmittelbar nach den Augustereignissen von 1849 war Weitling aus Hamburg ausgewiesen worden und in die Vereinigten Staaten emigriert.

1851 Mai Ab Mai 1851 setzte in ganz Deutschland eine Verhaftungswelle gegen Angehörige des Bundes der Kommunisten ein, in deren Verlauf am 31. Mai mehrere Bundesmitglieder in Ham-

burg festgenommen wurden, darunter Haupt, Carl Hermann Petersen und Martens. In den folgenden Monaten wurde auch gegen Haacke, Spadow, Trittau und Jakob Audorf (d. Ä.) ermittelt. Acht Verhaftete wurden vor Gericht gestellt. Der Prozeß endete am 10. November 1851 mit mehreren Ausweisungen und Haftstrafen. 1851
31. Mai

Eine Revision der «Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungs-Rechts» trat in Kraft. Durch sie erhielt die Polizei erweiterte Kompetenzen und die Möglichkeit, Vereinsgründungen und Versammlungen nicht nur wegen gesetzlicher Bedenken, sondern auch aufgrund von Widersprüchen zur gesellschaftlichen Ordnung abzulehnen. 30. Juni

Die Unterstützungskasse des Arbeiterbildungsvereins für Flüchtlinge aus anderen deutschen Staaten stellte ihre Zahlungen ein. Aufgrund der Tätigkeit dieser Einrichtung hatte die Polizei in den vorausgegangenen Monaten mehrmals Vereinsmitglieder verhört und ihre Wohnungen durchsucht. Ulex, der als Präsident 1851 bestätigt worden war, drängte auf eine völlige Ausklammerung der Politik bei allen Aktivitäten des Vereins, um einem drohenden Verbot vorzubeugen. Okt.

Unter seiner Leitung wurden in den folgenden Jahren ausschließlich Bildungs- und Unterhaltungsangebote in das Programm aufgenommen, und der Verein entwickelte sich zu einer bekannten und beliebten Einrichtung, die eine wachsende Zahl von Mitgliedern anzog.

In Hamburg wurde ein Assoziations-Waren-Magazin eröffnet. Angeregt von dem Gedanken der Selbsthilfe bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen hatten Mitglieder des Bürgervereins diese Warenankaufsgesellschaft gegründet, um so Grundnahrungsmittel und Brennstoffe zu günstigen Preisen liefern zu können. Die Beteiligung war an den Kauf von Kleinaktien gebunden. Der neugegründete Konsumverein und die angeschlossene Sparkasse entwickelten sich gut, hat- Mitte
Dez.

1851 ten jedoch gegen wachsende Proteste des Hamburger Krameramts zu kämpfen. Trotz aller Widerstände und Rückschläge wurde die Idee der Konsumgenossenschaften in den folgenden Jahren immer wieder aufgegriffen.

Geringere Resonanz fand der Gedanke des Zusammenschlusses in Produktivassoziationen. In Hamburg jedoch, wo die Arbeiterverbrüderung beide Organisationsformen propagiert und gefördert hatte, bestanden schon vor der Gründung des Waren-Magazins zwei Assoziationen der Zigarrenarbeiter und Tischler. Der Zusammenschluß der Tabakarbeiter florierte bis Mitte der 1850er Jahre, erfuhr jedoch in der Wirtschaftskrise ab 1857 einen erheblichen Rückschlag. Die Tischler hatten sich mit den Instrumentenbauern geeinigt und – unterstützt vom Bildungsverein – die gemeinsame Produktion aufgenommen. Der Betrieb wurde durch regelmäßige Mitgliedsbeiträge finanziert und ermöglichte den zusammengeschlossenen Handwerkern – bei Einhaltung eines wöchentlichen Höchstverdienstes – die Arbeit in eigener Regie.

1852 Die Polizei schloß das Hamburger Assoziations-Waren-
Okt. Magazin und reagierte damit auf die Proteste des Krameramts gegen diese unerwünschte Konkurrenz. Offiziell wurde die Maßnahme damit begründet, daß der Konsumverein entgegen seiner Satzung die Waren nicht zum Einkaufspreis, sondern mit einem 1,5prozentigen Aufschlag zur Deckung der laufenden Kosten abgegeben hatte.

Dez. Als Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen wurde in Hamburg ein neuer Konsumverein gegründet, der den gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln und ihre Weitergabe an die Mitglieder organisierte und so ein polizeiliches Verbot umging. Bis zu ihrer Spaltung im Jahre 1856 arbeitete die Gesellschaft erfolgreich.

1853 In Hamburg und Altona traten die Schiffszimmerer in
Ende einen mehrwöchigen Streik. Ziel der Arbeitsniederlegung war es, die Beschäftigung auswärtiger Arbeiter auf den Werften zu unterbinden und eine deutliche Lohnerhöhung

durchzusetzen. Ende Januar 1854 gelang es den Schiffszimmerern, ihren Ausstand mit einem Teilerfolg zu beenden. 1853

Zwei neue Produktivassoziationen entstanden in Hamburg. Zahlreiche Tischler schlossen sich zur Handwerkervereinigung von 1853 zusammen, die sich zu einem erfolgreichen Unternehmen entwickelte. Am 21. Oktober 1854 gründeten Holzpantoffelmacher aus Hamburg und Altona einen Verein, über den der günstigere Einkauf von Rohmaterial organisiert und mit gemeinsamer Lagerhaltung dem drohenden Preisverfall des fertigen Schuhwerks begegnet werden sollte. Auch dieser Zusammenschluß hatte für mehrere Jahre Bestand. 1853/
1854

Der Bundestag beschloß ein Verbot aller politisch orientierten Arbeitervereine in Deutschland und einigte sich auch auf verschärfte Kontrollen des Pressewesens. In Hamburg wurde der Beschluß am 20. Oktober 1854 vom Senat veröffentlicht, die neuen Regelungen wirkten sich jedoch kaum aus, da Arbeiterorganisationen und demokratische Presse schon durch die Verordnungen von 1849 und 1851 massiv unterdrückt wurden. Trotz der Proteste anderer Landesregierungen beim Hamburger Senat blieb der Bildungsverein aber weiterhin legal bestehen. 1854
13. Juli

Anfang 1855 konnte er erstmals mehr als 1000 Mitglieder verzeichnen, was bei der hohen Fluktuation durch Wanderschaft und andere beruflich bedingte Ortswechsel bedeutete, daß er noch wesentlich mehr Menschen mit seinem vielfältigen Bildungs- und Unterhaltungsangebot erreichte. Die Zahl der festen Mitglieder entwickelte sich in den folgenden Jahren leicht rückläufig, überstieg aber 1860 erneut die Tausendergrenze. 1855
Anfang

Trotz interner Differenzen in dieser Frage veranstaltete der Bildungsverein auch weiterhin seine traditionellen Stiftungsfeiern. Die Texte der geplanten Festreden mußten vom Vorstand genehmigt werden, der auf die strikte Ausklammerung politischer Themen achtete, um der Polizei keinen Vorwand zum Eingreifen zu liefern. So ermöglichten die jährlichen Vereinsjubiläen den Fortbestand bescheidener überregionaler Febr.

- 1855 Kontakte zu ähnlichen Einrichtungen in anderen Orten; am Treffen 1855 nahmen beispielsweise Vertreter von Bildungsvereinen aus ganz Norddeutschland teil.
- 1856 Eine Gruppe von Mitgliedern des seit 1852 bestehenden Konsumvereins trennte sich von der Organisation und gründete die Neue Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen. Martens, der ehemalige Vorsitzende des Bildungsvereins, setzte sich wesentlich für den Aufbau des Unternehmens ein, das zwei Jahre später bereits über 3000 Mitglieder hatte und seine Waren in vier Verkaufslokalen anbot. Bis zum Ersten Weltkrieg entwickelte sich die Gesellschaft erfolgreich. Sie arbeitete in Konkurrenz zum 1899 gegründeten gewerkschaftlichen Konsumverein Produktion, der die Neue Gesellschaft nach langjährigen Verhandlungen 1926 aufkaufte. Die ursprüngliche Gesellschaft zur Verteilung von Lebensbedürfnissen verlor nach der Neugründung von 1856 an Bedeutung, konnte ihren Betrieb aber noch bis 1900 fortsetzen.

Trotz der repressiven Pressegesetzgebung gelang in Hamburg die Gründung eines fortschrittlichen, wöchentlich erscheinenden Organs: «Das Jahrhundert. Zeitschrift für Politik und Literatur.» Die redaktionelle Leitung übernahm Rekkahn, der auch im Vorstand des Bildungsvereins aktiv gewesen war und mit Martens und Schirges in enger Verbindung stand. «Das Jahrhundert» war eine der wenigen Publikationen, die sich bemühten, die demokratische Tradition fortzusetzen. Es mußte aufgrund des Drucks von Preußen und anderer deutscher Staaten im Juni 1859 sein Erscheinen einstellen.

In Hamburg gründeten die Zigarrensortierer, ein Berufszweig der besonders aktiven Tabakarbeiter, einen Freundschaftsklub, um ihren Zusammenhalt zu stärken, das gesellige Leben zu fördern und langfristig einen eigenen Arbeitsnachweis aufzubauen. Den Hamburger Zigarrenarbeitern, die sich mit ihrem Verein sehr stark für die Arbeiterverbrüderung eingesetzt hatten, war es gelungen, ihre Organisation als Unterstützungskasse weiterzuführen und unter der Leitung von Sally Eschwege über die Reaktionsjahre zu retten.

Hamburgs Handel und Wirtschaft wurden aufgrund der engen Geschäftsverbindungen nach Großbritannien besonders stark von einer internationalen Wirtschaftskrise getroffen. Mit Hilfe von staatlichen Geldern konnte der Zusammenbruch der wichtigsten Handels- und Bankhäuser verhindert werden; eine Vielzahl kleinerer Unternehmen mußte jedoch ihren Bankrott erklären. Auf dem Arbeitsmarkt waren die Anfänge der Krise bereits 1856 spürbar, da der Andrang zum Einsatz bei öffentlichen Arbeiten erheblich zunahm. Unter der rückläufigen Beschäftigung litten besonders die Arbeiterschaft und kleine Handwerksbetriebe. 1857/
1858

Mit dem Wiederaufleben der Konjunktur kam es auch in Hamburg zu mehreren Streikbewegungen und neuen Zusammenschlüssen in Form von Unterstützungskassen. Die Altonaer Seiler legten die Arbeit nieder, um bessere Löhne durchzusetzen. Die Hamburger Korbmacher, die wenig später in den Ausstand traten, erreichten darüber hinaus die Aufhebung der Verpflichtung, bei dem jeweiligen Meister zu wohnen. Die Hamburger Seeleute erhielten nach einem kurzen Streik mehr Heuer. Die Hamburger Schauerleute richteten ihre Proteste gegen die Beschäftigung «fremder» – hauptsächlich Altonaer – Arbeiter im Hafen. Sie hatten bereits 1856 eine entsprechende Abwehrorganisation gegründet. Die Lage der Schiffszimmerer war durch die Wirtschaftskrise und das rasche Vordringen des Eisenschiffbaus besonders angespannt. Zentrale Forderung in ihrem Kampf war erneut die begrenzte Beschäftigung auswärtiger Arbeiter. Anfang 1860 konnten sie diese teilweise durchsetzen. Die Hamburger Zimmerer beendeten im Mai 1860 ihren langjährigen Lohnkonflikt nach einem kurzen Streik mit einem Teilerfolg. Auch die Brauer, Konditorgehilfen, Musiker, Schmiede und Schlosser verlangten bessere Bezahlung und gründeten Kassen, die den Zusammenhalt unter den Betroffenen stärken sollten.

Aus Protest gegen die schlechte Arbeitsmarktlage im kaufmännischen Bereich schlossen sich Hamburger Angestellte im Verein für Handlungs-Commis von 1858 zusammen. Ziel 1858
23. Juli

1858 der Organisation war der Aufbau eines eigenen Stellennachweises, da die Arbeitsuchenden in diesen Berufszweigen auf gewerbsmäßige Vermittler angewiesen waren, die überhöhte Provisionen verlangten. 1860 entstand eine Krankenkasse des Vereins, und in den folgenden Jahren wurde das Selbsthilfe- und Fortbildungsangebot weiter ausgebaut. Die Zahl der Mitglieder stieg von etwa 2000 im Jahr 1868 auf 86 000 vierzig Jahre später und erreichte 1910 ihren Höchststand mit fast 115 000.

1859 In Hamburg lebte die öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit einer Verfassungsreform wieder auf. Mitte Januar wurde nach Konflikten zwischen Senat und Erbgessener Bürgerschaft eine gemischte Kommission eingesetzt, die über

22. Jan. Änderungen beraten sollte. Am 22. Januar 1859 appellierte eine Volksversammlung an den Senat, den Verfassungsentwurf vom 23. Mai 1850 umgehend einzuführen. Diese Vorlage, die aufgrund der Drohungen anderer deutscher Staaten nicht hatte in Kraft treten können und deren Revision in langjährigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen war, sah die Einführung einer gewählten Bürgerschaft vor. Von den 192 Abgeordneten sollten 96 – in den «allgemeinen» Wahlen – von den mindestens 25jährigen, männlichen, einkommensteuerzahlenden Bürgern und je 48 von den Grundeigentümern und Notabeln gewählt werden.

Da die Einführung dieser Verfassung erneut auf den Widerstand der konservativen Kräfte in Hamburg stieß, beschlossen Senat und Bürgerschaft, gemeinsam ein Wahlgesetz für eine neue Bürgervertretung zu erarbeiten und ihr die Verfassungsberatungen mit dem Senat zu übertragen.

11. Aug. Nach mehrmonatigen Verhandlungen wurde am 11. August das Wahlgesetz verabschiedet. Von den 192 Abgeordneten gingen nur noch 84 aus «allgemeinen» Wahlen hervor, 48 waren Vertreter der Grundeigentümer, 60 repräsentierten die Notabeln. Durch Neuwahlen im Abstand von drei Jahren sollte das Mandat der Hälfte der Abgeordneten in jeder Gruppe erneuert werden. Die ersten Wahlen wurden für den November 1859 geplant.

In Hamburg breitete sich erneut eine Choleraepidemie aus, 1859 der 1300 Menschen zum Opfer fielen. Auch nach diesem Auftreten der Seuche wurde keine grundlegende Sanierung der betroffenen, nahe der Elbe gelegenen Wohngebiete und ihrer Trinkwasserversorgung durchgeführt, so daß die Krankheit 1866/1867, 1871 und 1873 erneut zum Ausbruch kam.

In Frankfurt a.M. wurde der Deutsche Nationalverein 16. Sept. gegründet, in dem sich liberale Politiker mit den zentralen Fragen der nationalen Einheit sowie einer Wirtschafts- und Verfassungsreform auseinandersetzten. Ihre Hauptforderungen waren der Aufbau eines deutschen Bundesstaates unter preußischer Führung und die Einsetzung eines nationalen Parlaments. Viele Gründungsmitglieder hatten der Paulskirchenversammlung angehört und traten der 1861 gegründeten Fortschrittspartei bei. Besondere Resonanz fand die Arbeit des Nationalvereins in Nord- und Mitteldeutschland. Bis 1867 hielt er jährliche Generalversammlungen ab und konnte seine Mitgliederzahl im Oktober 1863 auf über 25 000 steigern. In Arbeiter- und Handwerkerkreisen warb der Nationalverein für seine Bildungseinrichtungen, um auch hier das liberale Gedankengut zu verbreiten.

Seine führenden Mitglieder wie Hermann Schulze-Delitzsch propagierten zudem die Gründung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, von denen es 1858 bereits mehr als 20 gab. Ziel dieser Zusammenschlüsse war es, den beteiligten Handwerkern und Arbeitern eine gesicherte Existenz aus eigener Kraft ohne staatliche Unterstützung zu ermöglichen. Gemeinsam mit Franz Duncker und Max Hirsch beteiligte sich Schulze-Delitzsch auch an der Gründung liberaler Gewerksvereine, die ab 1868 in Konkurrenz zu den sozialistischen Gewerkschaften entstanden, in Hamburg und Norddeutschland aber kaum Anhänger fanden.

Anlässlich des 100. Geburtstages Friedrich Schillers veranstaltete der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter eine dreitägige Feier, um des Dichters als einer Symbolfigur der ange- 11./13. Nov.

1859 strebten nationalen Einheit zu gedenken. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Festzug, an dem über 10000 Menschen teilnahmen. Den auffälligsten Block bildeten die Handwerker, die in ihrer Berufskleidung und mit ihren Fahnen das jeweilige Gewerk repräsentierten. Sie unterstützten damit nicht nur den Gedanken eines einheitlichen Nationalstaates, sondern demonstrierten auch Zusammenhalt und wachsendes Selbstbewußtsein.

Die Vorbereitungen zur Feier, die in die Schlußphase des Bürgerschaftswahlkampfes fielen, waren von Senat und Bürgerschaft behindert worden; ein Verbot wurde jedoch – im Hinblick auf die Vielzahl ähnlicher Feste in anderen deutschen Staaten – nicht ausgesprochen. In Hamburg entwickelte sich die Schillerfeier des Arbeiterbildungsvereins zu einer traditionsreichen Veranstaltung, die in den folgenden 25 Jahren regelmäßig stattfand.

6. Dez. Die neugewählte Hamburger Bürgerschaft trat zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In ihr verfügten die reformerischen Kräfte über die Mehrheit der Sitze und wählten Johannes Versmann, Jurist und ehemaliges Mitglied der Konstituante, zu ihrem Präsidenten.

Die Wahl der Abgeordneten hatte – getrennt nach den drei Gruppen der Stimmberechtigten – an verschiedenen Tagen stattgefunden. Gerichte und Deputationen entsandten die Abgeordneten der Notabeln direkt in die Bürgerschaft, die Grundeigentümergeborenen fanden am 24. November 1859 im Rahmen der letzten Sitzung der Erbgesessenen Bürgerschaft statt; an ihr nahmen 1202 konventsberechtigte Bürger teil. Zuvor war der «allgemeine» Wahlgang bereits vom 14. bis 21. November durchgeführt worden. Die Beschränkung des Wahlrechts in dieser Gruppe auf die männlichen Bürger, die über ein recht hohes Mindesteinkommen verfügen mußten, schloß die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung von der Stimmabgabe aus. Dagegen konnten Bürger mit Grundeigentum – gemäß dem Prinzip der Gruppenwahl – an zwei Wahlgängen teilnehmen, und da die Abgeordneten der No-

tabeln ebenfalls von ihrer Gruppe gewählt wurden, waren 1859 Mitglieder der Gerichte und Deputationen sowie die Vorsteher der Zünfte teilweise sogar dreimal stimmberechtigt. Damit hatte Hamburg 1859 zwar eine gewählte Bürgerversammlung erhalten, von allgemeinen gleichen Wahlen zu diesem Gremium konnte aber keine Rede sein. In den folgenden Monaten führte diese begrenzt legitimierte Bürgerschaft langwierige Verhandlungen mit dem Senat, die am 28. September 1860 mit der Verkündung einer neuen Hamburger Verfassung endeten.

Eine Oppositionsgruppe innerhalb des Bildungsvereins 1860 für Arbeiter in Hamburg trat mit einem eigenen Blatt an die Öffentlichkeit: «Ipecacuanha. Unschuldiges Sonntagsblatt 1. Jan. für gelehrte Leute und verständige Menschen». Der Titel nahm Bezug auf ein damals weitverbreitetes Arzneimittel gegen Magen- und Darmerkrankungen und war als Provokation gegen die vorherrschenden Tendenzen in der Hamburger Presse zu verstehen.

Redakteur des Blattes war W. Rediker, um den sich mit Zadow, Jürgen Lüders und August Perl eine Gruppe gebildet hatte, die die Entwicklung des Bildungsvereins kritisch beobachtete. Besonderen Widerspruch riefen die Ausklammerung politischer Themen im Kursprogramm hervor, die zunehmende Annäherung an das Bürgertum und die damit verbundene Einflußnahme liberaler Politiker, die dem Nationalverein nahestanden und dessen Konzept für Bildungseinrichtungen und wirtschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter propagierten.

«Der Nordstern», wie sich die neue Zeitung ohne Änderung des Untertitels ab Ende Januar 1860 nannte, trat für ein einiges, demokratisches Deutschland ohne preußische Vorherrschaft ein. Das Blatt thematisierte aber auch die soziale Lage der Arbeiterschaft und plädierte für ihren Zusammenschluß in eigenständigen, gegen das Zunftwesen gerichteten Organisationen.

In den Jahren seines Erscheinens bis 1866 vollzog «Der Nordstern» mehrere Richtungswechsel. Ursprünglich in An-

1860 lehnung an das Organ der englischen Chartisten, «Northern Star», benannt und einer Gruppe von deutschen Demokraten um Karl Blind im Londoner Exil verpflichtet, wurde er 1862/1863 zum Sprachrohr der Anhänger Lassalles.

22. Mai Der Bildungsverein für Arbeiter kaufte das gepachtete Haus in der Böhmenstraße und erweiterte es durch einen Anbau. Er geriet dadurch jedoch in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, da die Baukosten sich aufgrund von Fehlkalkulationen erhöhten, so daß sie nicht durch die ausgegebenen verzinslichen Aktien gedeckt werden konnten. Der Verein begann deshalb, intensiv um bürgerliche Geldgeber zu werben und geriet in zunehmende Anhängigkeit von ihnen. Hatten sich die oppositionellen Kräfte im Verein zunächst zurückgehalten, so wurden sie durch diese Entwicklung herausgefordert. Die aufbrechenden Konflikte führten zu mehreren Ausschlüssen und dem Austritt der gesamten Turnabteilung des Vereins; als diese im August 1862 eine eigene Organisation gründete, wurde der vollständige Bruch mit dem Bildungsverein vollzogen.

28. Sept. Die neue Hamburger Verfassung trat in Kraft. Sie beließ die höchste Staatsgewalt gemeinsam bei Senat und Bürgerschaft. Der Senat sollte künftig aus 18 Mitgliedern bestehen, unter ihnen neun Juristen und mindestens sieben Kaufleute. Die Bürgerschaft erhielt das Recht, die Senatoren zu wählen, war aber durch ein kompliziertes Vorschlagsverfahren weitgehend an die Wünsche des Senats gebunden. Die Möglichkeit, miteinander verwandte Personen zu wählen, wurde begrenzt, an der lebenslänglichen Amtszeit der Senatoren änderte sich aber nichts. Sie stellten aus ihrem Kreis den ersten und zweiten Bürgermeister für jeweils ein Jahr.

Die neue Verfassung schrieb öffentliche Sitzungen der Bürgerschaft vor, setzte jedoch zur Entlastung der Plenararbeit einen Bürgerausschuß ein, der nichtöffentlich tagte. Für die Zusammensetzung und Wahl der Bürgerschaft wurde das Gesetz vom August 1859 übernommen, wobei neben den Stadtbürgern auch die einkommensteuerzahlenden Bürger der

Hamburger Landgebiete bei den «allgemeinen» Wahlen 1860
stimmberechtigt waren. Das Prinzip der Gruppenwahl sicherte den Kaufleuten, Juristen und anderen «gelehrten» Berufen eine Vertretung in der Bürgerschaft, die weit über ihren Anteil in der Bevölkerung hinausging. Die großen Gruppen der Einzelhändler, Handlungsgehilfen, Handwerksgesellen, Arbeiter und Dienstboten waren dagegen vollständig ausgeschlossen. Dieses Wahlrecht blieb in seinen Grundzügen in den folgenden Jahrzehnten bestehen und erfuhr auch nach der Gründung des Deutschen Reichs und der Einführung allgemeiner Wahlen zum Reichstag keine grundlegende Änderung. Die entscheidende Demokratisierung konnte erst nach 1918 durchgesetzt werden.

Die bürgerlichen Kollegien, in denen die Kirche ihren Einfluß geltend gemacht hatte, wurden mit der neuen Verfassung abgeschafft. Damit war 1860 eine wesentliche Forderung nach Trennung von Kirche und Staat erfüllt worden.

Die Einführung der neuen Verfassung verlief reibungslos. Die konservativen Kräfte Hamburgs, die 1850 mit Unterstützung anderer deutscher Bundesstaaten eine Reform verhindert hatten, fanden jetzt auch in Preußen keinen Rückhalt mehr, da sich dort ab 1858 liberalere Tendenzen durchgesetzt hatten und Anfang der 1860er Jahre mit der Auseinandersetzung um das Dreiklassenwahlrecht die Diskussion der Verfassungsfrage wieder auflebte.

In Hamburg wurde die Torsperre aufgehoben und ein ungehinderter Personenverkehr zwischen der inneren Stadt, ihren Vorstädten und ländlichen Nachbargemeinden auch in den Abend- und Nachtstunden ermöglicht. Damit war die als willkürliche Reglementierung des einzelnen empfundene und jahrelang bekämpfte Personensteuer gefallen, nachdem ihre Geltungsdauer im Dezember 1858 bis zum Ende des Jahres 1860 begrenzt worden war. Die Bürgerschaft hatte am 21. November 1860 einen weiteren Verlängerungsantrag des Senats mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Sie folgte damit der Empfehlung eines Parlamentsausschusses, der sich mit dem 1861
1. Jan.

1861 komplizierten System direkter und indirekter Steuern in Hamburg beschäftigt und die Abschaffung der «widersinnigen» Einrichtung der Torsperre gefordert hatte. Vom Wegfall dieser Steuer erhoffte man sich Impulse für das Stadtwachstum und die Förderung des kulturellen Lebens durch auswärtige Besucher.

Mit der Abschaffung der Personensteuer stieg die Nachfrage nach Wohnungen in den Vorstädten, da ärmere Bevölkerungsschichten, die bisher wegen der frühen Sperrstunden im Winter auf das knappe innerstädtische Wohnungsangebot in der Nähe zum Arbeitsplatz angewiesen waren und nur als Fabrikarbeiter von der Abgabe befreit werden konnten, nun nach günstigeren Unterkünften suchten und dafür weitere Arbeitswege auf sich nahmen.

Die ebenfalls geforderte Aufhebung der Akzise als Gebrauchssteuer auf die Waren des täglichen Bedarfs fand in der Bürgerschaft keine Mehrheit, so daß die Abgrenzungen des innerstädtischen Gebiets, unterbrochen von Toren und Schlagbäumen, zunächst bestehen blieben. Bis 1865 wurde der Akzisebezirk aber ständig erweitert, und am 1. Juli 1867 entstand schließlich ein einheitliches Zollgebiet im Rahmen des Norddeutschen Bundes, in dem sich jedoch Hamburg mit Rücksicht auf seinen Außenhandel als Freihafenbezirk behaupten konnte.

Der Wegfall der Torsperre und die schrittweise Aufhebung der Warensteuern wirkten sich belebend auf die Entwicklung der Hamburger Vorstädte St. Georg und St. Pauli aus und förderten ihre Anbindung an das Stadtgebiet. Beide Ortschaften waren während der französischen Besatzung weitgehend zerstört und nur langsam wieder aufgebaut worden. In den 1860er Jahren, als der Platzmangel in der inneren Stadt immer spürbarer wurde, hatten beide Gebiete ein reges Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, so daß schon gegen Ende des Jahrzehnts gut ein Viertel der gesamten städtischen Bevölkerung Hamburgs in den zwei Vorstädten lebte. Der endgültige Anschluß an das Stadtgebiet, der in der Verfassung von 1860

schon angeregt wurde, vollzog sich für St. Georg erst 1868; ab 1861 bei St. Pauli zögerte er sich bis 1894 hinaus.

Die Arbeiterbildungsvereinsbewegung erfuhr in vielen deutschen Staaten einen spürbaren Aufschwung. Angeregt vom Nationalverein unterstützten bürgerliche Kreise zahlreiche Neugründungen. Das Angebot der Vereine wurde von den Arbeitern und Handwerkern angenommen, da der Bedarf an Bildungseinrichtungen unverändert groß war und sich in vielen Wirtschaftszweigen Wandlungen vollzogen, die den einzelnen nach neuen Bindungen und Kontakten suchen ließen: Die beginnende Industrialisierung beeinflusste die Arbeitsbedingungen und stellte veränderte Anforderungen an die Beschäftigten; die Krise des Zunftwesens wirkte sich auch auf die Gesellenorganisationen aus, deren Mitglieder sich zunehmend aus ihren traditionellen Zusammenschlüssen lösten und größere Unabhängigkeit vom Haushalt des Meisters durchsetzten.

In den von bürgerlicher Seite unterstützten Vereinen fanden sie ein Angebot elementaren Wissens und beruflicher Fertigkeiten, das ihre allgemeine geistige Bildung fördern und ihnen größere Flexibilität bei der Anpassung an sich wandelnde Produktionsbedingungen vermitteln sollte. Politische Themen wurden dabei weitgehend ausgeklammert und Tendenzen zum Aufbau eigenständiger Organisationen unterdrückt. Dennoch schufen die Bildungsvereine ein politisches Potential, indem sie der Vereinzelung ihrer Mitglieder entgegenwirkten und ihr Interesse an neuen Themen weckten.

In vielen Vereinen bildeten sich oppositionelle Gruppen, die den bürgerlichen Zielsetzungen widersprachen und dazu aufriefen, über die eigene Lage nachzudenken und spezielle Bedürfnisse sowie daraus abgeleitete Forderungen zu formulieren. Die Konflikte brachen häufig bei der Problematisierung des Begriffs «Arbeiter» als Zielgruppe der Vereinsarbeit auf: Während die bürgerlichen Initiatoren eine weite Definition im Gegensatz zu den «nicht arbeitenden» Menschen propagierten, setzte sich in den oppositionellen Kreisen eine Prä-

1861 zisierung auf die «abhängig Beschäftigten» und ihre Interessen durch.

Praktische Bedeutung erlangten diese Konflikte Ende 1862 als – anknüpfend an die Arbeiterverbrüderung – eine Bewegung zur Abhaltung eines überregionalen Arbeiterkongresses auflebte und unterschiedliche Vorstellungen über die Basis, die auf dem Kongreß vertreten sein sollte, geäußert wurden: Die Vertreter der bürgerlich ausgerichteten Vereine lehnten eine Delegiertenwahl in allgemeinen Arbeiterversammlungen ab und wollten das Recht zur Stimmabgabe auf den Kreis der Vereinsmitglieder beschränken.

Ein Verein, der wichtige Initiativen in der Kongreßbewegung ergriff und an dessen Entwicklung sich die beschriebenen Kontroversen ablesen lassen, war der Gewerbliche Bildungsverein in Leipzig. Nachdem das Koalitionsverbot für Sachsen bereits Anfang 1861 aufgehoben worden war, wurde er am 19. Februar gegründet. Inhalte und Ziele seines Programms waren von Anfang an strittig; auf der Gründungsversammlung setzten sich jedoch die Anhänger der unpolitischen Bildungsarbeit durch. Ihnen schloß sich auch August Bebel an, der als eben 21jähriger Drechslergeselle an der Versammlung teilnahm, dem Verein beitrug und bereits ein Jahr später in den Vorstand gewählt wurde.

23. Juni In St. Pauli entstand ein Bildungsverein als weitere Filiale der Hamburger Organisation, dem hauptsächlich Bauhandwerker angehörten. Das Kursprogramm setzte den Schwerpunkt bei der handwerklichen Fortbildung, sah aber auch gesellige Veranstaltungen vor. Mit dieser Gründung reagierte der Bildungsverein auf die Abschaffung der Torsperre, die den Zustrom in die Vergnügungsviertel St. Paulis verstärkt hatte und sich negativ auf den Besuch der angebotenen Kurse auswirkte. Im Herbst wurde die Filiale in St. Georg zum Zweiten Bildungsverein für Arbeiter erweitert, dem Mitglieder beitraten, denen der Weg zur Böhmenstraße beim Michel zu weit und beschwerlich war. Auch in St. Georg bildeten Handwerker die größte Mitgliedergruppe, nachdem die Fabrikarbeiter,

bei denen der 1846 gegründete Verein zunächst recht beliebt 1861
war, nun kaum mehr in ihm vertreten waren.

1861 wurde das Hamburger Fortbildungsangebot mit
einem Verein für Arbeiterinnen ergänzt. Die anfangs knapp
100 Mitglieder erhielten Unterricht in den Elementarfächern
und im Nähen. Ihnen sollte nach dem Ausbau des Vereins auch
eine Vortragsreihe und eine Bibliothek zur Verfügung stehen.

Die weniger strenge Auslegung der Bestimmungen des Ver- ab 1862
eins- und Versammlungsrechts von 1851 sowie die immer lau-
ter erhobene Forderung nach Abschaffung des Zunftwesens
und Einführung der Gewerbefreiheit belebten die Organisa-
tionsbemühungen der Beschäftigten in vielen Berufszweigen.
Zünftige und unzüftige Arbeiter gründeten in Hamburg neue
Kassen und Vereinigungen und schlossen sich dabei in einigen
Fällen mit Berufsgenossen aus Altona zusammen. 1862 ent-
stand eine Unterstützungskasse für Hamburger und Altonaer
Korbmacher, um die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern.
Ein Jahr später konnten auch die Bildhauer, Brotträger, Hut-
macher sowie die Arbeitsleute und Hausknechte Vereinen bei-
treten, die Unterstützung bei Invalidität und in Todesfällen
gewährten. Die Arbeit der zahlreichen Kassen und Bildungs-
vereine war eine wesentliche Voraussetzung für die breite Ge-
werkschaftsbewegung und die vermehrten Streikaktivitäten
Mitte der 1860er Jahre. Die abhängig Beschäftigten erkannten
ihre gemeinsamen Interessen, entwickelten ein stärkeres
Selbstbewußtsein und erzielten Erfolge durch entschiedeneres
Auftreten in Lohn- und Arbeitszeitkonflikten.

Der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter feierte sein Febr.
17jähriges Bestehen. Sein neuer Präsident, der Tischlermei-
ster Gustav Reinhold Richter, trat während des Stiftungsfe-
stes ebenso wie eine Gruppe um den früheren Vorsitzenden
Martens für die Einführung der Gewerbefreiheit ein. Die
Vereinsleitung sicherte der von Schulze-Delitzsch vertrete-
nen Genossenschaftsidee weiterhin ihre Unterstützung zu
und verurteilte eigenständige, politisch ausgerichtete Organi-
sationsbestrebungen der Arbeiter. Damit zeichnete sich die

1862 Krise ab, in die der Verein während der Auseinandersetzung um die Einberufung eines Arbeiterkongresses und die Herausbildung einer sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung geriet. Der Verein konnte den Entwicklungsstand, den er in bezug auf Mitglieder, Ausstattung und Kursangebot 1862 erreicht hatte, in den folgenden Jahren nicht halten, sondern erfuhr durch Abspaltungen und Austritte erhebliche Rückschläge.

Apr. Der Nationalverein beschloß, Vertreter des deutschen Arbeiterstandes zu der für den Sommer geplanten Industrieausstellung nach London zu entsenden, um so die Einigkeit von Unternehmern und Arbeitern zu demonstrieren und Erfahrungen zur Förderung der deutschen Industrie zu sammeln. Die Wahl der Delegierten sollte sorgfältig nach den einzelnen Gewerben vorgenommen und ihr Abschlußbericht auf einem deutschen Arbeiterkongreß in Frankfurt publiziert werden. Die Ortswahl ergab sich aufgrund von Plänen des lokalen Arbeitervereins, im Juli ein nationales Turnfest in der Stadt zu veranstalten. Bereits in der Vorbereitungsphase protestierten jedoch verschiedene Bildungs- und Turnvereine gegen die Bevormundung durch den Nationalverein bei der Wahl der Arbeiterdelegierten und seine Einflußnahme auf die abschließenden Veranstaltungen.

Juli 21 Arbeitervvertreter besuchten als Delegation des Nationalvereins die Londoner Industrieausstellung, darunter Theodor York, der das Harburger Tischlerhandwerk repräsentierte. Während des Aufenthalts in England weiteten sich Konflikte über die Diskriminierung der Arbeitervvertreter innerhalb der Gesamtdelegation des Nationalvereins zu Protesten gegen die Vereinspolitik in der Arbeiterfrage aus und führten zur Kontaktaufnahme einzelner Delegierter, zu denen auch York gehörte, mit führenden Vertretern des kommunistisch orientierten Arbeiterbildungsvereins in London.

Angesichts dieser Spannungen und aufgrund der bereits in der Vorbereitungsphase spürbaren Opposition innerhalb der deutschen Vereine schwand das Interesse des Nationalvereins

an der Einberufung eines Arbeiterkongresses. Verschiedene 1862
Vereine griffen die Idee eines zentralen Treffens jedoch auf, so
daß in den folgenden Monaten Anregungen zur Veranstal-
tung eines Kongresses in Berlin, Leipzig, Nürnberg, Mann-
heim und Stuttgart geäußert wurden.

Oppositionelle Gruppen im Hamburger Bildungsverein Aug.
gründeten einen Volksturnverein, dem viele kritisch einge-
stellte jüngere Mitglieder des alteingesessenen Vereins beitra-
ten. Die radikaldemokratische Bewegung in Hamburg hatte
damit eine neue Organisation erhalten, nachdem es dem seit
1860 existierenden Demokratischen Verein nicht gelungen
war, die vielfältigen Fraktionen und Gruppierungen von Kri-
tikern der enttäuschenden Verfassungsreform zu einigen.

Auch im Leipziger Gewerblichen Bildungsverein vollzog Ende
sich eine organisatorische Spaltung. Eine Gruppe um Karl Aug.
Julius Vahlteich und Friedrich Wilhelm Fritzsche trat aus, da ihr
Plan gescheitert war, den Verein in einen politischen umzu-
wandeln. Als Gegenorganisation gründeten sie den Bildungs-
verein Vorwärts, der sich in seiner Arbeit schwerpunktmäßig
mit politischen und sozialen Fragen beschäftigte.

Mit einem Aufruf «An die Arbeiter Leipzigs» traten 29. Sept.
Vertreter der örtlichen Arbeiterorganisationen an die Öffentlich-
keit und luden zu einer allgemeinen Arbeiterversammlung für
den 2. Oktober ein. Auf der Tagesordnung standen die Beratung
der einen Monat zuvor in Berlin diskutierten Kongreßpläne
sowie eine Erörterung der Haltung des Nationalvereins zur
Arbeiterschaft. Der Aufruf trug 16 Unterschriften, darunter
die von Fritzsche, Vahlteich und Bebel, der den Gewerblichen
Bildungsverein repräsentierte.

Das Engagement der Leipziger Arbeiter für die Einberufung
eines Kongresses in ihrer Stadt ergab sich aus der Tatsache,
daß die preußischen Behörden Berlin als Tagungsstadt ablehnten
und Leipzig als Ausweichort über wichtige Vorzüge verfügte:
Es lag recht zentral, besaß mitgliederstarke Arbeiterorganisa-
tionen, die sich unter dem relativ liberalen sächsischen Versam-
mlungsrecht entfalten konnten, und hatte

1862 bereits 1850 den letzten Verbrüderungs-Kongreß ausgerichtet.

2. Okt. An der ersten öffentlichen Arbeiterversammlung in Leipzig nahmen mehr als 500 Menschen teil. Sie stimmten den Plänen für einen zentralen Arbeiterkongreß zu und wählten die Initiatoren der Versammlung in ein Vorbereitungskomitee. Der Kongreß sollte bereits vom 18. bis 25. November 1862 stattfinden und die vom Berliner Ausschuß erarbeitete Tagesordnung übernehmen: Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Alters- und Invalidenkassen für Arbeiter, Veranstaltung einer Weltindustrierausstellung in Berlin, Berichte über die Londoner Ausstellung. Die Leipziger Versammlung forderte weiterhin die Senkung der Beiträge zum Nationalverein, um Arbeitern den Beitritt zu erleichtern.

Diese Beschlüsse stießen auf den Protest führender Vertreter des Nationalvereins, die einen Kongreß ablehnten und an einer Änderung der Mitgliederstruktur ihrer Organisation nicht interessiert waren. Die Kongreßbefürworter – auf liberale Unterstützung angewiesen – traten daraufhin in Verhandlungen mit der Fortschrittspartei, die dem Nationalverein nahestand, und vereinbarten eine Verschiebung des Kongresses auf das folgende Jahr.

30. Okt. In Leipzig fand eine zweite öffentliche Versammlung statt, die von über 800 Teilnehmern besucht wurde. Sie billigten die Vertagung des Kongresses und wählten ein zwölfköpfiges Vorbereitungskomitee, dem als bekannteste Mitglieder Vahlteich, Fritzsche sowie Otto Dammer angehörten und in dem Bebel nicht vertreten war. Dieses Gremium bemühte sich um die Führung in der Kongreßbewegung und fungierte seit seiner zweiten Sitzung als Centralcomité zur Berufung eines allgemeinen Deutschen Arbeiter Congresses.

12. Nov. Unter diesem Namen verabschiedete es einen «Aufruf an die Deutschen Arbeiter», der am 15. November in der «Mitteldeutschen Volkszeitung» veröffentlicht und an verschiedene Vereine, darunter auch den Hamburger Bildungsverein für Arbeiter, verschickt wurde.

Der Aufruf forderte zur Gründung lokaler Komitees auf, 1862 die sich mit den Kongreßthemen Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Unterstützungswesen im Vorfeld des Treffens beschäftigen sollten, und regte die Bildung von Kassen an, um finanziell unabhängiger zu werden. Abschließend appellierten die Verfasser an die künftigen Lokalkomitees, mit der Leipziger Zentrale Kontakt aufzunehmen und über ihre Vorarbeiten bis spätestens Mitte Februar 1863 zu berichten.

Obwohl der Aufruf in Inhalt und Wortwahl um einen Ausgleich mit den bürgerlichen Vereinspolitikern bemüht war, lehnten diese die Leipziger Initiative ab. Anfang November 1862 hatten Vertreter der liberalen Vereinsbewegung auf Versammlungen in Berlin und Nürnberg ihre Vorbehalte gegen die Kongreßidee erneuert. Gegen die Arbeit der geplanten örtlichen Komitees wandten sie sich, da sie mit den Begriffen «Gewerbefreiheit» und «Freizügigkeit» andere Fragestellungen verbanden und den Aufbau eigenständiger Kassen mißbilligten. Bedingt durch diese Opposition fand der Aufruf eine geringe Resonanz. Es wurden zwar zahlreiche Lokalkomitees gebildet, der liberale Einfluß war aber so stark, daß häufig lediglich örtliche Bildungsvereine entstanden, die sich von der Kongreßbewegung abwandten. Tatsächliche Vorarbeiten für das Treffen wurden nur in wenigen Orten geleistet.

In Hamburg löste die Leipziger Initiative eine lebhafte 7. Dez. Diskussion aus: Der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter beriet den an ihn adressierten Aufruf und beschloß, eine Kommission zu bilden, in der alle Arbeiter- und Bildungsvereine sowie Genossenschaften und ähnlichen Organisationen vertreten sein sollten. Am 16. Dezember schrieb Richter für das vorläufige Gremium, das sich als Commission des Bildungsvereins für Arbeiter in Hamburg zur Beschickung des Leipziger Arbeitertages konstituiert hatte, nach Leipzig und bat um weitere Informationen über den Fortgang der Planungen.

Im Kreis der oppositionellen Kräfte um Perl und Jakob Audorf (d. J.) rief die Tatsache, daß die Kongreßvorbereitung

1862 nur in der Hand von Vertretern der beteiligten Organisationen liegen sollte, Empörung hervor. Ihr Ziel war die Aktivierung breiterer Arbeiterschichten und damit die Schaffung einer erweiterten Basis für den Kongreß, die alle abhängig Beschäftigten umfassen sollte. In diesem Sinne wandte sich 13. Dez. die Gruppe bereits am 13. Dezember an die Leipziger Zentrale, gab die Bildung eines Provisorischen Comités der Hamburger Arbeiter für den Leipziger Arbeiter Congreß bekannt und kündigte die Einberufung einer allgemeinen Arbeiterversammlung an, deren Teilnehmer eine endgültige Vertretung für Hamburg wählen sollten. Auch dieses vorläufige Komitee zeigte sich an einer Zusammenarbeit mit den Leipziger Initiatoren interessiert, womit in Hamburg liberale und radikaldemokratische Kräfte ihren Einfluß auf die Kongreßbewegung geltend zu machen suchten.

In den folgenden Wochen bemühten sich die konkurrierenden Richtungen, ihre Position zu festigen. Am 20. Dezember trat das provisorische Komitee mit einem Aufruf im «Nordstern» an die Öffentlichkeit, in dem es die Sonderstellung des «Arbeiterstandes» betonte und dessen Interessen auf dem geplanten Kongreß beraten wissen wollte. Diese Auffassung stand im Gegensatz zur Intention des Komitees der Hamburger Vereine und Organisationen, das sich am selben Tag konstituiert hatte und bestrebt war, das Leipziger Treffen als Vereinstag von Arbeitervereinen abzuhalten. In der Auseinandersetzung zwischen beiden Gremien erhielt das provisorische Komitee Unterstützung von einflußreichen Mitgliedern der Leipziger Zentrale und konnte sich auch in Hamburg durchsetzen.

Eine solche Entwicklung war jedoch untypisch für die meisten anderen deutschen Staaten und Städte. Bereits im Dezember 1862 erschien es dem Leipziger Komitee aufgrund der insgesamt schwachen Resonanz fraglich, ob und wie der geplante Kongreß stattfinden würde. In dieser kritischen Situation sahen sich Dammer, Vahlteich und Fritzsche veranlaßt, nach einer neuen politischen Zielsetzung zu suchen und von

den Ideen Emil Adolph Roßmäßlers abzurücken, dessen demokratischer Liberalismus der Kongreßbewegung als Plattform diente. Anfang Dezember 1862 wandten sie sich in einem geheimgehaltenen Schreiben an Ferdinand Lassalle und baten ihn um einen Vortrag in Leipzig, der seinen Rückhalt in der Arbeiterbewegung stärken und die ideologische Klärung vorantreiben sollte. Lassalle war seit 1848 in der demokratischen Bewegung aktiv und hatte im April 1862 sein «Arbeiterprogramm» veröffentlicht, das in der Arbeitervereinsbewegung zunächst nur eine geringe Verbreitung fand. 1862

Ende Dezember 1862 trafen Dammer und Lassalle erstmals in Berlin zusammen, worauf Dammer die Schriften Lassalles als programmatische Basis des Zentralkomitees nach Hamburg sandte, ohne daß hierüber in Leipzig Einigkeit bestand.

Das provisorische Komitee der Hamburger Arbeiter veranstaltete eine öffentliche Versammlung, in der Lassalles «Arbeiterprogramm» behandelt wurde. Im Gegensatz zu Roßmäßler forderte Lassalle darin das allgemeine, direkte Wahlrecht und eine konsequente Vertretung politischer Interessen der Arbeiterschaft gegenüber dem Bürgertum. Nur so erschien es ihm möglich, bessere Lebensbedingungen für die abhängig Beschäftigten durchzusetzen. 1863
3. Jan.

Bei vielen Anhängern des provisorischen Komitees stießen die Thesen Lassalles auf Interesse und Zustimmung. Um sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen – im Gegensatz zur Programmatik Roßmäßlers verkaufte sich Lassalles Broschüre in Hamburg zunächst schleppend –, wurde ein Abdruck im «Nordstern» vorbereitet. Der Streit zwischen dem provisorischen Komitee und der Bildungsvereinskommission um die rechtmäßige Vertretung der Hamburger Arbeiterschaft setzte sich auch im Januar 1863 fort. Vom Dezember 1862 bis zum Februar 1863 fanden sechs öffentliche Versammlungen mit bis zu 1000 Teilnehmern statt, in denen beide Richtungen für ihre Konzeption warben. Der Bildungsverein konnte diese Veranstaltungen nicht verhindern,

1863 versuchte aber, den Kreis der Teilnehmer auf die Mitgliedschaft der Organisationen zu begrenzen, was ihm jedoch
17. Jan. nicht gelang. Am 17. Januar wurde im Rahmen einer öffentlichen Versammlung ein neues Hamburger Kongreßkomitee gewählt, das sich nur aus Anhängern der radikaldemokratischen Richtung zusammensetzte. Ein Antrag, in dieses Gremium auch Vertreter der Vereine und anderen Organisationen aufzunehmen, war von Perl abgelehnt worden, so daß sich der Konflikt in den folgenden Wochen zuspitzte.

Ende Jan. Ende Januar wandte sich das Hamburger Vereinskomitee an Roßmäßler in Leipzig und protestierte gegen die Politik der Zentrale, deren Vertreter die Position des ehemaligen provisorischen Komitees unterstützten und für den Kongreß eine breite Vertretung der Lohnarbeiter und die Berücksichtigung ihrer Interessen anstrebten. In der umgehenden Antwort des Zentralkomitees vom 30. Januar wurde dieses Kongreßkonzept bestätigt, aber auch zur Gemeinsamkeit aufgerufen und die Neuwahl eines Hamburger Gremiums angeregt. Die Positionen hatten sich jedoch so verhärtet, daß keine Annäherung mehr erzielt werden konnte: Das am 17. Januar gewählte Komitee fungierte weiter als Vorstand Hamburger Arbeiter. Der Bildungsverein brach mit dieser Richtung, bestellte den «Nordstern» ab und legte sich mit der Coburger «Arbeiterzeitung» auf die Politik des Nationalvereins und Schulze-Delitzsch' fest.

Auch im Leipziger Vorbereitungsgremium verschärften sich die Spannungen, wozu die Hamburger Kontroverse wesentlich beitrug. Die Mitglieder des Zentralkomitees begannen, nach neuen Wegen zu suchen, da seit Mitte Januar 1863 feststand, daß der geplante Kongreß von wichtigen Vereinszentren nicht beschickt werden würde und sich das Interesse auf wenige Städte konzentrierte. Dazu gehörte neben Hamburg auch Harburg. Das dortige Kongreßkomitee war am 10. Januar gewählt worden und arbeitete unter dem Vorsitz Yorks gegen den Widerstand des Bildungsvereins und ohne Unterstützung der örtlichen Presse.

Angesichts dieser Situation einigte sich das Zentralkomitee 1863
darauf, seine Diskussionsgrundlage zu erweitern und faßte
am 10. Februar den Beschluß, Lassalle um eine programmati- 10. Febr.
sche Schrift zur Arbeiterfrage zu bitten. Seine Anhänger im
Komitee rückten mit dieser Entscheidung von der Kongreß-
idee ab und leiteten die Gründung einer zentralen politischen
Arbeiterorganisation ein. Dabei war ihnen klar, daß eine sol-
che Orientierung zum Bruch mit dem Kreis um Roßmäßler
führen würde, der den Kongreß weiterhin befürwortete, eine
eigenständige politische Arbeiterbewegung ablehnte und
statt dessen ein Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie
propagierete.

Lassalle beendete sein «Offenes Antwortschreiben an das 1. März
Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen
Arbeiterkongresses zu Leipzig». Die darin enthaltene zen-
trale Forderung lautete: «Der Arbeiterstand muß sich als
selbständige politische Partei konstituieren und das allge-
meine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen
Losungswort und Banner dieser Partei machen.» Zuvor hatte
er ausgeführt, daß die Arbeiter von der Fortschrittspartei
keine konsequente Vertretung ihrer Interessen erwarten
könnten.

Als Ziel aller politischen Bemühungen setzte Lassalle die
Verbesserung der Lage des gesamten Arbeiterstandes. Dabei
kam dem Kassenwesen allenfalls örtliche Bedeutung zu, blieb
doch seine Hilfe auf die individuelle Ebene beschränkt. Die
von Schulze-Delitzsch propagierten Genossenschaften stell-
ten ebenfalls keinen geeigneten Schritt in diese Richtung dar,
weil sie in erster Linie kleinen Handwerksbetrieben zugute
kamen. Auch die Konsumvereine wählten nach Lassalle einen
falschen Ansatzpunkt, da sie lediglich die Konsumentenrolle,
nicht aber die viel entscheidendere Produzentenrolle der Ar-
beiter berücksichtigten und der Erfolg ihrer Organisationen
an die Grenzen des «ehernen Lohngesetzes» stieß.

Danach schwankte das Lohnniveau der Arbeiterschaft, ab-
hängig von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt,

1863 um das Existenzminimum. Lassalle berief sich hierbei auf führende Nationalökonomten. Nach seiner Überzeugung stand dieses Lohnprinzip einer grundlegenden Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft entgegen und mußte gebrochen werden. Das konnte nur durch Schaffung neuer Produktionsverhältnisse geschehen, die eine Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer verhinderten. Lassalle forderte, für die fabrikmäßige Großproduktion Assoziationen zu gründen, die durch staatliche Hilfe mit dem erforderlichen Betriebskapital ausgerüstet werden sollten.

Politisch war dieses nur durchsetzbar, wenn eine wahlberechtigte, aufgeklärte Arbeiterschaft durch ihre Stimmabgabe die Voraussetzungen dafür schuf. Daraus ergab sich für Lassalle die unbedingte Priorität der Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht vor allen anderen Reformansätzen und die Notwendigkeit, einen allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu gründen. Die neue Organisation sollte mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln für ihre Ziele werben und die abhängig Beschäftigten in der Wahlrechtsfrage aktivieren.

Die Drucklegung des Antwortschreibens verzögerte sich, so daß es erst Mitte März in Leipzig einging. Im Komitee fanden Lassalles Gedanken Beifall, was dazu führte, daß einige Mitglieder und zwei Vertrauensleute des Komitees, Roßmäßler und Theodor Winter, zurücktraten. Die entscheidende öffentliche Beratung fand am 24. März statt. Die Versammlung sprach sich mehrheitlich für die Forderungen Lassalles aus. Gegen den Widerstand einer liberalen Gruppe legte das Zentralkomitee zur Vorbereitung des Kongresses sein Mandat nieder und setzte die Wahl eines Komitees zur Gründung eines deutschen Arbeitervereins durch.

In Hamburg verzögerte sich die Diskussion des «Offenen Antwortschreibens» bis Ende März 1863, da Senat und Bürgerschaft aus Anlaß des 50. Jahrestages der vorläufigen Befreiung der Hansestadt von der französischen Besatzung den 18. März zum allgemeinen Feiertag erklärt hatten. An den

umfangreichen Vorbereitungen für die Festveranstaltungen 1863
nahm auch die Arbeiterschaft regen Anteil, so daß eine öf-
fentliche Versammlung zur Bekanntgabe und Diskussion des
Antwortschreibens erst zum 28. März einberufen wurde. 28. März
Die Gruppe um Perl brachte die zentrale Forderung Lassalles
nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts als Resolution
ein, die von den Teilnehmern der Veranstaltung mit großer
Mehrheit verabschiedet wurde. In Unkenntnis der Leipziger
Vorgänge faßte die Versammlung darüber hinaus die Be-
schlüsse, den zentralen Kongreß auf einem regionalen Arbei-
tertag in Hamburg vorzubereiten und gegen die ablehnende
Haltung zahlreicher Bildungsvereine, vor allem in Süd-
deutschland, zu protestieren.

Der Plan, einen allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu
gründen, wurde zwei Wochen später in Hamburg erörtert.
Am 11. April stimmte eine öffentliche Versammlung für die 11. Apr.
neue Organisation und bekundete ihre Bereitschaft, sich für
das allgemeine Wahlrecht einzusetzen. Uneinigkeit bestand
darüber, ob bereits im Vorfeld der geplanten Gründung ein
Hamburger Ortsverein entstehen sollte.

In einer von etwa 2000 Menschen besuchten Versammlung 16. Apr.
trat Lassalle erstmals als Redner in Leipzig auf. Er sprach
«Zur Arbeiterfrage» und beriet die vorläufigen Statuten des
zukünftigen Vereins, die am 23. April 1863 vom Comité zur
Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins
veröffentlicht wurden.

In Hamburg setzte das Vorbereitungskomitee seine Agita-
tion für den neuen Verein fort. Am 22. April fand in der Vor- 22. Apr.
stadt St. Pauli eine gut besuchte Versammlung statt, deren
Teilnehmer aus Hamburg und Altona kamen. Auch in diesem
Kreis fand eine Resolution zur Einführung des allgemeinen
Wahlrechts auf gesetzlichem Wege eine deutliche Mehrheit.
In Harburg stießen die Aktivitäten der Gruppe um York auf
den Widerstand der Liberalen und lösten heftige Konflikte
aus. York stand in engem Kontakt zu den Hamburger Las-
salle-Anhängern und nahm am 2. Mai an der öffentlichen Be- 2. Mai

- 1863 ratung der Vereinsstatuten in Hamburg teil. Dabei wurde die beabsichtigte fünfjährige Präsidentschaft in der Aufbauphase des Vereins als zu lange Amtszeit abgelehnt. Weitere Kritik rief der zentralistische Aufbau der Organisation hervor, der mit Rücksicht auf die unklaren vereinsrechtlichen Bestimmungen nur unmittelbare Mitglieder vorsah und örtliche Zweigvereine ausschloß. Auch die Entscheidungsgewalt des Vorstands über Aufnahmeanträge und die nur vage Ankündigung, eine Deutsche Arbeiterversicherungsgesellschaft zu gründen, wurden kontrovers diskutiert. Insgesamt fand der Statutenentwurf die Billigung der Teilnehmer, und eine für den 16. Mai 1863 einberufene Versammlung wählte Audorf (d. J.) und Perl als Hamburger Delegierte; York erhielt das Harburger Mandat und Karl Bruhn wurde als Redakteur des «Nordstern» zur Leipziger Gründungsversammlung entsandt.
16. Mai
23. Mai In Leipzig trafen Delegierte aus elf Städten zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) zusammen. Neben Leipzig, Hamburg und Harburg waren auch Dresden, Frankfurt a. M., Mainz und Barmen sowie aus dem Rheinland, wo Lassalle eine aktive Anhängerschaft besaß, Düsseldorf, Köln, Solingen und Elberfeld vertreten. Die Berliner Arbeiterschaft entsandte keine Delegierten. Die Stadt blieb ein Zentrum der Fortschrittspartei, in dem der ADAV – trotz persönlicher Agitation Lassalles – kaum Erfolge erzielen konnte.

Gegen eine Stimme wurde Lassalle zum Vereinspräsidenten für die ersten fünf Jahre gewählt und durch die endgültige Satzung mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Auch die anderen Bedenken der Hamburger Anhängerschaft konnten in den Beratungen nicht durchgesetzt werden: Gegen den Einspruch der norddeutschen Delegierten wurde der Plan einer Versicherungskasse aus den Statuten gestrichen.

Damit war ein politischer Agitationsverein für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht und für ein souveränes Parlament entstanden, dem sich hauptsächlich Personen aus der

1848er-Bewegung sowie ehemalige Mitglieder des Kommunistenbundes anschlossen und dessen Breitenwirkung zunächst gering blieb. Die zahlreichen Hamburger Anhänger, die sich vom Bildungsverein abgespalten hatten und zu Lassalle gestoßen waren, konnten sich mit ihren Dezentralisierungswünschen und Kassenplänen in Leipzig nicht durchsetzen. Sie schlossen sich dennoch dem ADAV an, waren mit Audorf (d. J.), Perl sowie dem Harburger York im 24köpfigen Vorstand vertreten und bildeten so ein wichtiges, eigenständiges Vereinszentrum. Als Zeitschrift der neuen Organisation erschien der «Nordstern» mit geändertem Untertitel: «Organ für Arbeit und Arbeiter». Seine Absatzzahlen entwickelten sich jedoch so ungünstig, daß er aus Leipzig und Hamburg subventioniert werden mußte.

Die konstituierende Versammlung der Hamburger Gemeinde fand am 6. Juni unter dem Vorsitz Perls statt. Dieser berichtete über das Leipziger Treffen, erklärte den Rücktritt des Vorstands Hamburger Arbeiter und forderte die Teilnehmer auf, dem ADAV beizutreten. Viele der Anwesenden schlossen sich der neuen Organisation an und stimmten der Wahl Lassalles zum Präsidenten zu. Die Hamburger Gemeinde entfaltete eine rege Werbetätigkeit, und ihre Mitgliederzahl stieg bis Anfang August 1863 auf 220 an, womit sie zu den größeren Vereinsgruppierungen gehörte.

6. Juni

Trotz der zunächst geringen Anziehungskraft des ADAV auf die Arbeiterschaft wurden die Vorbereitungen zu seiner Gründung im liberalen Lager aufmerksam verfolgt. Roßmäßler hielt an der Kongreßidee fest, trat am 16. April in Leipzig gegen Lassalle auf und bemühte sich, die eigene Anhängerschaft zu aktivieren. Auf dem linken Flügel des Nationalvereins setzten sich Pläne durch, einen lockeren Zusammenschluß sympathisierender Vereine zu bilden. So wirkte der ADAV auch unter den ursprünglichen Kongreßgegnern als Schrittmacher und veranlaßte die liberal-bürgerlich orientierten Vereine, ein organisatorisches Gegengewicht aufzubauen.

- 1863 Am 20. Mai 1863 veröffentlichten die Vorstände der Bil-
 20. Mai dungsvereine aus Berlin, Chemnitz, Kassel, Düsseldorf,
 Mannheim, Nürnberg und des Maingaus einen Aufruf «An
 die Arbeitervereine Deutschlands», die sie aufforderten, am
 ersten Vereinstag Anfang Juni 1863 in Frankfurt a. M. teilzu-
 nehmen. Roßmäßler unterstützte diese Pläne und konnte am
 29. Mai 29. Mai auf einer öffentlichen Versammlung in Leipzig eine
 Resolution durchsetzen, die ein politisches Bündnis mit der
 Fortschrittspartei forderte, den Aufbau selbstverwalteter Ge-
 nossenschaften propagierte und die Wichtigkeit der allgemei-
 nen und beruflichen Fortbildung unterstrich. Die Coburger
 «Arbeiterzeitung» beteiligte sich ebenfalls an der Agitation
 gegen den ADAV und propagierte die liberale Politik als Weg
 zur «Selbsthilfe und Demokratie», wogegen die Ziele Lassal-
 les als «Staatshilfe und Despotie» abgewertet wurden.
7. – 8. In Frankfurt a. M. fand der erste Vereinstag der deutschen
 Juni Arbeitervereine und die Gründungsversammlung des Ver-
 bandes Deutscher Arbeitervereine (VD AV) statt. 54 Vereine
 aus 48 Städten waren mit teilweise mehreren Delegierten ver-
 treten; der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter hatte kei-
 nen Vertreter entsandt; die Leipziger Versammlung von Ende
 Mai 1863 hatte Roßmäßler und einen weiteren Delegierten
 gewählt; Bebel war für den gewerblichen Bildungsverein
 Leipzig anwesend.

Der Kongreß beschloß, als einheitliche Bezeichnung für
 die beteiligten Handwerker- und Arbeiterfortbildungsver-
 eine, Schulze-Delitzsche Genossenschaften waren kaum ver-
 treten, den Begriff «Arbeiterverein» einzuführen. Angesichts
 der Kritik an seinem Mandat, das auf dem Votum einer Arbei-
 terversammlung basierte und nicht von einer Vereinsorgani-
 sation erteilt worden war, lehnte es Roßmäßler ab, die Präsi-
 dentschaft im Verband zu übernehmen. Im Verlauf der Ver-
 handlungen setzten sich die ehemals vehementen Kongreß-
 gegner Leopold Sonnemann und Max Wirth durch, auch
 wenn sie in wichtigen Punkten Zugeständnisse machen muß-
 ten.

Der VDAV wurde als eine Organisation mit äußerst geringem Zentralisationsgrad gegründet. Auf jährlichen Arbeitertagen sollten Fragen, die das Wohl der Arbeiterschaft betrafen, erörtert werden. Zur Koordination und Vorbereitung dieser Treffen wurde ein ständiger Ausschuß gebildet, der in Frankfurt a. M. ansässig war und dem Sonnemann als Vorsitzender und Wirth als Schriftführer angehörten. Politik und Religion wurden gegen liberalen Widerstand als Verhandlungsthemen zugelassen, gleichzeitig legten die Delegierten jedoch ein deutliches Bekenntnis zur Fortschrittspartei ab. Arbeiterversammlungen sollten in Ausnahmefällen auch bei künftigen Verbandstagen ein Mandat erhalten. Ein Votum zugunsten eigenständiger Unterstützungskassen lehnte der Kongreß ab, da die liberalen Vertreter in der Versicherungsfrage auf eine privatwirtschaftliche Regelung drängten.

1863
7.-8.
Juni

Mit dem VDAV war ein loser Zusammenschluß von Vereinen auf liberaler Parteigrundlage entstanden, der in der Anfangsphase wesentlich vom Nationalverein finanziert wurde. Die neue Organisation war bewußt dezentral aufgebaut und entfaltete auf der Ebene einzelner föderativer Gauverbände und der beteiligten örtlichen Vereine die größten Aktivitäten. Dabei wurden gegen den Widerstand des liberalen Führungskreises in der Arbeiterbildung weltanschauliche und politische Themen nicht länger ausgeklammert und als «Arbeiter» besonders die Handwerker und Lohnabhängigen angesprochen, ohne jedoch die Kopfarbeiter bewußt auszuschließen.

Die Agitation richtete sich gegen die einheitliche, streng zentralistische Organisation des ADAV. Der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter, der erst 1864 dem VDAV beitrug, schloß bereits 1863 ADAV-Mitglieder aus. Lassalles Ideen fanden in Hamburg jedoch Zustimmung, so daß der Bildungsverein mit wachsender Konsolidierung der Hamburger ADAV-Gemeinde an Einfluß verlor und seine Mitgliederzahl zurückging.

Der Hamburger ADAV entwickelte schon bald nach seiner Gründung rege Aktivitäten. Die Mitglieder trafen zu regel-

1863 mäßigen öffentlichen und geschlossenen Versammlungen sowie geselligen Veranstaltungen zusammen; ihre Zahl erhöhte sich bis Ende 1863 jedoch nur langsam. Den Anschluß an die neue Partei suchten hauptsächlich Tischler, Schneider, Zimmerer, Weber und Tabakarbeiter, aber auch kleine Gewerbetreibende mit einem Arbeiterkundenkreis, darunter viele Gastwirte. Fabrikarbeiter traten der neuen Organisation anfangs nur selten bei. Der Kern der älteren Mitglieder war bereits in den 1840er Jahren von den Schriften Weitlings beeinflußt worden.

Schon in den ersten Zusammenkünften der Hamburger ADAV-Mitglieder wurde deutlich, daß sie eigene politische Zielsetzungen verfolgten – teilweise auch gegen die Prinzipien der Gesamtorganisation. Nachdem bereits Ende Juni auf Anregung von Audorf (d. J.) während der ersten Mitgliederversammlung Pläne für eine Arbeiterversicherungsanstalt zur Diskussion gestanden hatten, wurde die provisorische Gründung für Hamburg auf der Versammlung am 4. Juli vollzogen. Die Kasse sollte Vereinsmitgliedern, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit in Schwierigkeiten geraten waren, materielle und rechtliche Hilfe bieten, durch Beiträge der Mitglieder finanziert werden und bis zur Gründung einer Unterstützungseinrichtung für den Gesamtverein bestehen bleiben. Lassalle beurteilte diese Einrichtung skeptisch und wollte die Ergebnisse des Hamburger Experiments abwarten.

Um die Anhängerschaft des ADAV in Norddeutschland zu vergrößern, nahmen die Hamburger Mitglieder schon bald die Werbung in den umliegenden Gebieten auf: In Wandsbek entstand eine Gemeinde, der Anfang November 1863 etwa 50 Mitglieder angehörten; die Gründungsversuche in Altona blieben bis Mitte 1864 ohne Erfolg; im Raum Pinneberg-Itzehoe bildeten sich drei kleine Gemeinden, und der Harburger Kreis um York umfaßte im August 1864 knapp 180 Personen.

Nov. Der Konflikt zwischen Dänemark und dem Deutschen Bund um die schleswig-holsteinischen Herzogtümer spitzte sich zu. Weite Kreise der deutschen Bevölkerung sprachen

sich für einen Anschluß dieser Gebiete an Deutschland aus 1863
und gründeten Schleswig-Holstein-Vereine.

Der Hamburger ADAV unterstützte diese Forderung, bereitete Geldsammlungen vor, um eigene Waffenkäufe zu finanzieren, und versuchte, durch seine Agitation die Arbeiter davon abzuhalten, in herzogliche Freiwilligenkorps einzutreten. Bei Lassalle stieß diese Politik auf Ablehnung. Er empfahl der Hamburger Gemeinde, sich abwartend zu verhalten, und kritisierte die Pläne für eine allgemeine Volksbewaffnung als utopisch.

Dennoch sprach sich eine öffentliche Versammlung in Hamburg am 13. Dezember dafür aus, die sympathisierende Bevölkerung auszurüsten und militärisch auszubilden, Verbindung mit Arbeitern in anderen Städten aufzunehmen und unter dem Vorsitz Perls einen Verein für schleswig-holsteinische Angelegenheiten zu gründen, um den ADAV aus dem Konflikt herauszuhalten. Ähnliche Vereine wurden auch in Harburg und Altona gegründet. Die Organisationen bestanden jedoch nur kurze Zeit und wurden verboten, als es am 23. Dezember 1863 zum Krieg mit Dänemark kam. Ein Friedensschluß, der die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg unter preußisch-österreichische Verwaltung stellte, wurde erst am 30. Oktober 1864 in Wien erzielt. 13. Dez.

Spannungen im ADAV wurden nicht nur durch die eigenständige Politik der Hamburger Gemeinde ausgelöst, auch in anderen Orten wuchs die Opposition gegen Lassalles starke Stellung als Vereinspräsident. Anfang 1864 kam es zum Bruch zwischen Lassalle und Vahlteich, woraufhin dieser sein Amt als Vereinssekretär niederlegte. Solche internen Differenzen und die Kontroversen mit dem VDAV führten dazu, daß sich bei den Polizeibehörden in vielen deutschen Ländern eine abwartende Haltung gegenüber den neuen Arbeiterorganisationen durchsetzte. Die dem VDAV angeschlossenen Vereine wurden als weitgehend unpolitisch eingestuft, und bis 1865 konnte sich auch der ADAV relativ ungehindert entfalten. Die unterschiedlichen einzelstaatlichen Vereinsgesetze stan-

1863 den einer geschlossenen Vorgehensweise entgegen, auf die sich die deutschen Länder auch in langwierigen diplomatischen Kontakten nicht einigen konnten. Insgesamt wurde der Bundesbeschluß von 1854 nur selten angewandt und am 20. März 1864 schließlich aufgehoben.

1864
2. Mai Angeregt durch Agitation des Hamburger ADAV traten die Arbeiter der Lauensteinschen Wagenfabrik nahezu geschlossen in den Streik für eine verkürzte Arbeitszeit. In der bekannten Fabrik waren etwa 700 Arbeiter 14 Stunden täglich beschäftigt. Während einer Krankenkassenversammlung am 27. April 1864 formulierte die Belegschaft ein Gesuch an den Fabrikherrn, mit der Arbeit morgens eine Stunde später zu beginnen. Als daraufhin ihr Sprecher, ein Mitglied des ADAV, entlassen wurde, legten die Beschäftigten am 2. Mai die Arbeit nieder. Nach knapp zweitägigem Streik konnten sie ihre Forderungen durchsetzen.

Mit dieser Aktion hatte der Hamburger ADAV die drängenden Probleme der zunehmenden fabrikmäßigen Produktion aufgegriffen und den Streikerfolg zur Werbung für die neue Arbeiterpartei genutzt, war dabei jedoch von Lassalles Primat der politischen Agitation und der Skepsis gegenüber punktuellen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen angesichts des «Ehernen Lohngesetzes» abgerückt.

22. Mai Lassalle nahm dennoch auf den Streik positiv Bezug, als er sich aus Anlaß des ersten Stiftungsfestes des ADAV im Rheinland aufhielt und hier zahlreiche Reden hielt. Lobend erwähnte er die Aktivitäten der Hamburger Gemeinde bei seinem letzten größeren agitatorischen Auftritt am 22. Mai in Ronsdorf. Motiviert durch das Bestreben, das Bild einer einheitlichen, starken Bewegung zu zeichnen, betonte er den Rückhalt des ADAV in der Hamburger Arbeiterschaft und den Grad des «Klassenbewußtseins», das die Belegschaft der Fabrik mit ihrer Streikaktion dokumentiert hatte. Er selbst hatte den Aufruf der Hamburger Arbeiter, der Streikbrecher vom Zuzug abhalten sollte, in einer Berliner Zeitung veröffentlicht.

Die Ereignisse in der Lauensteinschen Fabrik waren nicht nur Reaktion auf eine besonders unerträgliche Arbeitssituation, sondern signalisierten eine erhöhte Streikbereitschaft der abhängig Beschäftigten und leiteten eine Welle von Arbeitsniederlegungen im folgenden Jahr ein. Diese Kämpfe um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gingen häufig einher mit der Bildung von gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen der betroffenen Arbeiter; sie zwangen den ADAV, seine Haltung zu Tarifkonflikten und zur auflebenden Gewerkschaftsbewegung zu klären. 1864

Die Mitglieder des Hamburger ADAV erkannten diese Problematik schon früh und leiteten unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluß des Lauensteinschen Streiks die Erweiterung ihrer am 4. Juli 1863 gegründeten Kasse zu einer berufsübergreifenden Organisation ein. Am 28. Mai fand die gutbesuchte Gründungsversammlung für eine Allgemeine Arbeiterunterstützungskasse statt, der alle abhängig Beschäftigten beitreten konnten. Sie zahlten einen festen Monatsbeitrag und waren so bei Konflikten mit dem Arbeitgeber oder in Fällen polizeilicher Verfolgung wegen ihres gewerkschaftlichen oder politischen Engagements abgesichert. Die neue Kasse fand großes Interesse bei der Hamburger Arbeiterschaft, ihre Mitgliederzahl überstieg die des örtlichen ADAV schon bald um ein Vielfaches, und sie entwickelte sich zu einem wichtigen Bindeglied zwischen den zahlreichen berufsmäßigen Organisationen, die sich auf Anregung des ADAV oder unabhängig von ihm bildeten. 28. Mai

Als eine der ersten Berufsgruppen bemühten sich die im ADAV und im Bildungsverein besonders stark vertretenen Tischler um einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Anlässlich der Zweihundertjahrfeier der Verleihung der Stadtrechte an Altona am 20. August 1864 mit einem Festzug aller Zünfte und Korporationen gelang es den Tischlern, engeren Kontakt aufzunehmen und ein geschlossenes Auftreten in künftigen Arbeitskämpfen zu vereinbaren.

Auch in dem von Lassalle recht kritisch beurteilten Kon-

- 1864 sumvereinswesen erfolgte eine wichtige Neugründung. Am
1. Aug. 1. August entstand ein Consum-Verein zu Harburg, der 1865 seinen ersten Laden eröffnete und sich nach wechselvollem Geschäftsverlauf am 1. Juli 1921 der Hamburger Produktion anschloß.
31. Aug. Ferdinand Lassalle starb in Genf an den Folgen einer Duellverletzung. Die Frage seiner Nachfolge und Kontroversen um den künftigen Ausbau der Organisation stürzten die Partei in eine schwere Krise. Der ADAV hatte Ende August etwa 3000 Mitglieder, davon gehörten knapp 500 der Hamburger Gemeinde an.
- In Norddeutschland, wo Lassalle nie persönlich aufgetreten war, fanden ihm zu Ehren mehrere Totenfeiern statt. Die kleinen Gemeinden in Harburg und Altona gedachten seiner am 11. und 27. September 1864; die Hamburger Mitgliedschaft veranstaltete am 24. September eine eindrucksvolle Trauerfeier, an der etwa 2000 Menschen teilnahmen und erstmals öffentlich die von Audorf (d. J.) verfaßte «Arbeitermar-seillaise» sangen. Die Mitglieder leisteten den Schwur, am Programm im Sinne Lassalles festzuhalten. Besondere Bedeutung erhielt die Hamburger Veranstaltung durch die Tatsache, daß sich der testamentarisch von Lassalle für die Präsidentschaft vorgeschlagene Bernhard Becker unter den Festrednern befand.
24. Sept. In London wurde eine Internationale Arbeiterassoziation (IAA) gegründet, die als 1. Internationale bis 1872 bestand. Die Initiative zu diesem Zusammenschluß ging von englischen und französischen Arbeitervertretern aus, italienische, Schweizer und polnische Delegationen erklärten ihren Beitritt, und für den deutschen Arbeiterbildungsverein in London nahm Karl Marx an dem Treffen teil.
28. Sept. Er gewann während der kontroversen Satzungsberatungen
1. Nov. entscheidenden Einfluß und konnte am 1. November 1864 seine Inauguraladresse und einen Statutenentwurf für die neue Organisation durchsetzen. Danach war die «Emanzipation der Arbeiterklasse» nur durch deren Kampf zu errei-

chen. Die IAA sollte die Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterorganisationen verbessern und so zu ihrer Stärkung beitragen. Als Sekretär für deutsche Angelegenheiten wurde Marx Mitglied des Zentralrats der IAA; die Arbeiterbewegung in Deutschland war in den folgenden Jahren jedoch nur mit kleineren regionalen Sektionen in der Internationale vertreten und vollzog ihren Anschluß erst 1868, nach einem Führungswechsel im VDAV. 1864

Auf dem zweiten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Leipzig bestimmten weiterhin die liberalen Vertreter die Diskussion der Freizügigkeitsforderung, des Genossenschafts- und Versicherungswesens. In die Leitung des VDAV wurden neben Sonnemann und Max Hirsch auch Bebel und Friedrich Albert Lange gewählt. Unter den fast 50 vertretenen Vereinen und drei Gauverbänden befand sich erstmals auch der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter, der seinen Beitritt zum VDAV erklärt hatte. 23. – 24. Okt.

Der ADAV hielt seine erste Generalversammlung in Düsseldorf ab. Bernhard Becker, der seit Anfang November 1864 als Präsident amtierte, konnte eine Zusammenlegung des Sekretärs- und Präsidentenamtes und damit einen weiteren Machtzuwachs durchsetzen, rief dadurch jedoch die entschiedene Opposition einer Gruppe um die Gräfin Sophie von Hatzfeldt, eine Vertraute Lassalles, hervor. 27. – 30. Dez.

Angesichts der schwierigen Lage des «Nordsterns» war am 15. Dezember in Berlin der «Social-Demokrat» erstmals probeweise unter der redaktionellen Leitung von Johann Baptist von Schweitzer erschienen. Die Generalversammlung billigte die neue Zeitung und bevollmächtigte den Vorstand, sie zum Vereinsorgan zu erklären. Schweitzer gelang es jedoch nicht, in den Vorstand gewählt zu werden. Mißtrauen gegen seine Person wurde vor allem aus Hamburg und Harburg geäußert. Die Hamburger, Wandsbeker und Harburger Gemeinden waren durch Perl, A. Hesse und York in Düsseldorf vertreten, die Altonaer Mitglieder hatten ihr Mandat dem Delegierten aus Elberfeld übertragen.

1865
4. Jan. Schweitzer veröffentlichte die erste reguläre Ausgabe des «Social-Demokrat, Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins». Mit Marx, Engels, Wilhelm Liebknecht und Johann Philipp Becker wurden führende Vertreter der Londoner Internationale als Mitarbeiter des Blattes angekündigt. Diese Kontakte waren durch die Bemühungen der IAA zustande gekommen, Einfluß auf den führungslos erscheinenden ADAV zu gewinnen und in ihm die revolutionären Prinzipien des Marxschen Programms durchzusetzen. Trotz der vorhandenen Spannungen hatte der «Social-Demokrat» in seinen Probenummern die Inauguraladresse abgedruckt; der Streit um die politischen Leitlinien des Blattes verschärfte sich jedoch, als Schweitzer in Gegnerschaft zur liberalen Bewegung und in der Hoffnung auf staatliche Reformen die von Lassalle eingeleitete taktische Annäherung an Bismarck vertiefte, den Personenkult um den Gründer des ADAV förderte und sich kritisch über Gewerkschaften und ihre Streikbewegungen äußerte. Damit befand er sich in direktem Widerspruch zu der von Marx formulierten Politik; danach sollte der «Social-Demokrat» gegen die Regierung und die feudalen Aristokraten ebenso entschieden Stellung beziehen wie gegen die Fortschrittspartei und sich für die Gründung von Gewerkschaften und ihre Arbeitskämpfe einsetzen. Als sich abzeichnete, daß diese Forderungen im damaligen ADAV nicht mehrheitsfähig waren, zog sich die Gruppe um Marx bereits Ende Februar 1865 von der Mitarbeit an der Zeitung zurück.

Aber auch innerhalb des ADAV kam es zu Konflikten um die politischen Leitlinien des Vereinsorgans. Mehrere Gemeinden, darunter die Hamburger und die Altonaer, kritisierten die positive Haltung gegenüber der Regierung Preußens und der propagierten Einigung Deutschlands unter seiner Vorherrschaft. Für einige Monate gelang es der Opposition, den finanziell geschwächten «Nordstern» zu ihrem Sprachrohr zu machen.

1. Febr. In Hamburg wurden die zunftmäßigen Beschränkungen des Handwerks aufgehoben und der freie Gewerbebetrieb ge-

währleistet. Bereits am 7. November 1864 hatte der Senat ein 1865
entsprechendes Gesetz proklamiert, das innerhalb einer Frist
von drei Monaten in Kraft treten sollte. Die 43 noch beste-
henden Ämter wurden aufgelöst und mit teilweise hohen
Entschädigungen abgefunden. Alle volljährigen Männer und
Frauen, die Hamburger Staatsangehörige waren, erhielten die
Möglichkeit, in jeder Gemeinde des Staatsgebietes einen Ge-
werbebetrieb zu eröffnen. Davon ausgenommen waren
Rechtsanwälte und Ärzte; besondere polizeiliche Kontrollen
bestanden für verschiedene Berufe, darunter Schornsteinfe-
ger, Droschkenkutscher und Schausteller.

Das Gewerbegesetz hob die Beschränkungen für die Ein-
stellung von Lehrlingen, die älter als 14 Jahre waren, auf und
stellte es den Gewerbetreibenden frei, Hilfspersonal zu be-
schäftigen. Das Arbeitsverhältnis wurde zum Gegenstand
freier Übereinkunft erklärt, in Streitfällen waren die ordent-
lichen Gerichte zuständig. Die Eingestellten waren verpflich-
tet, einer Krankenkasse beizutreten. Koalitionsfreiheit ge-
währte das neue Gesetz in nur engem Rahmen: Zwar konnten
sich alle zünftigen Korporationen und damit auch die Gesel-
lenvereinigungen in gewerbliche Genossenschaften ohne Bei-
trittszwang umwandeln, als nichtig erklärt wurden jedoch
Verabredungen der Arbeitgeber zur Senkung der Arbeits-
löhne und besonders Absprachen oder Aktionen der Beschäf-
tigten mit dem Ziel, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedin-
gungen durchzusetzen. In Fällen physischer und moralischer
Gewaltanwendung wurden Gefängnisstrafen und Auswei-
sungen angedroht. Damit stießen gewerkschaftliche Aktivi-
täten schnell an gesetzliche Grenzen.

Das Gewerbegesetz basierte auf der gleichzeitigen Neure-
gelung des Heimat- und Bürgerrechts: Alle Heimatberech-
tigten erhielten den Status von Staatsangehörigen. Ihnen
stand die Freizügigkeit innerhalb des gesamten Staatsgebiets
zu, sie konnten einen selbständigen Geschäftsbetrieb eröff-
nen und heiraten. Die politischen Rechte blieben aber weiter-
hin den steuerzahlenden Bürgern vorbehalten. Gegen Ent-

1865 richtung einer Abgabe und Verteidigung vor dem Senat konnten die männlichen Staatsangehörigen das Bürgerrecht erwerben. Sie waren dazu verpflichtet, wenn ihr Vermögen oder Einkommen eine bestimmte Höhe überstieg.

Es sollte sich jedoch zeigen, daß mit der Gewährung der Gewerbefreiheit für alle Staatsangehörigen das Bürgerrecht seinen wesentlichen Reiz verloren hatte. Auch der eingeführte Bürgerzwang für die gutsituierten Hamburger konnte nicht verhindern, daß die Zahl der Bürger in den folgenden Jahren prozentual und absolut abnahm und mit sinkender Zahl der Wahlberechtigten die demokratische Legitimation der Bürgerschaft immer geringer wurde.

Die Aufhebung der Zunftzwänge durch das neue Gesetz und die gute Konjunkturlage förderten die Entwicklung des Hamburger Gewerbes und der industriellen Produktion. Der Wachstumsprozeß der Stadt beschleunigte sich, bestehende Betriebe weiteten sich aus, neue wurden gegründet und zogen viele fremde Arbeitskräfte an. Die Gesellenorganisationen nutzten die Möglichkeiten des Gewerbegesetzes und gründeten freie Genossenschaften, andere Vereinigungen und Unterstützungskassen. Angesichts der günstigen konjunkturellen Bedingungen erhoben sie Forderungen nach Mindestlöhnen, Beschränkung der Akkordarbeit und kürzeren Arbeitszeiten. Von März bis August des Jahres entwickelte sich daraus eine Streikbewegung von bis dahin unbekanntem Ausmaß. In vielen Berufszweigen erzielten die Beschäftigten bis zu 25prozentige Lohnerhöhungen, die jedoch teilweise nach nur kurzer Geltungsdauer von den Arbeitgebern zurückgenommen wurden und aufgrund der organisatorischen Schwäche der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse nicht erneut durchgesetzt werden konnten.

Frühjahr Die Korbmacher in Hamburg und Geesthacht traten in einen fünfwöchigen Streik für höhere Löhne. Sie hatten bereits 1862 eine Vereinigung gegründet, die ihnen ein geschlossenes Vorgehen in diesem Arbeitskampf ermöglichte. Den Lohnkonflikt konnten sie erfolgreich beenden, da die Allge-

meine Arbeiterunterstützungskasse und die örtlichen Schiffszimmererorganisationen weitere Streikgelder zur Verfügung stellten. 1865 März–August

Für eine kürzere Arbeitszeit legten Werftarbeiter und Reepschläger die Arbeit nieder. Den Schlossern eines größeren Betriebes gelang es, dieses Ziel ohne Kampfmaßnahmen zu erreichen. Parallel zu diesen Auseinandersetzungen bemühten sich die Maurer und Maler um den Aufbau leistungsfähiger Organisationen. Auch die Idee der berufsübergreifenden Solidarität hatte bereits so viele Anhänger gewonnen, daß der Allgemeinen Arbeiterunterstützungskasse des ADAV Anfang März 1865 bereits etwa 3000 Personen beigetreten waren und sie im Sommer, auf dem Höhepunkt der Streikbewegung, annähernd 5000 Mitglieder zählte. Die Polizei stellte sich in den Tarifkonflikten auf die Seite der Arbeitgeber und ging mit Verhaftungen und Ausweisungen gegen die Streikenden vor. Als Begründung für die polizeilichen Übergriffe dienten die Bestimmungen des Gewerbegesetzes, indem die Forderungen der Beschäftigten als unzulässige Absprachen und ihre Arbeitsniederlegungen als Gewaltanwendung interpretiert wurden.

Die Hamburger Streikbewegung war keine regional begrenzte Erscheinung, sondern verlief parallel zu zahlreichen Arbeitskämpfen in anderen Städten und Bundesstaaten. In vielen Gebieten ging die Polizei mit noch größerer Härte gegen die Streikenden vor als in Hamburg. Zentrale Forderung der Beschäftigten war neben höheren Löhnen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Im Anschluß an die Konflikte des Jahres 1865 entwickelte sich daraus eine Agitation für eine staatliche Garantie der Koalitionsfreiheit und eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

Der Hamburger ADAV bezog während der gesamten Lohnbewegung entschieden für die Streikenden Stellung und propagierte den Zusammenschluß in der Allgemeinen Arbeiterunterstützungskasse, um so den am Ausstand Beteiligten der verschiedenen Berufszweige besseren und flexibleren

1865 Schutz bieten zu können. Auch andere Gemeinden des ADAV unterstützten die auflebenden Berufsorganisationen und ihre Arbeitskämpfe, so daß der ADAV entgegen seiner gewerkschaftskritischen Theorie in vielen Orten aktiv in die Streikbewegung eingriff und sie förderte.

Kontroversen im ADAV ergaben sich aufgrund der politischen Taktik, wie sie vom Vorstand und im «Social-Demokrat» vertreten wurde. Danach sollte die Agitation die gesetzlichen Auflagen beachten, um ein Verbot des Vereins zu umgehen, und darauf verzichten, gegen Bismarck und den preußischen Vorherrschaftsanspruch Stellung zu beziehen, um erhoffte staatliche Reformen und eine mögliche Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts nicht zu gefährden. Diese Positionen riefen in Hamburg starken Widerspruch hervor, und als am 8. April die Ergebnisse des rheinisch-westfälischen Arbeitertages vom 12. März beraten wurden, gab es zahlreiche Stimmen, die sich für den konsequenten Kampf gegen den Feudalstaat und gegen die taktische Annäherung an Bismarck aussprachen. Der Kern dieser Oppositionsgruppe kam aus dem Vorstand der Unterstützungskasse, einflußreiche Vertreter waren Lüders, Hesse und Eduard Heinsen als neuer Verleger des «Nordstern». In den folgenden Wochen wurden diese Fragen heftig diskutiert, aber anläßlich der Stiftungsfeiern für die Hamburger und Altonaer Gemeinden am 20./21. Mai zeigten sich beide Seiten kompromißbereit.

29. Mai Der Hamburger ADAV veranstaltete einen Demonstrationzug zum Andenken an den Mitte April ermordeten amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln und gegen jede Form der Sklaverei. Eine «allgemeine Spaziertour» führte die zahlreichen Teilnehmer in mehreren Zügen über die Stadtgrenzen. In den abschließenden Reden wurde auch die eigene bedrängte Lage thematisiert, die gestiegene Streikbereitschaft gelobt und für den ADAV und die Hamburger Unterstützungskasse geworben. Die Veranstaltung verlief erfolgreich und trug zu einer Annäherung der ver-

schiedenen Berufszweige bei, die sich während des Höhepunkts der Streikwelle bewährte und für kurze Zeit vertieft wurde. 1865

In Hamburg und Altona nahm die Streikbewegung in vielen Sommer Gewerbebereichen immer größere Ausmaße an. Die Schiffstangelöhner und -zimmerer, die Maurer, Tischler und Maler, Schuh- und Instrumentenmacher sowie die Bauarbeiter und Schneider legten die Arbeit nieder. Die meisten dieser Streiks konnten erfolgreich beendet werden, und wo keine Lohnbewegung zustande kam, wuchs das Bestreben, sich in Vereinen und Kassen zusammenzuschließen: so bei den Rechtsanwaltschreibern, Mechanikern, Kleinböttchern, Bäckern, Kupferschmieden und Kistenmachern.

Mit öffentlichen Versammlungen in Hamburg und Altona unterstützte der ADAV die Ziele der Streikenden und bemühte sich, die von der Gewerkschaftsbewegung Aktivierte zum Kampf für das allgemeine Stimmrecht zu bewegen. Am 17. Juni wählten die Teilnehmer einer solchen Versammlung eine Kommission, die zeitliche Überschneidungen bei den Arbeitsniederlegungen verhindern sollte, um die Unterstützungskasse nicht zu überfordern. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden, für den ADAV verlief die Agitation jedoch erfolgreich, und er gewann zahlreiche Mitglieder. 17. Juni

Der Bildungsverein für Arbeiter in Hamburg stand den Arbeitskämpfen wesentlich skeptischer gegenüber und verlor in diesen Monaten weiter an Einfluß in der Arbeiterbewegung. Ebenso wie der Demokratische Verein und andere bürgerliche Gruppierungen schloß er sich einer Kampagne für die Demokratisierung der im Oktober und November bevorstehenden Bürgerschaftswahlen an. In diese Bewegung trat auch der ADAV ein, der aufgrund der aussichtslosen Wahlchancen und finanzieller Probleme auf eine eigene Kandidatenaufstellung verzichtete und statt dessen durch Vermittlung des Demokratischen Vereins zwei Plätze auf der oppositionellen Liste mit Lüders und Winterhoff besetzte und für diesen Zusammenschluß agitierte. Die Bemühungen um eine Wahlrechtsreform

1865 verliefen erfolglos, so daß durch die dreifach gestaffelte Stimmabgabe Sitzverteilung und Machtverhältnisse in der Bürgerschaft vorbestimmt waren. Aus den allgemeinen Wahlen ging die demokratische Liste allerdings als Sieger hervor. Eine dauerhafte Annäherung zwischen Bildungsverein und ADAV wurde dadurch jedoch nicht erreicht, und die Anfang 1866 geführten Verhandlungen zur Einberufung eines norddeutschen Arbeitertages scheiterten an den unterschiedlichen Auffassungen in der Arbeiterpolitik.

18. Juli Die Hamburger Polizeibehörde reagierte auf die Arbeitskämpfe mit einer stärkeren Überwachung fremder und einheimischer Gesellen und Hilfsarbeiter. In einer Verordnung vom 18. Juli wurde zuziehenden Arbeitskräften eine dreitägige Frist eingeräumt, um eine Beschäftigung zu finden, für einen Arbeitsplatzwechsel innerhalb Hamburgs standen den Betroffenen acht Tage zur Verfügung. Gesellen und Hilfskräfte, die nach Ablauf dieser Zeit nicht beschäftigt waren, wurden zur Weiterreise gezwungen. Die Polizei bemühte sich um eine vollständige Erfassung aller Hamburger Arbeitskräfte, indem sie gegen Hinterlegung der persönlichen Papiere Aufenthaltskarten ausgab und von den Herbergswirten Register aller bei ihnen untergebrachten Personen forderte. ADAV und Bildungsverein erhoben scharfe Proteste gegen diese Regelung, konnten jedoch nicht verhindern, daß sie in Kraft trat.

6. Aug. Diese staatlichen Zwangsmaßnahmen motivierten den ADAV, den berufsübergreifenden Zusammenschluß der verschiedenen Gewerkschaften und die Solidarität ihrer Mitglieder zu stärken. Am 6. August veranstaltete er ein Arbeiterverbrüderungsfest für Hamburg und Altona. An dem Festzug von mehr als 10000 Menschen beteiligten sich hauptsächlich Berufsgruppen, die ihre Arbeitskämpfe erfolgreich beendet hatten. Auf der Abschlußkundgebung sprach Audorf (d. Ä.) als Repräsentant der Arbeiterverbrüderungstradition.

Am Rande des Festes wurde die Bildung eines Arbeiterrates vereinbart, in dem alle Berufszweige vertreten sein sollten.

Zu seinen Aufgaben gehörte es, Tarife zu überwachen, über 1865
Arbeitsniederlegungen zu entscheiden und zusammen mit 6. Aug.
der Unterstützungskasse die Streikgelder zu verteilen. An-
fang September 1865 waren in ihm 16 Berufsgruppen aus
Hamburg und Altona vertreten. Sie hielten regelmäßige Tref-
fen im Lokal von Lüders ab, dem ehemaligen Ökonomen des
Bildungsvereins. Damit hatte sich im Städtegebiet Hamburg-
Altona erstmals ein Gewerkschaftskartell gebildet, das die
Idee des lokalen Zusammenhalts verschiedener Berufsgrup-
pen an einem Ort förderte und die häufig vorhandenen Span-
nungen zwischen Arbeitern aus Hamburg und Altona mil-
derte. Es hatte jedoch nur wenige Monate Bestand.

Die ständigen Konflikte in der Hamburger ADAV-Ge- 12. Aug.
meinde um die Politik des Vereinspräsidenten und die Rich-
tung des «Social-Demokrat» führten zum Ausschluß Hesses
aus dem Verein, woraufhin dreizehn weitere Mitglieder ihren
Austritt erklärten und am 18. August eine eigene ADAV- 18. Aug.
Gruppe gründeten, die in heftigen Streit mit der Mehrheitsge-
meinde geriet. Dabei wurde auch die Gewerkschaftspolitik
zum Gegenstand der Auseinandersetzung, denn aufgrund
des verstärkten Drucks der Arbeitgeber und des sich ab-
schwächenden Konjunkturverlaufs gerieten die eben errun-
genen Streikerfolge immer mehr in Gefahr. Die ADAV-
Mehrheit äußerte daraufhin Kritik an der Gewerkschaftsbe-
wegung, während die Minderheit deren Ziele vehement ver-
teidigte.

Der neugegründete Arbeiterrat wurde in diese Kontrover-
sen hineingezogen. Ihm gelang es nicht, die Zahl der vertrete-
nen Berufe wesentlich zu erhöhen, und bereits im November
1865 erklärten die Haartuchweber ihren Austritt. Einige
Streikbewegungen Anfang 1866, die den Lohnabbau und die
drohende Verlängerung der Arbeitszeit verhindern sollten,
endeten negativ für die Beschäftigten, beschleunigten den
Auflösungsprozeß der Gewerkschaften und führten zum
Zerfall des Arbeiterrates. Das Hamburger Modell einer Ar-
beiterunterstützungskasse wurde durch diese Entwicklung

1865 ebenfalls getroffen, sie löste sich wahrscheinlich Mitte des Jahres 1866 auf.

3. – 5. Sept. Der Verband der Arbeitervereine hielt in Stuttgart seinen dritten Vereinstag ab. Martens wurde für den Hamburger Bildungsverein in den ständigen Ausschuß, das höchste Gremium zwischen den Vereinstagen gewählt. Sonnemann, der bisherige Ausschußvorsitzende, lehnte eine Wiederwahl ab.

Der Vereinstag beschäftigte sich ausführlich mit dem Genossenschaftswesen und der Bildungsaufgabe der Arbeitervereine. Er verabschiedete eine Resolution für das uneingeschränkte Koalitionsrecht und eine Verkürzung der Arbeitszeit und bezog erstmals Stellung für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht. Dieser Punkt rief den Widerspruch der Befürworter einer völlig unpolitischen Verbandsarbeit hervor, wurde schließlich aber einstimmig angenommen.

30. Nov. – 1. Dez. Der ADAV traf in Frankfurt a. M. zu seiner zweiten Generalversammlung zusammen. Die Hamburger und Altonaer Gemeinden waren durch Perl und Mann vertreten, der auch das Itzehoer Mandat ausübte.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die inneren Verwaltungsangelegenheiten des Vereins und ein Konflikt zwischen Becker und der Redaktion des «Social-Demokrat». Ihr Vertreter Schweitzer konnte an der Versammlung nicht teilnehmen, da er wegen eines Pressevergehens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Zum neuen Vereinspräsidenten mit einer erstmals einjährigen Amtszeit wurde Carl Wilhelm Tölcke gewählt. Er übernahm die Leitung des ADAV in einer schwierigen Lage: Der Verein war durch die inneren Streitigkeiten geschwächt und stand unter strenger polizeilicher Überwachung, die aufgrund einer schärferen Auslegung der Vereinsgesetze in Berlin und Magdeburg im Oktober 1865 ein Verbot der örtlichen Vereine zur Folge gehabt hatte.

25. – 26. Dez. Bedingt durch die Streikerfahrungen des Frühjahrs und Sommers schlossen sich die Zigarrenarbeiter in Leipzig zum überregionalen Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiterverband zusammen, dessen Statuten im März 1866 in Kraft tra-

ten. Damit war nach 1849 in Deutschland erstmals wieder eine zentrale Berufsorganisation entstanden. Angeregt wurde die Gründung von Fritzsche, der als Vizepräsident des ADAV den neuen Verband leitete. 1865

Die Organisation nahm ihre Arbeit mit dem Ziel auf, eine Arbeitslosenkasse aufzubauen, für entlassene Mitglieder Arbeitsplätze in Genossenschaften bereitzustellen und durch ein Fachorgan zu informieren und zu agitieren. Eine Kranken- und Sterbeversicherung wurde zunächst nicht angeboten. In Hamburg und Norddeutschland fand der neue Verband in den ersten Jahren seines Bestehens nur wenige Anhänger, da hier seit mehr als 17 Jahren ein Zigarrenarbeiterverein unter Leitung von Sally Eschwege bestand, dem 1865 in Hamburg über 600 Mitglieder angehörten.

Ab 1865 nahm der Zuzug nach Hamburg einen immer größeren Umfang an. Hatte die Stadt in den Jahren nach 1855 etwa 25 000 Einwohner durch Zuwanderung gewonnen, so erhöhte sich diese Zahl im Jahrzehnt von 1865 bis 1875 auf fast 59 000 Personen. Die erste Volkszählung von 1866 ergab für die innere Stadt und die Vorstädte eine Einwohnerzahl von annähernd 215 000, davon waren mehr als 48 000 Personen keine Staatsangehörigen.

Das starke Bevölkerungswachstum führte zu einer weiteren Verknappung des Wohnungsangebots in der inneren Stadt und zu einer Verminderung der Wohnqualität für die ärmeren Bevölkerungsschichten. Die Bebauung wurde immer dichter: Es entstanden Wohnhöfe durch dreifache, hintereinanderliegende Häuserzeilen auf einem Grundstück, die Situation in den Gängevierteln verschärfte sich und die Zahl der Wohnkeller stieg. Parallel dazu begann sich die mehrgeschossige Bauweise durchzusetzen. Der Mangel an gesunden, preisgünstigen und arbeitsplatznahen Wohnungen entwickelte sich zu einem drängenden Problem.

In dieser Situation wurde am 17. März 1866 eine Neue Baugesellschaft in Hamburg gegründet, die es sich zum Ziel setzte, auf zwei vom Staat gepachteten Grundstücken ge- 1866 17. März

1866 sunde, arbeitsplatznahe Wohnungen anzubieten. Zunächst in der Innenstadt nahe dem Gängeviertel, dann in der Jägerstraße von St. Pauli wurden etwa 400 Wohnungen fertiggestellt und damit eine gemeinnützige Bautätigkeit auf privater Basis eingeleitet.

Bereits 1862 hatten sich in Hamburg hauptsächlich Schiffszimmerer zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen und in Steinwerder Wohnungen errichtet. Diese kleine Organisation mit knapp 50 Mitgliedern blieb bis 1868 die einzige Baugenossenschaft in Deutschland. Sie war auf staatliche Förderung und die Unterstützung finanzkräftiger Personen angewiesen.

Angesichts der wachsenden Wohndichte in der Innenstadt wurden die Erschließung neuer Grundstücke und der Ausbau des Wohnungsangebots in den umliegenden Gebieten intensiviert. Zur besseren Anbindung dieser Orte wurden 1866 Pferdeisenbahnlinien nach Wandsbek, Eimsbüttel, Barmbek und Uhlenhorst eingerichtet.

19. – 21. Mai Der ADAV hielt in Hamburg einen Norddeutschen Arbeitertag ab, bei dem die Gemeinden aus Hamburg, Elmshorn, Pinneberg, Kiel, Harburg, Braunschweig, Bremen und Lüneburg, der Arbeiterunterstützungsverein, einzelne örtliche Gewerkschaften und der Bildungsverein Neumünster vertreten waren. Die Altonaer Mitgliederschaft hatte keinen Delegierten entsandt, da hier seit März 1865 die oppositionelle Gruppe um die Gräfin Hatzfeldt ihren Einfluß geltend machte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Agitation für das allgemeine Wahlrecht und eine «Lusttour» mit 3000 Teilnehmern. Der ursprüngliche Plan für das Treffen vom Januar 1866 sah vor, die Versammlung gemeinsam mit Arbeiterbildungsvereinen und gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen abzuhalten und mit ihnen Wahlrechts- und Genossenschaftsfragen zu erörtern. Am 12. Februar 1866 fand eine erste Vorbereitungssitzung statt, auf der jedoch keine Einigung über die Tagesordnung erzielt werden konnte, da die liberalen Bildungsvereine eine Diskussion genossen-

schaftlicher Grundsätze, speziell das Thema Staats- oder Selbsthilfe, ablehnten. Über diese Fragen kam es zum Bruch, der Hamburger Bildungsverein und andere Organisationen verließen das Vorbereitungskomitee, das sich kurz darauf ganz auflöste, und der ADAV bemühte sich, seine eigene Anhängerenschaft für das Treffen zu aktivieren. 1866

Am Rande der Veranstaltung fand eine Vorstandssitzung des ADAV statt, in der eine außerordentliche Generalversammlung geplant und die personelle Besetzung des Präsidentenamtes erörtert wurde. Dabei kam es zu erneuten Kontroversen mit der Gräfin Hatzfeldt, die sich für den Elberfelder Hugo Hillmann ausgesprochen hatte, und der Vereinsmehrheit, die eine Kandidatur Perls unterstützte.

Krieg zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft im Deutschen Bund. Der Bruch zwischen beiden Mächten in der Schleswig-Holstein-Frage war bereits Anfang 1865 erfolgt, und ein Krieg zeichnete sich aufgrund der umfangreichen Aufrüstungsmaßnahmen ab. 16. Juni–23. Aug.

In Hamburg wurde der Konflikt mit Sorge beobachtet. Der preußische Vormachtanspruch ließ die eigene Souveränität gefährdet erscheinen und bewog den Senat mit Zustimmung der Bürgerschaft, möglichst lange eine neutrale Position einzunehmen. Erst als Anfang Juli 1866 die preußische Überlegenheit deutlich wurde, trat Hamburg in das Bündnis gegen Österreich ein.

Mit dem Verständigungsfrieden von Prag konnte Preußen einen bedeutenden Gebietszuwachs durchsetzen. Österreich schied aus dem Deutschen Bund aus, und dieser löste sich auf. Zuvor hatte Bismarck die Gründung des Norddeutschen Bundes eingeleitet, der als Zwischenlösung konzipiert war und über ein Bündnis mit den süddeutschen Fürstentümern, die auch weiterhin dem Zollverein angehörten, zu einem deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung erweitert werden sollte.

Am 18. August 1866 schloß Preußen mit 15 nord- und miteldeutschen Staaten – darunter auch Hamburg – Bündnisver-

1866 träge, an denen sich in den folgenden Wochen und Monaten weitere Staaten beteiligten, so daß der geplante Bund das gesamte Gebiet nördlich der Mainlinie umfaßte.

Bereits am 10. Juni 1866 hatte die preußische Regierung «Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung» veröffentlicht und darin Wahlen zu einem Bundesparlament angekündigt, bei denen auf der Grundlage des Wahlgesetzes von 1849 alle volljährigen männlichen Staatsangehörigen stimmberechtigt sein sollten. Dem Parlament wurden in dem Entwurf jedoch nur begrenzte Rechte zugestanden, seine Kompetenzen in der Verfassungsfrage sollten nicht über die Beratung eines vorgefertigten Entwurfs und eine abschließende Vereinbarung mit der Regierung hinausgehen.

18. Juni Der ADAV hielt eine außerordentliche Generalversammlung in Leipzig ab, die den Hamburger August Perl mit 6082 Stimmen aus 17 vertretenen Orten gegenüber 3340 Stimmen aus 15 Orten für den Kandidaten der Hatzfeldt-Gruppe, Hugo Hillmann, zum neuen Vereinspräsidenten wählte. Als zentrale politische Forderungen wurden demokratische Wahlen zu einem deutschen Parlament und eine entsprechende Wahlrechtsreform für den preußischen Landtag behandelt. Schweitzer plädierte für eine Unterstützung Bismarcks im deutschen Konflikt, da nur von ihm eine Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts zu erwarten wäre. Die meisten Gemeinden des ADAV, der seinen organisatorischen Schwerpunkt in Preußen hatte, akzeptierten diese Haltung. In einigen nichtpreußischen Gebieten äußerten sich die Mitglieder jedoch skeptisch, besonders in Sachsen und Hamburg, wo antipreußische Ressentiments bis in die Arbeiterschaft hineinreichten.

Nach dem preußischen Sieg und der Durchsetzung eines kleindeutschen Bundes ohne Österreich und die süddeutschen Staaten vertiefte die nationale Frage die Spannungen zwischen dem ADAV und den von Bebel und Liebknecht beeinflussten Vereinen des VDAV. Wilhelm Liebknecht, nach seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil zunächst Mitglied

des ADAV, war im Juli 1865 aus Preußen ausgewiesen worden und nach Leipzig gegangen. Dort traf er mit Bebel zusammen, den er in den folgenden Jahren für die Ideen der Londoner Internationale gewinnen konnte. Am 19. Aug. 1866 gründete er gemeinsam mit Bebel die Sächsische Volkspartei, der sich Vertreter der Bildungsvereine, Personen aus der demokratischen Bewegung, wie Roßmäßler, und Anhänger des ADAV anschlossen. Die neue Partei forderte das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und die Befreiung der Arbeiter. Sie lehnte den preußischen Führungsanspruch in Deutschland ab und verurteilte die nationale Teilung als Folge des Krieges.

Bereits im Frühjahr 1866 war es in Sachsen zu einer Annäherung zwischen ADAV und Arbeitervereinsbewegung gekommen, und im Gegensatz zu Hamburg, wo die Durchführung eines gemeinsamen Arbeitertages gescheitert war, ermöglichten die Kontakte in Sachsen die Gründung dieser neuen Partei. Schweitzer appellierte an die ADAV-Mitglieder, ihr nicht beizutreten und sich nicht von der antipreußischen Haltung beeinflussen zu lassen. Die Haltung der Arbeitervereine, die sich der Sächsischen Volkspartei angeschlossen hatten, war nicht typisch für den gesamten VDAV. Der Verband war in der nationalen Frage zerstritten und verzichtete 1866 auf die Abhaltung eines Vereinstages.

Der Hamburger ADAV eröffnete seinen Wahlkampf zum Norddeutschen Reichstag und bildete ein Vorbereitungs-komitee unter der Leitung von Audorf (d. Ä.). Die Hatzfeldtsche Opposition griff von Wandsbek und Altona aus, das mit Schleswig-Holstein endgültig an Preußen gefallen war, in den Wahlkampf ein. Ihr führender Redner war Ernst Bernhard Richter, im November 1866 reiste die Gräfin selbst nach Hamburg. Ihre Hauptforderung war der Aufbau eines deutschen Einheitsstaates und die Fortsetzung der preußischen Machtpolitik. In den übrigen Punkten – Wahlrecht, souveränes Parlament, staatlich unterstützte Arbeiterassoziationen – hielt sie sich eng an Lassalles Programm und beanspruchte

1866 für sich dessen einzig gültige Auslegung. Dieses Machtstreben und ihre Annäherung an liberale Positionen brachten sie in Konflikt mit der ADAV-Mehrheit, die ihr ein Abrücken von der Idee einer eigenständigen Arbeiterpartei vorwarf.

3.–8. Sept. Die Internationale Arbeiterassoziation kam in Genf zu ihrem ersten Kongreß zusammen. Als wichtigste Mitgliedsländer hatten England, Frankreich und die Schweiz Vertreter entsandt. Sie repräsentierten vielfältige politische Strömungen; es gelang ihnen jedoch, Organisationsstatuten und einen Programmentwurf zu verabschieden, in dessen Mittelpunkt der gesetzliche Arbeiterschutz, der achtstündige Arbeitstag, das Verbot von Kinderarbeit und die Einführung der allgemeinen Volksschulbildung standen. Die Arbeit der Gewerkschaften sollte gefördert werden, da ihnen die wichtige Rolle zufiel, die Konkurrenz zwischen ihren Mitgliedern abzubauen und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Marx wurde erneut in den Generalrat gewählt, der seinen Sitz in London behielt. Seit Anfang 1866 trat die IAA mit einem eigenen Organ an die Öffentlichkeit: «Der Vorbote», herausgegeben von Johann Philipp Becker in Genf.

In Hamburg konnten die Beschäftigten ihre 1865 durchgesetzten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht behaupten. Eine Konjunkturkrise, die durch den Krieg und seine Folgen verschärft wurde und bis 1867/1868 andauerte, lähmte das Wirtschaftsleben. Zusätzlich erschwerend hinzu kam eine Choleraepidemie, die erst Ende Oktober 1866 eingedämmt werden konnte. Von der Krankheit getroffen wurden vor allem ärmere Bevölkerungsschichten, die unter schlechten Wohnverhältnissen und den wiederholt auftretenden Ernährungsengpässen zu leiden hatten.

Nov. Der Hamburger ADAV reagierte im November 1866 auf die schwierige Wirtschaftslage und die wachsende Zahl der Arbeitsuchenden und gründete für verschiedene Berufe Wanderunterstützungskassen, die Reisegelder für weiterziehende Mitglieder auszahlten und den Kontakt mit ihnen aufrechtzuhalten suchten.

Die vierte Generalversammlung des ADAV in Erfurt 1866 lehnte jedoch den Antrag der Hamburger Mitgliederschaft 27. Dez. ab, eine zentrale Kasse zu diesem Zweck zu gründen.

Entscheidende Themen auf der Versammlung waren wiederum innere Konflikte des Vereins und die Verabschiedung eines Programms für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Opposition der Hatzfeldt-Fraktion war für den ADAV an vielen Orten spürbar geworden. Schweitzer, der unterstützt vom Präsidenten Perl die Initiative in der Programmdiskussion ergriff, war daran gelegen, den ADAV möglichst einheitlich zu präsentieren und die gegnerische Agitation zu schwächen. Aus diesen Gründen plädierte er für eine weitgehende Übernahme des Hatzfeldtschen Programms und setzte sie durch. Der Bruch mit der Opposition konnte durch diese Maßnahme aber nur hinausgezögert und nicht verhindert werden. Am 30. Dezember 1866 veröffentlichte 30. Dez. Schweitzer im «Social-Demokrat» das von der Generalversammlung beschlossene «Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands», das einleitend die Parole «Durch Einheit zur Freiheit» übernahm und damit die Forderung nach einem deutschen Einheitsstaat verband. Die weiteren Punkte standen in der Lassalleschen Tradition des ADAV: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, erweiterte Parlamentsrechte und Aufbau staatlich geförderter Arbeiter-Assoziationen.

Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag. 1867 In Hamburg hatte der ADAV vier öffentliche Wählerversammlungen abgehalten, um auf der Grundlage des Erfurter Programms für seine Ziele zu werben. Die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste mit den radikaldemokratischen Kräften – wie zu den Bürgerschaftswahlen 1865 – war am 12. Febr. 27. Januar 1867 gescheitert. Daraufhin benannte der ADAV Perl für den ersten und zweiten Hamburger Wahlkreis. York kandidierte in Harburg; dort und in vielen schleswig-holsteinischen Gebieten unterstützten Hamburger Mitglieder die örtliche Agitation. Der Wahlkampf war für den ADAV sehr

1867 schwierig. Er hatte gegen Diffamierungen von bürgerlicher Seite und staatliche Behinderungen zu kämpfen. Die Behörden überwachten sozialdemokratische Veranstaltungen und weigerten sich, die Wählerlisten rechtzeitig öffentlich auszuliegen, womit sie den nicht aufgeführten Wahlberechtigten einen Einspruch unmöglich machten. In einigen norddeutschen Wahlkreisen wurde sogar von Manipulationen an den Stimmzetteln berichtet. Dennoch konnte York in der Stadt Harburg eine knappe Mehrheit der Stimmen erzielen, scheiterte jedoch am Votum der Landbevölkerung. In Schleswig-Holstein blieben die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurück und auch in Hamburg enttäuschte Perl mit jeweils etwa 13 Prozent im ersten und zweiten Wahlkreis.

In keinem der 297 Wahlkreise gelang es einem ADAV-Kandidaten, die absolute Mehrheit der Stimmen und damit ein Reichstagsmandat zu erreichen. Audorf (d. J.) scheiterte in dem rheinländischen Wahlkreis, für den er aufgestellt worden war, in der notwendigen Stichwahl. Die Sächsische Volkspartei konnte mit Bebel und Reinhold Schrapz zwei Kandidaten in den Reichstag entsenden. Die drei Hamburger Wahlkreise fielen an den Fortschrittler Anton Rée und die Nationalliberalen Charles de Chapeaurouge und Robert Sloman.

Die Wahlkreiseinteilung war entsprechend den Hamburger Steuerdistrikten vorgenommen worden, wobei der erste Wahlkreis das Gebiet der inneren Stadt östlich der Alster sowie die Vorstadt St. Georg mit dem Hammerbrook umfaßte, der zweite Wahlkreis das westliche Stadtgebiet und die Vorstadt St. Pauli und der dritte die Landherrenschaften der Geest- und Marschlande sowie das Amt Ritzebüttel. Die Einwohnerzahlen in den drei Wahlkreisen differierten stark: so lebten im dritten nur etwa 67 000 Menschen, wogegen der erste knapp 106 000 und der zweite sogar 109 000 Einwohner zu verzeichnen hatte. In der Folgezeit rief dieses Ungleichgewicht, das sich zu ungunsten des dritten Wahlkreises mit seinen wachsenden Einwohnerzahlen verlagerte, Kritik an der Wahlkreiseinteilung hervor.

In Hamburg wurde ein Frauenverein, der dem ADAV nahestand, gegründet. Die während der Vereinsveranstaltungen gesammelten Gelder flossen in die Streikunterstützung und die Parlamentswahlkasse, die der ADAV neu errichtet hatte. Präsidentin der Vereinigung wurde Bertha Hetzel. 1867 März

Damit war in Hamburg eine Frauenorganisation der Arbeiterbewegung entstanden, noch bevor der bereits 1865 gegründete Allgemeine Deutsche Frauenverein hier Fuß fassen konnte. Die Gründung einer Hamburger Ortsgruppe zögerte sich bis 1896 hinaus, obwohl die Ansätze zur Frauenbildung bis auf die Hamburger Hochschule für das weibliche Geschlecht von 1850 zurückreichten.

Die erste Nummer der als Sonntagszeitung geplanten «Deutschen Volkshalle. Wochenblatt für die sozialdemokratische Partei zu Hamburg» erschien. Herausgegeben wurde sie von einer unabhängigen Oppositionsgruppe, wahrscheinlich dem Kreis, der sich 1865 vom ADAV abgespalten hatte. Es ist nicht klar, wie lange die Zeitung existierte. Sie wurde von der Hatzfeldt-Organisation aufgekauft und erreichte nie die Verbreitung des «Social-Demokrat», dessen geschätzte Abnehmerzahlen in Hamburg für dieses Jahr zwischen 150 und 375 schwanken, wobei zu beachten ist, daß er häufig von mehreren Mitgliedern gemeinsam gelesen wurde. 23. März

Der Norddeutsche Reichstag nahm die Bundesverfassung mit 230 gegen 53 Stimmen an. Bebel und Schrapls als Vertreter der Sächsischen Volkspartei lehnten sie ab, um gegen die preußische Vormachtstellung und die beschränkten demokratischen Rechte zu protestieren: Es fehlte ein Grundrechtskatalog, das Parlament war von der Regierungsbildung und -kontrolle weitgehend ausgeschlossen und besaß kein Steuerbewilligungsrecht. 16. Apr.

Die Hamburger Bürgerschaft billigte die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit 136 gegen eine Stimme bei vier Enthaltungen und vollzog damit den Beitritt der Hansestadt zum neuen Bundesstaat. Die deutliche Mehrheit kam durch die ausgehandelte Regelung zustande, die einen Anschluß 15. Mai

1867 Hamburgs an den Zollverein verhinderte. Die Verfassung sah in den Artikeln 33 und 34 ein Freihafengebiet vor, das die nördlich der Elbe gelegenen Stadtteile sowie Altona umfaßte und dessen Sonderstellung durch jährliche Zollabfindungen erkaufte werden mußte, aber solange bestehen bleiben sollte, bis Hamburg seine Eingliederung in das Zollgebiet beantragte.

Diese Frage bestimmte die Verfassungsdiskussion in der Hansestadt. Dabei hatten sich Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und andere an einem freien Außenhandel interessierte Kreise gegen die Gruppe durchsetzen können, die Hamburg innerhalb des Zollvereinsgebiets sehen wollten, und solche, die einen Beitritt zum Norddeutschen Bund grundsätzlich ablehnten, da er für sie einem Anschluß an Preußen gleichkam. Ihre Kritikpunkte waren die nach dem Bundesanschluß notwendige Aufgabe einer eigenen Flagge, die Einschränkung außenpolitischer Aktivitäten der Stadt, die sich auf die zahlreichen diplomatischen und konsularischen Vertretungen auswirkte, eine nur noch begrenzte Autonomie in der Aushandlung von Handelsverträgen sowie die für 1868 geplante Abtretung der Wehrhoheit und Militärverwaltung an Preußen.

In der namentlichen Schlußabstimmung setzten sich jedoch die Freihandels- und Bundesbefürworter durch. Die einzige Gegenstimme kam von Jürgen Lüders, der 1865 bei den allgemeinen Wahlen für den ADAV auf der demokratischen Liste in die Bürgerschaft gewählt worden war.

In Hamburg wurde die Verfassung des Norddeutschen Bundes am 25. Juni 1867 veröffentlicht und trat auf Beschluß aller Mitgliedstaaten zum 1. Juli des Jahres in Kraft.

19. – 20. Mai Um sich auf die für August bevorstehenden Wahlen zur ersten Legislaturperiode des Norddeutschen Reichstags vorzubereiten, traf der ADAV in Braunschweig zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen. Zum vorläufigen neuen Vereinspräsidenten wurde Schweitzer gewählt und mit weitgehenden politischen Vollmachten ausgestattet, da nur so eine einheitliche Agitation gewährleistet schien.

In Abgrenzung zur Hatzfeldt-Gruppe verabschiedete die 1867
Versammlung ein neues Grundsatzprogramm, zu dessen
Hauptforderungen ein freier Volksstaat, die gerechte Verteilung
der gesellschaftlichen Produktion durch staatlich subventionierte
Assoziationen, Aufklärung über die gemeinsamen Interessen der
Arbeiter in allen Kulturländern, das allgemeine Wahlrecht und die
Diätenzahlung für Parlamentsabgeordnete gehörten.

Die neuen organisatorischen und programmatischen Prinzipien hatten
eine Ausschluß- und Austrittswelle der Hatzfeldt-Anhänger zur Folge,
die im Juni den Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein
(LADAV) unter dem Vorsitz von Friedrich Wilhelm Försterling gründeten.
In den folgenden Monaten entwickelte sich die Gewerkschaftsfrage zum
zentralen Streitpunkt zwischen den beiden Richtungen des ADAV. Der
LADAV lehnte Gewerkschaftsgründungen strikt ab und kritisierte sie
als Zersplitterung der Kräfte und Abkehr von einer schlagkräftigen,
einheitlichen Organisation. Ähnlich argumentierte er gegen Streikbewegungen,
die nicht mit dem «ehernen Lohngesetz» zu vereinbaren seien und
allenfalls kurzfristig die Forderungen einzelner Berufsgruppen durchsetzen
könnten.

Unmittelbar nach seiner Wahl zum ADAV-Präsidenten Sommer
unternahm Schweitzer Wahlkampfreisen nach Hamburg und Harburg.
Er sprach auf den örtlichen Stiftungsfeiern und würdigte die Anfänge der
Frauenorganisation.

Die Hamburger Mitglieder bemühten sich, auch im Hinblick auf die
Augustwahlen, ihre Kontakte nach Schleswig-Holstein aufrechtzuerhalten,
und veranstalteten unter anderem im Frühsommer 1867 eine «Lusttour»
nach Pinneberg mit etwa 800 Teilnehmern.

Als Kandidat für den ersten und zweiten Hamburger Wahlkreis wurde,
da Perl eine erneute Aufstellung ablehnte, August Geib nominiert. Er lebte
seit 1864 als Buchhändler in Hamburg und war Anfang 1867, knapp 25
Jahre alt, unter dem Eindruck der Februarwahl dem ADAV beigetreten.

1867 Wahlen zur ersten Legislaturperiode des Norddeutschen Reichstags. In Hamburg trug die wesentlich geringere Wahlbeteiligung dazu bei, daß Geib mit 20 und 31 Prozent im ersten und zweiten Wahlkreis einen höheren Stimmenanteil auf sich vereinigen konnte als sein Vorgänger Perl bei der Februarwahl.

Der ADAV schnitt jedoch insgesamt erneut enttäuschend ab. Den deutlichsten Stimmenverlust in Norddeutschland mußte York in Harburg hinnehmen, wo die Einschüchterungen der Arbeitgeber seine Anhänger von der Wahl fernhielten.

Die Hamburger Mandate gingen an die Nationalliberalen Eduard von Melle und Edgar Roß, sowie den Fortschrittler und ehemaligen Vorsitzenden des Bildungsvereins Richter. Als im März 1868 Nachwahlen im ersten Hamburger Wahlkreis nötig wurden, da von Melle ein Senatorenamt antrat, bemühten sich der Demokratische Verein, der Bildungsverein und der ADAV um eine gemeinsame Kandidatenaufstellung. Der Versuch scheiterte jedoch und führte zum endgültigen Bruch mit dem ADAV. Dieser boykottierte die Wahl und unterstützte statt dessen Wilhelm Hasenclever, Kandidat des ADAV bei der Essener Nachwahl. Hasenclever scheiterte in diesem Wahlgang und kam erst im Januar 1869 für den Duisburger Wahlkreis als einer von drei ADAV-Abgeordneten in den Reichstag. Die Sächsische Volkspartei erhielt vier Sitze und auch der LADAV war mit zunächst einem, später mit zwei Abgeordneten vertreten.

Das gespannte Verhältnis der unterschiedlichen Richtungen der Arbeiterbewegung wirkte sich auch auf die Parlamentsarbeit aus. Als Schweitzer für den ADAV im Herbst des Jahres einen umfangreichen Arbeiterschutzgesetzentwurf plante, wertete Liebknecht dieses als Anerkennung des von Preußen dominierten Bundesstaates und verweigerte seine Unterstützung.

Mitte Sept. Der erste Band von «Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie» erschien im Hamburger Verlag von Otto Karl

Meißner in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Der Verlag, 1867 einer der wenigen deutschen Buchproduzenten, die demokratische Ideen vertraten, konzentrierte sich auf geschichtliche und medizinische Themen. Der Kontakt zu Marx war über ein ehemaliges Mitglied des Kommunistenbundes hergestellt worden; ein Vertrag kam im März 1865 zustande. Im April 1867 lieferte Marx das Manuskript persönlich in Hamburg ab. Zur Verbreitung der Marxschen Ideen trug wesentlich eine Artikelserie bei, die der «Social-Demokrat» von Januar bis April 1868 veröffentlichte.

Der VDAV hielt seinen vierten Vereinstag in Gera ab. Die 6.-7. Okt. Hamburger Organisation und andere bedeutende Bildungsvereine hatten keine Vertreter entsandt. Die versammelten Delegierten beschlossen eine Satzungsänderung, die einen vom Vereinstag direkt zu wählenden Präsidenten vorsah. An die Stelle des ständigen Ausschusses trat ein sechsköpfiger Vorstand, der vom örtlichen Verein des Präsidenten zu bestimmen war. Mit 19 gegen 13 Stimmen für Max Hirsch wählten die Delegierten Bebel zum VDAV-Präsidenten und damit Leipzig zum Vorort des Verbandes. Die wesentlichen programmatischen Forderungen waren der Ausbau des Volksschulwesens, der Arbeiterschutz, die Abschaffung der Kinderarbeit und eine verkürzte Dienstzeit für Wehrpflichtige.

Wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Vereinstages und der Überwindung der Verbandskrise von 1866 hatte eine neue, dem VDAV nahestehende Zeitung. Die Coburger «Arbeiterzeitung» hatte ihr Erscheinen eingestellt, und ab 1. Juni 1867 erschien in Mannheim die «Deutsche Arbeiterhalle», die bis zum 4. Dezember 1868 Organ des VDAV blieb und von Liebnechts «Demokratischem Wochenblatt» abgelöst wurde.

Die intensive politische Agitation des Jahres 1867 ließ die gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Hintergrund treten. Die Berufsorganisationen waren durch die Konjunkturkrise gefordert und hatten Mühe, ihre Mitgliederzahlen zu halten. Den sich entwickelnden zentralen Berufsverbänden standen

1867 die Hamburger Gewerkschaften unterschiedlich gegenüber. Die Hamburg-Altonaer Buchdrucker bildeten einen Verein auf der Grundlage einer bereits bestehenden Unterstützungskasse und schlossen sich dem im Mai 1866 gegründeten Deutschen Buchdruckerverband an, der sich zur mitgliederstärksten deutschen Gewerkschaft entwickelte. Die Hamburger Schneider, von denen viele dem ADAV angehörten, lehnten einen Beitritt zu dem im Oktober 1867 gegründeten Allgemeinen Deutschen Schneiderverein mit dem Hinweis auf eine drohende organisatorische Zersplitterung ab, unterstützten jedoch ebenso wie der Zentralverband Lohnbewegungen ihrer englischen und französischen Berufskollegen.

23. – 25. Nov. Die sechste Generalversammlung des ADAV in Berlin bestätigte Schweitzer, der auch weiterhin die Redaktion des «Social-Demokrat» leitete, als Vereinspräsidenten. Der Verein hatte die inneren Spannungen und den enttäuschenden Wahlausgang noch nicht überwunden, so daß nur knapp 3500 Mitglieder in Berlin vertreten waren. Perl und Geib als Delegierte für Hamburg, Harburg, Pinneberg und Itzehoe repräsentierten nur etwa 390 Hamburger Mitglieder; die anderen Orte hatten ihnen ihr Mandat übertragen, da sie sich einen eigenen Vertreter nicht leisten konnten.

Gegen das Votum der Hamburger Mitgliederschaft wurde ein Antrag gebilligt, den Präsidenten durch eine Urabstimmung in allen Gemeinden sechs Wochen vor einer Generalversammlung zu wählen. Trotz dieser Differenzen konnte die Hamburger Organisation ihren Einfluß auf den Gesamtverein behaupten. Ihre aktiven Mitglieder spendeten neben den regulären Beiträgen für zahlreiche Sondersammlungen und bildeten damit eine wichtige Finanzquelle für den Verein. Die mit dem folgenden Jahr einsetzende Aufwärtsentwicklung verstärkte diese Tendenz noch. Als norddeutsche Vertreter in den Gesamtvorstand wurden die Hamburger Geib, Audorf (d. J.), der Harburger York und ein Altonaer Mitglied gewählt.

1868
1. Jan. Das Freizügigkeitsgesetz des Norddeutschen Bundes vom

1. November 1867 trat in Kraft. Es gestattete jedem Bundesangehörigen, sich in Hamburg niederzulassen, dort Grundeigentum zu erwerben und unter denselben rechtlichen Voraussetzungen, wie sie für Einheimische galten, einen Gewerbebetrieb zu eröffnen. Ausgeschlossen von dieser Regelung wurden Personen, denen es nicht gelang, für sich und ihre Angehörigen einen «notdürftigen Lebensunterhalt» zu verdienen. Sie konnten von der Zuzugsgemeinde abgewiesen werden, da die öffentlichen Unterstützungsleistungen an den Besitz des Heimatrechts gekoppelt waren.

Der strenge Winter, die vorausgegangenen Mißernten und die sinkenden Beschäftigungszahlen, die teilweise erhebliche Lohnkürzungen zur Folge hatten, machten die Notlage eines großen Teils der Hamburger Bevölkerung unerträglich. Der ADAV berief Versammlungen in Hamburg, Altona und Harburg ein, um seinen Forderungen nach Brot und Beschäftigung für die Arbeitslosen Nachdruck zu verleihen. Der Staat sollte die nötigen Mittel dafür über eine Vermögenssteuer aufbringen und der Ausbreitung der Frauen- und Kinderarbeit, die den Lohnverfall beschleunigte, entgegenzutreten. Die Aktionen liefen getrennt an den einzelnen Orten ab, da der ADAV bestrebt war, seine Gemeinden als selbständige Organisationen erscheinen zu lassen. So sollte den polizeilichen Repressionen begegnet werden, die sich gegen den unerlaubten Kontakt zwischen örtlichen Zweigvereinen richteten.

Die Hamburger und Altonaer Haartuchweber traten in einen siebenwöchigen erfolglosen Streik, um eine drohende Lohnkürzung zu verhindern. Es blieb der einzige größere Arbeitskampf in Hamburg für dieses Jahr. Sein schlechter Ausgang bestärkte die Gruppen im ADAV, die keine grundlegenden Verbesserungen von Ausständen erwarteten und ihnen allenfalls die Funktion der politischen Mobilisierung zubilligten.

Unter diesem Aspekt wurde der große Streik der Berliner Zigarrenarbeiter Mitte Februar und die nachfolgende Grün-

1868
Mitte
Febr. dung einer Produktivgenossenschaft unterstützt. Der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein, der seit Anfang 1868 seinen Sitz in Berlin hatte, ging gestärkt aus der Streikbewegung hervor, Ende des Jahres gehörten ihm etwa 10000 Mitglieder an. Der Zuwachs war vor allem auf die zahlreichen Agitationsreisen seines Vorsitzenden Fritzsche zurückzuführen, dem es gelang, in Hamburg und Altona auch Mitglieder der alteingesessenen örtlichen Organisation zum Übertritt in den neuen Verein zu bewegen. Diese Erfolge machten Fritzsche zu einem vehementen Befürworter der Gewerkschaftsidee innerhalb des ADAV.

Trotz der Krise konnte der ADAV 1868 in Hamburg seinen organisatorischen Tiefpunkt überwinden. Im April hatte sich die Zahl der Abonnenten des «Social-Demokrat» auf über 600 erhöht, bei einer Gesamtauflage des Blattes von gut 2200 Exemplaren, und die Zahl der regelmäßig beitragszahlenden Mitglieder in der Hansestadt war auf 800 gestiegen. Ende des Jahres gehörten dem Verein 909 Mitglieder an, von denen knapp 80 Prozent als Schneider, Tischler, Zigarrenarbeiter und Schuhmacher tätig waren.

22. – 26.
Aug. Als Anerkennung für diese erfolgreiche Organisationsarbeit wählte der ADAV Hamburg als Ort für seine siebte Generalversammlung, die vom 22.–26. August abgehalten wurde. Insgesamt waren auf ihr fast 7300 Mitglieder aus 83 Orten vertreten. Die Hamburger Anhängerschaft zeigte sich sehr interessiert an den Veranstaltungen, so war die Vorfeier bei Sagebiel von mehr als 6000 Menschen besucht, aber auch die anderen öffentlichen Sitzungen zogen ein breites Publikum an.

Marx konnte einer Einladung des Vorstandes nicht folgen, der Hamburger Versammlung als Ehrengast beizuwohnen und eine Würdigung des «Kapitals» und seines Engagements in der Arbeiterfrage entgegenzunehmen. Die Delegierten sprachen sie ihm in Abwesenheit aus und erklärten sich mit den Zielen der IAA einverstanden. Mehrheiten fanden auch die Forderungen nach einem zehnstündigen Arbeitstag und einer Abschaffung der Sonntagsarbeit.

Zum zentralen Diskussionspunkt entwickelte sich die Beurteilung der Wirksamkeit gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse und ihrer Streikbewegungen. Fritzsche und Schweitzer legten der Versammlung einen Antrag vor, den Vereinspräsidenten ermächtigt sollte, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Gründung von Gewerkschaften einzuberufen. Sie sahen dabei Streiks als Mittel zur Förderung des Klassenbewußtseins und zur Beseitigung einzelner sozialer Mißstände an, nicht aber als Möglichkeit zu einer grundlegenden Veränderung der Produktionsverhältnisse. In einem Gegenantrag lehnte Perl die Erörterung der Gewerkschaftsproblematik ab, da die Zahlung von Streikgeldern sowohl dem Vereinszweck widersprechen als auch die finanziellen Möglichkeiten des ADAV bei weitem übersteigen würde. Beide Anträge fanden keine Mehrheit bei den Delegierten. Diese sprachen sich lediglich für die in der Kongreßresolution formulierte Einschätzung der Gewerkschaftsbewegung aus und konnten erst nach einer massiven Rücktrittsdrohung Schweitzers dazu bewegt werden, die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses zu billigen. Schweitzer und Fritzsche veröffentlichten daraufhin am 27. August einen Aufruf, mit dem sie zu einem allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß für Ende September in Berlin einluden.

Im VDAV hatte die Gruppe der sozialdemokratisch orientierten, von Bebel und Liebknecht beeinflussten Vereine an Macht gewonnen und drängte auf Klärung der politischen Positionen innerhalb des Verbandes. Auf dem fünften Ver-
einstag in Nürnberg vom 5.-7. September wurde ein
Programmentwurf verabschiedet, der die Übereinstimmung
des VDAV mit den Bestrebungen der IAA erklärte und die
Punkte formulierte, in denen er mit ihr einer Meinung war.
Es waren dies der Grundsatz, daß die Befreiung der arbeiten-
den Klasse durch diese selbst erkämpft werden müsse; die
Überzeugung, daß die Ursache des sozialen Elends in der
ökonomischen Abhängigkeit der Arbeiter und dem Eigen-

5.-7.
Sept.

1868 tum der Unternehmer an den Produktionsmitteln liege und – anders gewichtet als im Marxschen Programm – die Erklärung der politischen Freiheit zur «unentbehrlichen Vorbedingung» der ökonomischen Befreiung. Ein direkter Anschluß an die deutschsprachige Sektion der IAA in Genf und regelmäßige Beitragszahlungen standen nicht zur Diskussion.

Eine Mehrheit von 69 der 115 für knapp 14000 Mitglieder sprechenden Delegierten stimmte dem Entwurf zu, eine Minderheit von liberalen und nationalliberalen Vereinen verließ daraufhin den Vereinstag und erklärte ihren Austritt aus dem VDAV. Bebel wurde mit nur zwei Gegenstimmen als Verbandspräsident wiedergewählt.

In der Gewerkschaftsfrage beauftragte der Vereinstag den Leipziger Vorort, die Gründung zentraler Gewerks-Genossenschaften einzuleiten, die Kampf- und Sozialkassen aufbauen und gemäß den IAA-Leitsätzen international ausgerichtet sein sollten. Diese Beschlüsse wurden von den beiden Delegierten des Hamburger Bildungsvereins für Arbeiter, einer von ihnen war Martens, abgelehnt und veranlaßten den Verein, noch im Laufe des Septembers seinen Austritt aus dem VDAV zu erklären. Als Begründung für diesen Schritt wurde das Bestreben genannt, als traditionsreiche Bildungseinrichtung unpolitisch zu bleiben und sich nicht in eine Klassenhaß erzeugende Agitation hineinziehen zu lassen. Da ein Anschluß an den als Gegenorganisation zum VDAV gegründeten nationalliberalen und preußenfreundlichen Deutschen Arbeiterbund mit den demokratischen Traditionen des Vereins nicht zu vereinbaren war, zog sich der Bildungsverein mit seinem Austritt aus dem VDAV aus der politischen Arbeiterbewegung insgesamt zurück. Der Arbeiterbund blieb auf Süddeutschland beschränkt und konnte auch dort nur wenig Einfluß gewinnen.

7. Sept. In Hamburg wurde auf einer öffentlichen Arbeiterversammlung der Kongreßaufruf der beiden Reichstagsabgeordneten Schweitzer und Fritzsche beraten. Obwohl die

bürgerliche Presse eine Berichterstattung in dieser Angelegenheit ablehnte, kamen über 6000 Menschen zusammen. 1868

Die Hamburger Mitgliederschaft des ADAV war in der Gewerkschaftsfrage ähnlich zerstritten wie der Gesamtverein. Gegen Perl, der auf der orthodoxen Lassalleschen Position beharrte, setzte Geib die Wahl eines Vorbereitungsausschusses durch, in dem unterschiedliche Berufe vertreten waren. Einen eigenen Delegierten für den Kongreß wählten die Hamburger Tischler, Schneider, Zigarren-, Haus- und Handarbeiter, Schlosser, Schmiede, Schuhmacher, Buchbinder und weitere sechs Berufsgruppen; aus Altona wurden elf Gewerbe repräsentiert. York erhielt das Mandat verschiedener Harburger Handwerker und Arbeiter. Er gründete im September – noch vor Kongreßbeginn – eine Gewerkschaft der Holzarbeiter.

In Berlin fand der Allgemeine Deutsche Arbeiterkongreß 26. – 29. Sept. statt, an dem sich mehrheitlich die mit dem ADAV sympathisierenden Arbeiter beteiligten. Mehr als 200 Delegierte vertraten 142 000 Arbeiter aus über 100 Orten. Sie gründeten den Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband als gewerkschaftliche Dachorganisation. Er wurde von Schweitzer und Fritzsche geleitet, deren Vollmachten ähnlich umfassend waren wie im ADAV und das Bestreben erkennen ließen, mit der neuen Organisation die Gewerkschaftsbewegung zu kontrollieren und im eigenen zu Sinn beeinflussen.

Der Verband gliederte sich in einzelne Arbeiterschaften verschiedener Berufsgruppen, die sich am Rande des Berliner Kongresses bildeten. Die wichtigsten Zusammenschlüsse waren die der Berg- und Hüttenarbeiter, Metallarbeiter, Hand- und Fabrikarbeiter, Färber und Weber, Schuhmacher, Bäcker, Buchbinder, Schneider und Maurer. Die Harburger Gewerkschaft Yorks wurde zur zentralen Organisation der Holzarbeiter. Eine Arbeiterschaft der Zimmerer entstand etwas später, und im Mai 1869 trat mit dem erweiterten Zigarren- und Tabakarbeiterverein eine große Gewerkschaft dem Verband bei.

1868 Die Mitglieder zahlten Beiträge in eine gemeinsame Kasse, um so vom Verband anerkannte Arbeitsniederlegungen einzelner Berufsgruppen wirkungsvoller unterstützen zu können. Obwohl die anfänglichen Mitgliederzahlen in den meisten Arbeiterschaften nur gering waren, rechnete man mit einer günstigen Entwicklung und legte fest, Gewerkschaften aus dem Verband auszuschließen, denen weniger als 500 Personen angehörten. In Hamburg fanden die neuen zentralen Berufsorganisationen zahlreiche Anhänger. Bis Ende 1868 erklärten Gruppen der Maler, Schuhmacher, Holz- und Metallarbeiter ihren Beitritt zum Arbeiterschaftsverband.

Der Berliner Arbeiterkongreß begann mit Tumulten, als Hirsch, der mit elf Delegierten erschienen war, das Wort beantragte, um gegen die zentralistischen Gewerkschaftsgründungen und für liberale Gewerkvereine zu agitieren, die dem Prinzip der Selbsthilfe folgen und von der Basis her aufgebaut werden sollten. Hirsch wurde das Wort entzogen, und er mußte mit seinen Begleitern den Kongreß verlassen.

28. Sept. Am Nürnberger Vereinstag hatte er wegen einer Englandreise nicht teilnehmen können, war aber jetzt vorzeitig zurückgekehrt und versuchte, Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Für den 28. September lud er seine Anhänger zu einer allgemeinen Arbeiterversammlung in Berlin ein und gründete unter Mitwirkung des Fortschrittlers Franz Duncker die deutschen Gewerkvereine. Sie basierten auf einem Netz von Hilfskassen, standen Streiks ablehnend gegenüber und propagierten einen Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Verglichen mit den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften blieben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine immer die unbedeutendste Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung, die in Hamburg nie über mitgliederstarke Organisationen verfügte.

Auch bei Marx und in den Kreisen der IAA rief der Vorstoß des ADAV in der Gewerkschaftsfrage Kritik hervor. Marx lehnte den zentralistischen Aufbau des Arbeiterschaftsverbandes ab und wandte sich gegen die starke Stellung Schweit-

zers, die eine Ausrichtung des Verbandes nach den Interessen des ADAV ermöglichte. Diese Kontroverse führte zum endgültigen Bruch zwischen Schweitzer und Marx. 1868

In Leipzig wurde Ende Oktober ein Versuch unternommen, die drohende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zu verhindern. Eine allgemeine Arbeiterversammlung sprach sich für einen gemeinsamen Kongreß aus, um die gewerkschaftspolitischen Gegensätze zwischen ADAV und VDAV zu überwinden. Eine Einigung kam aber nicht zustande, da beide Seiten auf ihren organisatorischen Prinzipien beharrten. Daraufhin veröffentlichte Bebel am 28. November Statuten für die deutschen – später die internationalen – Gewerks-

genossenschaften im «Demokratischen Wochenblatt». Die zentralen Genossenschaften sollten Unterstützung in Fällen von Streiks, allgemeinen Notlagen und polizeilichen Maßregelungen zahlen, Gewerksorgane herausgeben und in einem Verband der Gewerksgenossenschaften zusammengeschlossen sein. Ihre lokalen Organisationen waren unabhängig in den personellen Entscheidungen. Auf Bezirksebene und für Großstädte waren Gauverbände der einzelnen Genossenschaften vorgesehen. Der zentrale Verbandsvorstand konnte über die Aufnahme örtlicher Genossenschaften und – im Zusammenwirken mit den Lokalvorständen – über die Dauer von Arbeitseinstellungen und die Zahlung von Streikgeldern entscheiden. Grundlage dafür lieferten die Beschlüsse der Generalversammlung des Gewerksgenossenschaftsverbandes.

1869 erfolgten die ersten Gewerkschaftsgründungen nach diesem Muster, so daß die auflebende Streikbereitschaft, die sich bis in die Jahre der Hochkonjunktur 1871/1872 fortsetzte, durch eine uneinheitliche Gewerkschaftsbewegung geschwächt wurde. Die politischen Gegensätze hatten sich auf die Gewerkschaften übertragen und führten dazu, daß sich die konkurrierenden Richtungen gegenseitig heftig angriffen. Dabei war die Gewerksgenossenschaftsbewegung in Hamburg zunächst nur schwach vertreten, konnte aber an

Ende Okt.
28. Nov.

- 1868 Einfluß gewinnen, als Schweitzer seine Gewerkschaftspolitik änderte und den Zusammenschluß mit dem abgespaltenen LADAV einleitete.
- 1869 In Hamburg setzten die Salzereiarbeiter, organisiert in der März/ Allgemeinen deutschen Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter, die dem Arbeiterschaftsverband angehörte, nach Apr. mehrwöchigem Streik eine Lohnerhöhung und Verkürzung der zwölfstündigen Arbeitszeit durch. Ein Streik der Hamburger Schneider, die am 1. April 1869 ebenfalls dem Arbeiterschaftsverband beigetreten waren, verlief ebenfalls erfolgreich. Die Buchdrucker konnten einen Konflikt, der sich aus ihrer Opposition gegen die verstärkte Beschäftigung weiblicher Hilfskräfte ergab, durch eine Vereinbarung beilegen.
28. – 31. März Der ADAV trat in Barmen zu seiner achten Generalversammlung zusammen. Der Verein hatte eine erneute organisatorische Krise überwunden, nachdem er am 16. September 1868 von der Leipziger Polizei aufgelöst, aber bereits am 10. Oktober des Jahres von Schweitzer in Berlin neugegründet worden war. Unter den Mitgliedern wuchs jedoch die Kritik an der starken Stellung des Präsidenten, und so verabschiedete die Barmer Versammlung eine Satzungsänderung, die als Kontrollinstanz einen verkleinerten, an einem Ort ansässigen Vorstand einführte. Hamburg wurde zum Sitz des neuen Gremiums erklärt, dem zehn Hamburger, darunter Perl, Geib, Audorf (d. Ä.) sowie York für Harburg und ein Altonaer Vertreter angehörten. Bebel und Liebknecht nahmen als Gäste an der Versammlung teil und äußerten scharfe, zum Teil persönliche Kritik an Schweitzers preußenfreundlicher Politik. Schweitzer reagierte auf diese Angriffe, indem er der Versammlung die Vertrauensfrage stellte. Eine deutliche Mehrheit der Delegierten sprach sich für Schweitzer aus, der Stimme enthielten sich neben anderen auch Geib, Perl und York als Vertreter für Hamburg und Harburg. Sie wollten damit ihren Unmut über die noch ausstehende Debatte über die Geschäftsführung des Präsidenten zum Ausdruck bringen, wurden aber durch Vertrauensvoten ihrer Ge-

meinden für Schweitzer unmittelbar im Anschluß an die Generalversammlung korrigiert. Wenig später trat Schweitzer eine Agitationsreise durch Norddeutschland an, in deren Verlauf ihm die Hamburger Mitglieder einen begeisterten Empfang bereiteten. 1869

Der Arbeiterschaftsverband veranstaltete seine erste Generalversammlung in Kassel. Ihm gehörten elf Gewerkschaften mit etwa 50000 Mitgliedern an. Ihre Zahl erhöhte sich um knapp 10000, als Fritzsche anläßlich der Versammlung den endgültigen Anschluß des Zigarren- und Tabakarbeitervereins erklärte. Schweitzer wurde nahezu einstimmig als Präsident bestätigt. Er konnte seine Zentralisierungspläne durchsetzen, da die Generalversammlung Berlin zum verbindlichen Sitz aller bis dahin in verschiedenen Städten ansässigen Präsidien der Arbeiterschaften erklärte. York protestierte als Vorsitzender der Holzarbeitergewerkschaft gegen diesen Beschluß. 22. Mai

In Hamburg war das Kasseler Treffen auf einer Gewerkschaftsversammlung am 20. Mai vorbereitet worden, an der mehr als 2000 Menschen teilnahmen. Die Mitglieder des Verbandes der Hand- und Fabrikarbeiter, die Schuhmacher, Holz- und Metallarbeiter, Buchbinder, Schneider und Maurer wählten Delegierte, die aber nur für insgesamt 1200 Hamburger sowie gut 500 Altonaer und 300 Harburger Mitglieder stimmberechtigt waren. 20. Mai

Der «Social-Demokrat» und die «Freie Zeitung», das Organ des LADAV, gaben die Wiedererrichtung einer einheitlichen ADAV-Organisation für den 24. Juni des Jahres bekannt. Die Mitglieder wurden von dieser Entwicklung überrascht; sie erhielten Gelegenheit, in den folgenden fünf Tagen darüber abzustimmen. 18. Juni

Die krisenhafte Entwicklung seiner Organisation – dem LADAV gehörten zu diesem Zeitpunkt nur noch knapp 2000 Mitglieder an – bewog Fritz Mende als Präsidenten des Vereins, dem Zusammenschluß zuzustimmen, zumal er in der Gewerkschaftspolitik und in Satzungsfragen Zugeständ-

1869 nisse hatte erzielen können. Für den wesentlich größeren, etwa 12000 Mitglieder zählenden ADAV verhandelte Schweitzer eigenmächtig in dieser Frage. Leitendes Motiv für ihn war das Interesse an der sächsischen Anhängerschaft des LADAV, der sich dort zu einer wichtigen Konkurrenz der Bebel-Liebknachtschen Richtung entwickelt hatte. Weiterhin war ihm daran gelegen, die neueren Statutenänderungen rückgängig zu machen, und die finanzielle Krise des «Social-Demokrat» mag ihn auf eine Unterstützung durch die Gräfin Hatzfeldt, die nur noch im Hintergrund der Bewegung wirkte, haben hoffen lassen.

Unter den Mitgliedern des ADAV fand der Zusammenschluß eine breite Billigung. Die Hamburger, Harburger, Altonaer und Wandsbeker Gemeinden stimmten einstimmig oder doch nahezu einstimmig dafür. Der Vereinsvorstand in Hamburg erkannte das neue Statut an und löste sich auf, nachdem Schweitzer ihm hatte versichern lassen, daß die nächste Generalversammlung über die Satzungsfragen entscheiden sollte und die Gräfin Hatzfeldt sich dem Verein nicht wieder anschließen würde.

Der Rücktritt des Vorstands war in Abwesenheit Yorks erfolgt, der am 22. Juni gemeinsam mit dem Kassierer des ADAV, Wilhelm Bracke, und anderen Vereinsfunktionären in Magdeburg mit Bebel und Liebknecht zusammentraf. In einer Erklärung protestierten sie gegen den Zusammenschluß und zeigten sich besorgt über die Zukunft des Arbeiterschaftsverbandes. Die Einigung mit dem als gewerkschaftsfeindlich bekannten LADAV stand für sie einer Annäherung zwischen ADAV und VDAV entgegen; sie kündigten deshalb die Einberufung eines Kongresses an, von dem sie den Aufbau einer einheitlichen politischen und gewerkschaftlichen Bewegung der Sozialdemokratie erhofften.

21. Juni Eine Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund wurde veröffentlicht; sie trat mit ihren wichtigsten Bestimmungen zum 21. September des Jahres in Kraft und löste das vorläufige Gewerbegesetz vom 8. Juli 1868 ab. Der § 152 ge-

währte Arbeitnehmern und Arbeitgebern Koalitionsfreiheit 1869
in Angelegenheiten der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne jedoch gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, die den bestehenden Vereinsgesetzen unterlagen, zu erwähnen und ihnen so eine rechtliche Grundlage zu geben. Der folgende Paragraph schränkte die Organisationsmöglichkeiten noch weiter ein, indem er Versuche, Absprachen zwangsweise durchzusetzen oder abzuwehren – wozu auch Drohungen und Ehrverletzungen gerechnet wurden – unter Gefängnisstrafe stellte.

Gemäß einer Vereinbarung zwischen Bebel, Liebknecht und Schweitzer vom April 1869, die aber nur bis zum Juni des Jahres Bestand hatte, waren die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Debatte gemeinsam aufgetreten, scheiterten jedoch mit ihren zahlreichen Änderungsanträgen, darunter dem Verbot regelmäßiger Sonntagsarbeit, der gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit und der Einführung staatlicher Fabrikinspektoren.

In der Hamburger ADAV-Gemeinde spitzte sich der 26./27.
Konflikt um den Zusammenschluß mit dem LADAV zu. Juni
Der zurückgetretene Vereinsvorstand sah sich durch positive Äußerungen Schweitzers über die Gräfin Hatzfeldt getäuscht, so daß Geib bei der für Ende Juni angesetzten Präsidentenwahl gegen Schweitzer antrat.

Die Stimmabgabe in Hamburg fand in einer Versammlung am 26. Juni statt. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde Schweitzer mit 512 gegen zwei Stimmen als Präsident bestätigt. Ähnliche Mehrheiten fand er im Rheinland, in Berlin und vielen anderen Orten. Geib und zehn andere führende Mitglieder aus Hamburg und Altona zogen sich aufgrund dieser Entwicklung aus dem Verein zurück. Sie begründeten ihren Austritt in einem Rundbrief an die ADAV-Gemeinden vom 27. Juni 1869, in dem sie für Yorks Einigungspläne mit dem VDAV warben und einen Kongreß für den 25. Juli vorschlugen. In Harburg wurde die Auseinandersetzung über die Konflikte zunächst zurückgestellt, um

1869 ein für den 4. Juli geplantes Arbeiterverbrüderungsfest nicht zu gefährden.

Der Bruch zwischen Vereinsmehrheit und oppositioneller Minderheit löste eine heftige publizistische Kontroverse aus, die im «Social-Demokrat» und in einer Flugblattaktion, unterstützt vom «Demokratischen Wochenblatt», ausgetragen wurde. Schweitzer betonte die demokratische Basis seiner Präsidentschaft, da ihn die Mehrheit der einfachen Mitglieder unterstütze und den Charakter des ADAV als reine Arbeiterpartei sichere. Er polemisierte gegen die Politik der ausgetretenen Minderheit als Verrat einer intellektuellen Elite, die nicht vor einem Bündnis mit den bürgerlichen Kräften der Sächsischen Volkspartei, repräsentiert im VDAV, zurückschrecke. Die Opposition stellte Schweitzers Vormachtanspruch heraus und beschuldigte ihn, einer Einigung der beiden großen sozialdemokratischen Richtungen im Wege zu stehen. Sie bezeichnete ihre Trennung von den Mitgliedern des ADAV als vorläufig und bemühte sich, unter ihnen für den Vereinigungskongreß zu werben.

In einigen kleineren norddeutschen Gemeinden gelang es der Minderheit, Anhänger zu gewinnen; in Hamburg selbst festigten die Befürworter der Schweitzerschen Politik ihre deutliche Mehrheit und hielten gut besuchte Versammlungen ab. Sie entsandten Agitatoren in die umliegenden Gebiete, um dem Einfluß der Opposition entgegenzuwirken und beschlossen, den bevorstehenden Kongreß zu verhindern oder

27. Juli zumindest seinen Ablauf zu stören. Am 27. Juli wählte eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung vier Delegierte des Hamburger ADAV für den verschobenen, nach Eisenach einberufenen Kongreß.

29. Juli – In der Lauensteinschen Wagenfabrik traten etwa 500 Metallarbeiter in den Ausstand, um eine drohende Kürzung der Akkordlöhne abzuwehren. In den folgenden Tagen solidarisierten sich auch andere in der Fabrik beschäftigte Arbeiter und Handwerker, so daß die Zahl der Streikenden auf 1300 stieg. Carl Schallmeyer, als Vertreter der Allgemeinen Deut-

21. Sept.

1869
schen Metallarbeiterschaft des ADAV, wurde zum Vorsitzenden des Streikkomitees gewählt. Die Streikfront konnte lange geschlossen gehalten werden: Spenden verbesserten die Situation; auf regelmäßigen Versammlungen wurde für den Zusammenhalt und um das Verständnis der auswärtigen Streikbrecher geworben, die in den meisten Fällen nach Erhalt von Reisekostenzuschüssen ihre Arbeit nicht antraten. Ende August 1869 befanden sich noch etwa 800 Personen im Ausstand, die übrigen hatten Hamburg verlassen oder sich eine andere Beschäftigung gesucht. Einige von ihnen gründeten Produktivgenossenschaften, die jedoch nicht lange bestanden.

Als es der Unternehmensleitung Anfang September gelang, die Produktion mit schwedischen Arbeitern wieder aufzunehmen, besetzten die Streikenden die Fabrikgebäude in der Repsoldstraße und in Rothenburgsort. Während der Auseinandersetzungen wurde ein unbeteiligter Arbeiter vom Direktor der Fabrik erschossen. Weite Teile der Bevölkerung bekundeten nach diesen Vorkommnissen Sympathie mit den Streikenden. Die Beschäftigung von auswärtigen Arbeitern, verstärkter Polizeieinsatz und die Verhaftung der Streikleitung sowie die wachsende finanzielle Not zeigten jetzt aber doch ihre Wirkung. Eine Versammlung am 15. September, in der sich Martens und andere Vertreter des Bildungsvereins um eine Vermittlung bemühten, endete ergebnislos, da die Firmenleitung auf der Entlassung von 13 Arbeitern beharrte. Der Beschluß, den Arbeitskampf fortzusetzen, wurde jedoch nicht mehr geschlossen befolgt; am 17. September nahmen mehr als 200 Beschäftigte bei nur geringen Konzessionen in der Arbeitszeitfrage ihre Arbeit wieder auf. Die Befürworter des Streiks wählten ein neues Komitee und riefen noch einmal zur verstärkten Spende von Unterstützungsgeldern auf. Sie erreichten Zugeständnisse in der Lohnfrage, die Kündigung des Direktors durch die führenden Aktionäre der Fabrik und die Entlassung der meisten als Streikbrecher eingestellten Arbeitskräfte. Das Unternehmen konnte die Folgen des Konfliktes nicht verkraften und stellte 1870 seinen Betrieb ein.

1869 In Eisenach wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei
7. – 9. (SDAP) auf einem gemeinsamen Kongreß von VDAV und
Aug. Gegnern der Schweitzerschen ADAV-Politik gegründet. Der
Verband der Arbeitervereine vollzog damit die Trennung von
der Sächsischen Volkspartei und löste sich zugunsten der
SDAP am 9. August 1869 auf. Vom ADAV traten etwa 1000
ehemalige Mitglieder, ein großer Teil der vereinsinternen Op-
position, der neuen Partei bei. Die über 260 Delegierten re-
präsentierten mehr als 11 000 Anhänger.

Ziel des Kongresses war der Aufbau einer demokratischen
und sozialistischen Partei als Konkurrenz zum ADAV.
Schweitzer hatte 110 Vertreter entsandt, um den Kongreß zu
sprengen; sie wurden jedoch nach anfänglichen Störversu-
chen an der weiteren Teilnahme gehindert.

Die neue Organisation basierte auf relativ selbständigen lo-
kalen Vereinen. Die Leitung der Partei wurde einem kollegial
arbeitenden Ausschuß von fünf Personen übertragen, der von
den Mitgliedern des Vorortes zu wählen war und durch eine
Urabstimmung bestätigt werden mußte. Braunschweig, mit
seiner starken ADAV-Opposition, wurde zum Vorort der
Partei bestimmt. «Der Volksstaat. Organ der sozialdemokra-
tischen Arbeiterpartei und der Gewerksgenossenschaften»,
der in der Nachfolge des «Demokratischen Wochenblatts» ab
2. Oktober 1869 erschien, wurde von Bebel und Liebknecht
in Leipzig herausgegeben. Da die Zeitung Eigentum der Par-
tei war, erhielt der Ausschuß die Aufsicht über die redaktio-
nelle Arbeit. Zur Kontrolle der Parteileitung wurde eine elf-
köpfige Kommission mit Sitz zunächst in Wien, dann in
Hamburg-Altona gegründet. Als oberstes Entscheidungsgre-
mium fungierte der jährliche Kongreß, den alle örtlichen Ver-
eine beschickten. Die SDAP verstand sich im Rahmen der
deutschen Vereinsgesetze als Zweig der Internationale in
London. Sie übernahm mit dem angekündigten Aufbau von
Gewerksgenossenschaften sowie der Durchsetzung von Fa-
brikordnungen und einer gesetzlichen Regelung der Arbeits-
zeit zentrale Forderungen der IAA. Weitere wichtige Pro-

grammpunkte waren das Wirken für einen freien Volksstaat 1869
und für staatliche Kredite im Produktivgenossenschaftsbe-
reich, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht
zu allen Parlamenten auf Reichs- und Länderebene sowie
Koalitions-, Vereins- und Pressefreiheit.

Die Hamburger Anhänger der neuen Partei veranstalteten 12. Aug.
eine Versammlung, um über die Ergebnisse des Kongresses
öffentlich Bericht zu erstatten. Es kam zu Tumulten und
Schlägereien, da ADAV-Mitglieder die Teilnehmer als Verrä-
ter beschimpften und sie tätlich angriffen. In den folgenden
Monaten häuften sich solche Auseinandersetzungen zwis-
chen den beiden sozialdemokratischen Gruppierungen.

In Hamburg wurde ein sozialdemokratischer Arbeiterver- 18. Aug.
ein der Eisenacher Richtung gegründet; am 10. September
schlossen sich die SDAP-Anhänger in Altona zu einem Orts-
verein zusammen. Die neue Partei konnte zunächst mit dem
wesentlich größeren ADAV, der seine Vormachtstellung be-
hauptete, nicht konkurrieren. Von August bis Oktober 1869 Aug.-
erhöhte sich die Mitgliederzahl des Hamburger ADAV von Okt.
fast 1600 auf mehr als 2000, und der «Social-Demokrat» er-
reichte in Hamburg etwa 1200 feste Leser. Dem standen nur
gut 40 Abonnements des «Demokratischen Wochenblatts»
gegenüber, und von den knapp 2100 Beziehern des «Volks-
staats» Anfang Dezember 1869 wohnten lediglich 60 in Ham-
burg, 19 in Altona, elf in Harburg und einer in Wandsbek,
obwohl Bezieher des Parteiorgans von der Beitragspflicht be-
freit waren. Nach Beendigung des Lauensteiner Streiks nah-
men die Konflikte im sozialdemokratischen Lager an Heftig-
keit zu. Schweitzer, der Mitte November 1869 Hamburg, Mitte
Altona und Harburg besuchte, wurde überall ein demonstrativ
herzlicher Empfang bereitet. Die SDAP griff die von ihm
vertretene Politik als «Hofsozialismus» an und verweigerte
seinen Anhängern die Bezeichnung «Lassalleaner», da sich
die zu den Eisenachern übergetretenen ADAV-Mitglieder
selbst als solche verstanden. Nov.

Der politische Streit griff auch auf die Gewerkschaftsbewe-

1869 gung über. Bereits im Juni 1869 hatte Schweitzer eine Entscheidung des Arbeiterschaf tsverbands durchgesetzt, alle Gewerkschaftsmitglieder auszuschließen, die gegen den ADAV agitierten. Als die Eisenacher ihrem Kongreßbeschl uß folgten und den Aufbau eigener Gewerkschaften verstärkt fortsetzten, hatte dies in vielen Fällen eine Spaltung der bestehenden ADAV-Verbände zur Folge. Auch in Hamburg führten solche Konflikte zu einer Zersplitterung der relativ starken Gewerkschaftsbewegung. Die Schuhmacher, deren Bevollmächtigter Rudolf Praast zu den Eisenachern übergewechselt war, wählten eine neue Leitung. Bei den Schneidern hatte die Gewerksgenossenschaftsidee mehr Anhänger gefunden, so daß die ADAV-Vertreter Anfang August eine neue Arbeiterschaft mit dem Sitz in Hamburg gründeten. Besonders massive Auseinandersetzungen gab es unter den Metall-, Zigarren- und Holzarbeitern. Die Metallarbeiterschaft, deren Vorstand mit der SDAP sympathisierte, spaltete sich und wählte Anfang Oktober 1869 einen neuen ADAV-freundlichen Präsidenten. Vor dem Lauensteiner Streik hatten der Gewerkschaft etwa 700 Mitglieder angehört, nach dem Konflikt waren es nur noch wenig mehr als 100.

Als prominente und einflußreiche Mitglieder im Arbeiterschaf tsverband opponierten Fritzsche und York gegen die Entscheidungen, ADAV-Kritiker auszuschließen. Fritzsche wandte sich gegen diese Bevormundung der Gewerkschaften, und als eine notwendige Unterstützung der Berliner Fabrikarbeiter vom ADAV verweigert wurde, trat er mit Angriffen gegen Schweitzer an die Öffentlichkeit. Damit leitete er die Spaltung der ehemals so starken Gewerkschaft ein. In Hamburg fand Fritzsche aber nur wenige Anhänger; die hiesigen Mitglieder des Tabakarbeitervereins unterstützten die Gründung einer neuen Arbeiterschaft im September 1869 und griffen ihn in einer Versammlung tätlich an.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich bei den Holzarbeitern. In Hamburg sprach sich zunächst eine deutliche Mehrheit für York aus, die sich jedoch anders entschied, als

Schweitzer Yorks Präsidentschaft oder den Verbleib der Holzarbeiter im Arbeiterschaftsverband zur Abstimmung stellte. Nur bei den Altonaer Mitgliedern konnte York seinen Einfluß behaupten; hier wurde am 21. August 1869 eine Eisenacher Gewerkschaft unter seiner Leitung gegründet, die auch in Altona ihren Sitz erhielt. 1869 21. Aug.

Herausgefordert durch diese Konflikte verstärkte der ADAV seine Gewerkschaftsagitation und konnte damit in Norddeutschland Erfolge verbuchen. Innerhalb des Vereins verschärften sich jedoch die Differenzen in der Gewerkschaftspolitik, da der ehemalige LADAV die politischen Ziele des Vereins in den Vordergrund stellte und einen weitgehenden Verzicht auf gewerkschaftliche Aktivitäten verlangte. Schweitzer widersetzte sich diesen Forderungen, weil er einen Austritt der zahlreichen in den Arbeiterschaften organisierten ADAV-Mitglieder nicht riskieren und angesichts des Ausmaßes der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter den Einfluß auf diese Bewegung behaupten wollte. So kam es bereits im Dezember 1869 zum erneuten Bruch zwischen ADAV und LADAV. Dez.

Die vereinsinternen Konflikte prägten die neunte Generalversammlung des ADAV in Berlin, auf der nur wenig mehr als 8000 Mitglieder vertreten waren. Dabei wurde auch Kritik an der Amtsführung des Präsidenten geübt. Besonders negativ bewerteten die Delegierten das Vorgehen Schweitzers vom November 1869, als er auf Antrag der Hamburger Gemeinde alle Mitglieder der von Fritzsche geleiteten Tabakarbeitergewerkschaft aus dem ADAV ausgeschlossen hatte. Die Generalversammlung protestierte gegen diesen Eingriff in ihre Kompetenzen und hob die Entscheidung auf. 1870 5.-11. Jan.

In anderen wichtigen Punkten konnte sich Schweitzer jedoch erneut durchsetzen. Der «Social-Demokrat» ging nicht in das Eigentum der Partei über, und ein Antrag, die redaktionelle Arbeit durch eine Kommission kontrollieren zu lassen, wurde ebenfalls abgelehnt. In der Satzungsfrage hatten sich Hamburger und Wandsbeker Mitglieder der Forderung ange-

- 1870 schlossen, den Präsidenten wieder durch die Generalversammlung und nicht länger über eine Urabstimmung in allen Gemeinden wählen zu lassen. Auch in diesem Konflikt gelang es Schweitzer, eine Mehrheit für die ihm günstiger erscheinende direkte Beteiligung aller Mitglieder zu erhalten. Darüber hinaus wurde der an einem Ort ansässige, mit der Kontrolle des Präsidenten betraute Vorstand nicht wieder eingesetzt.
- 12.-14. Jan. Der ADAV setzte seine Beratungen in Berlin mit der dritten Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes fort. Die angeschlossenen Gewerkschaften trafen in einer für sie kritischen Situation zusammen, da sie die kostspieligen Arbeitskämpfe des Vorjahres noch nicht überwunden hatten und die Konkurrenz der Eisenacher immer spürbarer wurde. In den folgenden Monaten mußte mit einer neuen Streikwelle gerechnet werden, so daß sich die Frage nach den Möglichkeiten ihrer Lenkung zum zentralen Konfliktpunkt des Kongresses entwickelte. Zahlreiche Delegierte plädierten für ein Abrücken vom Prinzip der Berufsorganisation und den Aufbau einer Zentralkasse. Ein Antrag Tölckes, die Verbandskassen zum 1. Juli 1870 zum Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Unterstützungsverband zu verschmelzen, fand eine Mehrheit von 12 500 gegen 9000 Stimmen. Der Allgemeine deutsche Maurerverein lehnte es ab, dem neuen Verband beizutreten; in Hamburg sprachen sich neben den Maurern auch die Schiffszimmerer und Hafendarbeiter gegen die Zentralisation aus.
26. Febr. Der Hamburger Bildungsverein für Arbeiter beging sein 25jähriges Jubiläum. Über eine Annonce im «Volksstaat» lud er Vertreter des sozialdemokratischen Vereins zur Feier im Conventgarten ein, obwohl das Parteiorgan im November 1869 einen scharfen Angriff gegen die Politik des Vereins veröffentlicht hatte. Der Bildungsverein entfernte sich in den folgenden Jahren immer weiter von der Arbeiterbewegung, was sich in einem Wandel seiner Mitgliederstruktur niederschlug: Die Zahl der Handwerker ging zurück, und ihm tra-

ten verstärkt kaufmännische Angestellte bei. Bis 1895 erhöhte sich ihr Anteil unter den Mitgliedern auf 50 Prozent. 1870

Die Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter hielt in Mainz ihre Generalversammlung ab. Ziel des Kongresses war es, eine gewerkschaftliche Vereinigung der vielfältigen holzverarbeitenden Berufe zu schaffen und eine leistungsfähige Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse aufzubauen. Seit Anfang 1870 verfügte die Gewerkschaft über ein eigenes Organ, den «Gewerkverein», der unter Yorks Leitung bis 1872 in Hamburg erschien. Der Kongreß bestätigte Hamburg-Altona als Vorort der Organisation; die Kontrollkommission erhielt in Mainz ihren Sitz. York wurde im Mai 1870 von den Mitgliedern des Vorortes erneut zum Vorsitzenden gewählt. 17.–18. Apr.

Im Zuge der allgemeinen Streikbewegung traten auch in Hamburg mehrere Berufsgruppen in den Ausstand für kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. Im März 1870 versuchten die Seiler und Reepschläger, deren Situation sich durch die Ausbreitung der Produktion in Großbetrieben verschlechtert hatte, in einem Arbeitskampf Verbesserungen zu erzielen. Im Mai legten die Steinhauer ihre Arbeit nieder; im August – schon nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, der das Ende der meisten Streikbewegungen bedeutete – konnten die Schmiede eine Arbeitszeitvereinbarung durchsetzen. Frühjahr Sommer

Besonders konfliktreich verliefen die langwierigen Streikbewegungen der Schiffszimmerer sowie der Maurer und Bauzimmerer. Bei den Schiffszimmerern der Hamburger Werften kam es trotz Freizügigkeitsgesetz und Aufhebung des Zunftzwanges immer wieder zu Spannungen zwischen einheimischen und fremden Arbeitern, die teilweise in Prügeleien endeten. Von Februar bis Juni 1870 versuchten die Hamburger Schiffszimmerer in einem erfolglosen Streik, die Beschäftigung auswärtiger Arbeitskräfte zu verhindern. Die Haltung dieser Berufsgruppe erklärte sich aus der krisenhaften Entwicklung des Holzschiffbaus; Lohnkämpfe anderer Gewerkschaften waren von den Schiffszimmerern mehrfach großzügig unterstützt worden. Nach dem erneuten Konflikt im Febr.– Juni

1870 Frühjahr 1870, der mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen endete, setzte sich auch bei den Schiffszimmerern der Gedanke einer gemeinsamen Organisation durch, die 1871 für die Beschäftigten der Hamburger und der umliegenden Werften gegründet wurde.

- Als Reaktion auf die Zentralisierungspläne für die ADAV-Gewerkschaften gründeten die Hamburger Mitglieder des Allgemeinen deutschen Maurer- und Zimmerer-Vereins zum
15. März 15. März 1870 eine örtliche Streikunterstützungskasse. Beide Berufsgruppen stellten Lohn- und Arbeitszeitforderungen und traten, als diese abgelehnt wurden, im April in den Ausstand. Bis Mitte Juni entwickelte sich daraus ein allgemeiner Streik, an dem 5000 Maurer und Zimmerer beteiligt waren, etwa 1500 von ihnen gehörten dem Allgemeinen deutschen Maurerverein an. Da von den Arbeitskämpfen auch Kasernenbauten betroffen waren, wurden vom Militärdienst beurlaubte Bauhandwerker als Streikbrecher nach Hamburg geschickt. Als diese auch bei Privatbauten eingesetzt wurden, kam es zu Schlägereien mit den Streikenden, zu brutalen Übergriffen der Polizei und zu zahlreichen Verhaftungen. Die Anfang Juli 1870 eingeleiteten Vermittlungsversuche wurden bei Ausbruch des Krieges ergebnislos eingestellt.
- Apr. Der Hamburger ADAV veranstaltete anlässlich der Rückkehr Schallmeyers, eines führenden Vertreters der Allgemeinen deutschen Metallarbeiterschaft, eine große Demonstration, an der sich etwa 20 000 Menschen beteiligten. Schweizer war aus diesem Anlaß in die Hansestadt gekommen und sprach auf der abschließenden Versammlung. Wegen einer Rede beim Kongreß des Arbeiterunterstützungsverbandes war Schallmeyer angeklagt und entgegen den Hamburger Rechtsvorschriften nach Berlin ausgeliefert worden. Ein dortiges Gericht hatte ihn jedoch aufgrund widersprüchlicher Zeugenaussagen freigesprochen.
- 4.-7. Die SDAP traf zu einem Kongreß in Stuttgart zusammen, Juni auf dem etwa 13 000 Mitglieder aus über 100 Orten vertreten waren. Eine Oppositionsgruppe des ADAV, die zunächst in

Augsburg eine eigene Organisation gegründet hatte, schloß sich während des Treffens der sozialdemokratischen Partei an. 1870

Zentrale Themen waren die Reichstagswahl, die aufgrund des deutsch-französischen Krieges verschoben wurde, die Grund- und Bodenfrage, in der die Delegierten für das Gemeineigentum an Ackerland votierten, und die Gewerkschaftsbewegung. York plädierte für das Festhalten an den Berufsorganisationen, auch wenn fast alle Gewerkschaften mit großen Problemen zu kämpfen hatten. Wollten sie in Streikbewegungen erfolgreich sein, mußten sie an traditionelle Strukturen anknüpfen, Angehörige ähnlicher Berufe zusammenfassen und lediglich in kleineren Orten gemischte Organisationen gründen. Die notwendige Abstimmung und Zusammenarbeit sollte in einer geplanten Gewerkschaftsunion geleistet werden, einem Kartell, dem die selbständigen Verbände angehörten. Diese im Gegensatz zum ADAV-Programm stehende Konzeption fand eine Mehrheit unter den Delegierten, die sich für Arbeitszeitverkürzungen als Schwerpunktforderung bei Streiks aussprachen und als wichtige Aufgabe der Gewerkschaften die Unterstützung von Produktivgenossenschaften festlegten.

Braunschweig wurde als Vorort für den Parteiausschuß bestätigt, und die Kontrollkommission behielt ihren Sitz in Hamburg. Am 20. Juni 1870 wählten die Hamburger Mitglieder dieses Gremium mit August Geib als Geschäftsführer.

Auch 1870 konnte sich die SDAP in der Hansestadt in Konkurrenz zum ADAV nur schwer behaupten. Ende Mai wohnen von den mehr als 3 100 festen Lesern des «Volksstaats» nur 75 in Hamburg, 18 in Altona, 16 in Harburg und vier in Wandsbek. Den größten Kreis von Abonnenten besaß Leipzig mit fast 200. Trotz dieser schwierigen Bedingungen bildeten sich in dieser Zeit bereits die Anfänge eines vielfältigen Parteiens Lebens heraus. Im April diskutierten der Hamburger und Altonaer Verein mit einem Angehörigen der Genfer Friedens- und Freiheitsliga die Haltung der SDAP zur internatio-

- 1870 nalen Sozialdemokratie, ohne vom Votum für die IAA abzurücken. Über die Veranstaltung von Feiern bemühte sich die Partei zudem, die gesamten Mitgliederfamilien zu erreichen.
19. Juli Kriegserklärung Frankreichs an Preußen wegen Differenzen in der Frage der spanischen Thronnachfolge. Eigentliche Kriegsursache waren die Konflikte beider Staaten um die Vormachtstellung in Europa, die latent seit 1866 bestanden. Bismarck gelang es, eine gemeinsame Abwehrfront aller deutschen Staaten aufzubauen, indem er auch den süddeutschen Ländern den Eindruck vermittelte, von Frankreich bedroht zu werden.

In der deutschen Bevölkerung rief der französische Schritt, ungeachtet der vorausgegangenen preußischen Provokationen, eine weitverbreitete patriotische Stimmung hervor, der sich auch die sozialdemokratischen Gruppierungen nicht entziehen konnten. SDAP und ADAV sahen Deutschland in der Rolle des Angegriffenen, betonten aber gleichzeitig, nur gegen die französische Regierung und nicht gegen die Arbeiter zu kämpfen. Ihre unterschiedliche Beurteilung der wieder drängend gewordenen Frage eines deutschen Nationalstaates verschärfte jedoch in der Anfangsphase des Krieges die Konflikte zwischen beiden Parteien und löste bei den Eisenachern eine schwere interne Krise aus.

Am 21. Juli 1870 trat der Norddeutsche Reichstag zur Bewilligung der geforderten Kriegsleihe zusammen. Die Abgeordneten des ADAV stimmten ebenso wie Fritzsche als Vertreter der SDAP für die Kredite. Bebel und Lieb knecht dagegen enthielten sich der Stimme und begründeten diese Haltung mit ihrer Ablehnung des Norddeutschen Bundes, die es ihnen unmöglich mache, die preußische Politik zu unterstützen. Sie forderten zunächst eine Bekämpfung des französischen und dann des preußischen Vormachtstrebens. Diese Position rief heftige Proteste des ADAV hervor, die sich bis zum Vorwurf des «Vaterlandsverrats» steigerten und zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen beiden Richtungen führten. Aber auch innerhalb der SDAP, in der

neben der sächsischen nur wenige andere Mitgliederschaften 1870 die Stimmenthaltung billigten, wurden Bebel und Liebknecht scharf kritisiert. Der Parteiausschuß sah in ihrem Verhalten sowohl einen prinzipiellen als auch einen taktischen Fehler und sprach von einer Schädigung der Partei, die ihre Hoffnungen auf eine deutsche Einigung unter sozialdemokratischer Mitwirkung setzte und befürchtete, sich den national gesinnten Arbeitern zu entfremden.

In der Folge der Ereignisse von Anfang September 1870 überwandten die sozialdemokratischen Parteien ihre politischen Differenzen. Nach der Schlacht von Sedan und der Ausrufung der französischen Republik erhoben sowohl die SDAP als auch der ADAV die Forderung nach einem schnellen Friedensschluß ohne deutsche Gebietsansprüche. Ihr besonderer Protest richtete sich gegen die Annexion Elsaß-Lothringens. Die Fortsetzung des Krieges machte ihn nach sozialdemokratischem Verständnis zu einem Eroberungskrieg und ließ die Reichstagsabgeordneten beider Richtungen Ende November gegen die Bewilligung einer weiteren Anleihe stimmen.

Der Krieg stürzte die Sozialdemokratie aber nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch in eine Krise. Zahlreiche Gewerkschaften und Unterstützungskassen konnten den starken Mitgliederschwund, der durch die Einberufungen zum Militär und wachsende Arbeitslosigkeit ausgelöst wurde, nicht verkraften und brachen auseinander. Größere, wie die der Holzarbeiter, verzichteten auf öffentliche Abrechnungen, um verbliebene Mitglieder nicht mutlos zu machen. Hinzu kamen staatliche Agitations- und Versammlungsverbote.

Bereits im August wurden den Hamburger Sozialdemokraten alle politischen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen, selbst die Sammlung von Spendengeldern für bedürftige Soldatenfamilien, verboten. Das Parteileben verlagerte sich in den privaten Bereich oder auf Treffen in bestimmten Lokalen. Zahlreiche Hamburger Mitglieder nahmen auch an Veranstal-

Aug.

- 1870 tungen im preußischen Umland teil, die zunächst noch möglich waren. Eine Versammlung der SDAP in Wandsbek forderte die republikanische Staatsform für Frankreich und freiheitliche Verhältnisse in Deutschland; Altonaer Sozialdemokraten verlangten einen Friedensschluß und trafen zu einer Totenfeier mit etwa 2000 Teilnehmern zusammen, denen es aber verboten war, Fahnen und Embleme des ADAV zu zeigen.
5. Sept. Der Braunschweiger Ausschuß der SDAP veröffentlichte ein Manifest «An alle deutschen Arbeiter», das am 11. September auch im «Volksstaat» abgedruckt wurde. Der Aufruf betonte, daß der Krieg nach der Ausrufung der Republik in Frankreich und der Gefangennahme Napoleons den Charakter eines Verteidigungskrieges verloren habe, und forderte einen «ehrvollen Frieden» für Frankreich. Die Verfasser übernahmen die scharfe Argumentation von Marx aus einem Brief vom 3. September gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und riefen zu Protestkundgebungen auf.
- Das Braunschweiger Manifest löste massive staatliche Reaktionen aus. Gegen die Verfasser wurde der Vorwurf des Hochverrats erhoben, was den General Eduard Vogel von Falckenstein veranlaßte, die Bestimmungen des Kriegszustands für Norddeutschland in Kraft zu setzen, der bereits am 21. Juli 1870 vom preußischen König über das Gebiet des Altonaer, Hannoveraner und Stettiner Armeekorps sowie drei weitere Bezirke verhängt worden war. Bis zum 5. Oktober 1870
9. Sept. wurde das Versammlungsrecht aufgehoben; am 9. September verhaftete die Polizei den gesamten Parteiausschuß in Braunschweig. Die Aufgaben des Gremiums übernahm die Hamburger Kontrollkommission, die einen dreiköpfigen stellvertretenden Ausschuß in Dresden, also außerhalb des Belagerungsgebiets, einsetzte. Dieser Schritt hatte die Festnahme Geibs als Geschäftsführer der Hamburger Kommission zur Folge, York und zwei andere Mitglieder in Harburg wurden ebenfalls verhaftet. Das Verbot des «Volksstaats» am 26. September für den gesamten nördlichen Kommandobereich, der
26. Sept.

Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern und die Provinz Sachsen umfaßte, schränkte die sozialdemokratische Agitation noch weiter ein. 1870

Der Hamburger Senat verabschiedete ein Unterrichtsgesetz, das eine völlige Neuordnung und einen erheblichen Ausbau des öffentlichen Schulwesens einleitete. Das Gesetz verfügte die Schulpflicht für alle sechs- bis vierzehnjährigen Kinder, führte ein nach Elterneinkommen gestaffeltes Schulgeld ein, das auch ganz entfallen konnte, schaffte die Armschulen ab und regelte die Einrichtung staatlicher Volksschulen. Sie unterstanden der Aufsicht einer Oberschulbehörde, womit der kirchliche Einfluß auf das Schulwesen weiter beschränkt wurde. Der Lehrplan für die Volksschulen sah den Unterricht in sechzehn Fächern vor, darunter Physik, Chemie und Englisch. Je nach Verhältnissen wurde Französisch als weitere Fremdsprache in Aussicht gestellt. Der Religionsunterricht war in der Regel auf die evangelisch-lutherische Konfession ausgerichtet, sollte aber auch größere Gruppen von Schülern anderer Glaubensrichtungen berücksichtigen. Mit diesem Fächerkanon gingen die Hamburger Volksschulen weit über das Lehrangebot in anderen deutschen Staaten hinaus; als allgemeine Schulen konnten sie sich dennoch nicht durchsetzen. Stiftungs- und Privatschulen blieben auch weiterhin bestehen. 11. Nov.

In Hamburg wurden auch nach Aufhebung des Versammlungsverbots am 5. Oktober politische und gewerkschaftliche Versammlungen der Sozialdemokratie häufig untersagt oder zumindest einer scharfen polizeilichen Kontrolle unterworfen, die zur Auflösung führen konnte. Der Hamburger ADAV verlagerte in dieser Situation den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Einrichtung einer Agitatorschule. Die SDAP berief für den 19. November eine öffentliche Versammlung in Harburg ein, in der York als Redner auftrat. Der Besuch war jedoch nur schwach, und die Veranstalter beklagten die Auswirkungen des Krieges und der Verfolgungsmaßnahmen. 19. Nov.

- 1870 Auch der «Volksstaat» hatte drei Wochen zuvor über einen starken Rückgang der Abonnentenzahlen berichtet und zu Spenden aufgerufen, um den Bestand des Parteiorgans zu sichern.
17. Dez. Die Krise des Blattes verschärfte sich, als seine Redakteure Bebel, Liebknecht und Adolf Hepner in Leipzig unter der Anklage des Hochverrats festgenommen wurden. Sie blieben bis zum 28. März 1871 in Haft und wurden ein Jahr später in einem vielbeachteten Prozeß in Leipzig vor Gericht gestellt. Trotz dieser Behinderungen konnte der «Volksstaat» unter der provisorischen Leitung von Carl Hirsch sein Erscheinen fortsetzen. In Norddeutschland blieb er jedoch bis zur Aufhebung des Kriegszustandes Ende März 1871 verboten.
- 1871 Die im November 1870 zwischen dem Norddeutschen
1. Jan. Bund und den vier süddeutschen Staaten Baden, Hessen, Württemberg und Bayern ausgehandelten Abkommen zur Bildung eines deutschen Bundesstaates traten in Kraft, womit der Norddeutsche Bund zum Deutschen Reich erweitert wurde. Die Einigung war durch separate Verträge mit den neuen Bundesstaaten in enger Anlehnung an den konstitutionellen Rahmen des Norddeutschen Bundes erzielt worden. Der Norddeutsche Reichstag war an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen, genehmigte die Verträge aber am 9. Dezember 1870. Das Präsidium des Deutschen Reichs übernahm der König von Preußen, seine Proklamation zum Deutschen Kaiser erfolgte am 18. Januar in Versailles. Die endgültige Reichsverfassung wurde am 16. April 1871 veröffentlicht, nachdem der Reichstag ihr zwei Tage zuvor zugestimmt hatte. Sie war fast vollständig identisch mit der des Norddeutschen Bundes. Ein Grundrechtskatalog fehlte, und auch eine im November 1870 in Aussicht gestellte Verankerung des Vereins- und Koalitionsrechts war gescheitert. Die Gesetzgebungskompetenz des Reichstags wurde durch den von Preußen dominierten Bundesrat eingeschränkt, die Abgeordneten erhielten keine Diätanzahlungen. Der Reichskanzler führte

den Vorsitz im Bundesrat, er wurde vom Kaiser ernannt und bestimmte die Richtlinien der Politik. Ein Kabinett gab es nicht, die einzelnen Ressorts wurden in Reichsämtern unter der Leitung von Staatssekretären verwaltet. Die Verfassung führte eine gemeinsame Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit und ein einheitliches Zollgebiet ein, in dem die Hansestädte Bremen und Hamburg aber auch weiterhin als Freihafenbezirke bestehen blieben. 1871

Mit der Kapitulation von Paris wurde ein allgemeiner Waffenstillstand im deutsch-französischen Krieg vereinbart, und beide Seiten nahmen Friedensverhandlungen auf. Der Versailler Vorfriede vom 26. Februar sah französische Reparationszahlungen in Höhe von fünf Milliarden Francs und die Abtretung des Elsaß und eines Teils von Lothringen an Deutschland vor. Nur unwesentlich modifiziert traten diese Bedingungen mit dem Frieden von Frankfurt am 10. Mai 1871 in Kraft. Die von der Sozialdemokratie als Ursache zukünftiger Konflikte bekämpfte Annexion war damit festgeschrieben worden. 28. Jan.

Im Krieg wurden mehr als 49 000 deutsche und 139 000 französische Soldaten getötet. Probleme bereitete die Versorgung ihrer Hinterbliebenen und die Wiedereingliederung der großen Zahl von Kriegsinvaliden. Als die Sozialdemokraten diese Fragen im Reichstagswahlkampf thematisierten, wurden sie mit behördlichen Verboten und verstärkter polizeilicher Überwachung daran gehindert.

Wahlen zum Deutschen Reichstag, bei denen alle Männer im Alter von über 25 Jahren stimmberechtigt waren. In 382 Wahlkreisen wurden die Mandate nach dem Mehrheitsprinzip auf drei Jahre vergeben. Die Wahlen endeten enttäuschend für die beiden sozialdemokratischen Parteien. Gemeinsam erhielten sie etwa drei Prozent der abgegebenen Stimmen. Davon entfielen fast 63 000 auf den ADAV, der jedoch in keinem Wahlkreis einen Kandidaten in den Reichstag entsenden konnte. Für die SDAP stimmten etwa 39 000 Wähler, aber nur Bebel gelang es, neben Reinhold Schrapf für die Sächsische 3. März

1871 Volkspartei, sein Mandat zu verteidigen. Liebknecht, der ebenso wie Bebel während des gesamten Wahlkampfes inhaftiert war, unterlag in seinem Stimmbezirk.

In Hamburg und Umgebung fanden die Wahlen unter den Bestimmungen des Kriegszustands statt, der erst am 27. März aufgehoben wurde. Für die SDAP bedeutete dies ein Verbot des «Volksstaats», der nicht vor dem 1. April wieder bestellt werden konnte, und die Ausschaltung ihres Braunschweiger Partheiausschusses, der bis zum 30. März inhaftiert blieb. Als Kandidat der SDAP im dritten Hamburger Wahlkreis erhielt Geib nur zwölf Stimmen.

Der Hamburger ADAV begann im Januar einen sehr aktiven Wahlkampf mit öffentlichen Versammlungen und Flugblattaktionen. Er verband damit eine Werbekampagne für den «Social-Demokrat», der – von behördlichen Willkürmaßnahmen getroffen – in eine Krise geraten war und Ende April 1871 sein Erscheinen einstellen mußte. Das politische ADAV-Programm war eng an die Grundsätze der Eisenacher angelehnt, mit denen es in den öffentlichen Versammlungen mehrfach zu ernststen Zusammenstößen kam. Erst zwei Tage vor der Wahl präsentierte der ADAV Schallmeyer als Kandidaten für die drei Hamburger Wahlkreise: aus Angst vor behördlicher Verfolgung und politischer Diffamierung. Mit gut 35 Prozent der Stimmen erreichte Schallmeyer im zweiten Wahlkreis einen Achtungserfolg, aber auch im ersten und dritten Hamburger Wahlkreis erzielte der ADAV mit fast 25 und gut fünf Prozent Ergebnisse, die über dem Reichsdurchschnitt lagen.

In Harburg kam es zu gegenseitigen Störungen der konkurrierenden sozialdemokratischen Veranstaltungen. Im Altonaer Wahlkreis nominierte der ADAV den Schneider Carl August Bräuer; die SDAP verzichtete hier auf einen eigenen Kandidaten und unterstützte die aussichtsreicheren Bewerber ihrer Partei in Sachsen. Trotz anfänglicher Anfeindungen auf beiden Seiten stimmten die Anhänger der Eisenacher aber für den ADAV-Kandidaten, der erst in der Stich-

wahl am 18. März unterlag und hierbei mehr als 6000 Stimmen 1871
erhielt, was die Altonaer Sozialdemokratie als außerordent-
lichen Erfolg wertete. Schweitzer, der sein Reichtagsmandat
verloren hatte, zog die Konsequenzen aus dem insgesamt
schlechten Abschneiden des ADAV und erklärte noch im
März seinen Rücktritt vom Amt des Vereinspräsidenten, das er
aber bis zum 30. Juni 1871 weiterführte.

Französische Regierungstruppen griffen die in Paris ver- 18. März
schanzten Mitglieder der Nationalgarde an, die sich der Kapi-
tulation der Stadt und den ausgehandelten Friedensbedingun-
gen widersetzen wollten. Der bewaffneten Bevölkerung ge-
lang es, den Angriff zurückzuschlagen. Das Zentralkomitee
der Nationalgarde übernahm die Regierungsgewalt in der
Hauptstadt und schrieb Wahlen für einen Gemeinderat aus,
der am 28. März als Kommune von Paris proklamiert wurde.
Etwa zwei Drittel ihrer Mitglieder waren Kleinbürger, knapp
ein Fünftel gehörte der Internationale an. Leitlinien ihres
Programms waren die Dezentralisierung der politischen
Macht, begrenzte Sozialisierungen sowie die Trennung von
Staat und Kirche. In den wenigen Wochen und unter den
schwierigen Bedingungen ihres Bestehens konnte die Kom-
mune diese Politik jedoch nur in einigen Ansätzen verwirk-
lichen. Am 21. Mai 1871 begannen Regierungstruppen, ver-
stärkt durch eine große Zahl vorzeitig aus deutscher Kriegs-
gefangenschaft entlassener Soldaten, mit einem neuen Angriff
gegen die Hauptstadt. Die blutigen Kämpfe dauerten bis zum
28. Mai an, dann mußten sich auch die letzten Anhänger der
Kommune ergeben. Das Militär ging äußerst brutal gegen die
Aufständischen vor, von denen etwa 25 000 getötet wurden.

Die deutschen Sozialdemokraten nahmen lebhaften An-
teil an den Pariser Ereignissen und wandten sich gegen die
Verleumdungskampagnen in der bürgerlichen Presse. Am
1. April fand eine Versammlung in Altona statt, am 13. April
solidarisierten sich die Hamburger Sozialdemokraten mit den
«Anhängern der sozialen Republik in Frankreich». Die brutale
Niederschlagung der Bewegung löste Bestürzung und

1871 Protest aus. Bebel ergriff in einer Reichstagsrede vom 25. Mai Partei für die Kommune, bezeichnete den Kampf um Paris als «Vorpostengefecht» und prophezeite eine Fortführung des Kampfes durch das europäische Proletariat.

Die Hamburger Polizei untersagte es, Resolutionen zum Ende der Kommune zu verabschieden. Die SDAP veranstaltete am 24. Juni eine Versammlung in der Hansestadt, in deren Verlauf Geib die Bewegung verteidigte und sich für die Ziele der IAA aussprach, die in Frankreich starken Angriffen ausgesetzt war. Die übrigen Redner äußerten sich ähnlich, so daß die Teilnehmer auch ohne öffentliche Erklärung ein politisches Signal setzten. In Harburg scheiterten Versammlungen zu diesem Thema, da die Inhaber größerer Lokale unter dem Vorwand nicht auszuschließender Konflikte zwischen Anhängern der beiden sozialdemokratischen Richtungen keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellten und die Polizei Versammlungen unter freiem Himmel nicht genehmigte.

Trotz aller Verbote behielten die Vorgänge ihre Brisanz und trugen wesentlich dazu bei, die kriegsbedingte Lähmung der sozialdemokratischen Organisationen zu überwinden und die Mitglieder erneut zu aktivieren. Die unterschiedlichen Bewertungen der Pariser Kommune verschärfen jedoch gleichzeitig die Polarisierung zwischen Arbeiterbewegung und Regierung. Bereits im folgenden Jahr kam es in vielen Orten, darunter auch Hamburg und Altona, zu Protestkundgebungen gegen die offiziellen Sedanfeiern. 1873 wurde anlässlich der Berliner Revolution vor 25 Jahren erstmals die Parallele zum 18. März 1871 in Paris gezogen und damit die Tradition der Märzfeiern eingeleitet, die ein weiteres Gegengewicht zum staatlichen Militarismus setzen sollten.

17. Apr. Eine Schiffszimmererversammlung mit etwa 1500 Teilnehmern aus Hamburg, Altona, Harburg und den umliegenden Gebieten beschloß, einen gemeinsamen Verein zu gründen und damit die immer wieder aufbrechenden Konflikte zwischen «einheimischen» und «fremden» Arbeitern zu überwinden.

Innerhalb der SDAP wurden auf Initiative Yorks Pläne für den Aufbau einer Gewerkschaftsunion als Kartell selbständiger Verbände erneut diskutiert und entsprechende Beratungen anlässlich des für den 12.–15. August geplanten Parteikongresses in Dresden vereinbart. So hoffte man, die teilweise sehr kleinen Gewerkschaften zu einer wirkungsvollen Organisation zusammenschließen zu können. 1871
Apr./
Mai

Auf die Hamburger ADAV-Gewerkschaften hatte sich die Gründung des Allgemeinen Arbeiterunterstützungsverbandes negativ ausgewirkt, und viele der Berufsverbände waren in eine Krise geraten. In Altona verfügte der Zentralverband über etwa 1000 Mitglieder, dagegen belebte sich das Hamburger Gewerkschaftswesen erst nach Wiedereinführung der Berufsorganisationen, die von der dritten Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes in Berlin beschlossen wurde.

Die vorausgegangene zehnte Generalversammlung des ADAV in Berlin betraute Wilhelm Hasenclever vom 1. Juli 1871 an mit dem Amt des Vereinspräsidenten in der Nachfolge Schweitzers, der sich ganz aus der Politik zurückzog. Der Führungswechsel wurde mit großer Mehrheit beschlossen; konfliktreich verlief er in Hamburg, wo sich die Anhänger Schweitzers in einer Gruppe um den Reichstagskandidaten Bräuer formierten und heftige interne Streitigkeiten auslösten, ohne jedoch den langjährigen Präsidenten zu einer Rückkehr in die Politik bewegen zu können. 19.–25.
Mai

Die krisenhafte Entwicklung des Vereins wurde auch deutlich am Rückgang der vertretenen Mitglieder auf wenig mehr als 5200. Um die Partei wieder mit einem wirkungsvollen Presseorgan auszustatten, stimmte die Generalversammlung der Gründung des vereinseigenen «Neuen Social-Demokrat» zu, der unter der redaktionellen Leitung von Wilhelm Haselmann ab 2. Juli 1871 in Berlin erschien. An dem neugegründeten Pressefonds waren die Mitglieder in Hamburg und Altona wesentlich beteiligt. 2. Juli

Die französischen Reparationszahlungen lösten in Deutschland einen Wirtschaftsaufschwung aus und leiteten Sommer/
Herbst

1871 eine Phase der Hochkonjunktur ein, die bis 1873 anhielt. In Hamburg weiteten sich der Warenhandel und das Geldgeschäft erheblich aus. Die Stadt reagierte mit dem Ausbau des Verkehrsnetzes und der Verbesserung der Kaianlagen, die teilweise mit einem Bahnanschluß versehen wurden. Der Außenhandel war durch die Aufhebung der letzten Elbzölle zum 1. Juli 1870 erleichtert worden, und im Oktober 1871 entstand mit der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft die erste der großen Hamburger Reedereien.

Altona profitierte in nicht so starkem Maße von dem Aufschwung. In der Stadt wurde die Konkurrenz des Hamburger Hafens immer spürbarer, und zahlreiche Handelshäuser verlegten ihren Sitz nach Hamburg. Die industrielle Entwicklung konzentrierte sich auf die Nachbarstadt Ottensen, in der sich neben der vorherrschenden Tabakindustrie hauptsächlich Textilbetriebe sowie holz- und metallverarbeitende Fabriken ansiedelten. Zum 1. Juli 1889 wurde dieses neuentstandene Industrie- und Binnenhandelszentrum Altona eingemeindet.

Die plötzliche Belebung der Konjunktur hatte jedoch auch erhebliche Preissteigerungen zur Folge, die bei den Lebensmitteln und Mieten besonders spürbar wurden. In den Streikbewegungen, die im Sommer 1871 wieder auflebten und sich 1872 besonders heftig fortsetzten, standen deshalb Lohnforderungen, gekoppelt mit Arbeitszeitverkürzungen, im Vordergrund. Ende April traten die Arbeiter einer großen Eisengießerei in einen siebenwöchigen, erfolgreichen Streik. Im Juli und August legten die Metallschmiede ihre Arbeit nieder. Die Barbieri konnten ihre Forderungen im April nicht durchsetzen, dagegen gelang es den Hamburger und Altonaer Buchdruckern nach einem mehrwöchigen Streik, im November bessere Lohnbedingungen auszuhandeln.

In anderen Berufszweigen wurden gewerkschaftliche Organisationsversuche verstärkt, und es entstanden neue Vereine, die in ihrer Mehrheit mit dem ADAV sympathisierten.

Im September schlossen sich die Töpfer zusammen, die 1871 Drechsler gründeten ebenso wie die Klempner im November einen Verein. Anfang Dezember erhielt die Internationale Holzarbeitergewerkschaft mit dem lokalen Verband der Tischler, Stuhl- und Instrumentenmacher eine Konkurrenz.

Die gewerkschaftlichen Aktivitäten erstreckten sich aber auch auf die Unterstützung auswärtiger Streiks, an denen die Beschäftigten im Hamburg-Altonaer Städtegebiet regen Anteil nahmen. Sammlungen fanden in öffentlichen Veranstaltungen statt, und eine sozialdemokratische Liedertafel gab zu diesem Zweck Konzerte. Trotz der oftmals sehr großen Bereitschaft zu spenden behinderte die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung solche Aktionen und löste teilweise erhebliche Streitigkeiten aus.

Die SDAP traf zu ihrem dritten Kongreß in Dresden zu- 12.-15. sammen, auf dem knapp 6300 Mitglieder vertreten waren. Aug. Die Delegierten erklärten sich mit den Zielen der IAA solidarisch und verabschiedeten Resolutionen zum zehnstündigen Normalarbeitstag, zum allgemeinen Wahlrecht sowie zum Arbeiterschutz. Auf Antrag der Hamburger Mitglieder wurde eine Pressekommission für den «Volksstaat» eingerichtet, der aufgrund polizeilicher Vorbehalte gegen Bebel und Liebknecht seit Anfang Mai Hepner als verantwortlichen Redakteur nannte. Die Zahl der festen Leser hatte sich auf 4200 erhöht, von denen 93 in Hamburg, 13 in Wandsbek, neun in Altona und sechs in Harburg wohnten. Über den größten Leserkreis verfügte Leipzig mit gut 700 Abonnenten.

Um weitere Behinderungen durch die sächsischen Behörden zu vermeiden, wurde der seit Anfang Februar in Leipzig ansässige stellvertretende Ausschuß nach Hamburg verlegt und hier am 27. August neugewählt: den Vorsitz übernahm 27. Aug. G. A. Müller, York erhielt das Amt des Schriftführers. Zum Sitz der Kontrollkommission wurde Berlin bestimmt. Zur Beratung der Gewerkschaftsprobleme trafen die zuständigen Vertrauensmänner nach Abschluß des Parteikongresses unter dem Vorsitz Yorks zusammen. Die anwesenden Vertreter der

1871 Holz-, Metall-, Bau-, Manufaktur- und Fabrikarbeiter sowie der Schuhmacher billigten einen Antrag Bebels, eine Kommission zu gründen, und beauftragten York, einen Organisationsplan für die angestrebte Gewerkschaftsunion zu entwerfen.

6. Okt. Im ersten Hamburger Reichstagswahlkreis wurde eine Nachwahl erforderlich. Der vom ADAV erneut nominierte Schallmeyer unterlag dem Kandidaten der Liberalen Reichspartei mit deutlichem Abstand. Der sozialdemokratische Wahlkampf wurde einerseits durch polizeiliche Verbote behindert, andererseits durch Differenzen mit den Anhängern der SDAP, die sich zwar mit keinem eigenen Vertreter an der Wahl beteiligte, aber dem ADAV-Kandidaten ihr Vertrauen öffentlich verweigerte. Damit erreichte der Streit zwischen beiden Richtungen einen neuen Höhepunkt, nachdem im September die Teilnahme an allgemeinen Parteiveranstaltungen teilweise nur nach Vorlage von Einführungskarten gestattet worden war.

Oktober Die Reihe der örtlichen Parteiorgane der SDAP, die in Sachsen und Braunschweig über fast ebenso viele Abonnenten wie der «Volksstaat» insgesamt verfügten, wurde durch ein Wochenblatt ergänzt, das Geib unter dem Titel «Hamburg-Altonaer Volksfreund» redigierte. Die Zeitung konnte etwa 1000 feste Leser in Hamburg, Harburg, Altona und Wandsbek gewinnen, scheiterte jedoch an den hohen Herstellungskosten und an der in allen vier Erscheinungsorten getrennt zu zahlenden Stempelsteuer für Presseerzeugnisse. Die letzte Nummer erschien Ende März 1872; es gelang der Partei jedoch, einen Teil der Abonnenten für den «Volksstaat» zu werben.

1872 Der neugewählte ADAV-Präsident Hasenclever traf zu
20. Jan. einem Agitationsbesuch in Altona ein. Seine Anhänger veranstalteten eine Demonstration, deren Teilnehmerzahl selbst von der bürgerlichen Presse mit 7000 angegeben wurde. Die Polizei ließ Hasenclever verhaften, und ein Gericht verurteilte ihn zu einer Geldbuße, ein Altonaer Mitangeklagter erhielt

eine achttägige Gefängnisstrafe. Hasenclever setzte seine Reise durch Norddeutschland dennoch fort und besuchte vor allem Orte, an denen die ADAV-Mitglieder starken polizeilichen Überwachungen und Versammlungsverboten ausgesetzt waren. Er wurde stets von vielen Menschen begrüßt, die den behördlichen Maßnahmen zum Trotz die Stärke der Bewegung demonstrierten. Um den Verein in Schleswig-Holstein weiter zu festigen, gründete der ADAV im Frühjahr 1872 auch in Altona eine Agitatorenschule, die eine bessere Ausbildung und einen planmäßigen Einsatz der Redner in ländlichen Gebieten ermöglichen sollte.

Der Präsidentenwechsel im ADAV bewirkte zunächst keine Verbesserung des Verhältnisses zur SDAP. Die Eisenacher setzten ihre Kritik an der Vereinsführung fort und polemisierten ungeachtet des agitatorischen Erfolgs der Werbereise gegen Tendenzen des Personenkults, die sie auch Hasenclever zur Last legten.

Die SDAP gründete in Wandsbek einen neuen Zweigverein, dem zunächst etwa 50 Mitglieder angehörten, im Juli hatte sich ihre Zahl auf über 70 erhöht. Der Verein hielt regelmäßige wöchentliche Versammlungen ab und bemühte sich, die umliegenden ländlichen Ortschaften in seine Agitation einzubeziehen. Gesellige Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den Hamburger und Altonaer Mitgliedern durchgeführt, so ein sommerlicher Schiffsausflug als «Lusttour», deren Überschüsse für die Parteikasse bestimmt waren. In Altona hatte sich ein sozialdemokratisches Frauenkomitee gebildet, das der Partei Ende des Jahres eine Fahne stiftete.

24. Jan.

Trotz der polizeilichen Überwachung konnte sich die SDAP in Hamburg 1872 festigen. Der Abonnentenkreis des «Volksstaats» hatte sich im Dezember auf etwa 280 für Hamburg-Altona vergrößert, bei einer Gesamtzahl von mehr als 6100 festen Lesern. Die Ursachen für diesen langsamen, aber beständigen Aufschwung lagen in der Politik der Gewerkschaftsförderung, ganz im Gegensatz zum ADAV, in dessen Reihen die gewerkschaftskritischen Kräfte an Einfluß gewan-

1872 nen. Darüber hinaus gelang es den Eisenachern, das Verfahren gegen den Braunschweiger Parteiausschuß vom November 1871 und besonders den Hochverratsprozeß gegen Bebel, Liebknecht und Hepner im März 1872 agitatorisch für sich zu nutzen.

Frühjahr/
Sommer In Hamburg steigerte sich die Erbitterung unter den Arbeitern und Handwerkern über ihre schlechten Lebensverhältnisse. Lohn und Arbeitszeit standen im Widerspruch zu den günstigen Bedingungen des allgemeinen Handelsaufschwungs, und diese Diskrepanz löste eine Streikwelle aus, die den Protest des Vorjahres bei weitem übertraf. Neben den konkreten Forderungen nach besserem Verdienst und kürzerer Arbeitszeit tauchte das Problem der Wohnungsversorgung auf, das sich in den folgenden Jahren immer drängender gestaltete. Im Zuge der Hafenerweiterung genehmigte der Senat 1872 den Abriß von fast 1000 preisgünstigen, arbeitsplatznahen Wohnungen, ohne daß ein gleichwertiger Ersatz dafür geschaffen wurde. In den Arbeitskämpfen versuchten die Vermieter, die Wohnungsnot als zusätzliches Druckmittel gegen die Arbeiter zu verwenden, indem sie einen Zusammenschluß bildeten, dessen Mitglieder sich verpflichteten, aktiven Sozialdemokraten und anderen Streikenden keinen Wohnraum anzubieten.

Die Streikbewegungen zogen sich vom Frühjahr bis zum Spätsommer hin und ergriffen so viele Berufszweige, daß hier
13. Febr. – nur die wichtigsten genannt werden können. Am 13. Februar
23. Apr. 1872 legten die Schiffszimmerer zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen die Arbeit nieder. Obwohl vereinzelt Streikbrecher angeworben werden konnten, gelang es, den Arbeitskampf bis zum 23. April geschlossen fortzusetzen und mit einem Teilerfolg zu beenden. Im Laufe des Jahres handelten die Schiffszimmerer eine weitere Tarifierhöhung aus, und ihr gestärkter Verein lud im Dezember 1872 zu einem überregionalen Kongreß ein, aus dem der Allgemeine Deutsche Schiffszimmerer-Verein mit Sitz in Hamburg hervorging, dem sich sowohl Anhänger der SDAP als auch des

ADAV anschlossen. Ebenso wie andere berufliche Zentralvereine, die unter dem Eindruck der Streikbewegungen gegründet wurden, hatte auch dieser seine politische Neutralität erklärt und es sich zum Ziel gesetzt, die Konkurrenz in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu überwinden. 1872

Am 8. April 1872 wandten sich die Schneidergesellen mit der Forderung nach Lohnerhöhung und kürzerer Arbeitszeit an die Meister. Mehr als 60 Arbeitgeber schlossen sich daraufhin zusammen und vereinbarten eine Aussperrung. Der dadurch ausgelöste Arbeitskampf verlief uneinheitlich; einige Gesellen nahmen nach der Zusage besserer Bezahlung ihre Tätigkeit wieder auf, anderen gelang es, auch kürzere Arbeitszeiten durchzusetzen. Am 7. Juni 1872 gründeten die Gesellen eine Produktivgenossenschaft, die trotz der anfänglichen Kapitalknappheit bis mindestens 1873 Bestand hatte. Die durch die Streikbewegung und das Genossenschaftsexperiment aktivierten Hamburger Schneider waren auch an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Schneidervereins Ende Juli 1872 in Leipzig beteiligt, der ebenfalls seine Offenheit für Mitglieder beider sozialdemokratischen Richtungen betonte. 8. Apr
7. Juni

Einen besonders heftigen Verlauf nahm der Arbeitskampf der Hamburg-Altonaer Former in der Eisenindustrie. Die Arbeitgeber reagierten auf die Organisationsversuche der Beschäftigten mit der Gründung einer eigenen Vereinigung, die sich dem bereits Ende Januar 1872 in Berlin entstandenen Verein der Maschinenfabriken, Eisengießereien und Hüttenwerke Deutschlands anschloß. Der Streik begann am 13. April in einer großen Hamburger Eisengießerei und wurde in allen Betrieben des Fabrikantenbundes mit einer Aussperrung beantwortet. In den ersten Streiktagen fand in Hamburg die Gründung eines Allgemeinen Deutschen Formerbundes statt, der den Zusammenhalt unter den Streikenden und Ausgesperrten so stärkte, daß sie am 21. August 1872 ihre Forderungen weitgehend durchsetzen konnten, was zu einer Auflösung des Arbeitgeberverbandes führte. 13. Apr.–
21. Aug.

1872 Mit etwa 2300 Streikenden in Hamburg und Altona fand der Arbeitskampf der Tischler die größte Beteiligung. Die Beschäftigten forderten eine neuneinhalbstündige Arbeitszeit und bessere Löhne. Als die Meister Anfang Mai einen Arbeitstag von zehn Stunden anboten, sank die Zahl der Streikenden auf die Hälfte, Ende Mai hatten viele Gesellen dennoch die ursprünglichen Forderungen durchgesetzt. Die letzten Arbeitskämpfe zogen sich bis Juli 1872 hin und endeten meist erfolgreich für die Beschäftigten. In diesem Konflikt ging die Polizei besonders hart gegen die am Ausstand Beteiligten vor, und es wurden viele Urteile gegen Streikposten und andere aktive Gewerkschafter gefällt. Konnten in anderen Streikbewegungen auch teilweise die Streitigkeiten zwischen beiden sozialdemokratischen Richtungen überwunden werden, so steigerten sich die Konflikte zwischen den konkurrierenden Tischlerverbänden bis hin zu Verdächtigungen über den Verbleib von auswärtigen Unterstützungsgeldern. Zur Berliner Gründungsversammlung eines Allgemeinen Deutschen Tischlervereins im Oktober 1872 wurde Vertretern der Eisenacher Holzarbeitergewerkschaft der Zutritt verweigert.

24. Mai Auf dem Höhepunkt der Streikbewegungen gelang es der SDAP, eine neue Berufsorganisation zu gründen. Am 24. Mai 1872 schlossen sich die Hamburger Klempner zu einem örtlichen Fachverein zusammen und betonten die Notwendigkeit, eine zentrale Organisation zu gründen. Den Vorsitz führte der spätere Abgeordnete für den dritten Hamburger Wahlkreis, Wilhelm Metzger, der seit 1870 in der Hansestadt lebte und auch als sozialdemokratischer Agitator auftrat.

22.-25. Mai Der ADAV veranstaltete seine elfte Generalversammlung in Berlin, auf der mehr als 8200 Mitglieder vertreten waren. Der «Neue Social-Demokrat» hatte sich als Parteiorgan durchsetzen können, bis zum November 1872 stieg die Zahl seiner festen Leser auf etwa 8800, von denen fast 3000 in Hamburg, Altona und Ottensen lebten.

Die Delegierten lehnten Anträge ab, die eine Einigung der

beiden sozialdemokratischen Richtungen befürworteten. Im 1872
Mittelpunkt der Beratungen standen die Gewerkschaftspoli-
tik und die Haltung zu den im ganzen Reich andauernden
Streikbewegungen. Die Diskussion dieser Probleme verlief
kontrovers zwischen den Befürwortern gewerkschaftlicher
Aktionen und deren Kritikern, die darin ein Ablenken von
der politischen Arbeit und eine zu große finanzielle Belastung
sahen. Die Generalversammlung verabschiedete einen An-
trag, der die Auflösung aller der Partei nahestehenden Ge-
werkschaften zugunsten des ADAV für wünschenswert er-
klärte und es jedem Mitglied zur Pflicht machte, in diese
Richtung zu wirken.

Damit stand die Mehrheit der politischen Organisation im
Gegensatz zum Arbeiter-Unterstützungsverband des ADAV,
der am 27. und 28. Mai 1872 in Berlin tagte. Die Delegierten 27.–
faßten den Beschluß, für eine Zentralisation örtlicher Streikor- 28. Mai
organisationen im Verband einzutreten, um so den eigenen Ein-
fluß in zukünftigen Arbeitskämpfen zu behaupten. Die sich
abzeichnenden Gründungen beruflicher Zentralvereine, die
sich dem Unterstützungsverband nicht unterordnen wollten,
wurden jedoch abgelehnt.

Der ADAV ging zerstritten aus den Berliner Beratungen
hervor: Zahlreiche Befürworter von wirtschaftlichen Zielset-
zungen der Arbeiterbewegung wechselten aus Protest gegen
die demonstrative Schwächung der Gewerkschaften zur
SDAP. Aber auch eine entgegengesetzte Opposition erhielt
durch den diffamierenden Ausschluß des ehemaligen Präsi-
denten Schweitzer Auftrieb; dieser Affront brachte seinen An-
hängern in der Gruppe um Bräuer weiteren Zulauf und führte
Anfang 1873 zur Spaltung der Hamburger ADAV-Gemeinde.

Die Eisenacher Gewerkschaften trafen zu einem Kongreß 15.–17.
in Erfurt zusammen, um die von York erarbeiteten Statuten Juni
einer Gewerkschaftsunion zu beraten. Vertreten waren die
internationalen Gewerkschaften der Holz- und Manufaktur-
arbeiter sowie die Organisationen der Maurer, Zimmerer,
Schneider, Schuhmacher und Metallarbeiter mit insgesamt

1872 etwa 11 000 Mitgliedern, von denen fast die Hälfte in Sachsen und Thüringen lebte.

Die zu gründende Union mit Sitz in Leipzig sollte als Föderation aller bestehenden Gewerksgenossenschaften, lokalen Fachvereine und gemischten lokalen Gewerkschaften wirken, allgemeine Agitation betreiben, Kongresse einberufen, den Erfahrungsaustausch fördern und über Streikunterstützungen entscheiden; auf lokaler Ebene sollte die Zusammenarbeit in Ortskartellen intensiviert werden. Das zentrale Organ wurde als Beilage zum «Volksstaat» unter dem Titel «Die Union» geplant. Die anwesenden Delegierten verabschiedeten eine Resolution für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung und bekräftigten das Bestreben, angesichts der sozialen Probleme die politischen Gegensätze zu überwinden. Um diese Pläne zu verwirklichen, erwiesen sich die beteiligten Organisationen jedoch als zu schwach; Vereinsgesetzgebung und polizeiliche Verfolgungen verhinderten den systematischen Aufbau einer Föderation gewerkschaftlicher Zentralverbände trotz weiterer Anläufe bis 1890.

2. Sept. Die Sozialdemokraten in Hamburg und Altona veranstalteten anlässlich der offiziellen Sedanfeierlichkeiten Gegendemonstrationen, um ein Zeichen gegen den Krieg zu setzen und für die internationale Solidarität der Arbeiterschaft zu werben. In Altona luden sie zu einer Totenfeier ein, provozierten deren Auflösung und beteiligten sich mit Hochrufen auf die Kommune und Gesang der eigenen Lieder an einem öffentlichen Fackelzug. Die Polizei reagierte auf diese Aktivitäten mit wochenlangen Verboten von Parteizusammenkünften.

Die Demonstrationen fielen in eine kritische Phase der Ersten Internationale, die am selben Tag zu einem Kongress in Den Haag zusammentrat, in dessen Verlauf die Konflikte zwischen Marxisten und Anarchisten deutlich zutage traten und die Auflösung der Organisation einleiteten.

7.–11. Sept. Die SDAP hielt in Mainz ihren vierten Parteikongress ab, zu dem etwa 5800 Mitglieder ihre Delegierten entsandten. In

Übereinstimmung mit den Beschlüssen des vorangegangenen Gewerkschaftstreffens sprachen sich die Teilnehmer für eine Einigung mit dem ADAV aus und verabschiedeten eine Resolution, die den «Volksstaat» aufforderte, eine Annäherung zwischen den Mitgliedern der beiden Parteien zu unterstützen. Die Konflikte zwischen den konkurrierenden Organisationen konnten damit jedoch nicht überwunden werden; bereits Anfang November 1872 entzündete sich ein neuer Streit an einer Erklärung der ADAV-Leitung, die jede Agitation gegen den ADAV als feindlichen Akt gegen die Sache der Arbeiter wertete. Der Parteiausschuß der SDAP rief daraufhin die Mitglieder auf, verstärkt für die eigene Partei zu werben. 1872

Die Kontrollkommission der Partei wurde nach Breslau verlegt, der Ausschuß behielt seinen Sitz in Hamburg-Altona. Die Neuwahl dieses fünfköpfigen Gremiums, an dem auch die Mitglieder in Wandsbek und Harburg beteiligt waren, fand am 22. September statt und betraute Eduard Prey mit dem Vorsitz, York wurde im Amt des Schriftführers bestätigt.

Der Verein zur Verbreitung von Volksbildung nahm seine Vortragstätigkeit in Hamburg auf. Von 1873 bis 1884 unterhielt die Berliner Zentrale eine eigenständige Hamburger Filiale, die gemeinsam mit dem Bildungsverein für Arbeiter Veranstaltungen abhielt und ihn mit jährlichen Zuschüssen finanziell unterstützte. Im Bildungsverein, der zu diesem Zeitpunkt von etwa 200 privaten Sponsoren gefördert wurde, verstärkte sich damit der Einfluß bürgerlicher, gegen die Sozialdemokratie gerichteter Kräfte. Ende

Der ADAV berief eine Vorstandssitzung nach Hamburg ein, die sich zunächst mit den Reichstagswahlen des kommenden Jahres beschäftigte. Anträge auf Einigungsverhandlungen mit der SDAP fanden keine Mehrheit, es wurde jedoch beschlossen, konkurrierende Sozialdemokraten in möglichen Stichwahlen sowie in Wahlkreisen ohne eigene ADAV-Kandidaten zu unterstützen. Am zweiten Sitzungstag standen die Differenzen in der Hamburger Gemeinde auf 1873
5.-6.
Jan.

1873 der Tagesordnung. Die Verhandlungen endeten tumultartig, da Bräuer als Bevollmächtigter des Hamburger ADAV es in provokativer Absicht ablehnte, die Sitzung durch den Präsidenten Hasenclever leiten zu lassen. Der Vereinsvorstand reagierte mit dem Ausschluß Bräuers, der sich jedoch weigerte, sein Amt niederzulegen. Der Konflikt um Bräuer hatte eine Spaltung des ADAV in Hamburg-Altona zur Folge; etwa 500 Mitglieder schlossen sich der Opposition an. Bis zum März 1873 verlor der «Neue Social-Demokrat» in Hamburg, Altona und Ottensen annähernd die gleiche Zahl von Abonnenten. Ab 1. April 1873 trat die Gruppe um Bräuer mit einem eigenen Wochenblatt «Social-Demokrat, Organ zur Vereinigung sämtlicher Arbeiter Deutschlands» an die Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen beider Fraktionen endeten mehrfach mit Tätlichkeiten und lieferten der Hamburger Polizei bereits im Februar 1873 einen Vorwand, Arbeiterversammlungen zu verbieten.

Eigentliche Ursache für den Konflikt war ein Flugblatt der Bräuer-Gruppe, in dem sie den Aufruf Schweitzers «An die Arbeiter Deutschlands» vom November 1872 verbreitete, nachdem der «Neue Social-Demokrat» einen Abdruck abgelehnt hatte. Schweitzer schloß darin seine Rückkehr in die Politik aus, erkannte aber die SDAP als sozialdemokratische Partei an und plädierte für Einigungsverhandlungen auf einem gemeinsamen Kongreß. Der ADAV sollte dort nicht länger auf der Parteileitung durch einen mit persönlichen Vollmachten ausgestatteten Präsidenten beharren, aber im politischen und gewerkschaftlichen Bereich am Prinzip der Zentralisation festhalten.

Die SDAP hatte sich zunächst mit einer Stellungnahme zur internen ADAV-Kontroverse zurückgehalten und den Schweitzerschen Aufruf nicht gedruckt. Auf den offiziellen Bruch zwischen Vereinsleitung und Opposition reagierte sie jedoch prompt und veröffentlichte den Einigungsappell im 8. Jan. «Volksstaat» vom 8. Januar 1873. In weiteren Artikeln wurde die Hoffnung auf einen Zusammenschluß mit der neuen

Gruppierung angedeutet. Entsprechende Verhandlungen zogen sich bis zum Juli 1873 hin, scheiterten dann jedoch an der äußerst gewerkschaftskritischen Haltung, die sich innerhalb der Gruppe um Bräuer in extremer Auslegung des Schweitzerschen Zentralisationsgedankens durchgesetzt hatte. Auch 1875 nach dem Einigungskongreß von Gotha hielt die Hamburger ADAV-Opposition an ihrer Sonderstellung fest und lehnte einen Beitritt zur neugeschaffenen sozialdemokratischen Partei ab. 1873

Beide sozialdemokratischen Richtungen nahmen die Berliner Märzrevolution vor 25 Jahren zum Anlaß, um in einer Märzfeier die Parallelen zum Beginn des Pariser Kommuneaufstands am selben Tag des Jahres 1871 zu ziehen. In Berlin konnte eine Großdemonstration aus diesem Anlaß stattfinden; in Hamburg hatte die Polizei Versammlungen unter der Androhung von Geldstrafen verboten. Die SDAP änderte daraufhin das Thema ihrer für den Vorabend des Tages geplanten Gedenkfeier; der ADAV nutzte eine Festveranstaltung seiner Altonaer Liedertafel Ende März 1873, um die historischen Ereignisse und die aktuellen Beeinträchtigungen des Versammlungsrechts zu thematisieren. Trotz der polizeilichen Verfolgungen entwickelte sich der 18. März in den folgenden Jahren zu einem populären Gedenktag, den die Arbeiterbewegung den offiziellen Sedanfeierlichkeiten entgensetzte. 18. März

In Hamburg existierte eine vielfältige, aber teilweise noch recht schwache Gewerkschaftsbewegung. Die Pläne für eine Gewerkschafts-Union waren mit Interesse aufgenommen worden, und es bildete sich ein Ortskartell heraus, an dem fast alle lokalen Vereinigungen beteiligt waren. Die politischen Differenzen konnten vielfach überwunden werden, so daß die Hamburger Dachorganisation in der Agitation, Referentenvermittlung und Durchführung von Unterstützungssammlungen tätig wurde. Ein Ortskartell im eigentlichen Sinne, zusammengesetzt aus den Mitgliedschaften der Zentralverbände, war damit nicht entstanden; aber der Frühjahr

1873 neue, lose Zusammenschluß konnte das gewerkschaftliche Leben in der Hansestadt aktivieren. Eisenacher Zentralverbände bestanden zu diesem Zeitpunkt für die Holz- und Metallarbeiter, Maurer sowie Zimmerer, Schneider und Schuhmacher. Hinzu kam im Oktober 1873 ein Verband der Klempner (Spengler) und verwandten Berufsgenossen, der in Hamburg seinen Sitz erhielt, von Metzger geleitet wurde und ab 1. Juli 1874 die Zeitschrift «Der Bote» herausgab. Die Zahl der Tabakarbeiter, die mit Fritzsche zur SDAP gewechselt waren, blieb allerdings so gering, daß sich dieser noch 1873 von den Eisenachern lossagte und erneut zum ADAV übertrat.

Trotz polizeilicher Übergriffe gegen Streikende, einer Pressekampagne, die Arbeitsniederlegungen für die Preissteigerungsraten verantwortlich machte, und einer – allerdings erfolglosen – Gesetzesinitiative in der Bürgerschaft, die Streikenden Entschädigungsforderungen oder Haftstrafen androhte, fanden auch im Frühjahr und im Sommer 1873 zahlreiche Arbeitskämpfe statt. Sie endeten jedoch häufig mit nur geringen oder gar keinen Erfolgen für die Beschäftigten und wurden von den Unternehmern vielfach mit langwierigen

April Aussperrungen beantwortet. Von einem im April 1873 begonnenen Streik der Sattler sind keine Ergebnisse bekannt, die Stellmacher konnten ihre Forderungen nicht durchsetzen, ebenso scheiterten die Quaiarbeiter, deren geringer Organisationsgrad den Einsatz von Streikbrechern erleichterte. Die Klempner handelten einzelne Verbesserungen aus, ihr junger Hamburger Verband bewährte sich in dem mehrwöchigen Streik und konnte auf auswärtige Unterstützungsgelder zurückgreifen. Erfolgreich endete auch ein Ausstand der Schuhmacher in Hamburg und Altona, denen die Errichtung eines eigenen Arbeitsnachweisbüros gelang.

Mai Angesichts der sich abzeichnenden und in den folgenden Jahren verschärfenden Wirtschaftskrise konnten verbesserte Lohn- und Arbeitszeitbedingungen jedoch nicht lange verteidigt werden. Der Konjunkturerinbruch begann mit einem Sin-

ken der Aktienkurse ab Mai 1873. Im Oktober folgte eine 1873
Kreditkrise, ausgelöst von Bankzusammenbrüchen in den
USA, die viele deutsche Unternehmen in den Konkurs trieb.
Produktionsrückgänge in der Schwerindustrie und die Struk-
turkrise der Landwirtschaft bewirkten ein Anhalten der De-
pression bis zum Februar 1879 und einen enormen Anstieg
der Arbeitslosenzahlen.

Ab 1874 wurde die schlechte Wirtschaftslage auch in Ham-
burg spürbar, nachdem eine Choleraepidemie, die ihren Hö-
hepunkt im Juli 1873 erreichte, sich aber bis Anfang Novem-
ber hinzog, den Handelsverkehr bereits negativ beeinflusst
hatte. Das weltweite Ausmaß der Krise verstärkte die Außen-
handelsprobleme und brachte die Ex- und Importbeziehun-
gen zu verschiedenen Ländern fast völlig zum Erliegen. Mit
der Dauer der Krise wirkte sich die Stagnation in diesem Be-
reich auf das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt aus. Der
reichsweite Rückgang im Wohnungsbau ab 1875 zeichnete
sich in der Großstadt Hamburg bereits 1873 ab. Durch das
knappe Angebot an Unterkünften und die verstärkte Nach-
frage stiegen die Mietpreise in einem solchen Ausmaß, daß
viele Wohnungen nicht mehr zu bezahlen waren und von
mehreren Familien gemeinsam genutzt werden mußten. 1873
waren mehr als 2300 Wohneinheiten überbelegt, 1874 stieg
diese Zahl um weitere 300. Hinzu kamen jene Wohnungssu-
chenden, die beim Umzugstermin im Mai 1873 ohne Unter-
kunft geblieben waren, so daß die Obdachlosigkeit auch für
vorher relativ gesicherte Bevölkerungsgruppen zum Problem
wurde und ins öffentliche Bewußtsein rückte. 1873 mußten
30 dieser Familien in staatlichen Gebäuden untergebracht
werden; ein Jahr später hatte sich die Zahl der von der Woh-
nungsnot Betroffenen mehr als verdoppelt. Eine Initiative des
Senats, den Kleinwohnungsbau in den Vorstädten durch die
kostenlose Vergabe von Grundstücken auf 30 Jahre zu för-
dern, scheiterte am geringen unternehmerischen Interesse.

Der ADAV kam zu seiner zwölften Generalversammlung 19.-24.
in Frankfurt a. M. zusammen. Die Zahl der vertretenen Mit- Mai

1873 glieder hatte sich mit 16 000 seit dem letzten Kongreß nahezu verdoppelt. Aus dieser gestärkten Position heraus lehnten die Delegierten Anträge auf eine Vereinigung mit der SDAP scharf ab und schlossen auch ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien bei den Reichstagswahlen im Januar 1874 aus. In der Gewerkschaftsfrage modifizierte die Versammlung ihre kritische Haltung des Vorjahres, indem sie Streiks als berechtigte, aber unzureichende Akte der Notwehr interpretierte, über denen die politische Arbeit des ADAV nicht vernachlässigt werden dürfte. Die Vorstände der Berufsverbände wurden deshalb verpflichtet, unter den Mitgliedern für einen Beitritt zum ADAV und ein verstärktes sozialpolitisches Engagement zu werben.

Zahlreiche Redner der Generaldebatte nahmen zu den Hamburger Vorgängen Stellung und distanzieren sich von der Gruppe um Bräuer. In den folgenden Monaten gelang es der Vereinsmehrheit, ihre Position im Städtegebiet zu festigen, so daß der «Neue Social-Demokrat» bis zum Jahresende die Zahl seiner festen Leser in Hamburg, Altona, Ottensen, Harburg und Wandsbek auf mehr als 3800 erhöhen konnte.

23.-27. Aug. Die SDAP verlegte ihren fünften Kongreß, der in Nürnberg verboten worden war, nach Eisenach. Die anwesenden Delegierten vertraten 9200 Mitglieder. Anfang des Jahres hatte die Partei einen finanziellen Engpaß durch die Erhebung eines Extrabeitrags überwunden; der Ausschuß äußerte in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer Straffung der Organisation und kritisierte die teilweise schleppende Weiterleitung der Beitragsgelder sowie eigenmächtige Ausgabeentscheidungen an manchen Orten. Auf die erneute Ablehnung von Einigungsverhandlungen seitens des ADAV reagierte der Kongreß mit dem Beschluß, entsprechende Bemühungen einzustellen. Eine Programmdiskussion wurde auf das Treffen im folgenden Jahr vertagt.

1. Juli Der «Volksstaat» hatte seine Erscheinungsweise mit dem 1. Juli 1873 von zwei auf die presserechtlich notwendige Zahl von drei Ausgaben pro Woche umgestellt, in der Hoffnung,

auf diese Weise eine größere Zahl monatlicher Abonnenten zu gewinnen. Diese Erwartungen erfüllten sich nicht: Die Gesamtzahl der festen Leser, die im zweiten Quartal noch annähernd 7700 betragen hatte, verringerte sich in den folgenden drei Monaten um fast 1000 und sank gegen Ende des Jahres noch weiter. Für Anfang 1874 stimmten die Delegierten der Herausgabe eines wöchentlichen Unterhaltungsblattes als weiterer zentraler Publikation zu. Trotz guter Geschäftslage der Leipziger Genossenschaftsdruckerei zeichnete sich eine dann notwendige Kapitalaufstockung ab; als «Die Neue Welt» erschien die Zeitschrift erst 1876.

1873

seit Aug.

Über die Amtsführung des in Hamburg ansässigen Ausschusses kam es zu einer Kontroverse. Die Vorstandsmitglieder wurden beschuldigt, die lokale Parteipresse bevormunden zu wollen. Weitere Angriffspunkte waren die Veröffentlichung des Schweitzerschen Aufrufs im «Volksstaat» und Mängel in der Öffentlichkeitsarbeit. Mit 36 gegen 24 Stimmen wurde Hamburg jedoch als Vorort der Partei bestätigt. Die Kritiker konnten aber die Urabstimmung über eine Satzungsänderung durchsetzen, die einen Wechsel des Vorstandsortes spätestens nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren vorsah, ein Vorschlag, der mit deutlicher Stimmenmehrheit angenommen wurde. Das amtierende Leitungsgremium wurde jedoch nicht abgelöst, es war am 6. September von den Mitgliedern im Städtegebiet Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg gewählt worden, mit Rudolf Praast als Vorsitzendem, York als Sekretär und Geib als Beisitzer. Am 20. Oktober, nach der Wiederwahl zum Leiter der Holzarbeitergewerkschaft, legte York sein Parteiamt nieder, und Geib übernahm die Sekretärsaufgaben.

6. Sept.

20. Okt.

Die Krise des «Volksstaats» wirkte sich in Hamburg kaum aus, seine Abonnentenzahl blieb mit etwa 320 in den ersten drei Quartalen des Jahres konstant. Die Parteimitglieder in Hamburg und Umgebung kamen zu regelmäßigen wöchentlichen Versammlungen zusammen. Trotz mehrfacher Störversuche des ADAV versuchte die SDAP, ebenso wie die we-

1873 sentlich stärkere sozialdemokratische Konkurrenz, ihre Anhänger durch ein vielfältiges Angebot an sich zu binden und mit Konzerten, Tanzveranstaltungen und Ausflügen die gesamten Familien zu erreichen.

13. Okt. In Eisenach schlossen sich Wirtschaftswissenschaftler, Sozialpolitiker und Unternehmer zum Verein für Socialpolitik zusammen, nachdem sie bereits im Juli und Oktober 1872 vorbereitende Beratungen abgehalten hatten, die von der Öffentlichkeit mit Interesse verfolgt worden waren. Initiatoren des Vereins waren Adolf Wagner, Gustav Schmoller und Lujo Brentano; ihnen gelang es, die Vereinigung trotz der sehr unterschiedlichen in ihr vertretenen parteipolitischen Strömungen zusammenzuhalten. Der Verein erhob in seinen Veröffentlichungen und Verhandlungen die Forderung nach überfälligen Sozialreformen, um so die größten gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten auszugleichen und zur Erhaltung des kapitalistischen Systems beizutragen. Mit diesem Ansatz sprachen sich die Mitglieder gegen das extreme Individualitätsprinzip des Liberalismus aus und bezogen gleichzeitig Stellung gegen sozialrevolutionäre Leitsätze der Sozialdemokratie. Von seinen Gegnern als Organisation der Kathedersozialisten verspottet, konnte der Verein die Zahl seiner Mitglieder von anfänglich 105 auf 320 im Jahre 1890 erhöhen und mit seiner Werbung für den Gedanken staatlicher Sozialreformen eine wesentliche Grundlage für Bismarcks Sozialgesetzgebung der 1880er Jahre schaffen.

1874 Bei den Wahlen zum Reichstag erhielten die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen 6,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Davon entfielen auf den ADAV gut 180 000 und auf die SDAP mehr als 171 000. Für drei der 397 Wahlkreise – seit Juni 1873 waren 15 für Elsaß-Lothringen hinzugekommen – konnte der ADAV einen Abgeordneten in den Reichstag entsenden. In Altona-Wandsbek, dem achten schleswig-holsteinischen Wahlkreis, erhielt Hasenclever bereits im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit; Otto Reimer gewann den neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreis,

und Hasselmann war in Düsseldorf-Elberfeld erfolgreich. 1874 Die SDAP konnte sich lediglich in Sachsen behaupten, erhielt dort aber sechs Sitze im neuen Reichstag. Liebknecht eroberte seinen Wahlkreis zurück, ebenso Bebel, der bereits am 10. Januar 1873 trotz seiner Inhaftierung das ihm wegen Majestätsbeleidigung aberkanntes Mandat in einer Nachwahl verteidigt hatte. Mit Karl Julius Vahlteich, Johann Most, Julius Motteler und Geib, der im neunten sächsischen Wahlkreis kandidierte, erhielten weitere Sozialdemokraten die notwendigen Mehrheiten. Unstimmigkeiten gab es in einem anderen sächsischen Stimmbezirk, wo Johann Jacoby sein Mandat Anfang Februar 1874 niederlegte und dieses in der Nachwahl verlorenging.

Angesichts der Behinderungen der sozialdemokratischen Agitation durch behördliche Auflagen und polizeiliche Überwachung stellte das Wahlergebnis einen Erfolg dar. In beiden Parteien gewannen aber die Kräfte an Einfluß, die sich überzeugt zeigten, daß man ohne gegenseitige Konkurrenz noch besser hätte abschneiden können. Diese Einigungsbestrebungen erhielten weiteren Auftrieb, als sich die staatlichen Zwangsmaßnahmen auch in den Monaten nach der Wahl besonders in Preußen fortsetzten, wo zahlreiche aktive Sozialdemokraten verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Der Reichstagswahlkampf in Hamburg war bereits im Juli 1873 eröffnet worden. Die Sozialdemokraten errichteten Wahlkampfkassen, um eine wirkungsvolle Agitation finanzieren zu können. Sie konzentrierten sich darauf, in den Werkstätten, Fabriken und innerhalb der Gewerkschaften um Anhänger zu werben und hielten nur wenige öffentliche Versammlungen ab. Anklagen gegen ihre aktiven Mitglieder und massive Einschüchterungen von seiten der Arbeitgeber und der bürgerlichen Parteien vor allem in ländlichen Gebieten, wo teilweise nicht einmal die geheime Stimmabgabe gewährleistet war, verstärkten jedoch erst nachträglich den Einigungswillen. In Hamburg und Umgebung traten Kandi-

1874 daten der verschiedenen sozialdemokratischen Richtungen gegeneinander an. Der dominierende ADAV hatte Georg Wilhelm Hartmann in allen drei Wahlkreisen aufgestellt. Er erhielt insgesamt etwa 13 000 Stimmen und kam im ersten und zweiten Stimmbezirk am 27. Januar in Stichwählgänge, die allerdings eine Mehrheit für die nationalliberalen Kandidaten brachten. Die Hamburger SDAP hatte sich mit der ADAV-Opposition abgesprochen und Geib nur im zweiten Wahlkreis aufgestellt, wo er etwa 550 Stimmen erhielt. Bräuer konnte als Kandidat in den beiden anderen Bezirken zusammen nur knapp 500 Stimmen auf sich vereinigen. Ähnlich erging es dem immer noch inhaftierten Bebel, der in Altona gegen Hasenclever aufgestellt worden war und mit 124 gegen fast 11 700 Stimmen unterlag. Insgesamt stieg der Anteil sozialdemokratischer Stimmen von 24 Prozent bei den März-wahlen 1871 auf 41 Prozent in allen drei Hamburger Wahlkreisen, wobei im dritten Stimmbezirk eine Zunahme von mehr als 33 Prozent zu verzeichnen war.

Februar Im Reichstag begann die Beratung von Regierungsvorlagen, die eine Revision der Gewerbeordnung und die Verabschiedung eines Pressegesetzes zum Gegenstand hatten. Beide Entwürfe waren in entscheidenden Punkten gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Ein verschärfter § 153 der Gewerbeordnung erhöhte das Strafmaß für eine Erzwingung von Absprachen zwischen Arbeitnehmern oder Arbeitgebern, ein Zusatz stellte die widerrechtliche Auflösung des Arbeitsvertrages von beiden Seiten unter Strafe. Im vorgelegten Pressegesetz rief der § 20 besonderen Protest hervor, der Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren für Verfasser von Artikeln androhte, die «den Ungehorsam gegen das Gesetz oder die Verletzung von Gesetzen als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches» darstellten. Beide Verschärfungen scheiterten am Einspruch der Liberalen. Das Gesetz über die Presse trat zum 1. Juli 1874 in Kraft, löste die einzelstaatlichen Regelungen ab und verfügte eine Aufhebung der regionalen Pressesteuern. Der beanstandete § 20 nahm nunmehr bei vorliegender Ver-

antwortlichkeit für strafbare Handlungen Bezug auf die bestehenden Gesetze. 1874

Auf sozialdemokratischen Widerstand stieß auch der Entwurf für ein Reichs-Militärsgesetz, das den Aufbau eines einheitlichen Truppenwesens vorsah und die Friedensstärke des Heeres vom 1. Januar 1875 an für sieben Jahre auf knapp 402 000 Mann erhöhte. In mehreren Städten protestierten die beiden Arbeiterparteien in gemeinsamen Versammlungen gegen diese Pläne. Die Hamburger Veranstaltung am 8. April wurde von etwa 7000 Menschen besucht; sie verabschiedeten Resolutionen gegen den Ausbau der stehenden Heere in Europa und gegen die drohenden Maßregelungen der Arbeiter durch das Kontraktbruchgesetz. Als Redner traten die Reichstagsabgeordneten Geib, Hasselmann und Reimer auf. Sie demonstrierten damit den eingeleiteten Annäherungsprozeß zwischen beiden sozialdemokratischen Richtungen. Das Militärsgesetz wurde nach heftigen Parlamentsdebatten Ende April verabschiedet und am 2. Mai 1874 veröffentlicht. 8. Apr.

Trotz der behördlichen Zwangsmaßnahmen gegen die SDAP und ihre Gewerkschaften in Preußen und Sachsen bemühten sich Vertreter der parteinahen zentralen Berufsverbände, den Aufbau der Gewerkschaftsunion voranzutreiben, und beriefen einen Kongreß nach Magdeburg. Von den elf Anfang 1874 bestehenden überregionalen Gewerkschaften hatten nur die in der Unionsfrage besonders aktiven Holzarbeiter, die Schuhmacher und Metallarbeiter ihren Beitritt zur Dachorganisation erklärt, vier weitere Verbände nahmen an dem Kongreß teil, wollten aber zunächst die Ergebnisse der Beratungen abwarten. Insgesamt waren etwa 9800 Mitglieder vertreten. 23.-25. Mai

Die Delegierten bekräftigten zwar ihren Willen, die Gewerkschaftsföderation der SDAP auszubauen, konnten der Organisation jedoch nicht zum Durchbruch verhelfen. Gründe für das Scheitern waren eine allgemeine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung durch die Wirtschaftskrise und staatliche Repressionen, so daß viele Berufsverbände vor

1874 einem Eintritt in eine Dachorganisation zurückschrecken. Hinzu kamen Differenzen über das in der Satzung vorgesehene gemeinsame Organ, die bis Ende 1874 nicht beigelegt werden konnten. Die Hamburger «Union» erschien deshalb während des gesamten Jahres als Blatt der Holzarbeitergewerkschaft und erst ab April 1875 als «Organ der verbündeten Gewerkschaften Deutschlands», das jedoch nur für wenige Monate von den Maurern und Metallarbeitern mitgetragen wurde. Mit dem fortschreitenden Annäherungsprozeß der beiden konkurrierenden sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegungen auf Berufsebene verminderte sich das Interesse an einem parteigebundenen Zentralverband, der zudem mit dem Tode Yorks Anfang 1875 seinen vehementesten Befürworter verlor.

März In Hamburg war es im Frühjahr 1874 zu den letzten größeren Streikbewegungen der Krisenjahre gekommen. Besonders Interesse erregten die Arbeitsniederlegungen der Bäcker und Schlachter im März des Jahres. Die Schlachter konnten ihre Forderungen nicht durchsetzen, da es ihnen an Organisationserfahrung fehlte und sie zudem einen großen Teil der Verbraucher gegen sich hatten. Dagegen endete der vom ADAV unterstützte Arbeitskampf der Bäcker mit einem Teilerfolg. Die Meister hatten versucht, den Verkauf von Brot aus den umliegenden Orten zu verhindern und damit Kritik in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Da Proteste der Kunden weitgehend ausblieben, waren die Arbeitgeber schließlich gezwungen, Zugeständnisse zu machen, darunter die Befreiung der Gesellen von der Arbeit des Säcketragens. Ebenso günstig für die Beschäftigten verlief ein Streik der Maler, deren örtliche Organisation dennoch keinen Bestand hatte. Auch die Töpfer konnten im März ihre Forderungen durchsetzen. Im Juli 1874 erfolgte dann aber eine mehrmonatige Aussperrung durch die Unternehmer mit dem Ziel, die Mitgliederschaft des Allgemeinen deutschen Töpferverbandes aufzureiben.

Andere Berufszweige wiesen auf ihre schlechte Lage hin, Kampfmaßnahmen waren ihnen jedoch aufgrund der man-

gelnden Organisationsbereitschaft der Arbeiter nicht möglich. Die Sattler hatten sich zwar dem zentralen Berufsverband angeschlossen, klagten aber trotz der langen Arbeitszeit und des geringen Verdienstes über fehlendes Engagement in Gewerkschaftsfragen und eine Stagnation der Mitgliederzahlen. Noch schlechter sah es bei den Haartuchwebern aus, die als Heimarbeiter weitgehend isoliert blieben und zur Sicherung des Existenzminimums auf die Mitarbeit ihrer Familienangehörigen angewiesen waren. 1874

Ein anderes drängendes soziales Problem, die Wohnungsnot, veranlaßte ADAV und SDAP, eine weitere gemeinsame Versammlung in Hamburg abzuhalten, auf der Geib und Hasenclever referierten. 6. Mai

Auch in zwei wichtigen Berufszweigen setzte sich die Annäherung der konkurrierenden Sozialdemokraten fort. Auf Anregung der Hamburger Former entstand in den ersten Monaten des Jahres 1874 ein Allgemeiner deutscher Eisen- und Metallarbeiterverein, in dem lokale Organisationen des ADAV und der Eisenacher vertreten waren und zu dessen Gunsten sich der Hamburger Formerbund im Mai auflöste. Mai
Behindert von staatlichen Zwangsmaßnahmen, gelang es dem neuen Zentralverband aber nicht, größere Aktivitäten zu entfalten. Um den Repressionen der preußischen Behörden zu entgehen, verlegte der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerverein im Juni seinen Sitz von Berlin nach Hamburg, wo er sich Anfang Dezember neue Statuten gab. Die SDAP kritisierte diesen Verband als Konkurrenz zu ihrer eigenen Bauarbeiterorganisation, veröffentlichte aber einen Aufruf des neuen Bundes in der Hoffnung auf Einigung der Gewerkschaften, wozu es in dieser Berufsgruppe am 15. August 1875 kam. Juni

Der ADAV kam in Hannover zu seiner dreizehnten und längsten Generalversammlung zusammen. Die polizeilichen Maßnahmen gegen die Partei hatten vor allem in Preußen bedrohliche Ausmaße angenommen. So war es 1873 zu 22 Prozessen wegen Pressevergehen und mehr als 40 Auflösungen 26. Mai–
5. Juni

1874 von örtlichen Vereinen gekommen; dennoch vertraten die
26. Mai – Delegierten in Hannover über 17 000 Mitglieder.

5. Juni Im Mittelpunkt der Beratungen standen Probleme der innerparteilichen Demokratie und der Gewerkschaftsbewegung. Die Generalversammlung beschloß, daß der Präsident auch weiterhin von allen Mitgliedern gewählt werden sollte, und sprach sich für gewerkschaftliche Organisationen aus, deren Bedeutung für die Mitgliederwerbung hervorgehoben wurde. Anträge, die das Verhältnis zur SDAP betrafen und von einer Einstellung öffentlicher Polemiken sowie gemeinsamer Agitation bei Reichstagswahlen bis zum Zusammenschluß reichten, fanden trotz örtlicher Annäherungen beider Parteien keine Mehrheit der Delegiertenstimmen.

Der Druck zur Einigung verstärkte sich für den ADAV un-
10. Juni mittelbar nach der Generalversammlung. Am 10. Juni 1874 verlegte Hasenclever den Sitz des Vereins von Berlin nach Bremen, konnte damit aber das Verbot der Partei für Berlin am 25. Juni und eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf andere preußische Städte in den folgenden Monaten nicht verhindern. Der Gewerkschaftsverband reagierte im September 1874 auf die zunehmenden Repressionen und löste sich auf.

18.–21. Die SDAP hielt in Coburg ihren sechsten Kongreß ab, auf
Juli dem knapp 8800 Mitglieder vertreten waren. Die Delegierten bestätigten Liebknechts Antrag, der das Deutsche Reich als Klassenstaat ablehnte und Versammlungs- sowie Pressefreiheit forderte, da nur so die Einschränkungen des Wahlrechts überwunden werden könnten. Solange diese Bedingungen nicht gegeben seien, sollten Reichstagswahlen und parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten lediglich als Agitationsmittel verstanden werden. Als ein wesentlicher Schwerpunkt der politischen Arbeit wurde die Verbreitung sozialistischer Gedankenguts unter der Landbevölkerung festgelegt.

Das Verhältnis zum ADAV bildete einen Schwerpunkt der Beratungen. Dabei übte der Kongreß Kritik an der ablehnenden Haltung in der Einigungsfrage, die von der letzten Gene-

ralversammlung des ADAV bestätigt worden war. Die Delegierten betonten die Notwendigkeit einer Annäherung, empfahlen aber abzuwarten und zunächst nur auf eine Einigung, nicht aber auf eine Vereinigung hinzuwirken. Zur Entwicklung im gewerkschaftlichen Bereich erklärte der Kongreß, daß eine Beilegung der Differenzen zwischen den politischen Fraktionen Vorrang besitzen müsse. 1874

Die Partei hatte die finanziellen Belastungen des Wahlkampfes überwunden und zudem erhebliche Mittel für einen Fonds aufgebracht, aus dem inhaftierte und gemäßregelte Mitglieder unterstützt wurden. Die Abonnentenzahl des «Volksstaats» hielt sich das gesamte Jahr bei etwa 7500. Hamburg wurde mit großer Mehrheit als Sitz des Ausschusses bestätigt und damit die grundsätzliche Regelung einer möglichen Wiederwahl des Vorstandsortes eingeführt, die von den Mitgliedern in einer nachfolgenden Urabstimmung gebilligt wurde. Lediglich der Sitz der Kontrollkommission mußte jährlich wechseln und wurde von Frankfurt a. M. nach Coburg verlegt. Am 1. August 1874 wählten die Mitglieder in Hamburg und Umgebung den neuen Parteiausschuß, mit Paul Martienssen als erstem Vorsitzenden, Geib als Beisitzer und Ignaz Auer als Parteisekretär. Auer, gelernter Sattler und führendes Mitglied der sächsischen SDAP, war von Geib für dieses Amt vorgeschlagen worden. 1. Aug.

In Hamburg hatte sich das Verhältnis der Arbeiterparteien zueinander weiter verbessert. Totenfeiern für Lassalle wurden Ende August auch in Altona unter großer Beteiligung der Mitglieder beider Richtungen abgehalten. Die Drohungen der Arbeitgeber konnten viele Sozialdemokraten nicht davon abhalten, die Sedansfeierlichkeiten zu boykottieren. Statt dessen führten ADAV und SDAP Anfang September anläßlich der Beerdigung zweier verunglückter Bauarbeiter eine große Demonstration mit etwa 15 000 Teilnehmern durch, um ihren Forderungen nach verbessertem Arbeiterschutz Nachdruck zu verleihen. Ein Vortrag Auers am 8. September in Wandsbek über Repressionen gegen sozialdemokratische 8. Sept.

- 1874 «Reichsfeinde» fand ohne die früher üblichen Streitigkeiten um die Zusammensetzung des Versammlungsbüros als gemeinsame Veranstaltung statt.
29. Sept.– 1. Okt. Marx kam während einer kurzen Reise durch Deutschland für einige Tage nach Hamburg, um mit seinem Verleger Meißner zusammenzutreffen und Gespräche mit den Vorstandsmitgliedern der SDAP, Geib und Auer, zu führen. Innerhalb des ADAV begannen sich zur selben Zeit Gruppierungen durchzusetzen, die für einen raschen Zusammenschluß mit den Eisenachern eintraten. Marx' Aufenthalt in Deutschland veranlaßte Hasenclever, ein entsprechendes Angebot zurückzuhalten, da er befürchtete, dieses würde als Bankrotterklärung des ADAV interpretiert werden. Erst Anfang Oktober 1874 konnte sich Tölcke, 1866 Präsident des ADAV, aber seit der letzten Generalversammlung nicht mehr im Vorstand vertreten, mit seinen Plänen durchsetzen.
11. Okt. Liebknecht und Tölcke nahmen in Leipzig Gespräche für beide Parteien auf. Dabei hielt Liebknecht am Kongreßbeschluß der SDAP fest, der die Einleitung eines Einigungsprozesses befürwortete, die Chancen einer Vereinigung in naher Zukunft aber skeptisch bewertete. Tölcke dagegen drängte auf ein schnelles Zusammengehen; er selbst war erst im Sommer 1874 durch die massive Unterdrückung sozialdemokratischer Organisationen von der Notwendigkeit eines solchen Schrittes überzeugt worden und repräsentierte damit den Stimmungsumschwung vieler ADAV-Mitglieder.
- In weiteren Verhandlungen, die Geib und Auer für die Eisenacher in Hamburg führten, wurde schließlich ein baldiger Vereinigungskongreß vereinbart. Dabei war auch entscheidend, daß in Hamburg seit April 1874 ein Annäherungsprozeß zwischen den Mitgliedern beider Parteien eingeleitet worden und die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen möglich geworden war. Ab November 1874 ergriff eine Gruppe um den Redakteur des «Neuen Social-Demokraten», Hasselmann, in der Einigungsfrage die Initiative für den ADAV: In einer Berliner Konferenz vereinbarten sozialdemokratische

Reichstagsabgeordnete beider Richtungen am 15. Dezember, 1874
den Vereinigungskongreß im Frühjahr 1875 abzuhalten und
zuvor die Programm- und Organisationsfragen in einer vor-
bereitenden Konferenz am 14./15. Februar zu klären.

Beide Parteien gaben die Einigungsverhandlungen in ihrer 11. Dez.
Presse bekannt und appellierten an die Mitglieder, den einge-
leiteten Prozeß zu unterstützen und Streitigkeiten auf ört-
licher Ebene beizulegen. Einen Tag später warben Lieb- 12. Dez.
knecht und Reimer in Altona auf einer gemeinsamen Veran-
staltung für den Zusammenschluß. Ihre Reden wurden von
den etwa 6000 Teilnehmern begeistert aufgenommen. Am 18.
Dezember sprachen sozialdemokratische Parlamentarier in
Berlin, wo es zu Beginn des Jahres ebenfalls zu heftigen Wahl-
kampfauseinandersetzungen gekommen war, und erhielten
auch hier Beifall für die geplante Einigung.

Theodor York starb 44jährig in Hamburg. Sein Begräbnis 1875
am 3. Januar war Anlaß für eine eindrucksvolle Demonstra- 1. Jan.
tion, zu der beide sozialdemokratische Parteien aufriefen und
an der sich etwa 7000 Menschen beteiligten. Für den gemein-
samen Fonds, aus dem die Witwe Yorks und seine noch sehr
jungen Kinder unterstützt werden sollten, gingen aus allen
Reichsgebieten Spendengelder ein. Die durch den Tod Yorks
in der Holzarbeitergewerkschaft ausgelöste Führungskrise
versuchten Geib und Auer bis Ende März 1875 durch ehren-
amtliche Verwaltungsarbeit zu mildern.

SDAP und ADAV entsandten je acht Vertrauensleute zu 14./15.
einer Konferenz nach Gotha, die einen Programm- und Febr.
Organisationsentwurf für den geplanten Parteienzusammen-
schluß erarbeitete. Als vorrangiges Ziel der «deutschen Ar-
beiterpartei» wurde die «Befreiung der Arbeit» durch die Ar-
beiterklasse selbst gesetzt und daraus die Agitation und das
Eintreten mit gesetzlichen Mitteln für die Aufhebung des
vom ehernen Lohngesetz geprägten Lohnsystems, gegen die
Ausbeutung und alle Formen sozialer und politischer Un-
gleichheit abgeleitet. Der Katalog konkreter Forderungen
umfaßte die Errichtung ländlicher und industrieller Produk-

1875
14./15. Febr. tivgenossenschaften mit Staatshilfe, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Männer, Gesetzesinitiative durch das Volk, Errichtung einer Volkswehr, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Rechtsprechung durch das Volk sowie die allgemeine Schulpflicht, die Freiheit der Wissenschaft, die Ablösung der indirekten Verbrauchssteuern durch progressive Einkommenssteuern und einen umfassenden Arbeiterschutz.

Die Statuten klammerten Fragen der örtlichen Parteiorganisation aus, um keinen Vorwand für Verfolgungsmaßnahmen zu liefern. Leitungsgremium der Partei war ein fünfköpfiger Vorstand, dessen Sitz und Mitglieder ebenso wie die der Kontrollkommission und des Schlichtungsausschusses vom jährlichen Kongreß bestimmt wurden. Damit war der ADAV von seinem Prinzip einer präsidial geführten Partei abgerückt und hatte auch auf die Beteiligung aller Mitglieder an den Vorstandswahlen verzichtet. Im programmatischen Teil war es ihm aber gelungen, Lassallesches Gedankengut mit dem ehernen Lohngesetz, den Produktivgenossenschaften und in einigen anderen Fragen durchzusetzen.

Bei führenden Vertretern beider Parteien löste der ausgehandelte Entwurf Protest und Kritik aus. Bebel, der bis zum 1. April 1875 inhaftiert blieb und deshalb nicht an den Beratungen teilnehmen konnte, bemängelte den Kompromißcharakter und die unscharfen Formulierungen; ähnlich äußerte sich Bracke. Für den ADAV drängte Tölcke auf eine öffentliche Programmdiskussion. Marx reagierte Anfang Mai mit einer Denkschrift an die Führung der SDAP, in der er die Vereinbarung einer grundlegenden Kritik unterzog und einen Zusammenschluß unter diesen programmatischen Bedingungen ablehnte. Seine Einwände wurden innerhalb der Partei nur zögernd verbreitet und erst 1891 veröffentlicht.

7. März
- Am 7. März informierten der «Volksstaat» und der «Neue Social-Demokrat», die zunächst beide den Status eines offiziellen Parteiorgans erhalten sollten, ihre Leser über das neue Programm und die organisatorischen Leitlinien sowie

den geplanten Kongreßtermin vom 22. bis zum 25. Mai 1875. 1875
In Hamburg wurde die Einigungsfrage ab Mitte März auf sozialdemokratischen Versammlungen lebhaft erörtert. Im April trat eine Gruppe in Wandsbek mit Kritik am Parteiprogramm an die Öffentlichkeit, woraus sich gegen Ende des Jahres ein heftiger Konflikt entwickelte.

In der Vorbereitungsphase des Kongresses rückte die Gewerkschaftsfrage in den Mittelpunkt der Hamburger Diskussion. Hier trafen am 27. März die Bevollmächtigten der örtlichen Berufsorganisationen mit Vertretern beider Parteien und verschiedener gewerkschaftlicher Zentralverbände zusammen, um Pläne für eine einheitliche sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung zu beraten. Die Konferenzteilnehmer regten den Aufbau gemeinsamer zentraler Gewerkschaften für die einzelnen Berufsgruppen an, die über eine Dachorganisation miteinander verbunden sein sollten. Die Vorarbeiten wurden einer dreiköpfigen Kommission übertragen, die das ganze Spektrum der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung repräsentierte: Otto Kapell vom Zimmererverein des ADAV, der an seinem Sitz in Berlin verboten worden war, Heinrich Rieke als Geschäftsführer der den Eisenachern nahestehenden Maurer- und Zimmerergewerkschaft in Braunschweig und Heinrich Grosz, der als Lassalleaner mit dem in Hamburg ansässigen Allgemeinen Deutschen Schiffszimmererverein eine parteipolitisch neutrale Gewerkschaft leitete. 27. März

Die Vorschläge des Gremiums, die Einigung innerhalb der Berufszweige auf einer zentralen Konferenz Ende April 1875 einzuleiten, hatten keinen Erfolg. Wichtige Berufsgruppen, so die Schuhmacher und Schneider, schlossen sich auf eigene Initiative in einheitlichen Organisationen zusammen. Dagegen konnte sich die Kommission mit ihrer Forderung nach einer allgemeinen Gewerkschaftskonferenz durchsetzen, die im Anschluß an den Vereinigungskongreß beider Parteien für den 28. Mai ebenfalls nach Gotha einberufen wurde. Als Tagesordnung wurde der weitere Aufbau gewerkschaftlicher

1875 Zentralverbände und die Vorbereitung einer gemeinsamen Dachorganisation genannt.

Daß die Initiative in der gewerkschaftlichen Einigungsfrage von Hamburg ausging, konnte nicht überraschen. Parteipolitische Streitigkeiten waren durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen im örtlichen Gewerkschaftskartell weitgehend abgebaut worden. Darüber hinaus entwickelte sich die Stadt mit ihrem relativ liberalen Vereinsgesetz zu einem gewerkschaftlichen Zentrum, da viele Verbände auf die Repressionen der preußischen Behörden mit Neugründungen und Verlegungen ihres Verwaltungssitzes reagierten. Sie wandelten ihre Zentralen häufig in örtliche Organisationen um, die keine auswärtigen Zweigvereine unterhielten, aber für Einzelmitglieder aus allen Ländern und Provinzen des Reichs offenstanden. Im Zuge dieser Entwicklung kamen zu den vier Zentralverbänden mit 5500 Mitgliedern, die Ende 1873 in Hamburg ansässig waren, 1874 der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerverein sowie 1876 das neugegründete Deutsche Zimmerergewerk; die Gesamtmitgliederzahl der von Hamburg aus geleiteten überregionalen Gewerkschaften stieg auf etwa 16000.

In den preußischen Nachbarstädten Hamburgs, Wandsbek und Altona, ging die Polizei ab Mitte März 1875 verstärkt gegen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des ADAV vor. Auf der Grundlage eines Verbots des Berliner Stadtgerichts für örtliche Zweigvereine der Partei wurden Haussuchungen bei bekannten Gewerkschaftern durchgeführt und mehrere Verbände aufgelöst. Die Organisationen versuchten, ihre Arbeit in kleinen Zirkeln fortzusetzen, die Mitglieder orientierten sich nach Hamburg. Aber auch hier wirkte sich die verschärfte Gewerkschaftspolitik in den anderen deutschen Staaten aus. Im März wurde Metzger als Redakteur des in Hamburg erscheinenden Verbandsorgans der Klempner von einem Münchener Gericht zu einer einmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt. Weitere Probleme für viele Hamburger Gewerkschaften ergaben sich aufgrund der

schlechten Wirtschaftslage und der enormen Preissteigerungen für Mieten und Lebensmittel, die sich nach der endgültigen Einführung der Reichswährung und Einziehung der alten hamburgischen Münzen 1875 noch verschärften. Unter diesen Bedingungen konnten die Mitgliederbestände nur schwer gehalten und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen kaum abgewehrt werden. 1875

In Hamburg trat ein Gesetz in Kraft, das gewerbliche Schiedsgerichte zur Regelung von Streitigkeiten zwischen selbständigen Gewerbetreibenden und ihrem Hilfspersonal einsetzte. Während der Bürgerschaftsberatungen im Januar 1875 äußerten beide sozialdemokratischen Parteien heftige Kritik an den Gesetzesplänen und veranstalteten am 18. Januar eine Protestversammlung, die von mehr als 3000 Menschen besucht wurde und eine Kommission wählte, der es jedoch nicht gelang, den Senat zur Rücknahme des Entwurfs zu bewegen. 10. Mai

Die Einwände richteten sich vor allem gegen die Zusammensetzung des Gerichts, das aus je 15 Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen sollte, die alle von der Gewerbekammer zu wählen waren, was den Unternehmern einen wesentlich größeren Einfluß sicherte, zumal eine Berufung gegen die Gerichtsentscheidungen nicht vorgesehen war. Reichsweite Aufmerksamkeit erregte das Gesetz, da es im § 10 in Fällen beiderseitigen Bruchs des Arbeitsvertrages Entschädigungszahlungen oder achttägige Haftstrafen androhte und damit die vom Reichstag abgelehnte Verschärfung der Gewerbeordnung auf Landesebene einführte. Die Befürchtung der Sozialdemokraten, daß diese Regelung vor allem gegen die Arbeitnehmer gerichtet war, wurde durch eine Weisung des Hamburger Polizeichefs Petersen vom Januar 1875 bestätigt, der die Schornsteinfeger anwies, einen geplanten Streik erst nach Ablauf der zweiwöchigen Kündigungsfrist zu beginnen.

Die beiden Arbeiterparteien trafen in Gotha zu einem Kongreß zusammen, um eine neue gemeinsame Organisation 22.-27. Mai

1875 zu gründen. Die ADAV-Delegierten vertraten mehr als
22. - 27. 15 300 Mitglieder, die der Eisenacher Partei etwa 9120 Ge-
Mai nossen. Gut 4000 Sozialdemokraten aus Hamburg und seinen
Nachbarstädten Altona, Ottensen, Harburg und Wandsbek
hatten Delegierte entsandt; von ihnen waren nur wenig mehr
als zehn Prozent in der SDAP organisiert.

Die Programmfrage stand im Mittelpunkt der Beratungen.
Dabei wurde das im Februar-Entwurf enthaltene Votum für
die internationale Arbeiterbewegung als unbefriedigend kri-
tisiert und umformuliert. Aus ähnlichen Erwägungen war der
ursprünglich geplante Name «Deutsche Arbeiterpartei» auf
Protest gestoßen; eine Mehrheit der Delegierten entschied
sich dafür, die neue Organisation als Sozialistische Arbeiter-
partei Deutschlands (SAPD) zu gründen. Eine weitere Ände-
rung wurde bei der Wahlrechtsforderung vorgenommen, die
auf Antrag Bebels das Stimmrecht für Frauen einschließen
sollte und nun die Zulassung «aller Staatsangehörigen» ver-
langte.

Trotz der vorausgegangenen Kritik an dem Programm-
kompromiß waren Wille und Druck zur Einigung so stark,
daß beide ursprünglichen Parteien sich in parallel abgehalte-
nen Generalversammlungen zugunsten der neuen Organisa-
tion auflösten. Der Parteivorstand erhielt seinen Sitz in Ham-
burg. In dieses Gremium wählte der Gothaer Kongreß die
Vorsitzenden Hasenclever und Hartmann, die Sekretäre
Auer und Karl Derossi sowie Geib als Kassierer. Die offizielle
8. Juni Konstituierung der Partei erfolgte am 8. Juni in Hamburg,
verbunden mit einem Appell an die Einigkeit. Unter dem
Vorsitz Bebels nahm die Kontrollkommission als weiteres
Leitungsgremium am 10. Juni ihre Arbeit in Leipzig auf.

28./29. Im Anschluß an den Parteikongreß fand in Gotha die ge-
Mai geplante Gewerkschaftskonferenz statt, an der sich etwa 40 De-
legierte wichtiger überregionaler Berufsorganisationen und
einiger örtlicher Fachvereine beteiligten. Sie nahmen zwei
von Fritzsche verfaßte Resolutionen an, die an die Arbeiter
appellierten, sich einer Gewerkschaft ihres Berufsbezuges an-

zuschließen oder für den Aufbau einer solchen Organisation einzutreten. Die Gewerkschaften sollten parteipolitische Aktivitäten vermeiden, ihre Mitglieder aber zum Eintritt in die neue Arbeiterpartei auffordern. Diese beiden Beschlüsse basierten auf der Grundannahme, daß die Gewerkschaften zeitweilige Verbesserungen der materiellen Lage erreichen sowie Bildungsniveau und Klassenbewußtsein ihrer Mitglieder heben könnten, ohne damit jedoch dauerhafte und umfassende Änderungen der Verhältnisse durchzusetzen. 1875

In den Fragen der Schaffung einheitlicher Berufsverbände und der Gründung einer gewerkschaftlichen Dachorganisation konnten nur geringe Fortschritte erzielt werden. Die erhoffte Festlegung eines Normalstatuts, das von allen Gewerkschaften übernommen werden und die Zusammenarbeit der Zentralverbände vorbereiten sollte, scheiterte an kontroversen Vorstellungen über die Funktion von Gewerkschaften und ihren Organisationsbereich. Strittig waren vor allem die Einrichtung von Streik- und anderen Hilfskassen sowie die gewerkschaftliche Zusammenfassung ganzer Berufszweige, wie sie von den Eisenachern unter anderem bei den Metall- und Holzarbeitern propagiert worden war, oder der vom ADAV bevorzugte berufsmäßige Aufbau der Verbände. Diese Probleme konnten in Gotha nicht gelöst werden, sie belasteten den weiteren Einigungsprozeß auf der Ebene der konkurrierenden Einzelgewerkschaften und verhinderten konkrete Planungen für eine Dachorganisation. Wie bei den vorausgegangenen Einigungsversuchen Yorks brachen erneut Konflikte über ein gemeinsames Zentralorgan auf, deren Lösung einem allgemeinen Gewerkschaftskongreß übertragen wurde. Die Beratungen endeten jedoch, ohne einen Termin für dieses Treffen festzulegen. Mit den Vorbereitungen wurde eine fünfköpfige Kommission beauftragt, deren führende Mitglieder Fritzsche und Otto Kapell waren. Sie nahm trotz der zu erwartenden scharfen polizeilichen Überwachung in Berlin ihre Arbeit auf, nachdem sich in der Abstimmung über den Sitz dieses Gremiums eine Mehrheit der Konferenzteil-

- 1875 nehmer für die Reichshauptstadt und gegen Hamburg als rivalisierendes Gewerkschaftszentrum ausgesprochen hatte.
- Sommer In Hamburg fand der Einigungsgedanke innerhalb der Gewerkschaftsbewegung immer mehr Anhänger. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen im Ortskartell belebte sich, und in vielen Berufszweigen wurden überregionale Initiativen zum Aufbau einheitlicher Gewerkschaften nachdrücklich verfolgt. Die Kürschner aus Hamburg und Altona nahmen an der Gründungsversammlung für einen Zentralverband in Leipzig teil. Angeregt von Rönnekamp und Otto Stolten, bildete sich in Hamburg ein Verband der Metallarbeitergewerkschaft. Weitere Organisationsbestrebungen gab es bei den Gold- und Silberschmieden, den Schirmmachern, Plätterinnen und den Hilfsarbeitern verschiedener Richtungen in Harburg. Die Altonaer Schuhmacher sowie die Schneider und Zigarrenarbeiter aus Hamburg schlossen sich ihren zentralen Berufsorganisationen an. Im August entstand in Barmbek eine Gliederung der Lassalleschen Tischler- und Schreiner-Gewerkschaft. Die organisatorische Zersplitterung in diesem Berufszweig hielt bis zum April 1877 an, als auf Anregung der Hamburger Mitglieder eine endgültige Einigung mit der Eisenacher Holzarbeitergewerkschaft zustande kam.
12. Juli Nachdem die Verfolgungen der preußischen Behörden gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verband eingestellt worden waren, kamen seine ehemaligen Mitglieder zu einer Generalversammlung in Hamburg zusammen, um die Organisation neu zu eröffnen. Der Verband erhielt die Aufgabe, Angehörige von Berufsgruppen aufzunehmen, für die kein gewerkschaftlicher Zentralverband existierte und in kleinen Orten zu wirken, die keine Zweigvereine bestehender Gewerkschaften unterhalten konnten.
- Parallel zu dieser Versammlung hielt der umorganisierte Maurer- und Steinhauerbund gemeinsam mit dem Deutschen Zimmererverein in Hamburg seinen ersten Kongreß ab. Dem Bund gehörten etwa 3800 Mitglieder an, davon lebten mehr

als 2500 in Hamburg, Altona und Wandsbek. Der Kongreß 1875 stimmte einer Vereinigung mit der Maurer- und Zimmerergewerkschaft Eisenacher Ursprungs zum 15. August 1875 zu. Aufgrund von Problemen bei der Vereinheitlichung des Kassenwesens erfolgte der endgültige Zusammenschluß aber erst im Dezember des Jahres.

Die neugegründete Arbeiterpartei hielt in Hamburg zwei 1./3. große Volksversammlungen ab, in denen Liebknecht als Referent auftrat. Er war den Hamburger Sozialdemokraten bekannt, da er zuletzt im Januar 1875 in der Hansestadt und im benachbarten Wandsbek die Einigung beider Parteien propagiert hatte. Die Veranstaltungen am 1. und 3. August fanden im Rahmen einer Agitationsreise durch Norddeutschland statt, in deren Verlauf Liebknecht auch Altona, Ottensen und Kiel besuchte und damit die für die Wintermonate geplante verstärkte Werbung unter der Landbevölkerung einleitete. Aug.

Die Hamburger Mitgliederschaft hatte am 18. Juni C. H. Kotkamp zum Ortsvorsitzenden gewählt, der aber schon wenige Wochen später von Carl August Hörig abgelöst wurde. Im Mittelpunkt der ersten Mitgliederversammlungen stand die Angleichung des Hamburger Bezugspreises für den «Volksstaat» an den höheren des «Neuen Social-Demokraten», die jedoch am 2. Juli auf Antrag Geibs rückgängig gemacht wurde. Motiv für diese Entscheidung mögen die stagnierenden Abonnementszahlen des «Volksstaats» gewesen sein, die weit hinter denen des ehemaligen ADAV-Organs mit seinen etwa 5800 festen Lesern in Hamburg und dessen Nachbarstädten zurückblieben. Daneben wurden seit Anfang August Pläne für ein örtliches Parteiorgan und die Gründung einer Hamburger Genossenschaftsdruckerei öffentlich diskutiert.

Die Arbeiterfeste aus Anlaß des Parteizusammenschlusses Mitte fanden bis in den Herbst hinein statt. Mitte August 1875 hielten die Hamburger und Altonaer Mitglieder Konzerte und Tanzveranstaltungen ab. Der parteinahe Frauen- und Mädchenverein warb ebenfalls mit einem Sommerfest um neue Aug.

1875 Mitglieder. Die offizielle Vereinigungsfeier für Hamburg fand
18. Sept. am 18. September statt, gefolgt von einem Stiftungsfest Anfang November, bei dem Bebel als Redner auftrat. Auch bei den weiteren geselligen Veranstaltungen im Laufe des Winters wurde auf die politische Agitation in Form von eingeschobenen Referaten bekannter Parteivertreter nicht verzichtet.

Seit Ende Oktober 1875 stießen die sozialdemokratischen Aktivitäten in Altona auf zunehmende Behinderungen von seiten der Polizeibehörde. Am 30. November wurde der Parteikalender «Der arme Conrad» in der Altonaer Vertriebsstelle beschlagnahmt, eine Maßnahme, die der «Volksstaat» zunächst als werbewirksame Empfehlung zu nutzen versuchte. Am 15. Dezember erfolgte jedoch die gerichtliche Schließung der Altonaer Parteigliederung und die Verurteilung ihrer Vorstandsmitglieder zu einer Haft- oder Geldstrafe, da Verbindungen zur Hamburger SAPD als erwiesen angesehen wurden. In der Gerichtsverhandlung wurden mehrfach Äußerungen oppositioneller Sozialdemokraten herangezogen, die mit der Gruppe um Bräuer sympathisierten und wie diese gegen den Gothaer Zusammenschluß agitierten.

28.-31. Aug. In Hamburg gründeten Mitglieder der Bräuer-Fraktion, des Leipziger Vereins «Lassalle-Schule», einige Bremer Anhänger und Einzelpersonen an verschiedenen Orten den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (Sitz Hamburg). Die Initiatoren protestierten damit gegen den Gothaer Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien, gegen deren Programmatik und Gewerkschaftspolitik. Die Statuten der SAPD bedeuteten für sie einen Bruch mit der Lassalleschen Tradition einer präsidial geführten Partei, die sie für ihre Organisation wieder einführten. Auf dem Gründungskongreß waren nur knapp 600 Anhänger vertreten, 490 von ihnen kamen aus Hamburg und Harburg. Der Hamburger Raum blieb auch in den folgenden Jahren Zentrum des Vereins, dessen Entwicklung stagnierte und der seine geringen Mitgliederzahlen nicht einmal halten konnte.

Innerhalb der SAPD löste diese Splittergruppe jedoch Kon-

flikte aus, da Ernst Bernhard Richter als führendes Mitglied der Wandsbeker Sozialdemokraten mit der Bräuerschen Richtung sympathisierte und anlässlich des Todes Schweitzers am 28. Juli 1875 auf Gedenkveranstaltungen dieser Gruppe die Ansprache hielt. Auch in Altona bildete sich eine kleine Fraktion innerhalb der SAPD, die gegen die Partei auftrat und sie öffentlich als Nachfolgeorganisation der verbotenen sozialdemokratischen Zusammenschlüsse diffamierte. Ende Dezember 1875 reagierte der SAPD-Vorstand mit dem Parteiausschluß Richters und der drei führenden Altonaer Opponenten. 1875

In seiner weiteren Entwicklung entfernte sich der Hamburger ADAV immer mehr von seinen sozialdemokratischen Ursprüngen. Ab 1878 verstärkten sich die gewerkschaftsfeindlichen und die nationalistischen Tendenzen innerhalb des Vereins, die ihn schließlich 1909 Anschluß an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie suchen ließen.

In Hamburg erschien die erste reguläre Ausgabe des «Hamburg-Altonaer Volksblatts» als Parteizeitung für Hamburg, seine Nachbarstädte und sein Landgebiet sowie für Bremen, Lübeck und das Herzogtum Lauenburg. Unter dem Motto «Alles durch das Volk. Alles für das Volk» wurden wöchentlich drei Nummern herausgegeben. Die anfängliche Auflage betrug 8000 Exemplare, Mitte Dezember 1875 hatte die Zeitung schon 10000 feste Leser und trug wesentlich zur Belebung der Parteiaktivitäten bei. Als verantwortlicher Redakteur arbeitete Hasenclever zusammen mit Carl August Hillmann und Wilhelm Joseph Blos. Da ein Vorstandsmitglied nicht gleichzeitig für ein Parteiorgan tätig sein durfte, mußte Hasenclever sein Amt niederlegen. Für ihn wurde Anfang Oktober 1875 Heinrich Braasch durch die Kontrollkommission in den Parteivorstand gewählt. 3. Okt.

Die Herausgabe des regionalen Parteiblattes war auf dem Gothaer Vereinigungskongreß beschlossen und von der Gründung einer Genossenschaft abhängig gemacht worden. Die Planungen für einen eigenen Verlags- und Druckereibe-

1875 trieb verzögerten sich jedoch, so daß die Probenummer des «Volksblatts» vom 19. September und seine ersten Ausgaben in einer privaten Druckerei erschienen. Am 24. Oktober 1875 konstituierte sich die Genossenschaft unter dem Vorsitz Geibs; in den Aufsichtsrat wurden neben anderen Hartmann und Otto Kapell gewählt. Am 17. Dezember wurde sie als Genossenschafts-Buchdruckerei zu Hamburg, verbunden mit Buchhandel und Zeitungsverlag, in das Genossenschaftsregister eingetragen. Die Höhe der Anteilscheine betrug sechs Mark, von denen sich nicht mehr als 15 in einer Hand befinden durften. Die Genossenschaft kaufte den bisherigen Druckkeller in der Amelungstraße und nahm hier unter der technischen Leitung von Johann Heinrich Wilhelm Dietz den Betrieb auf. Die Auftragslage entwickelte sich günstig, da aufgrund der preußischen Restriktionen mehrere Gewerkschaftsblätter ihren Druckort nach Hamburg verlegten.

18. Nov. Mitglieder des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Vereins gründeten in Hamburg eine Allgemeine deutsche Schiffszimmerer-Genossenschaft, zu deren Vorsitzenden Heinrich Grosz gewählt wurde. Als Unternehmen, das sich dem Ankauf, Betrieb oder der Vermietung von Schiffswerften widmen wollte, wurde sie in das Genossenschaftsregister eingetragen. Kapitalgrundlage waren Darlehen und Anteilscheine in Höhe von 15 Mark, womit im Mai 1876 der Kauf einer Schiffswerft in Memel finanziert wurde. Die Hamburger Organisation, der zu diesem Zeitpunkt knapp 400 Mitglieder angehörten, vermietete die Anlage an eine örtliche Genossenschaft und übertrug ihr den Geschäftsbetrieb. Im Gegensatz zu einem ähnlichen Vorhaben in Kiel, das 1877 begonnen wurde, konnte die Memeler Werft jahrelang erfolgreich arbeiten.

Als die Krise im Holzschiffbau immer spürbarer wurde, zog sich die Hamburger Genossenschaft aus dem Unternehmen zurück und konzentrierte sich ab 1890 auf den Bau günstiger Arbeiterwohnungen. Pläne für diesen Schritt existierten schon mehrere Jahre; unter den Beschränkungen des So-

zialistengesetzes mußten sie jedoch zunächst zurückgestellt werden. 1876

Die anhaltende Konjunkturkrise wirkte sich verstärkt auf das Hamburger Wirtschaftsleben aus und führte zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. In vielen Betrieben wurden Arbeitskräfte entlassen, ohne daß sie eine neue Beschäftigung finden konnten, und eine große Zahl stellenloser Angestellter drängte in die gewerblichen Berufszweige. Hinzu kam mit dem frühen Einbruch des Winters 1876 ein witterungsbedingter Anstieg der Beschäftigungslosigkeit. Angesichts der anhaltenden Zuwanderung nach Hamburg und seinen Vororten entwickelte sich die angespannte Arbeitsmarktlage zu einem drängenden Problem. Seit der ersten Volkszählung zehn Jahre zuvor war die Bevölkerungszahl der Stadt mit ihren Vorstädten St. Georg und St. Pauli um fast 46 700 Einwohner gewachsen. Die Hamburger Vororte hatten eine ebenso starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, so daß sich die Zahl der in Hamburg lebenden Personen von 256 600 im Jahre 1866 auf 351 200 erhöhte, wobei sich beispielsweise die Einwohnerzahlen der Vororte Barmbek, Hohenfelde und Billwerder Ausschlag in etwa verdoppelten, die von Eimsbüttel sogar auf mehr als die dreifache Höhe anstiegen.

Arbeitskämpfe waren unter diesen Bedingungen für die Beschäftigten nur schwer durchzuführen und mit einem hohen Risiko belastet. Das bekamen die Buchbinder zu spüren, die im November 1875 einen Ausstand begonnen hatten, der sich bis zum März 1876 hinzog und trotz der großen Zahl von Streikenden erfolglos endete, den Arbeitsnachweis der Gesellen zerstörte und ihre Organisation erheblich schwächte. Ähnliche Erfahrungen machten die Stellmacher im Januar 1876 und die Maurer in Nienstedten, als sie Ende des Jahres ausgesperrt wurden. Die Altonaer Maurer konnten solche Maßnahmen der Arbeitgeber abwehren, da es ihnen gelang, Arbeiten in eigener Regie zu übernehmen. Die meisten Hamburger Gewerkschaften waren stark genug, ihren Fortbe-

1876 stand auch unter diesen schlechten Bedingungen zu sichern und die Zusammenarbeit im Ortskartell fortzusetzen.

In diesem Gremium wurden 1876 erstmals Pläne für die Errichtung eines Gewerkschaftshauses mit einer gemeinsamen Herberge erörtert und soweit ausgearbeitet, daß eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung am 24. Juli der Gründung einer entsprechenden Genossenschaft und dem Kauf eines Grundstücks am Zippelhaus zustimmte. Das Vorhaben endete jedoch erfolglos, da Bedenken gegen den Bauplatz erhoben wurden und nur wenige Mitglieder Anteilscheine erwarben. Im April 1877 erklärten die Kartellvertreter die Pläne für gescheitert; ein erneutes Kaufvorhaben wurde Ende der 1880er Jahre unter den Beschränkungen des Sozialistengesetzes als zu riskant abgelehnt.

27. Jan. Der Reichstag lehnte eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Gesetzesnovelle einstimmig ab. Die Regierung hatte einen Entwurf zur Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 eingebracht, der einen revidierten Paragraphen 130 enthielt. In seiner ursprünglichen Fassung sah dieser Geld- oder Freiheitsstrafen für denjenigen vor, der Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufreizte. In seiner neuen Form stellte der Paragraph bereits eine den «öffentlichen Frieden» gefährdende Aufreizung sowie Angriffe gegen Ehe, Familie oder das Eigentum in Rede und Schrift unter Gefängnisstrafen und zielte damit auf eine weitere Einengung des Spielraumes für die sozialdemokratische Agitation. Der Vorstand der SAPD hatte auf diesen Angriff mit einem Aufruf vom 10. November 1875 reagiert, der die Mitglieder zu Geldspenden aufforderte, um den Abgeordneten, die keine Diäten erhielten, die Teilnahme an den Parlamentsberatungen zu ermöglichen und eine größere Öffentlichkeit von den Vorgängen in Kenntnis zu setzen.

2. Apr. Eine Kammer des Berliner Stadtgerichts entschied über die vorläufige Auflösung der SAPD in Berlin und verfügte ein Verbot der Partei für den gesamten Geltungsbereich des preu-

ßischen Vereinsgesetzes. Von der Maßnahme wurden auch 1876 die preußischen Mitgliederschaften des Allgemeinen Deutschen Maurer- und Steinhauerbundes getroffen, sowie am 24. Mai 1876 der Deutsche Zimmererverein, der unter der Leitung von August Kapell als Deutsches Zimmerergewerk seine Arbeit in Hamburg fortsetzte. Der Allgemeine Arbeiterunterstützungs-Verband beschloß daraufhin seine erneute Selbstauflösung.

Die Altonaer Sozialdemokraten waren schon seit Beginn des Jahres durch verstärkte polizeiliche Überwachung behindert worden. Nachdem das Kreisgericht die Schließung des örtlichen Vereins vom Dezember 1875 bestätigt hatte, nahm die Polizei mehrere führende Mitglieder fest und versuchte, sie durch lange Untersuchungshaftzeiten einzuschüchtern, die oftmals weit über die von den Gerichten anschließend verhängten Strafmaße hinausgingen.

Ein neuer gesetzlicher Rahmen für die Arbeit der eingeschriebenen Hilfskassen wurde verkündet. Die Vorlage war am 9. Februar vom Reichstag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten verabschiedet worden. Sie regelte die Krankenversicherung der abhängig Beschäftigten in Orts-, Fabrik- und Zwangskassen sowie in den freien Selbsthilfekassen der Arbeiterbewegung, die durch das Gesetz stark reglementiert wurden. Die sozialdemokratische Kritik richtete sich vor allem gegen die Vertretung der Arbeitgeber in den Vorständen und Generalversammlungen der eingeschriebenen Hilfskassen, die dem Prinzip der Selbstverwaltung widersprach, zumal nach Auffassung der SAPD der Arbeitgeberanteil an den Beiträgen als vorenthaltener Lohn zu verstehen war. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verurteilten außerdem die im Gesetz vorgesehenen Zahlungen bei Arbeitsunfähigkeit nach Unfällen als Lockerung der unternehmerischen Haftpflicht und wiesen auf die Problematik der Fabrikkassen hin, deren Leistungen an die Betriebszugehörigkeit gebunden waren; es fand jedoch keiner ihrer Änderungsanträge im Parlament eine Mehrheit. 7. Apr.

- 1876 Die sozialpolitische Wirksamkeit des Gesetzes war gering, da es den Versicherungsschutz nicht grundlegend verbesserte. Die Leistungen der Hilfskassen deckten lediglich einen Teil des Lohnausfalls, aber keine ärztliche Versorgung ab. Bis 1880 entstanden nur etwa 230 neue Kassen, deren lokale und berufsmäßige Zersplitterung nicht überwunden werden konnte. Darüber hinaus waren große Bevölkerungsgruppen dem Krankheitsrisiko weiterhin vollständig ausgeliefert, weil ihre Einkommen für eine regelmäßige Beitragszahlung nicht ausreichten.
- Sommer Im Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Einigungsprozesses zwischen den beiden ursprünglichen sozialdemokratischen Richtungen standen 1876 die Verhandlungen der Tischler und anderen Holzarbeiter, deren konkurrierende Verbände in Hamburg stark vertreten waren. Eine Versammlung
8. Mai der Hamburger Tischler beschloß am 8. Mai 1876, eine Initiative zur Überwindung der organisatorischen Zersplitterung einzuleiten, und regte einen überregionalen Kongreß
25. – 29. Juni an, der vom 25. bis 29. Juni in Frankfurt a. M. stattfand. Dort wurde der Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen mit Sitz in Hamburg gegründet, der ab 7. Oktober mit einem eigenen Organ «Der Bund» als Fortsetzung der «Union» an die Öffentlichkeit trat. Die Hamburger Holzarbeiter stimmten der Einigung am 12. August 1876 zu, die endgültige Anerkennung des neuen Zentralverbandes erfolgte aber erst im Jahre 1877.
- 12 Aug. Die SAPD hielt ihre jährlichen Parteiberatungen als allgemeinen Sozialistenkongreß in Gotha ab. Geplant war das Treffen zunächst für die Ostertage Mitte April 1876, wurde dann nach einem kurzfristigen Verbot durch den Gothaer Stadtrat auf Pfingsten verlegt und angesichts der vorläufigen Schließung der Partei in Preußen nochmals vertagt. Trotz der Behinderungen waren mehr als 38 200 Mitglieder auf dem Kongreß vertreten. Die Reichstagswahlen und die Parteipresse bildeten die thematischen Schwerpunkte.
- 19.–23. Aug. Liebknecht und Hasselmann behandelten die Wahlproble-

matik auf einer öffentlichen Versammlung am 20. August. 1876
Die Wahlvorbereitung wurde zum eigentlichen Parteizweck erklärt, um so behördlichen Verfolgungen aufgrund der Vereinsgesetze möglichst wenig Vorwand zu bieten. Der bisherige Vorstand setzte als Zentralwahlkomitee seine Arbeit in Hamburg fort, ohne personell umgebildet zu werden. Derossi und Auer als Schriftführer, Hartmann und Braasch als Beisitzer sowie Geib als Kassierer erhielten umfassende Vollmachten für die Parteileitung; kontrolliert wurden sie durch eine siebenköpfige Beschwerdekommision, deren Sitz nach Bremen verlegt wurde.

Der Kongreß beschloß, anstelle der beiden bisherigen Parteiorgane den «Vorwärts» als zentrales Blatt herauszugeben. Bei der Wahl des Erscheinungsortes entschieden sich die Delegierten für Leipzig und gegen Berlin. Die Hamburger Parteigliederung konnte sich in einer anderen Pressefrage durchsetzen: Das florierende «Hamburg-Altonaer Volksblatt», bisher Eigentum der Gesamtpartei, wurde der Hamburger Mitgliederschaft übertragen. Mit der Parteileitung und der Herausgabe dieses für ganz Norddeutschland wichtigen Organs hatte Hamburg seine Funktion als einflußreiches Parteizentrum behauptet, was in Bebels anerkennenden Worten von der «Hauptstadt des Sozialismus» zum Ausdruck kam.

Jakob Audorf (d. J.) trat nach seiner Rückkehr aus Rußland Sept.
in die Redaktion des «Hamburg-Altonaer Volksblatts» ein und trug mit Carl August Hörig, dem neuen lokalen Berichterstatter, wesentlich zum Ansehen des Blattes in der Gesamtpartei bei. Die Zeitung entwickelte sich zum wichtigsten Agitationsmittel im Hamburger Raum und konnte die Zahl ihrer Abonnenten von 12 000 im Juni 1876 auf fast 15 250 Ende März 1877 steigern. Das damit auflagenstärkste sozialistische Presseorgan in Deutschland wurde zu diesem Zeitpunkt von mehr als 10 000 festen Lesern in Hamburg und seiner Umgebung sowie etwa 4000 in Altona und Ottensen bezogen.

Als «Vorwärts, Central-Organ der Socialdemokratie 1. Okt.
Deutschlands» erschien das neue Parteiblatt erstmals in Leip-

1876 zig. Als verantwortliche Redakteure waren Liebknecht und Hasenclever vom Gothaer Kongreß gewählt worden. Wie seine beiden Vorläufer behielt auch der «Vorwärts» die Erscheinungsweise von drei Ausgaben in der Woche bei. Mit einer Probenummer vom 24. September 1876 und einem Aufruf des Hamburger Komitees, sich aktiv am Wahlkampf zu beteiligen und angesichts der Behinderungen von Veranstaltungen den Kontakt über dieses Organ zu halten, warb die Partei für ihre neue Zeitung. Diese erreichte bereits kurze Zeit nach ihrer Gründung 12 000 feste Leser, mußte ihr Erscheinen aber nach Erlaß des Sozialistengesetzes mit der Ausgabe vom 27. Oktober 1878 einstellen.

1877 Bei den Reichstagswahlen erhielt die SAPD etwa 9 Prozent
10. Jan. aller abgegebenen Stimmen. Mit mehr als 493 000 Wählern ging sie als viertstärkste Partei aus den Wahlen hervor, konnte aufgrund der ungleichen Wahlkreiseinteilung aber nur 12 Abgeordnete in den Reichstag entsenden.

In Hamburg-Altona und den umliegenden Landgebieten hatten die Sozialdemokraten einen sehr aktiven Wahlkampf geführt und bereits im Juni 1876 ein Wahlkomitee für die ersten beiden Hamburger Stimmbezirke gebildet. Ihre Kandidaten Geib und Hartmann konnten dort mit 42,5 und 47 Prozent aller abgegebenen Stimmen das Ergebnis erneut verbessern. Im dritten Hamburger Wahlkreis kam Ernst Breuel nur auf knapp 30 Prozent, lag damit aber immer noch deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Insgesamt erhielt die SAPD in Hamburg etwa 12 000 Stimmen mehr als 1874 und konnte den Abstand zu den drei gewählten nationalliberalen Abgeordneten weiter verringern.

Trotz der regen Agitation gelang es der Partei nicht, ihren Wählerkreis in Holstein zu vergrößern. Besonders enttäuschend gestaltete sich der Wahlausgang im neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreis, in dem Reimer gegen einen Kandidaten der Konservativen Partei unterlag. Hasenclever konnte seinen Altonaer Stimmbezirk erfolgreich verteidigen, entschloß sich dann aber, ein Berliner Mandat anzunehmen,

für das er ebenfalls kandidiert hatte. Bei der somit erforderlichen Nachwahl im achten schleswig-holsteinischen Wahlkreis am 15. Februar 1877 verfehlte Hartmann nur ganz knapp die absolute Mehrheit, unterlag dann aber in der Stichwahl vom 1. März dem fortschrittlichen Kandidaten. In diesen Wahlgängen kam es zu heftigen Konflikten zwischen der SAPD und den Altonaer Anhängern des Bräuerschen ADAV, da die Splittergruppe ungeachtet ihrer schlechten Erfolgsaussichten an einem eigenen Kandidaten festhielt und sich auch in der Stichwahl gegen eine Unterstützung Hartmanns aussprach.

1877

15. Febr.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte im Reichstag einen von Fritzsche und Bebel verfaßten Antrag ein, die Gewerbeordnung in wichtigen Teilen zu ändern und so einen verbesserten Arbeiterschutz gesetzlich zu verankern. Zentrale Forderungen waren der neunstündige Normalarbeitstag, der für Frauen und Jugendliche um eine weitere Stunde verkürzt werden sollte, das Verbot von Sonntags-, Nacht- und Kinderarbeit, Erstellung verbindlicher Arbeitsordnungen, verlängerte Schutzfristen für Schwangere, ein erweitertes Koalitionsrecht, Verbot des Trucksystems, Kontrollen durch eine Reichsarbeitsinspektion sowie die Regelung der Gefängnisarbeit.

11. Apr.

In Hamburg hatten vor allem die Korbmacher den letztgenannten Punkt mehrmals öffentlich thematisiert, da die Arbeit der Inhaftierten eine ernsthafte Konkurrenz für sie darstellte. Auch die Zigarrenarbeiter in Hamburg, Altona und Wandsbek äußerten in gemeinsamen Versammlungen Kritik an ihren Arbeitsbedingungen und verlangten die Abschaffung der räumlich beengten Heimarbeit sowie einen höheren Verdienst, der Frauen und Kinder vom Zwang der Mitarbeit befreien sollte. Ihre ultimativen Forderungen zum 1. Juli 1877 hatten jedoch keinen Erfolg. Trotz des reichsweit gestiegenen Bewußtseins für die Belange des Arbeiterschutzes blieb der sozialdemokratische Antrag erfolglos; er wurde lediglich mit Vorlagen der bürgerlichen Parteien im

- 1877 Reichstag beraten und anschließend von einem Parlamentsausschuß an die Regierung weitergeleitet.
23. Mai Die verbotene sozialdemokratische Partei in Altona gründete einen Volksverein, um ihre Arbeit getarnt fortzusetzen, und versuchte auch, die im Wahlkampf erzielten Erfolge bei der Frauenagitation mit einem Allgemeinen Frauen- und Mädchenverein von Altona, Ottensen und Umgegend zu festigen. In anderen preußischen Orten wurden ähnliche Pläne erörtert, so entstand Mitte Juni 1877 ein Arbeiterverein in Ottensen, der als sozialdemokratische Kontaktstelle diente. Die Berliner Mitglieder entschlossen sich am 11. November 1877 zu demselben Schritt und beriefen eine konstituierende Versammlung für einen Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung ein.
- 27.–29. Mai Die SAPD hielt ihren jährlichen Parteitag erneut als allgemeinen Sozialistenkongreß ab; auf ihm waren mehr als 32 000 Mitglieder vertreten. Wegen der anhaltenden behördlichen Verfolgungen stimmten die Delegierten für einen Verzicht auf eine offizielle Parteiorganisation und stellten es den Mitgliedern frei, die Form ihres örtlichen Zusammenschlusses den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. In inhaltlichen Fragen wurde das Parteiprogramm als verbindliche Plattform bestätigt: Nach kontroverser Diskussion billigte der Kongreß einen entsprechenden Antrag der Ottensener Mitglieder, deren Protest sich gegen ein Wahlkampfflugblatt Hartmanns richtete, in dem dieser vom strikten Antimilitarismus der Partei abgerückt war.
- Die Delegierten beauftragten das Zentralwahlkomitee, personell unverändert in Hamburg weiter zu arbeiten, und bestätigten Bremen als Sitz der Kontrollkommission.
- Ende Aug. Auch nach dem Gothaer Zusammenschluß veranstalteten die Hamburger Sozialdemokraten Gedenkfeiern für Ferdinand Lassalle. In einer vielbeachteten Rede würdigte Liebknecht den Gründer des ADAV anläßlich seines Todestages. Ein Jahr zuvor hatten gut besuchte Versammlungen zu Ehren Lassalles den sozialdemokratischen Wahlkampf einge-

leitet, nachdem ein Hamburger Theater bereits im März sein Drama «Franz von Sickingen» aufgeführt und die Partei zu seinem Geburtstag im April einen Vortragsabend abgehalten hatte, der wie alle Veranstaltungen in diesen Monaten zu Sammlungen für den Wahlkampffonds genutzt worden war. 1877

Auf einer von etwa 2000 Teilnehmern besuchten Versammlung in Hamburg referierte Geib über die Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zentralorgans und des Abschlusses von Kartellverträgen zwischen den einzelnen Verbänden, um ihnen so die Zahlung von Unterstützungs- und Streikgeldern zu erleichtern. Die Versammelten billigten beide Pläne mit der Annahme einer entsprechenden Resolution. 26. Sept.

Geib hatte seine Überlegungen bereits am 10. August 1877 im «Vorwärts» veröffentlicht und damit den Gedanken einer Gewerkschaftsunion wieder ins Gespräch gebracht, nachdem die von der Gothaer Konferenz 1875 eingesetzte Kommission relativ untätig geblieben war und die einzelnen Verbände sich bis zum Frühjahr 1877 vorrangig dem organisatorischen Einigungsprozeß in ihren Berufszweigen gewidmet hatten. Zahlreiche Gewerkschaften standen der Herausgabe eines Zentralorgans und der Gründung eines Dachverbandes nach wie vor skeptisch oder ablehnend gegenüber, so daß der ab August 1877 in Hamburg erscheinende, von August Kapell und Geib redigierte «Pionier» als Nachfolger des «Bundes» zwar den Untertitel «Centralorgan der Gewerkschaften Deutschlands» wählte, aber nur von den Zimmerern, Tischlern, Böttchern, Stellmachern und Manufakturarbeitern anerkannt wurde.

Trotz der vielfach geäußerten Kritik versuchte Kapell, die Schaffung eines lockeren gewerkschaftlichen Dachverbandes zu forcieren, und lud für den 11. November 1877 zu einer Konferenz der Verbandsvorstände nach Gotha ein, die einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß vorbereiten sollte. Mehrere Gewerkschaftsleitungen lehnten diesen Plan aufgrund der Delegiertenkosten ab, wobei jedoch die Angst, ihre Unabhängigkeit als Berufsverband zu verlieren, nicht zu über-

1877 sehen war. Aber auch in verschiedenen Orten mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad stieß die Einladung auf Widerstand. Selbst in Hamburg, wo eine Mehrheit der Mitglieder die Zentralisierungspläne unterstützte, sprachen sich während eines Treffens der örtlichen Bevollmächtigten am 22. Oktober die Vertreter der Maurer sowie der Erd-, Land- und Fabrikarbeiter dagegen aus und traten am 14. Januar 1878 auf einer Versammlung in Wandsbek mit ihren Bedenken gegen eine Gewerkschaftsunion an die Öffentlichkeit. Kapell vertagte daraufhin die Konferenz auf den Februar 1878, um eine ausführlichere innergewerkschaftliche Diskussion dieser Probleme zu ermöglichen.

22. und 26. Okt. Die Sozialdemokraten beteiligten sich erstmals an den Wahlen zur halbschichtigen Erneuerung der Bürgerschaft. Sie erhofften sich Aufschluß darüber, welchen Rückhalt sie in bürgerlichen Kreisen besaßen, und sahen im Wahlkampf eine Chance, die Diskussion um das undemokratische Stimmrecht zu beleben sowie ihrer Forderung nach einer Verfassungsreform Nachdruck zu verleihen. Ihre Vertreter Geib und Theodor Külbel kandidierten bei den allgemeinen Wahlen, die am 22. und 26. Oktober, vor den Grundeigentümer- und Notabelnwahlen, abgehalten wurden.

Stimmberechtigt waren alle über 25jährigen Männer, wenn sie das Bürgerrecht besaßen und regelmäßig Einkommensteuer zahlten. Insgesamt wurden die beiden sich ergänzenden Wahlgänge 1874 und 1877 mit nur 27 000 eingeschriebenen Wählern durchgeführt. Ihre Zahl verminderte sich laufend, da das Bürgerrecht nach Einführung der Gewerbefreiheit mit keinen wirtschaftlichen Privilegien mehr verbunden war und deshalb an Attraktivität verloren hatte. Angesichts der knapp 364 000 Menschen, die Ende 1877 in Hamburg, seinen Vorstädten und Vororten lebten, und selbst im Vergleich zu den mehr als 94 000 männlichen Reichstagswählern im Januar 1877 konnte von «allgemeinen» Bürgerschaftswahlen in Hamburg also keine Rede sein.

Abgesehen von einigen wenigen Wahlbezirken erhielten

die Sozialdemokraten nur eine sehr geringe Stimmenzahl, konnten die Verfassungsfrage mit ihrer Agitation aber wieder verstärkt ins öffentliche Bewußtsein rücken. Ansporn für ihre Aktivitäten war der Wahlausgang in Sachsen, wo sie im September 1877 trotz der Beschränkungen des Zensuswahlrechts einen Abgeordneten in den Landtag entsandt hatten. Neben der Wahlkampfarbeit konzentrierten sich die Hamburger Sozialdemokraten auf einen Ausbau ihrer Bildungseinrichtungen, organisierten neue Kurse in ihrer Agitatorenschule und gründeten im Oktober in Ottensen eine eigenständige Parteibibliothek. 1877

Die schlechte Konjunkturlage hielt an und wirkte sich auf alle Wirtschaftsbereiche aus. Angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen war es den Gewerkschaften unmöglich, Streiks zur Erzwingung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. In eine besonders schwierige Lage geriet die Organisation der Schiffszimmerer, da sich in ihrem Erwerbszweig die Auswirkungen einer strukturellen Krise mit zunehmender Ausdehnung des Eisenschiffbaus bemerkbar machten. 1877 wurde im Zuge dieser Entwicklung mit der Firma Blohm & Voß eine zweite Hamburger Großwerft neben der am Reiherstieg gegründet. Nach ihrer Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktienbasis Ende 1891 gelang es, ihre Betriebsanlagen soweit auszubauen, daß sie im harten Wettbewerb mit der englischen Konkurrenz bestehen konnte. 1877/78

Zweite Gewerkschaftskonferenz in Gotha. 15 Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde waren bei diesem Treffen anwesend, zu dem August Kapell (Hamburg) eingeladen hatte. Er führte den Vorsitz und vertrat die Zimmerergewerkschaft. 1878
24.–25. Febr.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Schaffung eines Gewerkschaftskartells, um die Gewerkschaftsbewegung zu vereinheitlichen und zu stärken. Die Erarbeitung eines Normalstatuts für die angeschlossenen Verbände wurde einer provisorischen Kartellkommission übertragen, die in Hamburg ihren Sitz hatte. In der Frage eines gewerkschaftlichen Zentralorgans kam es zu keiner Einigung.

- 1878 Die Vorarbeiten zur Kartellgründung sollten bis zum Gewerkschaftskongreß, der für den 10. Juni 1878 in Magdeburg geplant war, abgeschlossen sein. Im Falle eines polizeilichen Verbots wurde Hamburg als Ausweichort für den Kongreß vereinbart.
11. Mai Attentat auf Wilhelm I., verübt von dem Klempnergesellen Max Hödel, der zu dieser Zeit der christlich-sozialen Partei Stoeckers nahestand. Er war am 9. Mai aus der SAPD ausgeschlossen worden. Dennoch ging dem Reichstag bereits am
20. Mai 20. Mai ein Entwurf Bismarcks für ein «Gesetz zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen» zu, der jedoch am 24. Mai 1878 vom Parlament abgelehnt wurde.
2. Juni Erneutes Attentat auf Wilhelm I. Der Täter, Dr. Nobiling, arbeitete für eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Zeitschrift. Er verletzte den Kaiser schwer. Als Reaktion auf dieses Attentat wurde der Reichstag aufgelöst und seine Neuwahl angesetzt.
8. Juni Durchsuchung der Wohnungen von Mitgliedern des Hamburger Zentralwahlkomitees der SAPD. In den vorausgegangenen Tagen hatten Haussuchungen auch bei führenden Sozialdemokraten in Altona stattgefunden. Diese Maßnahmen waren Teil reichsweiter Aktionen gegen die Sozialdemokratie, die für beide Attentate verantwortlich gemacht wurde. Der geplante Parteikongreß in Gotha wurde verboten.
10. Juni Ein doppeltes Verbot traf den vorbereiteten Gewerkschaftskongreß: Er konnte weder in Magdeburg noch in Hamburg stattfinden. Die provisorische Kartellkommission hatte aber schon Ende April 1878 das von ihr erarbeitete Normalstatut veröffentlicht. Es entsprach in seinen wichtigsten Punkten dem Entwurf Bebels von 1868.
30. Juli Reichstagswahlen. Die SAPD hatte in Hamburg und Altona Aktionskomitees für den Wahlkampf gebildet. Ihre Kandidaten waren August Geib für den ersten, Georg Wilhelm Hartmann für den zweiten und Ernst Breuel für den dritten Hamburger Wahlkreis, in Altona kandidierte Rudolf Praast.

Der sozialdemokratische Wahlkampf wurde durch Polizeimaßnahmen stark behindert und war zeitlich genau an die gesetzlich festgelegten Fristen gebunden. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten konzentrierte die Partei ihren Wahlkampf auf 30 der aussichtsreichsten Wahlkreise, zu denen die ersten beiden Hamburger und der Altonaer gehörten. Geib und Hartmann unterlagen den bürgerlichen Kandidaten nur knapp, Praast kam in Altona sogar in die Stichwahl. Insgesamt konnten die Sozialdemokraten trotz der Behinderungen fast ebenso viele Stimmen wie 1877 erringen und blieben mit 9 – bis dahin 12 – Abgeordneten im Reichstag vertreten. 1878

In Hamburg wurden die Vereins- und Versammlungsgesetze verschärft angewandt, sozialdemokratische und gewerkschaftliche Veranstaltungen verboten und zahlreiche Gewerkschaften aufgelöst. In Altona erteilten die Behörden Ende August allen Totenfeiern und selbst einfachen Konzerten zu Ehren Lassalles keine Genehmigung. Aug. – Okt.

Verbot der SAPD in Preußen. Die Leitung der Partei, das Zentralwahlkomitee, hatte seinen Sitz in Hamburg. Hier fielen die Entscheidungen über die weitere Zukunft der Partei. Das Sozialistengesetz war in Vorbereitung, und es bestand kaum ein Zweifel, daß es den Reichstag passieren würde. Es herrschte aber Ungewißheit über die Anwendungspraxis des geplanten Gesetzes. Entsprechend weit gingen die Einschätzungen über die Zukunft der Partei in der Mitgliederschaft auseinander. 27. Aug.

Nach der ersten Lesung des Gesetzes im Reichstag trafen die Fraktion, das Zentralwahlkomitee und andere führende Sozialdemokraten zu einer Konferenz in Hamburg zusammen. Thema waren die kontroversen Vorstellungen über den Fortbestand der Partei. Um einer Polizeiaktion zuvorzukommen, schlug Geib die Selbstauflösung der zentralen Parteigremien vor und kündigte seinen Rücktritt an. Nach heftiger Debatte wurde dieser Vorschlag gebilligt. August Bebel, der den Auflösungsbeschluß ablehnte, übernahm das Amt des Parteikassierers von Geib. Damit verlagerten sich die 17. Sept.

- 1878 letzten zentralen Parteifunktionen von Hamburg nach Leipzig. Die Mitglieder der Partei wurden von diesen Beschlüssen jedoch erst unmittelbar vor der Verabschiedung des Sozialistengesetzes in Kenntnis gesetzt.
14. Okt. Am 14. Oktober kündigte Derossi stellvertretend für das gesamte Zentralwahlkomitee die bevorstehende Auflösung der Parteileitung an. Die Bekanntmachung erschien im «Vorwärts» vom 16. Oktober, der regulären Mittwoch-Ausgabe. Der «Vorwärts» wurde zu dieser Zeit dreimal wöchentlich herausgegeben: mittwochs, freitags, sonntags.
19. Okt. Der endgültige Auflösungsbeschluss war vom 19. Oktober datiert. Er erschien in einer vorgezogenen Montagsausgabe der Zeitung am 21., dem Tag der Unterzeichnung des «Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie», und trug die Unterschriften von Hartmann, Braasch, Derossi und Geib. Damit war die zentrale Parteiorganisation offiziell aufgehoben worden; die noch bestehenden lokalen Parteigliederungen wurden aufgefordert, ihre Mitgliedschaften ebenfalls zu beenden. Wenig später wurde der «Vorwärts» als Zentralorgan der Partei verboten und erschien am 27. Oktober 1878 zum letzten Mal.
- Die Hamburger Sozialdemokraten hatten sich auf eine mögliche Auflösung ihres Vereins sorgfältig vorbereitet und waren vor allem darauf bedacht, die Druckerei zu retten, bei der das «Hamburg-Altonaer Volksblatt» erschien.
19. Okt. Am 19. 10. kaufte J. H. W. Dietz die Hamburger Genossenschaftsdruckerei. Sie war damit juristisch in Privatbesitz und konnte nicht beschlagnahmt werden. Demgemäß durften auch unter dem Sozialistengesetz vierteljährlich Genossenschaftsversammlungen stattfinden, die die Möglichkeit zu politischen Beratungen boten. Der Verkauf ging auf einen Vorschlag von Geib und Hartmann zurück und war bereits am 31. Juli 1878 von der Generalversammlung der Genossenschaft grundsätzlich gebilligt worden.
21. Okt. An diesem Tag trat das «Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie» in Kraft, nachdem

es am 19. 10. im Reichstag mit 221 gegen 149 Stimmen verabschiedet worden war. Das Gesetz sah das Verbot sozialdemokratischer, sozialistischer oder kommunistischer Vereine, Versammlungen, Druckschriften und Geldsammlungen vor. Verstöße sollten mit Gefängnis- oder Geldstrafen geahndet werden. In Gebieten, deren öffentliche Sicherheit bedroht schien, konnte für jeweils ein Jahr der berüchtigte § 28 angewendet werden, der neben der Genehmigungspflicht für Versammlungen, dem Verbot der öffentlichen Verbreitung von Druckschriften und einem verschärften Waffengesetz auch die Ausweisung von mißliebigen Personen vorsah. Unter dieser Bestimmung des «Kleinen Belagerungszustandes» hatten zahlreiche Familien während des Sozialistengesetzes zu leiden.

Das Gesetz sollte zunächst nur bis zum 31. März 1881 gelten, wurde jedoch viermal verlängert, so daß es bis zum 30. September 1890 in Kraft blieb. Es beschränkte das legale Betätigungsfeld der Sozialdemokratie auf ihre Teilnahme an Reichstagswahlen und die Parlamentsarbeit. Die Bedeutung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wuchs deshalb mit der Dauer des Sozialistengesetzes, nachdem Versuche, den sozialdemokratischen Abgeordneten die Teilnahme an den Parlamentssitzungen zu verbieten und für die Verhandlungen des Reichstages ein «Maulkorbgesetz» zu erlassen, gescheitert waren. Während der gesamten Dauer des Sozialistengesetzes konnten sozialdemokratische Kandidaten – gemäß den Bestimmungen für die Personenwahl – aufgestellt werden, und an ihrem Abschneiden wurde der wachsende Rückhalt der verbotenen Partei in der Bevölkerung ablesbar.

Von den zahlreichen Haussuchungen in Hamburg, 22. Okt. Altona, Wandsbek und Harburg waren nicht nur prominente Sozialdemokraten betroffen, sondern auch viele einfache Mitglieder. Die Polizei suchte in ihren Wohnungen vor allem nach Drucksachen, Stempeln und Parteifahren.

Unter die Bestimmungen des Sozialistengesetzes fielen auch die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften. Von den zahlreichen Hamburger Zusammenschlüssen konnten

- 1878 nach dem 21. Oktober nur wenige Vereine weiterbestehen: darunter die Organisation der Schiffszimmerer, der Verein der Tapezierer, dem hauptsächlich Kleinmeister angehörten, sowie die Organisation der Buchdrucker, die rechtzeitig eine Unterstützungskasse gegründet hatten und mit einem solchen Vereinszweck ausdrücklich im Gesetz ausgeklammert waren. Diesem Beispiel folgten viele der verbotenen Organisationen, indem ihre Mitglieder auf die bestehenden freien Hilfskassen auswichen und bis 1890 eine Vielzahl lokaler Fachvereine neu entstehen ließen. In diesen dezentralen, traditionellen Einrichtungen war es möglich, die gewerkschaftlichen Kontakte aufrechtzuerhalten.
31. Okt. Das «Hamburg-Altonaer Volksblatt» wurde verboten und erschien an diesem Tag zum letzten Mal. Die von Dietz eingereichte Beschwerde, um die auflagenstarke Zeitung mit über 18 000 Abonnenten zu retten, hatte keinen Erfolg.
10. Nov. Als Nachfolgeorgan erschien aber bereits am 10. November die erste Ausgabe der «Gerichtszeitung. Tageblatt für Hamburg, Altona und Umgegend» in der Dietz'schen Druckerei. Sie wurde in Altona beschlagnahmt, in Hamburg jedoch nicht verboten, so daß sie nach acht Tagen auch in Altona als zugelassen galt und bald einen festen Leserkreis von 12 000 Abonnenten besaß.
28. Nov. Der § 28 des Sozialistengesetzes trat für Berlin und Umgegend in Kraft, damit wurde der kleine Belagerungszustand über dieses Gebiet verhängt. Bereits am folgenden Tag wurden mehr als 60 Personen ausgewiesen. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Familienväter, deren Existenzen zerstört und die brutal von ihren Angehörigen getrennt wurden. Diese Ausweisungspraxis rief empörte Reaktionen in weiten Bevölkerungskreisen hervor. Trotz des Verbots von Geldsammungen für sozialdemokratische Zwecke gingen bei örtlichen Komitees und bei Bebel in Leipzig große Geldbeträge zur Unterstützung der Ausgewiesenen ein. Viele von ihnen versuchten, in Hamburg eine neue Erwerbsmöglichkeit zu finden. Hier galten weiterhin das örtliche Vereinsgesetz und die

Bestimmungen des Sozialistengesetzes. Bismarck übte aber in 1878
den folgenden Monaten verstärkt Druck auf den Hamburger
Senat aus, auch dieses Zentrum der Arbeiterbewegung zum
Belagerungsgebiet zu erklären.

Ein Fabrikinspektorat als sozialpolitische Aufsichtsbe- 1879
hörde für das Hamburger Gewerbe nahm seine Arbeit auf. 1. Jan.
Der Senat hatte es jahrelang abgelehnt, eine solche Einrich-
tung zu schaffen, obwohl schon die Gewerbeordnung von
1869 den Einsatz von Aufsichtsbeamten, zumindest für die
Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte, vorsah.

In London erschien die erste Ausgabe der «Freiheit», her- Anfang
ausgegeben von Johann Most und Franz Josef Ehrhart, die Jan.
Unterstützung vom örtlichen kommunistischen Arbeiterbil-
dungsverein erhielten. Es gelang ihnen, einen Teil der Auflage
unter verschiedenen Tarnnamen in Deutschland zu verbrei-
ten. Hamburg war Zentralpunkt für den Vertrieb, der über
die Deckadresse des Reichstagsabgeordneten Ernst Breuel
lief und hauptsächlich von den aus Berlin Ausgewiesenen auf-
rechterhalten wurde. In Hamburg und Altona besaß die Zei-
tung bald einige hundert Abonnenten.

Most war Anfang Dezember 1878 aus Berlin ausgewiesen
worden und über Hamburg nach London gekommen. Es gel-
ang ihm nicht, Mitarbeiter für seine Zeitung in Deutschland
zu gewinnen, da führende Sozialdemokraten zunächst die
Herausgabe eines Exilblattes ablehnten und Versuche be-
fürworteten, gemäßigte sozialdemokratische Zeitungen in
Deutschland zu veröffentlichen. Zu immer schärferen Kon-
flikten mit der Londoner Redaktion kam es, als die «Frei-
heit», die ursprünglich einen konsequenten parlamentari-
schen Kampf gegen das Ausnahmegesetz gefordert hatte, eine
antiparlamentarische, anarchistische Haltung einnahm.

In Opposition zur politischen Kursänderung der Fort- 4. März
schrittspartei gründete eine Gruppe ihrer Mitglieder den
Verein der Hamburger Demokraten unter dem Vorsitz von
Arnold Lindwurm. Die Partei, deren Abgeordnete am 19.
Oktober 1878 noch gegen das Sozialistengesetz gestimmt hat-

1879 ten, vollzog bereits im November desselben Jahres eine Abkehr von den demokratischen Leitsätzen ihres ursprünglichen Programms. Der Hamburger Verein hatte aber nur kurzen Bestand und schloß sich noch 1879 wieder der Fortschrittspartei an.

Mai Bismarck richtete eine vertrauliche Anfrage an den Hamburger und Bremer Senat, um Verhandlungen über den Eintritt beider Städte in den Zollverein einzuleiten. Sein Bestreben war, die wirtschaftspolitische Sonderstellung dieser Städte aufzuheben und ihren Freihafenstatus abzuschaffen. Die einflußreichen Hamburger Großkaufleute und die Vertreter der Exportindustrie traten für eine Beibehaltung der Freihandelsregelung ein, da sie von dem Schutzzollsystem wirtschaftliche Nachteile erwarteten. Diese Haltung vertrat auch der Senat, der einen Anschluß an den Zollverein ablehnte, da er weder im hamburgischen noch im deutschen Interesse läge, und nur der Einsetzung einer Untersuchungskommission zustimmte, von der er sich aufschiebende Wirkung versprach.

Die Hamburger Arbeiterschaft stand einem Zollanschluß der Stadt ebenfalls negativ gegenüber, da sie Arbeitsplätze im Hafen gefährdet sah und eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung befürchtete. In der vorausgegangenen öffentlichen Diskussion dieser Frage hatte die Sozialdemokratie ihren Standpunkt immer deutlich vertreten; unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes besuchten viele sozialdemokratische Arbeiter Versammlungen des liberalen Wahlvereins, um so ihre ablehnende Haltung zu dokumentieren. Solange das Zollproblem ungeklärt war, wollte der Hamburger Senat sich diese Unterstützung sichern und lehnte eine Verhängung des Kleinen Belagerungszustandes über das hamburgische Staatsgebiet ab.

Mai/ Juni Die Polizei führte mehrere Haussuchungsaktionen in Hamburg und Ottensen durch, um den Vertrieb der «Freiheit» zu unterbinden. Dabei wurden insgesamt 45 Personen verhaftet, darunter auch Ernst Breuel, an den die Zeitungsendungen hauptsächlich adressiert waren.

An der ausgesprochen zurückhaltenden Berichterstattung der «Gerichtszeitung» über diese Vorgänge entzündete sich ein scharfer Streit über Inhalte und Funktion einer sozialdemokratischen Presse unter dem Sozialistengesetz. 1879

In den Räumen der Hamburger «Gerichtszeitung» wurden Pläne zur Herausgabe eines sozialdemokratischen Organs im Ausland beraten, um auf diese Weise ein Gegengewicht zur Londoner «Freiheit» zu schaffen. Liebknecht war zu dieser Konferenz aus Leipzig angereist. Gegen die Stimmen von August Geib und Wilhelm Blos, die weiterhin eine gesetzliche Taktik befürworteten, stimmte die Mehrheit der Teilnehmer für die Schaffung eines sozialdemokratischen Exilorgans. Probleme ergaben sich bei der Finanzierung und personellen Leitung des Blattes. 19. Juli

In Hamburg starb August Geib, kurz vor Vollendung seines 37. Lebensjahres. Seine Beisetzung am 3. August gestaltete sich zu einer mächtigen sozialdemokratischen Demonstration. Etwa 30 000 Menschen gaben Geib das letzte Geleit zum Friedhof vor dem Dammtor, noch mehr standen an den Rändern der Straßen, die der Zug passierte. Wegen der unerwartet großen Beteiligung hielt sich die Polizei zurück, obwohl durch rote Bänder, Schleifen und Blumen, die fast alle Teilnehmer trugen, der politische Charakter des Ereignisses nicht zu übersehen war. Die Mitglieder mehrerer aufgelöster Gewerkschaften bildeten geschlossene Blöcke im Leichenzug. Ein großer Teil der Demonstranten kam von außerhalb, darunter auch Wilhelm Liebknecht. 1. Aug.

Den führenden Sozialdemokraten gelang es, nach der Berdigung eine illegale Konferenz in der Karolinenstraße abzuhalten, in der Probleme der Parteiorganisation und die Pressefrage beraten wurden. Die Exilzeitung sollte in der Schweiz erscheinen und nach Deutschland eingeschmuggelt werden. Als wichtigstes Ergebnis wurde der Aufbau einer illegalen Parteiorganisation beschlossen, die sich den örtlichen Möglichkeiten anpassen und Gesangs-, Sport- oder andere Vereine zur Tarnung nutzen sollte. Die Teilnehmer verabschiedete. 3. Aug.

1879 deten Richtlinien für die Organisations- und Agitationsarbeit und vereinbarten überregionale Kontakte.

In Hamburg gab es noch immer einen guten Zusammenhalt unter der sozialdemokratischen Anhängerschaft, wie der Verlauf der Begräbnisdemonstration gezeigt hatte. Die Erarbeitung eines neuen Organisationsplans für die Hamburger Partei wurde einer Gruppe um Ignaz Auer übertragen. Noch im August fand ein geheimes Treffen dieses Kreises im Hamburger Gehölz statt. Da bei dieser Zusammenkunft auch ein Ende Polizeispitzel anwesend war, kam es zu zahlreichen Haus-
Aug./ suchungen bei Sozialdemokraten und mehreren Verhaftun-
Anfang gen wegen des Vertriebs der «Freiheit». Die Schaffung einer
Sept. illegalen Parteiorganisation wurde dadurch um einige Zeit verzögert.

28. Sept. In Zürich erschien eine Probenummer der Exilzeitung «Sozialdemokrat», die vom illegalen Parteitag im Mai 1880 zum offiziellen Parteiorgan erklärt wurde. Die Auflage entwickelte sich gut, und schon bald hatte der «Sozialdemokrat» einen größeren Leserkreis als die «Freiheit». Sein Vertrieb in Hamburg erfolgte unabhängig von der Partei über ein eigenes Verteilungssystem.

Ende Der Aufbauplan für die illegale Hamburger Parteiorgani-
Dez. sation wurde während eines geheimen Treffens endgültig verabschiedet. Unter den Bedingungen des Ausnahmegesetzes erschien ein straffer Aufbau von oben nach unten mit eingeschränkten Kontakten zwischen den einzelnen Parteiebenen am sichersten. Die Leitung lag bei einer Achterkommission, die aus ihrer Mitte die Mitglieder für die dreiköpfige Exekutive wählte. Hauptaufgabe dieses Gremiums war die Verwaltung einer Parlamentswahl- und einer Unterstützungskasse. Der weitere Plan orientierte sich an der Hamburger Wahlkreiseinteilung. Für jeden der drei Wahlkreise wurde ein Kreisführer eingesetzt, dem wiederum Distriktsführer unterstanden. Als unterste Parteiebene waren Bezirksführer vorgesehen; sie hielten den Kontakt zur Mitgliederschaft. Die neue Organisation festigte sich zuerst im zweiten, dann im

ersten und schließlich im dritten Hamburger Wahlkreis und bestand mit Änderungen während der gesamten Dauer des Ausnahmegesetzes. 1879

Auch in Altona gelang es, eine illegale Partei aufzubauen, die ebenso wie die Hamburger Organisation Kontakte zu schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten unterhielt und Hilfestellung bei Neugründungen in diesem Gebiet gab.

So bildeten sich gut ein Jahr nach der Verabschiedung des Sozialistengesetzes in zahlreichen Orten geheime Parteigliederungen. Zwischen ihnen und der offiziell arbeitenden Reichstagsfraktion kam es in der Folgezeit mehrmals zu politischen Konflikten.

Ein neues Wahlgesetz zur Hamburger Bürgerschaft trat in Kraft. Senat und Parlament hatten sich am 13. Oktober 1879 auf eine Verfassungsänderung geeinigt und die Zahl der Abgeordneten von 192 auf 160 verringert. Abweichend vom bisherigen Wahlrecht sollten 80, also die Hälfte der Sitze, durch die «allgemeinen» Wahlen der einkommensteuerzahlenden Bürger und je 40 durch die Wahlen der Grundeigentümer und Notabeln vergeben werden. Der letztgenannten Wählergruppe gehörten die Mitglieder der behördlichen Deputationen und die ehemaligen Laienrichter an, die aufgrund der Reichsjustizgesetze von 1876/77 ihre Funktion verloren hatten. 1880 19. Jan.

Diese Veränderungen in der Rechtsprechung waren der äußere Anlaß für die Verfassungsreform in Hamburg, die wiederum zu keiner Demokratisierung der Wahlen führte: Das Wahlrecht blieb den Bürgern vorbehalten, und selbst an der Gruppenwahl und der sich häufig daraus ergebenden doppelten oder sogar dreifachen Stimmabgabe der Grundeigentümer und Notabeln änderte sich nichts. 1880/81 war im Gegensatz zu den knapp 104 000 männlichen Hamburgern im Alter von über 25 Jahren, die den Reichstag wählen konnten, nicht einmal ein Fünftel dieser Gruppe auch für die Bürgerschaft stimmberechtigt.

Vollständige Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft in Febr.

1880 drei Wahlgängen. Am 20. Februar 1880 wählte die Gruppe der etwa 20 000 Bürger, am 24. fanden die Grundeigentümergebührenwahlen mit knapp 5500 Wahlberechtigten statt, und am 27. gaben die 575 Notabeln ihre Stimme ab. Dieser engbegrenzte Wählerkreis bestimmte die Zusammensetzung des Parlaments der Hansestadt, in der am 1. Dezember 1880 fast 407 000 Menschen lebten.

März In Hamburg und Altona gelang es den in Fachvereinen zusammengeschlossenen Tischlern, eine Geldsammlung zugunsten ihrer streikenden Berufsgenossen in Berlin zu organisieren. Auch im Hamburger Raum gab es Ansätze für Lohnbewegungen, zu einem Streik kam es jedoch nur in der Druckerei des «Hamburgischen Correspondenten».

27. Apr. Nachwahl im zweiten Hamburger Wahlkreis, dessen nationalliberaler Abgeordneter sein Mandat niedergelegt hatte. Die Sozialdemokraten nominierten wiederum G. W. Hartmann. Es war ihnen jedoch nicht möglich, einen breiten öffentlichen Wahlkampf zu führen: Flugblätter durften nicht verteilt werden, der Wahlfonds wurde beschlagnahmt und das Wahlkomitee verhaftet. Die Partei druckte dennoch Flugschriften und konzentrierte ihre Agitation auf die Betriebe und Wohnungen. Trotz der Behinderungen wurde ihr Kandidat im ersten Wahlgang mit deutlicher Mehrheit gewählt. Der zweite Hamburger Wahlkreis, der das Stadtgebiet westlich der Binnenalster und des Rödingsmarkts bis zur Altonaer Grenze umfaßte, war damit der erste, der unter dem Sozialistengesetz von der SAPD gewonnen wurde.

30. Apr. In St. Pauli fand eine Protestversammlung der Einwohner gegen die Eingliederung ihres Stadtteils in den Deutschen Zollverein statt. Den Anstoß bildete ein Antrag Preußens beim Bundesrat, die Freihafengebiete Altona und einen Teil der Hamburger Vorstadt St. Pauli sofort in den Zollverein aufzunehmen. Der Senat hatte gegen diesen Antrag protestiert und an den Bundesrat appelliert, dem Zollanschluß dieser wirtschaftlich so wichtigen Vorstadt ohne Hamburger Einverständnis nicht zuzustimmen. Damit hatte sich der an-

dauernde Konflikt zwischen Hamburg und der Reichsregierung um eine Regelung der Freihafenfrage zugespitzt. 1880

Die Geltungsdauer des Sozialistengesetzes wurde bis zum 31. Mai 30. September 1884 verlängert.

Der erste illegale sozialdemokratische Parteitag fand in der Schweiz auf Schloß Wyden statt, getarnt als Versammlung der Kranken- und Sterbekassen deutscher Arbeitervereine. Die Wahl der Delegierten hatten kleine Gruppen von Vertrauensleuten in den einzelnen Orten vorgenommen. Hamburg und Altona entsandten vier Vertreter. 20.–23. Aug.

Der Kongreß übertrug der Reichstagsfraktion die Leitung der illegalen Partei und beschloß die Teilnahme an allen Wahlen. Das Parteiprogramm wurde geändert und die Verfolgung der Parteiziele «mit allen Mitteln», statt wie bisher «mit allen gesetzlichen Mitteln», darin festgeschrieben. Damit reagierten die Sozialdemokraten auf die Bestimmungen des Sozialistengesetzes, nach denen es – mit Ausnahme der Parlamentsarbeit – keine gesetzlichen Parteiaktivitäten mehr gab. Der «Sozialdemokrat» wurde als offizielles Parteiorgan bestätigt. Die Delegierten billigten die Ausschlüsse von Johann Most und Wilhelm Hasselmann wegen deren anarchistischer Äußerungen. Der Reichstagsabgeordnete Hasselmann war im November 1878 aus Berlin ausgewiesen worden, er hatte sich bis Ende Juli 1880 in Hamburg aufgehalten und hier die «Deutsche Zeitung» herausgegeben. In der Reichstagsdebatte am 4. Mai hatte er sich für anarchistische Aktionen und gegen parlamentarisches Taktieren ausgesprochen und sich damit in Opposition zur Politik seiner Fraktion gestellt.

In Altona protestierten die Sozialdemokraten mit einer Flugblattaktion gegen die am Sedanstag geplante Enthüllung eines Kriegerdenkmals. Die Polizei verhaftete zahlreiche Personen. 2. Sept.

Über Hamburg, Altona und Umgegend wurde für zunächst ein Jahr der kleine Belagerungszustand verhängt, nachdem bis zuletzt dementiert worden war, daß Hamburg und Preußen dem Bundesrat einen entsprechenden Antrag 28./29. Okt.

- 1880 zugeleitet hätten. Damit waren – außer in Berlin und Umgegend – Sozialdemokraten auch in diesem Gebiet von einer möglichen Ausweisung bedroht. Die Geltung der verschärften Bestimmungen wurde jährlich erneuert, so daß der Ausweisungsparagraph ohne Unterbrechung bis zum 30. September 1890 zur Anwendung kam. Wenige Tage vor der ersten Verlängerung trat der § 28 des Sozialistengesetzes am 25. Oktober 1881 auch in Harburg in Kraft. In diesem erweiterten nördlichen Belagerungsgebiet erhielten bis 1890 333 Personen ihren Ausweisungsbescheid, der für den gesamten Bezirk galt.
2. Nov. Erste Ausweisungswelle aus Hamburg, Altona, Ottensen, Wandsbek und Umgegend. 75 Personen wurde von der Polizei mitgeteilt, daß sie innerhalb der nächsten Tage dieses Gebiet zu verlassen hätten. Unter ihnen waren viele der zuvor aus Berlin Ausgewiesenen, alle Redakteure der «Gerichtszeitung» und zahlreiche führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter, so der Reichstagsabgeordnete Hartmann, das gesamte Wahlkomitee und die Brüder August und Otto Kappell. 67 Familienväter wurden von der Ausweisung betroffen, eine sofort eingeleitete Sammlung für sie und ihre Angehörigen verlief sehr erfolgreich.
- Bis Ende 1880 erhöhte sich die Zahl der Ausgewiesenen auf 127. Damit wurden aus keinem anderen Belagerungsgebiet während der gesamten Dauer des Sozialistengesetzes in einem Jahr mehr Personen ausgewiesen als 1880 im Hamburger Raum.
- Anfang Nov. Illegale Parteikonferenz in St. Georg über den Fortbestand und die Neuformierung der von den Ausweisungen betroffenen Partei.
18. Nov. Der Inhaber der Hamburger Genossenschaftsdruckerei, J. H. W. Dietz, mußte Hamburg verlassen und zog nach Harburg. Er hatte erreichen können, daß seine Ausweisung zwei Wochen aufgeschoben wurde, und sicherte so in dieser Zeit das weitere Erscheinen der «Gerichtszeitung». Die Redaktion nahm ihre Arbeit in Harburg auf; Mitte Dezember 1880 kehrte der ausgewiesene Auer hierher zurück und Anfang

1881 schloß sich der ebenfalls aus Hamburg vertriebene Wilhelm Bloss als ständiger Mitarbeiter der Zeitung an. Die räumliche Nähe zu Hamburg veranlaßte viele der von den Ausweisungen Betroffenen, sich in Harburg niederzulassen; einige von ihnen wagten im Winter Besuche in Hamburg über die zugefrorene Elbe. 1880

Ab November nahmen die Auswanderungen ins Ausland, besonders in die USA, zu. Viele der Ausgewiesenen, denen der Aufbau einer neuen Existenz nicht gelang, sahen in diesem Schritt ihre letzte Chance. Zigarrenarbeiter waren unter den Auswanderern häufig vertreten. Das hatte folgende Gründe: Viele Mitglieder dieser politisch besonders aktiven Berufsgruppe erhielten Ausweisungsbescheide und gerieten in eine verzweifelte Situation, da die schlechte Wirtschaftslage in der Tabakindustrie ihre Suche nach einem neuen Arbeitsplatz sehr erschwerte. ab Nov.

Die Abreise der Auswanderer vom Hamburger Hafen erhielt durch die zahlreichen Abschiednehmenden häufig den Charakter einer politischen Kundgebung. Besonders groß war der Demonstrationszug, als Otto Reimer, führendes Mitglied der Altonaer Sozialdemokraten, die Fahrt in die USA antrat.

Dem Reichstag ging ein Regierungsentwurf für ein Unfallversicherungsgesetz zu. Er sah die Schaffung einer Reichsversicherungsanstalt vor, bei der Arbeiter in Bergwerken, auf Werften, im Baugewerbe und in Fabriken zwangsversichert sein sollten. Die Finanzmittel sollten von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und über einen Reichszuschuß aufgebracht werden. Die Versicherten hatten Anspruch auf Erstattung der Heilkosten und finanzielle Unterstützung bei Erwerbsunfähigkeit als Folge eines Arbeitsunfalls. Damit sollte die Armenfürsorge entlastet werden, da nach der bisherigen Praxis ein Unternehmer für die Unfallkosten nur aufkam, wenn ihm ein Verschulden nachgewiesen werden konnte; war dieses nicht möglich, blieb der verunglückte Arbeiter auf die Ortsarmenverbände angewiesen. 1881 8. März

- 1881 In der ersten Beratung im Reichstag am 1. April 1881 wurde der Entwurf jedoch kritisiert, da die bürgerlichen Parteien in der Errichtung einer staatlichen Versicherungsanstalt und im geplanten Reichszuschuß einen ersten Schritt zum Staatssozialismus sahen. Das mehrfach überarbeitete Gesetz trat erst am 6. Juli 1884 in Kraft und setzte Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung ein.
23. März Die «Gerichtszeitung» wurde wegen eines Artikels über die Lage in Rußland nach dem Attentat auf den Zaren verboten und am weiteren Erscheinen gehindert. Die sofortige Herausgabe eines Nachfolgeblattes gelang nicht: Schon die Probenummer der «Allgemeinen Nachrichten für Hamburg, Altona und Umgegend», die wenige Tage später erschien, wurde beschlagnahmt.
- März/
April Als Folge dieses Zeitungsverbots mußte die Genossenschaftsdruckerei ihren Personalbestand verkleinern. Die Redaktionsmitglieder verließen Harburg: Auer zog nach Schwerin, und Dietz ging über Lübeck nach Stuttgart, wo er am 31. Dezember 1881 den Verlag J. H. W. Dietz gründete. Zuvor war es ihm jedoch gelungen, den Schriftsteller und Lehrer Johannes Wedde zur Herausgabe einer getarnten sozialdemokratischen Zeitung zu bewegen. Wedde, der als Journalist bei den «Hamburger Nachrichten» und dem «Hamburgischen Correspondenten» gearbeitet hatte, konnte die behördlichen Schwierigkeiten überwinden.
17. Apr. Am 17. April brachte er in der Hamburger Druckerei Carl Reese die erste Nummer der «Bürgerzeitung» heraus und setzte damit die sozialdemokratische Pressearbeit in Hamburg fort. Das neue Blatt konnte über sechs Jahre erscheinen und erreichte einen festen Leserkreis von 12 000 Abonnenten.
25. Mai Hamburger Senatsvertreter unterzeichneten in Berlin einen Vorvertrag über den Zollanschluß der Hansestadt. Die Verhandlungen und ihr Abschluß wurden zunächst geheimgehalten. Sie waren zustande gekommen, da sowohl die Hamburger als auch die Reichsregierung daran interessiert waren, vor der Reichstagswahl im Oktober diesen langandauernden

Streit zu beenden. Die Stadt trat als Ganzes dem Zollverein bei, behielt jedoch einen verkleinerten Bezirk an der Nordelbe mit Freihafenstatus. In diesem Gebiet konnten Großhandel und Exportindustrie auch weiterhin unabhängig von den sonst geltenden Zollbestimmungen ihre Waren lagern und weiterverarbeiten. Im Freihafen waren Kleinhandelsläden verboten; dort wohnen durften nur Personen, die Aufsichtsfunktionen zu erfüllen hatten. 1881

Für Hamburg brachten diese Vereinbarungen tiefgreifende bauliche und soziale Veränderungen mit sich. Der gesamte Freihafenbezirk wurde verlagert, Fabrikhallen und Lager Räume mußten neu errichtet und dafür ganze Wohngebiete geräumt und abgerissen werden. Für die umfangreichen Bauarbeiten wurde der Stadt eine Frist von gut sieben Jahren gesetzt, so daß der tatsächliche Anschluß an einem Termin nach dem 1. Oktober 1888 vollzogen werden sollte. An den erheblichen Baukosten, die sich schließlich auf 126 Millionen Mark beliefen, beteiligte sich das Reich mit einem Zuschuß von 40 Millionen Mark. Im Zuge der Bauarbeiten mußten fast 24 000 Menschen ihre Wohnungen verlassen und sich in anderen Stadtteilen eine neue Bleibe suchen. Besonders davon betroffen waren die Bewohner der Vororte Steinwerder und Kleiner Grasbrook, die fast vollständig innerhalb der neuen Freihafengrenzen lagen. Aber auch Teile der Altstadt wurden für Zollanschlußbauten geräumt. Viele der zum Umzug Genötigten ließen sich in Hammerbrook, dem Billwerder Ausschlag und in St. Pauli nieder oder suchten sich in den weiter entfernten Stadtteilen Barmbek, Borgfelde, Hamm und Eimsbüttel eine neue Wohnung.

Die Hamburger Bürgerschaft stimmte nach langen, heftigen Debatten dem Vertrag über den Zollanschluß zu und billigte am 23. Februar 1883 den Bebauungsplan, so daß die Bauarbeiten Ende 1883 begannen. 15. Juni

Die Hamburger Sozialdemokraten befürworteten den ausgehandelten Zollanschluß, da bei der angekündigten Aufnahme Altonas, Wandsbeks und der Unterelberegion in den

- 1881 Zollverein eine Isolierung der Stadt zu befürchten war. Im «Sozialdemokrat» übten sie jedoch scharfe Kritik an der Politik des Senats, der sich der Verhängung des Belagerungszustands nur so lange widersetzt hatte, bis sich eine Lösung des Freihafenproblems abgezeichnet hatte, und anschließend von der Ausweisungsregelung reichlich Gebrauch machte.
25. Okt. Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Harburg und damit Erweiterung des nördlichen Belagerungsgebietes, aus dem bis Ende 1881 weitere 98 Personen ausgewiesen wurden. Die drei zuständigen Polizeibehörden in Hamburg, Schleswig und Lüneburg standen in engem Kontakt miteinander, so daß es den Betroffenen nicht möglich war, sich in einem anderen Teil des mehr als 1000 km² großen Ausweisungsgebietes niederzulassen. Viele der vertriebenen Sozialdemokraten wichen deshalb auf die umliegenden Landgebiete aus. Dort nahmen sie ihre politischen Aktivitäten wieder auf, was zu zahlreichen örtlichen Parteigründungen und einer Belebung der Bewegung führte.
27. Okt. Reichstagswahlen. Die Sozialdemokraten nominierten den Schriftsteller Moritz Rittinghausen im ersten Wahlkreis als Nachfolger für den verstorbenen Geib. Im zweiten Wahlkreis kandidierte Dietz für Hartmann, der sich aus der Politik zurückziehen wollte. Breuel wurde wiederum im dritten Hamburger Wahlkreis aufgestellt.
- Beherrschendes Thema vor der Wahl war die Einführung eines staatlichen Tabakmonopols, über das es in der Arbeiterschaft unterschiedliche Meinungen gab. Die Sozialdemokraten hatten in Hamburg erneut keine Möglichkeit, einen öffentlichen Wahlkampf zu führen: Versammlungen waren verboten, zwei der Kandidaten und viele aktive Parteimitglieder aus Hamburg ausgewiesen, Plakatkleber und Flugblattverteiler mußten mit ihrer Verhaftung rechnen. Dennoch gewann Dietz am 11. November 1881 die Stichwahl in seinem Wahlkreis, so daß die Sozialdemokraten das im vergangenen Jahr gewonnene Mandat behielten. Insgesamt konnte die SAPD die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten um drei auf zwölf erhöhen.

Der Wahlerfolg belebte die Bezirks- und Distriktsorganisation der Partei. Größere Treffen von Parteimitgliedern wurden an einsamen Orten außerhalb, so in der Haake, oder innerhalb der Stadt, hier in einer Schonung zwischen Barmbek und Winterhude, abgehalten. 1881 ab Okt.

Zur Eröffnung des neugewählten Reichstags verlas Bismarck eine «Kaiserliche Botschaft zur Sozialpolitik», in der dem Parlament die «positive Förderung des Wohles der Arbeiter» empfohlen wurde. Dieses Ziel sollte erreicht werden durch einen überarbeiteten Entwurf zur Unfallversicherung und Vorlagen zur Neuregelung der Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung. 17. Nov.

Der «Sozialdemokrat» unterzog diese Botschaft einer scharfen Kritik und betonte die revolutionäre Haltung der Partei. Er rief damit heftige Proteste des reformerischen Parteiflügels hervor, zu dem Bloss, Wilhelm Hasenclever und der Hamburger Reichstagskandidat Breuel gehörten. Breuel versuchte, eine Resolution gegen das Blatt im Führungsgremium der Hamburger Partei durchzusetzen, hatte damit aber keinen Erfolg. Die Reichstagsfraktion vertagte den Konflikt bis zum nächsten Parteitag und erklärte, der «Sozialdemokrat» bleibe offizielles Parteiorgan; sie lehnte es jedoch ab, die Verantwortung für jeden einzelnen Artikel zu übernehmen.

Die Ankündigung der Sozialversicherungsvorlagen leitete die sogenannte «milde Praxis» bei der Handhabung des Sozialistengesetzes ein. Die Zahl der Ausweisungen aus dem nördlichen Belagerungsgebiet ging 1882 auf 18 zurück. Einzelne Arbeiterversammlungen durften abgehalten werden, und die Arbeiterpresse konnte sich im Rahmen der gesetzlichen Auflagen etwas freier entfalten. Ende 1881 / Anfang 1882

Nach dem Verbot der Gewerkschaftsbewegung 1878 hatten sich in Hamburg die Mitgliederzahlen der nach Berufszweigen organisierten Krankenkassen stark erhöht, da diese Organisationen in der Regel nicht unter die Bestimmungen des Ausnahmegesetzes fielen. 1882 gab es in Hamburg annähernd 300 Kranken- und Sterbekassen, in Altona waren es

1882 fast 150. Dabei handelte es sich nicht nur um lokale Zusammenschlüsse, auch die beiden größten zentralen Berufskassen, die der Tischler und – bis zu ihrem Verbot 1878 – auch die der Metallarbeiter, hatten ihren Sitz in Hamburg.

Die eigentlichen Gewerkschaftsziele in Lohnkonflikten und Fragen der Arbeitsbedingungen ließen sich mit diesem weitverzweigten System von Unterstützungskassen jedoch nur schwer verfolgen. Sozialdemokratisch orientierte Vertreter verschiedener Berufszweige beschlossen deshalb Anfang 1882, unterstützt von der Partei, die Gründung von Fachvereinen bei der Polizeibehörde zu beantragen. Nach mehreren Verboten, vorbereitende Versammlungen einzuberufen, wurde am 11. August der Hamburger Fachverein der Maurer gegründet, dem ein halbes Jahr später bereits 1800 Mitglieder angehörten. In ihm waren zunächst auch die Unternehmer vertreten, er entwickelte sich aber in den folgenden Jahren immer stärker zu einer gewerkschaftlichen Organisation, die sich der Hauptprobleme in diesem Berufszweig annahm: der Gefährdung der Bauarbeiter durch unsichere Gerüste und der weiten Verbreitung der Akkordarbeit.

11. Aug.

19.–21. Aug. In Zürich trafen sich führende sozialdemokratische Politiker, um Organisationsfragen zu beraten und einen Parteitag für das folgende Frühjahr vorzubereiten. Der «Sozialdemokrat» behielt seine Selbständigkeit; Bestrebungen, die redaktionelle Arbeit von der Reichstagsfraktion kontrollieren zu lassen, konnten nicht durchgesetzt werden.

1. Okt.

Gründung des Fachvereins der Zigarrenarbeiter Hamburgs, der sich die Verbesserung der Lage der Beschäftigten in diesem Berufszweig und die Abschaffung der Heimarbeit zum Ziel setzte. Der Vereinsgründung waren mehrere öffentliche Versammlungen vorausgegangen, die aufgrund der regen Diskussion über die Frage des Tabakmonopols von der Polizei genehmigt wurden.

Bereits ein Jahr zuvor war die Arbeit im Geselligkeitsverein der Hamburger Zigarrensortierer, dem Freundschaftsclub, auf gewerkschaftliche Fragen ausgedehnt und der Zigarren-

sortierer Adolf von Elm mit der Erarbeitung einer Lohnstatistik beauftragt worden. Auf seine Anregung hin wurden die Beiträge angehoben, so daß die Leistungen bei Unfällen und Arbeitslosigkeit verbessert werden konnten. 1882

Eine spürbare Belebung erfuhr die Fachvereinsbewegung in Hamburg aber erst ab 1882, als neben den Maurern und Zigarrenarbeitern auch die Werftarbeiter, Bildhauer, Bürsten-, Korb- und Schuhmacher, Seiler und einige andere kleine Berufsgruppen sich in Fachvereinen zusammenschlossen.

Der Reichstag beriet den sozialdemokratischen Antrag, der vom Bundesrat beschlossenen Verlängerung des Belagerungszustandes für die Gebiete Berlin, Leipzig und Hamburg-Altona nicht zuzustimmen. Die Vorlage wurde von einigen volksparteilichen Abgeordneten unterstützt, fand im Parlament aber keine Mehrheit. Am 11. Januar 1883 lehnte der Reichstag ebenfalls einen Gesetzentwurf der SAPD-Fraktion zur Aufhebung des Sozialistengesetzes und aller anderen im Reich geltenden Ausnahmegesetze ab, dem sich auch drei bürgerliche Abgeordnete angeschlossen hatten. Die Sozialdemokraten nutzten beide Debatten, um die Stärke ihrer Partei zu dokumentieren und zweifelhafte Spitzelpraktiken der Polizei bekanntzumachen. 14. Dez.

Erste halbschichtige Erneuerung der Hamburger Bürgerschaft nach dem Wahlgesetz vom Januar 1880. Gewählt wurde in der Hälfte der Wahlbezirke der ersten und zweiten Gruppe: Am 16. Februar 1883 gaben die Bürger und am 20. die Grundeigentümer ihre Stimme ab. Dagegen konnte der gesamte Kreis der Notabeln am 23. Februar die Hälfte der ihm zustehenden Mandate neu vergeben. 1883 Februar

Der zweite illegale sozialdemokratische Parteitag fand in Kopenhagen statt. Die Polizeibehörden rechneten mit einem Tagungsort in der Schweiz, so daß es den etwa 60 Delegierten gelang, in der dänischen Hauptstadt zusammenzutreffen. Die Abonnentenzahl des «Sozialdemokrat» hatte sich sehr günstig entwickelt. Der Kongreß lehnte die eingeleiteten staatlichen Sozialreformen als taktische Manöver ab, beschloß je- 29. März - 2. Apr.

- 1883 doch, in der Parlamentsarbeit für alle Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft zu stimmen, ohne die sozialistischen Zielvorstellungen aufzugeben. Es wurde beschlossen, auch weiterhin an den Wahlen teilzunehmen und trotz der Behinderungen eine möglichst rege Agitation zu betreiben. Auf der Rückreise vom Kongreß wurden mehrere Teilnehmer, darunter Auer, Bebel, Dietz und Karl Frohme, in Kiel und Neumünster verhaftet.
15. Juni Verabschiedung eines Krankenversicherungsgesetzes, nach dem gewerbliche Arbeiter – bis zu einer bestimmten Verdienstgrenze – zur Mitgliedschaft in einer Ortskrankenkasse oder eingeschriebenen Hilfskasse verpflichtet waren.
15. Juni Im ersten Hamburger Wahlkreis fand eine Nachwahl für den Reichstag statt, da der Abgeordnete der Fortschrittspartei Selbstmord verübt hatte. Die Sozialdemokraten bemühten sich um einen bekannten Bewerber und konnten Bebel zur Kandidatur bewegen. Dieser entschied am 29. Juni 1883 die Stichwahl knapp für sich, so daß Hamburg zum ersten Mal zwei sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag entsandte. Der Wahlkampf wurde trotz ständiger Behinderungen im südöstlichen Bezirk des Wahlkreises besonders intensiv betrieben, so daß die Süderstraße nach diesem Erfolg inoffiziell in «Bebelsallee» umbenannt wurde. Unterstützung erhielten die Hamburger Sozialdemokraten besonders aus Dänemark. Die Polizei nahm dies zum Anlaß, im August acht dänische Staatsbürger aus dem nördlichen Belagerungsgebiet auszuweisen.
1. Aug. Am Todestag von August Geib, dem früheren sozialdemokratischen Kandidaten im ersten Hamburger Wahlkreis, wurde sein Grab besonders reich mit Blumen geschmückt. Im folgenden Jahr wiederholte sich diese Demonstration, und nahezu 2000 Menschen besuchten an diesem Tag die Grabstätte.
24. Okt. Gründung eines Tischlerfachvereins in Hamburg. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten in dieser Berufsgruppe waren im Sommer 1883 belebt worden, als die Hamburger Tischler –

trotz behördlicher Verbote – Streikbewegungen in Süddeutschland finanziell unterstützten. In Hamburg selbst kam es zu keinen größeren Lohnkonflikten. Auch 1883 setzte sich die Gründung von Fachvereinen fort, so bei den Bäckern, Dachdeckern, Maschinenbauern, Klempnern und Schneidern sowie in einigen anderen Berufszweigen. Die Aktivitäten der Vereine blieben jedoch im wesentlichen auf Mitgliederversammlungen beschränkt, da die Polizei immer häufiger öffentliche Veranstaltungen verbot. 1883

Der Hamburger Senat gab die Verlängerung des Belagerungszustandes um ein weiteres Jahr bekannt. 1883 wurden 24 Personen aus dem nördlichen Belagerungsgebiet ausgewiesen. 29. Okt.

Ab November setzten Bestrebungen ein, die zahlreichen freien Hilfskassen in Hamburg, Altona und Umgebung zu zentralisieren und so die Leistungsfähigkeit der häufig sehr kleinen und kapitalschwachen Organisationen, die in Konkurrenz zu den Ortskrankenkassen standen, zu erhöhen. Der Anstoß ging von einer größeren Krankenkasse in St. Pauli aus. Wilhelm Metzger leitete die Verhandlungen, hatte zunächst aber keinen Erfolg, da andere große Kassen einen Zusammenschluß ablehnten. ab Nov.

Erneute Verlängerung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, das nunmehr bis zum 30. September 1886 in Kraft bleiben sollte. 1884 28. Mai

Ein mehrfach überarbeitetes Unfallversicherungsgesetz für Arbeiter trat in Kraft. Der ursprüngliche Regierungsentwurf war dem Reichstag bereits am 8. März 1881 zugegangen. 6. Juli

Der Bundesrat stimmte der Anwendung des § 28 des Sozialistengesetzes in den drei Belagerungsgebieten Berlin, Hamburg, Leipzig und Umgebungen für ein weiteres Jahr zu. Aus dem nördlichen Belagerungsgebiet wurden bis Ende 1884 elf Personen ausgewiesen. 18. Sept.

Reichstagswahlen. Die Sozialdemokraten waren in ihrem Wahlkampf wiederum durch Polizeiaktionen behindert worden. Sie hatten dennoch Flugblätter verteilt und durch ge- 28. Okt.

1884 zielte Fragen in den Wahlveranstaltungen der gegnerischen Parteien für den eigenen Standpunkt geworben. Durch beschwerliche Agitationsfahrten in die umliegenden Landgebiete gelang es den Hamburger Sozialdemokraten, auch hier die Bewegung zu festigen.

Bebel und Dietz konnten im ersten Wahlgang den 1. und 2. Hamburger Wahlkreis verteidigen, Karl Frohme siegte in Altona, Wandsbek und dem Kreis Stormarn, dem 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Im 3. Hamburger Wahlkreis kam Stefan Heinzel als stärkster Kandidat in die Stichwahl, er unterlag jedoch am 11. November 1884 dem nationalliberalen Kaufmann Adolf Woermann. In Hamburg gingen die Sozialdemokraten mit 51,7 Prozent der Stimmen erstmals als stärkste Partei aus einem Hauptwahlgang hervor. Auch reichsweit konnten sie ihr Wahlergebnis bedeutend verbessern, sie erhielten 550 000 Wählerstimmen und entsandten 24 Abgeordnete in den neuen Reichstag.

1. Dez. In Hamburg schlossen sich 13 freie Krankenkassen zur Großen Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse zusammen. Dieser erneute Zentralisationsversuch ging von der Kasse des Arbeiterbildungsvereins aus, dem selber nur 200 Mitglieder angehörten, in dessen Krankenkasse aber – dank der Werbung der überwiegend sozialdemokratischen Mitgliederschaft – etwa 7000 Arbeiter versichert waren. Die vereinigten Kassen hofften, durch diesen Zusammenschluß die verschärften Auflagen für freie Hilfskassen – durch das Gesetz vom 1. Juni 1884, das am 1. Dezember in Kraft trat – besser erfüllen zu können und als attraktive Alternative zu den Ortskrankenkassen in der Arbeiterschaft Rückhalt zu finden.

Ende Nach dem erfolgreichen Ausgang der Reichstagswahl hatte die Hamburger Sozialdemokratie einen weiteren Aufschwung zu verzeichnen. Die Parteiorganisation festigte sich, da es ihr gelang, in fast allen Stadtteilen private Gaststätten als Verkehrslokale zu finden. Die Finanzlage der Hamburger Partei war durch regelmäßige Sammlungen und den Vertrieb

von Drucksachen außergewöhnlich gut, so daß sich die Zahl der unterstützten umliegenden Wahlkreise bis 1890 auf 49 erhöhte. Auch die Opfer des Ausweisungsparagraphen sowie die Reichstagsfraktion erhielten weiterhin Geldmittel von der Hamburger Parteigliederung. 1884

Bis zum Ende des Sozialistengesetzes blieb Hamburg das Zentrum für die Verbreitung sozialdemokratischer Literatur. Durch ein zuverlässiges Verteilungssystem – die «rote Feldpost» – und unauffällige Deckadressen konnte die Freihafengrenze überwunden und der Versand des Züricher «Sozialdemokraten» und anderer im Ausland hergestellter Publikationen gewährleistet werden. Dabei wurde jedoch Ende 1884 der Leiter der «roten Feldpost», der Zigarrenarbeiter August Kückelhahn, der den Vertrieb des «Sozialdemokraten» von Ottensen aus organisierte, verhaftet und zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

In zahlreichen geheimen Zusammenkünften wurde der Organisationsplan der Hamburger Sozialdemokratie von Ende 1879 überarbeitet. Der Aufbau der Partei vollzog sich nunmehr von unten nach oben und umfaßte das gesamte nördliche Belagerungsgebiet mit dem ersten bis dritten Hamburger, dem sechsten und achten schleswig-holsteinischen und dem 17. hannoverschen Wahlkreis. 1885

Kleinste Einheit waren die Bezirke; ihre Mitglieder wählten Bezirksführer. Diese setzten die Distriktsführer ein, die als Kreiswahlkomitee die Geschäftsleitung des betreffenden Wahlkreises übernahmen. Ebenfalls von den Bezirksführern wurden je Wahlkreis zwei Vertreter für das Zentralkomitee gewählt, das die Partei im nördlichen Belagerungsgebiet leitete und die Zentralwahl- sowie die Unterstützungskasse verwaltete. Als beratendes Gremium stand dem Zentralwahlkomitee die allgemeine Bezirksführerversammlung zur Seite. Weiterhin erhielt die Partei ein einheitliches Finanzwesen, um einen genaueren Einblick in die Kassenführung der Bezirke und Distrikte zu ermöglichen. Für alle Parteifunktionen wurde eine Amtszeit von einem Jahr vereinbart.

- 1885 Der neue Aufbauplan berücksichtigte die schwierige Lage der Partei unter dem Sozialistengesetz, wurde aber auch demokratischen Grundsätzen gerecht und diente Parteigliederungen an anderen Orten als Vorbild für ihre Organisation.
29. Jan. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion legte unter der Federführung von Karl Grillenberger und August Bebel einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung vor. Die Kernforderungen betrafen einen verbesserten Arbeiterschutz, so den 10stündigen Normalarbeitstag für erwachsene Arbeiter, das Verbot, Jugendliche länger als 8 Stunden täglich und Kinder unter 14 Jahren überhaupt regelmäßig zu beschäftigen. Die Vorlage hatte keinen Erfolg, nach ihrer Beratung am 11. März 1885 wurde sie an eine Kommission überwiesen. Die sozialdemokratische Fraktion veröffentlichte deshalb am 19. November 1885 einen erweiterten, von Ignaz Auer verfaßten Entwurf, der vom 2. bis 4. Dezember 1885 im Reichstag behandelt wurde, aber nach den Kommissionsberatungen ebenfalls ohne Wirkung blieb.
23. März Der Reichstag nahm gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion den Gesetzentwurf zur «Dampfersubvention» an. Das Gesetz war von entscheidender Bedeutung für die Kolonialpolitik der Regierung, da es vorsah, die Schiffslinien privater Reedereien nach Asien, Afrika und Australien mit 5,4 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln zu fördern.
- Dem einheitlichen Votum der Sozialdemokraten waren heftige Kontroversen innerhalb der Fraktion und mit dem «Sozialdemokrat» vorausgegangen. Die Mehrheit der Fraktion befürwortete die Unterstützung der ostasiatischen und australischen Linien und erhoffte sich von dem staatlichen Eingriff eine Belebung des deutschen Schiffbaus, der durch die englische Konkurrenz in eine Krise geraten war. Eine Minderheit in der Fraktion – Bebel, Liebknecht, Vollmar, Rödiger und Stolle – verlangte eine vollständige Ablehnung der Vorlage aus grundsätzlicher Opposition zur Kolonialpolitik der Regierung. Sie wurden in dieser Haltung vom

«Sozialdemokrat» unterstützt. Zur geschlossenen Ablehnung des Gesetzentwurfes durch die sozialdemokratischen Abgeordneten kam es, da die Regierung nicht bereit war, auf die Subventionierung der Linien nach Afrika zu verzichten. 1885

Für die Hamburger Werften bedeutete die Annahme des Gesetzes eine Chance, die Krise zu überwinden und die Umstellung auf den Eisenschiffbau zu forcieren. Bei der Vergabe der Aufträge und der Festlegung der Linienführung entstand eine starke Konkurrenz zum Bremer Hafen. Die Hamburger Sozialdemokraten diskutierten die Gesetzesvorlage intensiv. Ein großer Teil der Mitgliedschaft unterstützte, trotz der erhofften positiven Auswirkungen für den Arbeitsmarkt der Hansestadt im Falle einer Annahme des Gesetzes, die ablehnende Haltung von Fraktionsminderheit und «Sozialdemokrat».

In Hamburg wurde ein Demokratischer Verein unter Beteiligung von Johannes Wedde gegründet. Dieser Hamburger Zweig einer reichsweit geplanten Demokratischen Partei hatte wesentliche Forderungen der Sozialdemokratie in sein Programm aufgenommen: die Aufhebung aller Ausnahmege- 2. Juli
setze und die Einführung eines Normalarbeitstages. Wedde wollte mit dem Verein den Sozialdemokraten eine Möglichkeit geben, sich legal zu betätigen.

Die Parteigründung sollte auf dem ersten Parteitag der Demokraten am 13. September 1885 in Hamburg vollzogen werden. Unter den nur etwa 25 Delegierten rief der weitreichende Hamburger Programmentwurf heftigen Widerspruch hervor, woraufhin Wedde die Verhandlungen vorzeitig verließ und seinen Beitritt zur neuen Partei ablehnte.

Gründung eines Arbeiterinnenvereins in Hamburg zur Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder. Die Anregung zum Zusammenschluß war aus Berlin gekommen und auf einer Frauenversammlung am 24. Nov.
11. November 1885 beraten worden. Im Februar 1886 gehörten dem Verein 200 Arbeiterinnen an.

1885 schlossen sich in Hamburg weitere Berufsgruppen zu

1885 lokalen Fachvereinen zusammen: die Brauer, Werftarbeiter, Modelltischler, Kürschner, Steinmetze, Stukkateure und Gipsler. Innerhalb der Fachvereinsbewegung, besonders bei den Maurern und Tischlern, kam es zu Kontroversen um die Organisationsform. Bestrebungen, den Neuaufbau reichsweiter gewerkschaftlicher Zentralverbände zu fördern, stießen auf den Widerspruch der Anhänger lokaler Organisationen, die sich zunächst auf die Schaffung einer straffen Organisation auf betrieblicher Ebene konzentrieren wollten.

Im Krankenkassenwesen war die Zentralisierung aufgrund der verschärften gesetzlichen Bestimmungen rasch fortgeschritten. Ende 1885 hatten 13 berufliche Zentralkassen in Hamburg ihren Sitz.

Aus dem nördlichen Belagerungsgebiet wurden 1885 elf Personen ausgewiesen.

1885/86 Winter Schlechte Lohnbedingungen, eine hohe Arbeitslosenquote und die dadurch verursachte Notlage vieler Arbeiter führten zu Streikbewegungen in zahlreichen Städten. Die Hamburger Fachvereine unterstützten die Streikenden in anderen Gebieten, und auch in der Hansestadt legten die Beschäftigten verschiedener Betriebe die Arbeit nieder. Ein größeres Ausmaß nahmen dabei die Lohnbewegungen der Bäcker, Zigarrenarbeiter und Maurer an.

1886 Febr. Zweite halbschichtige Erneuerung der Hamburger Bürgerschaft nach dem Wahlgesetz vom Januar 1880. Am 16. Februar 1886 wählten die Bürger und am 19. die Grundeigentümer in der Hälfte ihrer Wahlbezirke. Im dritten Wahlgang am 23. Februar stimmte der gesamte kleine Kreis der Notabeln über eine Hälfte seiner Abgeordneten ab.

11. Apr. Streikerlaß des preußischen Innenministers von Puttkamer, der in dem Zirkular zur verstärkten Anwendung des Sozialistengesetzes und der einzelstaatlichen Vereinsgesetze im Falle von Arbeitsniederlegungen aufforderte. Streikbrecher sollten unter einen besonderen Schutz gestellt und Streikbewegungen, die gegen die «bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung» gerichtet waren, massiver bekämpft wer-

den. Damit endete die Phase der «milden» Handhabung des Sozialistengesetzes, und noch im Laufe des Jahres 1886 wurde über die Gebiete Spremberg und Frankfurt (Main)/Offenbach der kleine Belagerungszustand verhängt. Anfang 1887 wurde der Bezirk Stettin ebenfalls zum Belagerungsgebiet erklärt.

Das Sozialistengesetz wurde bis zum 30. September 1888 verlängert. 20. Apr.

In Hamburg wurde ein Verein deutscher und ausländischer Seeleute gegründet, der sich die kostenlose, direkte Arbeitsvermittlung zum Ziel setzte. Trotz der verschärften Anwendung des Sozialistengesetzes konnte sich die Fachverbandsbewegung weiter festigen, und es wuchs die Bereitschaft, für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. 1886 schlossen sich mit den Mauersteinarbeitern, Böttchern, Ewerführern, Schauerleuten, Drehern und Kupferschmieden weitere Berufsgruppen in Fachvereinen zusammen. Ende Apr.

Die Bestattung eines in Altona verstorbenen Zigarrenarbeiters erhielt den Charakter einer politischen Demonstration. Mehrere tausend Menschen nahmen an dem Trauerzug teil und bekundeten mit roten Bändern und Blumen ihre sozialdemokratische Gesinnung. Ähnlich verlief das Begräbnis zweier in Hamburg verunglückter Mauerleute. Die Polizei reagierte mit Haussuchungen, Verhaftungen und Vereins-schließungen. 4. Juli

Das Landgericht Freiberg verurteilte die verhafteten Teilnehmer am Kopenhagener Kongreß im Frühjahr 1883 wegen Geheimbündelei zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen. Um diesen Anklagepunkt war es zu heftigen Kontroversen gekommen. Ein Chemnitzer Gericht hatte auf Freispruch erkannt, aufgrund der Revision der Staatsanwaltschaft wurde der Prozeß jedoch wiederholt. 4. Aug.

Am Tag der Urteilsverkündung verhaftete die Polizei acht führende Hamburger Sozialdemokraten, unter ihnen Johannes Wedde, und gelangte dabei an wichtige Informationen

1886 über den Aufbau der illegalen Partei. In dem nachfolgenden Prozeß lautete die Anklage auf Verbreitung verbotener Schriften und wiederum auf Geheimbündelei. Das Gericht verhängte Gefängnisstrafen zwischen zwei und 13 Monaten.

Okt. Der Belagerungszustand über Hamburg, Altona und Umgegend wurde erneut verlängert, 1886 wurden neun weitere Personen aus dem Gebiet ausgewiesen.

Ende Unter starker Beteiligung der Hamburger Krankenkassen fand in Gera ein Kongreß deutscher Krankenkassen statt. Im Mittelpunkt der Tagesordnung standen Beratungen, wie den wachsenden behördlichen Sanktionen gegen die Zentralkassen zu begegnen sei.

In Hamburg gingen die Zollanschlußbauten 1886 zügig voran und führten zu einem wirtschaftlichen Aufschwung. Die Lage der Arbeiterschaft verschlechterte sich jedoch zunehmend: Immer mehr Familien wurden aus ihren Wohngebieten in teure Unterkünfte in den umliegenden Vororten verdrängt. Die große Nachfrage nach Wohnungen in Hafennähe führte zu einem verstärkten Zuzug in die innerstädtischen Gängeviertel, in denen es keine Kanalisation gab und sich die engen Wohnungen häufig in einem schlechten Zustand befanden. 1886 lebten in diesen Gebieten fast doppelt so viele Menschen auf einem Hektar wie in der übrigen Innenstadt.

1887 Reichstagswahlen. Zentrales Thema im Wahlkampf war die Regierungsvorlage eines Militärgesetzes, das eine Erhöhung der Heeresstärke und des Rüstungsetats vorsah. Die Sozialdemokraten lehnten diese Pläne ab, waren aber – wie in den vorausgegangenen Wahlkämpfen – in ihrer Agitation massiv behindert worden. Dennoch konnten Bebel und Dietz den ersten und zweiten Hamburger Wahlkreis halten, und auch Frohme wurde im ersten Wahlgang in Altona gewählt. Im dritten Hamburger Wahlkreis ging Heinzel als stärkster Kandidat in die engere Wahl am 4. März 1887, unterlag jedoch erneut dem nationalliberalen Kandidaten Woermann. Im Wahlkreis Ottensen/Pinneberg konnte sich Her-

mann Molkenbuhr in der erforderlichen Stichwahl ebenfalls 1887 nicht durchsetzen.

Mit 52,6 Prozent aller Stimmen behaupteten die Sozialdemokraten ihre Position als stärkste Hamburger Partei. Insgesamt gelang es ihnen, ihre Stimmenzahl auf 763 000 zu erhöhen; im neuen Reichstag waren sie aber nur noch mit 11 Abgeordneten vertreten, da sie in zahlreichen Stichwahlen dem nationalliberal-konservativen Kartell unterlagen.

Mehrere Sozialdemokraten wurden in Hamburg verhaftet und am 30. August 1887 wegen Geheimbündelei zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Anschließend mußten sie das Hamburg-Altonaer Belagerungsgebiet verlassen. Insgesamt stieg die Zahl der Ausweisungen 1887 auf 25. 29. März

In Hamburg traten Angehörige verschiedener Berufszweige in den Streik und konnten ihre Forderungen teilweise durchsetzen. Der mitgliederstarke Fachverein der Tischler führte zwei Arbeitskämpfe in diesem Jahr, die relativ erfolgreich endeten, der Polizei aber den Vorwand für die Vereinsauflösung und Beschlagnahme des Vermögens lieferten. Im Herbst 1887 gelang es jedoch, einen Zentralverband der Tischler Deutschlands zu gründen, dem sich zahlreiche Hamburger Tischler anschlossen. Frühjahr

1887 entstanden weitere Zentralverbände; die der Drechsler, Maler und Maurer bezogen ihren Sitz in Hamburg. Aber auch die lokale Fachvereinsbewegung machte weitere Fortschritte und führte zu Zusammenschlüssen der Gärtner, Maschinisten, Näherinnen und Textilarbeiter.

Beginn des Umbaus eines Fabrik- und Wohngebäudes in der Großen Theaterstraße für die in Hamburg verbliebene Druckerei des Dietz-Verlages. Schon Anfang 1885 hatte sie die Herstellung der «Bürgerzeitung» übernommen und war nach dem Zusammenschluß mit der Stuttgarter Druckerei in immer größere Raumnot geraten, da sich ihr Gebäude in der Amelungstraße als zu klein erwies. Am 1. November 1887 wurde der Betrieb in der Großen Theaterstraße aufgenommen. 1. Apr.

- 1887 Gründung einer genossenschaftlichen Vereinsbäckerei in
15. Apr. Hamburg, die nach dem verlorenen Bäckerstreik 1886 geplant worden war. Adolf von Elm, der Vorsitzende des Hamburger Vereins der Zigarrensortierer, äußerte Kritik an dieser Genossenschaft, die ihren Zweck, sowohl den Konsumenten als auch den Produzenten Vorteile zu bringen, kaum erfüllen konnte. Er wies auf die Gefahr hin, daß sie sich lediglich zu einem Konsumverein entwickeln würde, ohne die volle Selbstverwaltung der Beschäftigten zu gewährleisten. Damit war das für die folgenden Jahre aktuelle Problem des Verhältnisses von Gewerkschaften und Konsumvereinen angesprochen.
20. Sept. Verbot der Hamburger «Bürgerzeitung», die sich mit 12 000 Abonnenten zu einem sehr erfolgreichen Blatt entwickelt hatte. Eine Beschwerde gegen das Verbot blieb ohne Erfolg, und die Beratungen über die Herausgabe eines Nachfolgeorgans gestalteten sich sehr schwierig, da dieses ausgesprochen neutral und zurückhaltend sein mußte.
2. Okt. Die erste Ausgabe der neuen, getarnten Parteizeitung «Hamburger Echo» erschien. Für die ersten fünf Nummern zeichnete wiederum Johannes Wedde verantwortlich; als er jedoch zum 12. Oktober 1887 seinen Ausweisungsbescheid erhielt, löste ihn Otto Stolten als Schriftleiter ab. In der Redaktion der Zeitung arbeiteten Gustav Stengele und ab Frühjahr des folgenden Jahres auch Jakob Audorf (d. J.). Das neue Blatt entwickelte sich zunächst langsam, konnte aber im Reichstagswahlkampf Anfang 1890 die Zahl seiner festen Leser auf über 15 000 erhöhen.
- 2.–6. Okt. Den Sozialdemokraten gelang es, einen weiteren illegalen Parteitag bei St. Gallen in der Schweiz abzuhalten. Ohne Ort und Zeit zu nennen, wurde der Kongreß öffentlich bekannt gemacht, um im Falle der Verhaftung von Teilnehmern der Polizei keinen Vorwand für eine Anklage wegen Geheimbündelei zu geben. Die Delegierten beschlossen, die Wahlkampfarbeit fortzusetzen und auch in aussichtslosen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, um einen Überblick über die Ge-

samtzahl der sozialdemokratischen Anhänger zu erhalten. 1887
Anarchistische Bestrebungen wurden abgelehnt, und auf Antrag Bebels erhielt die Parteileitung den Auftrag, zum Herbst 1888 einen internationalen Kongreß zur Arbeiterschutzgesetzgebung vorzubereiten.

Die fünfte Nummer der monatlich erscheinenden «Hamburger Rundschau» wurde verboten. Mit dieser Zeitschrift sollte die wöchentliche Ausgabe der «Bürgerzeitung» für das Hamburger Umland, «Sonntagsbote für Stadt und Land», fortgesetzt werden. 1888
2. Febr.

Die Angestellten größerer Hamburger Geschäfte schlossen sich zu einem Verein zur Wahrung der Interessen der Handlungsgehilfen zusammen. Im März desselben Jahres hatte er etwa 200 Mitglieder. In Konkurrenz zum Verein für Handlungs-Commis von 1858 konnte sich die neue Organisation jedoch nicht weiter festigen und wandelte sich allmählich in einen Vergnügungsverein. 11. Febr.

Tod Kaiser Wilhelms I. Für die Amnestie anlässlich des Thronwechsels wurde ein so niedriges Strafmaß gesetzt, daß fast alle verurteilten Sozialdemokraten von einer Begnadigung ausgeschlossen waren. Im nördlichen Belagerungsgebiet gelang es der Partei, ein Flugblatt zu verteilen, das in Erinnerung an die Pariser Kommune den 18. März als Gedenktag propagierte. Die Polizei reagierte mit Haussuchungen und Verhaftungen in Hamburg, Altona und Ottensen. 9. März

Die Gültigkeit des Sozialistengesetzes wurde bis zum 30. September 1890 verlängert. Der Reichstag hatte dieser Regelung am 17. Februar 1888 zugestimmt, eine weitere Verschärfung und die Ausdehnung der Gesetzesdauer bis 1893 jedoch abgelehnt. 18. März

Der «Sozialdemokrat» wurde mit Redaktion und Expedition auf Druck der deutschen Regierung aus der Schweiz ausgewiesen und zog nach London. Auch von diesem Verlagsort gelang es, den Vertrieb der Zeitung, der weiterhin über Hamburg lief, sicherzustellen. Da jedoch Sendungen aus England verschärft kontrolliert wurden, entschloß sich die 18. Apr.

- 1888 Redaktion, die gesetzte Zeitung nach Hamburg einzuschmuggeln und hier von Hand drucken zu lassen.
- Ende Die Schlosser, Tischler, Schiffszimmerer, Klempner und
 April/ Schmiede zahlreicher Hamburger Betriebe traten in den
 Anfang Streik um bessere Lohnbedingungen. Nur wenige dieser Ar-
 Mai beitsniederlegungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden.
- Ende Etwa 70 Unternehmen gründeten den Verband der Eisen-
 Mai industrie Hamburgs und erreichten so den erfolglosen Abbruch des umfangreichen Schlosserstreiks. Wesentliche Ziele dieser Arbeitgeberorganisation waren das geschlossene Auftreten in Lohnstreitigkeiten, die Führung «schwarzer Listen» von streikenden Arbeitern und der Aufbau unternehmerischer Arbeitsnachweise, um die auflebende gewerkschaftliche Stellenvermittlung zu unterbinden.
10. Juli Die Hamburger Mitgliederschaft des Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerervereins trat dem Zentralverband der Werftarbeiter Deutschlands bei, der sich um einen Zusammenschluß aller im Eisen- und Holzschiffbau tätigen Berufsgruppen bemühte. Damit vertiefte sich die organisatorische Spaltung der Hamburger Schiffszimmerer, deren Mehrzahl dem 1880 gegründeten lokalen Verband der Vereinigten Schiffbauer Hamburgs und Umgegend angehörte. Mitglieder dieses Verbandes waren im Frühjahr in den Streik getreten, hatten aber – auch wegen der fehlenden Unterstützung durch die konkurrierende Gewerkschaft – ihre Lohnforderungen nicht durchsetzen können.
1. Aug. Letzter Termin für den Wegzug der Wohnbevölkerung aus den künftigen Freihafengebieten Steinwerder und Kleiner Grasbrook.
15. Okt. Hamburg, Altona und Wandsbek traten dem Deutschen Zollverein bei. Zwei Tage später wurde der freie Warenverkehr mit dem übrigen Zollgebiet eröffnet. Die offizielle Schlußsteinlegung für das neue Freihafengebiet erfolgte am 29. Oktober 1888 durch Kaiser Wilhelm II.
21. Okt. Das Sozialistengesetz war seit zehn Jahren in Kraft. Die so-

zialdemokratische Partei hatte sich auf diesen Tag vorbereitet und Material für eine Denkschrift gesammelt, die von Ignaz Auer 1889 und 1890 in zwei Teilen herausgegeben wurde. 1888

Auch 1888 galt der Ausweisungsparagraph im Hamburg-Altonaer Gebiet, und neun weiteren Personen wurde der Aufenthalt dort verboten.

In Hamburg begann ein Prozeß gegen mehrere Sozialdemokraten wegen Geheimbündelei, in dem zahlreiche Angeklagte zu Haftstrafen verurteilt wurden. Es war der letzte Massenprozeß, der im Städtegebiet aufgrund des Sozialistengesetzes stattfand. 5. Nov.

Es existierten etwa 40 gewerkschaftliche Zentralverbände, von denen sich viele aufgrund der Aktivitäten Hamburger Fachvereine gebildet hatten. Über Weihnachten fand ein zentraler Kongreß der Metallarbeiter in Weimar statt, in dessen Mittelpunkt die Hamburger Anträge zur Gründung einer Branchenorganisation mit verschiedenen Berufsgruppen standen. Eine Einigung in dieser Frage kam nicht zustande, jedoch gelang es, die «Deutsche Metallarbeiter-Zeitung» zum zentralen Organ zu erklären. Dez.

In Hamburg gab es 1888 mindestens 57 Gewerkschaften, in denen 23 000 Mitglieder eingetragen waren. Staatliche Stellen, denen an einer Verlängerung des Sozialistengesetzes gelegen war, gingen in ihren Schätzungen von noch wesentlich höheren Zahlen aus und wiesen auf die wachsende Fachvereinsbewegung im Altonaer und Harburger Bezirk hin. Damit arbeitete im nördlichen Belagerungsgebiet auch nach zehnjähriger Geltungsdauer des Sozialistengesetzes nicht nur eine gut organisierte sozialdemokratische Partei, sondern auch eine weitverzweigte Gewerkschaftsbewegung, die ihre Mitglieder in Lohnkämpfen aktivieren konnte.

Ein weiteres Mal fand die Neuwahl der Hälfte aller Bürgerschaftsabgeordneten in den drei Wahlklassen statt. Erstmalg stellte sich auch ein Verein Hamburgischer Staatsangehöriger zur Wahl, der sich im Juli 1887 mit dem Ziel konstituiert hatte, den Erwerb des Bürgerrechts zu erleichtern und 1889 Febr.

- 1889 die Zahl der Bürgerschaftswähler wesentlich zu erhöhen. Eine entsprechende Petition hatte der Senat – trotz der annähernd 10 000 Unterschriften – ignoriert. Bei den Wahlen konnten die beiden Kandidaten des Vereins jeweils nur etwa 350 Stimmen auf sich vereinigen.
22. März Die Hamburger Polizei wies den Vorsitzenden des Tischlerverbandes, Gustav Slomke, aus. Es war dies der letzte Fall, in dem einem Betroffenen der Aufenthalt im nördlichen Belagerungsgebiet gemäß § 28 des Sozialistengesetzes verboten wurde.
- April In Erfurt veranstalteten die Tabakarbeiter über Ostern einen zentralen Kongreß, auf dem der Antrag der Hamburger Delegierten, eine einheitliche Organisation für Zigarrensortierer und andere Tabakarbeiter zu schaffen, abgelehnt wurde. Es kam lediglich eine Resolution zustande, die den Zusammenschluß als wünschenswertes zukünftiges Ziel bezeichnete.
1. Mai Ein Gesetz, das die Errichtung und den Betrieb von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften regelte, trat in Kraft.
24. Mai Mit knapper Mehrheit und gegen die Stimmen der Sozialdemokratie verabschiedete der Reichstag ein Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung aller abhängig Beschäftigten, deren Gehalt eine bestimmte Grenze nicht überstieg.
- Die Sozialdemokraten kritisierten die strengen Versicherungsbedingungen, nach denen die Zahlung einer Invaliditätsrente von dem komplizierten Nachweis der Erwerbsunfähigkeit und fünfjähriger Beitragszahlung abhängig war. Um eine Altersrente zu beziehen, mußte der Versicherte mindestens 70 Jahre alt sein und dreißig Jahre lang Beiträge entrichtet haben. Das verabschiedete Gesetz trat erst zum 1. Januar 1891 in Kraft.
- 14.–20. Zum Gedenken an die Französische Revolution vor 100 Jahren fanden in Paris zwei internationale Sozialistenkongresse unterschiedlicher Richtungen statt. Die deutschen Sozialdemokraten unterstützten – gemäß ihrem St. Galler Parteitagbeschuß – das marxistische Treffen. Ihrer Delega-

tion gehörten viele im nördlichen Belagerungsgebiet aktive 1889
Vertreter an, darunter Bebel, Frohme, Molkenbuhr, Wedde
und der Sekretär des Drechslerverbandes, Carl Legien.

Der Kongreß, der nachträglich zur Gründungsversammlung der Zweiten Internationale erklärt wurde, faßte zwei wichtige Beschlüsse: erstens, den gesetzlichen Arbeiterschutz voranzutreiben, und zweitens, auf gleichzeitigen Kundgebungen für den Achtstundentag und weitere sozialistische Forderungen einzutreten. In Anlehnung an die nordamerikanische Arbeiterbewegung wurde der 1. Mai 1890 zum Datum für diese internationale Demonstration erklärt. Einer allgemeinen Arbeitsruhe an diesem Tag stimmte der Kongreß nicht zu, sondern überließ es den einzelnen Mitgliedsparteien darüber zu entscheiden.

Die Hamburger Polizei rechnete – in Kenntnis der Kongreßbeschlüsse – ab November 1889 mit Maiaktionen der Gewerkschaften und begann, die Vorbereitungen zu überwachen.

In Hamburg traten zahlreiche Berufsgruppen in den 1889/90
Streik, darunter die Töpfer, Schiffsheizer, Maler, Gärtner und Winter
Schuhmacher. Am 3. November 1889 legten die im lokalen Verband organisierten Schiffszimmerer die Arbeit nieder und konnten eine deutliche Lohnverbesserung durchsetzen. Zahlreiche andere Hamburger Gewerkschaften unterstützten diesen Arbeitskampf, so daß sich der Werftarbeiterverband, der die Aktion ablehnte, isolierte und an Einfluß verlor.

Trotz der Behinderung der gewerkschaftlichen Presse durch eine eingeführte Vorzensur konnte sich die Fachvereinsbewegung in Hamburg und Umgebung behaupten. Die Zahl der Hamburger Gewerkschaften stieg auf mindestens 64, die Summe der in ihnen organisierten Mitglieder stagnierte jedoch bei 23 000.

In Lübeck starb der 48jährige Johannes Wedde. Seine Beer- 1890
digung in Hamburg gestaltete sich zu einer Massendemonstration, an der mehr als 20 000 Menschen teilnahmen. Angesichts 13. Jan.
dieser breiten Resonanz hielt sich die Polizei weitgehend zu-

- 1890 rück. Frohme hielt die Gedenkrede, und auch bürgerliche Kreise sprachen ihr Beileid aus.
25. Jan. Der Reichstag lehnte eine Verlängerung des Sozialistengesetzes über den 30. September 1890 hinaus ab.
4. Febr. In zwei Erlassen kündigte Kaiser Wilhelm II. eine Weiterführung der Versicherungsgesetzgebung an und stellte eine gesetzliche Regelung des Arbeiterschutzes und die Mitsprache der Arbeiterschaft in betrieblichen Angelegenheiten in Aussicht. Diese Ankündigungen stießen bei den bürgerlichen Parteien auf Ablehnung. Sie waren gegen den Willen Bismarcks veröffentlicht worden, der am 20. März 1890 zurücktrat.
20. Febr. Reichstagswahlen. Die Sozialdemokraten wurden weiterhin in ihrem Wahlkampf behindert. Die Hamburger Polizei beschlagnahmte eines ihrer Flugblätter und verhaftete die vermuteten Verfasser. Zum ersten Mal unter dem Sozialistengesetz wurden jedoch öffentliche Veranstaltungen der Partei zugelassen. Die größte dieser Versammlungen fand in den völlig überfüllten Sälen von Sagebiel statt. Bebel, der Kandidat im ersten Hamburger Wahlkreis, sprach zu den begeisterten Anhängern. Er lehnte die verlängerte fünfjährige Legislaturperiode ab und griff die Steuer- und Zollpolitik der Regierung scharf an.

Besondere Aktivitäten entfalteten die Sozialdemokraten bei ihrem Wahlkampf im dritten Hamburger Wahlkreis. Hier kandidierte erstmalig Wilhelm Metzger, Redakteur beim «Hamburger Echo», gegen den nationalliberalen Abgeordneten Woermann. In zwei öffentlichen Versammlungen trafen die beiden Kandidaten aufeinander; dabei zeichnete sich bereits ein möglicher Wahlerfolg Metzgers ab. Den Ausschlag gaben jedoch die zahlreichen sozialdemokratischen Veranstaltungen in den städtischen Vororten mit ihrer wachsenden Arbeiterbevölkerung und die Agitation in den umliegenden, eher ländlichen Gebieten des Wahlkreises. Es gelang den Sozialdemokraten, das Mandat zu erobern, so daß im Februar 1890 erstmalig alle drei Hamburger Wahlkreise sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag entsandten, denn

auch Bebel und Dietz verteidigten ihre Sitze. Die Hamburger Sozialdemokraten erhielten fast 59 Prozent aller abgegebenen Stimmen und bauten ihre Position als stärkste Partei des Stadtgebietes weiter aus. 1890

In Altona konnte sich Frohme ebenfalls im ersten Wahlgang durchsetzen, und Molkenbuhr ging aus der Stichwahl am 28. Februar 1890 im sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreis, Ottensen-Pinneberg, als knapper Sieger hervor. Damit blieb im nördlichen Belagerungsgebiet nur der Wahlkreis Harburg-Buxtehude in nationalliberaler Hand.

Auch auf Reichsebene erzielten die Sozialdemokraten einen großen Wahlerfolg: Mit fast 1 428 000 Stimmen wurden sie stärkste Partei. Aufgrund der ungerechten Wahlkreiseinteilung waren sie aber trotz des großen Stimmenzuwachses nur mit 35 Abgeordneten im neuen Reichstag vertreten.

Die Allgemeine Deutsche Schiffszimmerer-Genossenschaft erwarb in St. Pauli ein erstes Gebäude, um mit dem Ausbau preiswerter Arbeiterwohnungen zu beginnen. Die Genossenschaft war 1879 als Produktivassoziation für den Holzschiffbau gegründet worden, geriet jedoch mit der Ausbreitung des Eisenschiffbaus in Schwierigkeiten und wandte sich daraufhin verstärkt dem Wohnungsbau zu. 1. Apr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnte eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai ab. Sie empfahl, nur dort in den Streik zu treten, wo keine Konflikte zu erwarten waren, und am 1. Mai mit der Unterschriftensammlung für den Achtstundentag und eine verbesserte Arbeiterschutzgesetzgebung zu beginnen. Bis Ende September sollten solche Petitionen in möglichst großer Zahl dem Reichstag zugeleitet werden. 13. Apr.

Dieser Beschluß stand im Gegensatz zu dem Votum zahlreicher Hamburger Gewerkschaften, die sich seit der Jahreswende 1889/90 in öffentlichen Versammlungen für eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesprochen hatten. Nur wenige dieser Verbände revidierten ihren Streikbeschluß nach Bekanntwerden der Fraktionshaltung.

1890 In Hamburg wurde die Gründungsversammlung eines
15. Apr. Vereins für Dienstmädchen polizeilich verboten. Die Angehörigen dieser Berufsgruppe hatten besonders stark unter langer Arbeitszeit und schlechter Bezahlung zu leiden. Eine gewerkschaftliche Organisation des weiblichen Hauspersonals gelang aber erst im November 1906.

Die Welle neuer Fachvereinsgründungen kam jedoch nicht zum Stillstand: Im Frühjahr 1890 schlossen sich neben anderen die Schlachter, Kellner, Eisenbahner, Fabrik- und Gasarbeiter sowie die Laternenanzünder zusammen. Die Zahl der Hamburger Gewerkschaften stieg auf 84; in ihnen waren mehr als 30 000 Mitglieder organisiert.

21. Apr. Gründung eines Industrie- und Gewerbeverbandes von Hamburg, der wenig später in Arbeitgeberverband Hamburg-Altona umbenannt wurde. Die Initiative ging von dem seit 1888 bestehenden Verband der Eisenindustrie Hamburgs aus, dessen Vorsitzender, der Werftbesitzer Hermann Blohm, auch die neue Organisation leitete. Erstes Ziel der Unternehmer war das geschlossene Auftreten in den zu erwartenden Aktionen der Arbeiterschaft zum 1. Mai. Sie gründeten einen Fonds und vereinbarten die Entlassung aller Arbeiter, die sich an sozialdemokratischen Demonstrationen beteiligten.

25. Apr. Eine Arbeiterversammlung in Hamburg mit etwa 7000 Teilnehmern lehnte die Empfehlung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ab und stimmte auch gegen einen Antrag von Elms, ein Drittel eines Tageslohnes in einen Kampffonds zu zahlen. Die Aussperrungsdrohung der Unternehmer war bekannt, dennoch beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit, den 1. Mai zum arbeitsfreien Feiertag zu erklären und Sanktionen der Arbeitgeber mit weiteren Arbeitsniederlegungen zu begegnen.

1. Mai Etwa ein Drittel aller Hamburger Arbeiter folgte dem Streikaufruf, wobei jedoch in keinem Berufszweig eine vollständige Arbeitsruhe erreicht werden konnte. Besonders zahlreich blieben die Werftarbeiter, Maurer, Zimmerer, Tischler und Ewerführer der Arbeit fern.

Die Hamburger Polizei hatte Demonstrationen und Versammlungen verboten, so daß die Streikenden gezwungen waren, jenseits der Stadtgrenzen zusammenzutreffen. Sie verließen in Gruppen am frühen Morgen die Stadt, häufig mit roten Nelken im Knopfloch, da das Tragen von Schleifen mit Maiparolen ebenfalls untersagt war. Der Tag verlief ruhig und endete mit geselligen Veranstaltungen in den Ausflugslokalen. Die Polizei hielt sich weitgehend zurück; ihre umfangreichen Vorbereitungen erwiesen sich als überflüssig.

Insgesamt blieben die Aktionen der deutschen Arbeiterbewegung am 1. Mai jedoch weit hinter der Erwartung einer allgemeinen Arbeitsruhe zurück, und ausländische Gewerkschaften, die am Pariser Kongreß teilgenommen hatten, übten teilweise Kritik an dem uneinheitlichen Verlauf des internationalen Kampftages.

Als Reaktion auf die Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen am 1. Mai sperrten die Hamburger Unternehmer etwa 20 000 Arbeiter aus. Sie kündigten an, diese Maßnahme mindestens bis zum 5. Mai aufrechtzuerhalten und eine Wiedereinstellung vom Gewerkschaftsaustritt der Betroffenen abhängig zu machen.

2. Mai

Die Gewerkschaften antworteten auf diese Maßregelungen mit Arbeitseinstellungen in zahlreichen Berufszweigen. Alle diese Streikbewegungen endeten jedoch erfolglos, da ein wirtschaftlicher Abschwung den Bedarf an Arbeitskräften vermindert und eine zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Den Unternehmern gelang es zudem, unter polizeilichem Schutz auswärtige Streikbrecher einzustellen, und darüber hinaus ermöglichte es ihnen ihr neugegründeter Verband, dem gewerkschaftlichen Druck nicht nachzugeben. Entsprechend lange zogen sich die Arbeitskämpfe hin: Mitte Mai betrug die Zahl der Ausgesperrten oder Streikenden etwa 8500, Mitte Juli noch 2500, und erst Mitte September 1890 sank die Zahl der Betroffenen unter die Tausendergrenze auf 500. Damit waren aber nicht die vielen abgereisten Arbeiter erfaßt, die Hamburg bereits verlassen hatten. Denn nach ver-

1890 breiteter Streiktaktik forderten die Gewerkschaften ihre ledigen Mitglieder, die in Arbeitskampfmaßnahmen verwickelt waren, auf, sich in anderen Orten Arbeit zu suchen. Mit dem Abwehrkampf der Hamburger Gewerkschaften solidarisierten sich viele in- und ausländische Arbeiterorganisationen. Die gesammelten Geldmittel reichten jedoch nur aus, die härteste Not zu lindern. Bereits Anfang Mai war die Allgemeine Armenanstalt in Hamburg angewiesen worden, den vom Arbeitskampf Betroffenen keine Unterstützungsgelder zu bewilligen und Zahlungen an bedürftige Familienmitglieder von einer Klage wegen «schuldhaften Müßigganges» gegen den Streikenden oder Ausgesperrten abhängig zu machen. Insgesamt endeten die Arbeitskonflikte mit einer deutlichen Schwächung der Hamburger Gewerkschaften und regten die Unternehmer an, sich in weiteren Organisationen zusammenzuschließen.

Mai Der Arbeitskampf um die Stellenvermittlung der Hamburger Former endete erfolglos für die Arbeiter. Die Gewerkschaften wurden gezwungen, das Arbeitsnachweisbüro der Eisenindustriellen anzuerkennen und ihre eigene, seit Juni 1888 bestehende Einrichtung aufzugeben.

Begonnen hatte der Konflikt im Dezember 1888, als die Unternehmer zahlreiche Hamburger Former mit dem Ziel aussperrten, die Gewerkschaften zu schwächen und die Arbeitsvermittlung möglichst vollständig zu kontrollieren. Auswärtige Streikbrecher wurden angeworben, worauf die Gewerkschaften mit Arbeitsniederlegungen reagierten, denen weitere Aussperrungen folgten.

Diese Auseinandersetzungen zogen sich bis Ende April 1890 hin. Zu diesem Zeitpunkt scheiterten Verhandlungen über die Einführung eines paritätisch von Unternehmern und Gewerkschaften besetzten Arbeitsnachweisbüros. Im Zuge der Maiaussperrungen gelang es der Unternehmenseite, die Gewerkschaften zur Anerkennung ihres Büros am Krayenkamp zu zwingen. Dort erhielten alle Arbeitssuchenden einen Nachweisschein und wurden in einer Kartei erfaßt. Ak-

tive Gewerkschafter, Arbeiter mit zu hohen Lohnforderungen und andere unbequeme Personen konnten so von der Stellenvermittlung ausgeschlossen werden, da sich die angeschlossenen Unternehmer verpflichteten, ihren Arbeitskräftebedarf nur über dieses Büro zu decken. Damit war den Arbeitgebern ein Druckmittel gegen die Gewerkschaften in die Hand gegeben, das sie in den folgenden Jahren als «Hamburger System» reichsweit ausbauten. 1890

In Hannover wurde eine Zentralorganisation aller nicht-gewerblichen Arbeiter als Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands gegründet. Ihm schloß sich der seit April 1890 bestehende Hamburger Fabrikarbeiterverein an, und auch der entsprechende Harburger Verband erklärte seinen Beitritt. 29. Juni
– 2. Juli

Ein Gesetz zur Schaffung von erweiterten Gewerbegerichten, die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern regeln sollten, trat in Kraft. Damit wurden erstmals auch für Bergleute, Heimarbeiter und Arbeiter in staatlichen Betrieben Schiedsstellen eingerichtet. 29. Juli

In Hamburg arbeitete seit 1875 ein gewerbliches Schiedsgericht, in dem die Arbeiter nur unzureichend vertreten waren und auch nach einer Novellierung der gesetzlichen Bestimmungen 1887 von Haftstrafen in Fällen des Kontraktbruchs bedroht blieben. Der Senat zögerte die Anpassung der Hamburger Regelung an das neue Reichsgesetz solange wie möglich hinaus und führte die erforderlichen Gewerbegerichtswahlen erst im März 1892 durch.

Die letzte Ausgabe des «Sozialdemokrat» erschien in London. Unter den darin veröffentlichten zahlreichen Abschiedsbriefen befand sich auch ein Hamburger Beitrag, der an den mutigen Einsatz vieler Parteimitglieder beim Vertrieb der Zeitung erinnerte und die Aufgabe des erfolgreichen Blattes bedauerte. 27. Sept.

Das Sozialistengesetz trat außer Kraft. Damit wurde auch der kleine Belagerungszustand für die betroffenen Gebiete aufgehoben. In Hamburg, Altona und Umgegend hatte die 30. Sept.

1890 Polizei seit März 1889 keinen weiteren Ausweisungsbescheid verhängt. Aus den sechs Belagerungsgebieten waren insgesamt mehr als 880 Personen ausgewiesen worden, den meisten davon – nämlich 333 Betroffenen – war der Aufenthalt im Hamburg-Altonaer Bezirk verboten worden. Vom 29. auf den 30. September veranstalteten die Hamburger Sozialdemokraten eine Feier zu Ehren der Ausgewiesenen.

12.–18. Okt. Wenige Tage nach dem Fall des Ausnahmegesetzes versammelten sich die Sozialdemokraten zu einem Parteitag in Halle. Über 400 Delegierte verabschiedeten ein Organisationsstatut, in dem als neuer Name Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) festgelegt wurde. Ein zwölfköpfiges Gremium übernahm die Parteileitung, ihm gehörten die Vorsitzenden Paul Singer und Karl Alwin Gerisch, die Schriftführer Ignaz Auer und Richard Fischer, der Kassierer August Bebel sowie sieben Kontrolleure an. Seinen Sitz erhielt der Parteivorstand in Berlin, und entsprechend wurde das «Berliner Volksblatt» zum offiziellen Parteiorgan erklärt. Ab 1. Januar 1891 sollte es unter dem Titel «Vorwärts. Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands» die Nachfolge des «Sozialdemokrat» antreten. Sein Chefredakteur, Wilhelm Liebknecht, gehörte mit beratender Stimme dem Parteivorstand an.

Auch im nördlichen Belagerungsgebiet wurden unmittelbar nach Ablauf des Sozialistengesetzes neue sozialdemokratische Parteiorganisationen gebildet. Schon in den letzten Monaten der Illegalität war die Gründung voneinander unabhängiger Wahlkreisvereine vorbereitet worden; sie entstanden im ersten bis dritten Hamburger, im Ottensen-Pinneberger, Altona-Stormarner und Harburg-Buxtehuder Wahlkreis. Jeder dieser Vereine war in Bezirke und Distrikte aufgeteilt und wählte seinen eigenen Vorstand. Die Schaffung einer einheitlichen Hamburger Organisation war am Widerstand vieler Mitglieder gescheitert, die eine dann notwendige Beschäftigung hauptamtlicher Sekretäre ablehnten.

Die Leitung der Hamburger SPD-Vereine übernahm eine

Exekutive aus den drei Vereinsvorsitzenden und dem Geschäftsführer der Partei. Sie war in ihren Entscheidungen an die Beschlüsse der Vereinigten Vorstände gebunden. In diesem Gremium berieten die gesamten Leitungen der drei Wahlkreisvereine Fragen der allgemeinen Agitation, der Wahlarbeit und des Pressewesens. In anderen, nur den Wahlkreis betreffenden Angelegenheiten entschieden die jeweiligen Vereine selbständig. 1890

Ein gemeinsames Vorstandsgremium der Hamburger und umliegenden preußischen Parteigliederungen war nach dem neuen Organisationsplan nicht mehr vorgesehen: Das Zentralwahlkomitee, das die Partei im nördlichen Belagerungsgebiet seit 1885 geleitet hatte, wurde nicht wieder eingesetzt. In Fragen von gemeinsamem Interesse nahmen jedoch die Vorstände der preußischen Vereine an den Sitzungen der Vereinigten Vorstände in Hamburg teil.

Die Mitgliederzahl der Hamburger SPD in der Zeit vor 1904, als erstmals schriftliche Jahresberichte der Vereinigten Vorstände und Wahlkreisvereine veröffentlicht wurden, läßt sich nur schwer abschätzen. Legt man die Wählerzahlen der Partei bei den Reichstagswahlen im Februar 1890 zugrunde und geht von einem später ermittelten Verhältnis von Wählern und Mitgliedern aus, so können zu diesem Zeitpunkt in Hamburg etwa 10000 und in Altona knapp 3000 organisierte Sozialdemokraten angenommen werden.

Die sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften trafen zu einer Konferenz in Berlin zusammen, um die Zentralisierung der einzelnen Berufsverbände voranzutreiben und die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften zu verstärken. Trotz der jahrelangen Behinderungen durch das Sozialistengesetz gab es zu diesem Zeitpunkt 57 Zentralverbände, von denen 24 ihren Sitz in Hamburg, Altona und Wandsbek hatten. 16.-17. Nov.

Die Konferenz wählte eine Kommission, die damit beauftragt wurde, ein Organisationsstatut auszuarbeiten und einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß vorzubereiten.

1890 Die vom Kongreß gewählten Kommissionsmitglieder tra-
18. Nov. ten zusammen und konstituierten sich als Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Den Vorsitz übernahm Carl Legien, der in Hamburg die zentrale Vereinigung der Drechsler leitete. Weitere Mitglieder waren Adolf Dammann und Adolf von Elm, beide ebenfalls aus Hamburg, der Berliner Theodor Glocke, Karl August Kloß, Theodor Schwartz und Emma Ihrer. Ihren Sitz erhielt die neugeschaffene Kommission in Hamburg. Sie entwickelte sich zum Dachverband der deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften und trat ab Januar 1891 regelmäßig mit dem «Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands» an die Öffentlichkeit.

Ende Die Vorstände der in Hamburg vertretenen Zentralverbände und der örtlichen Gewerkschaften kamen zu mehreren öffentlichen Sitzungen zusammen, um einen engeren organisatorischen Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen vorzubereiten.

Bedingt durch die Kampfmaßnahmen der Unternehmer hatten die Hamburger Gewerkschaften bereits im Mai 1890 eine Drei-Männer-Kommission gebildet, der die Verteilung der eingehenden Unterstützungsgelder übertragen wurde. Eine weitergehende Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften kam nicht zustande. Sie wurde erst nach Ablauf des Sozialistengesetzes vereinbart und führte im Januar 1891 zur Bildung des Hamburger Gewerkschaftskartells, das zunächst von einer provisorischen Kommission geleitet wurde.

Personenregister

- Audorf, Jakob (d. Ä.) 9, 33, 45, 86, 93, 110
Audorf, Jakob (d. J.) 63, 70-71, 74, 78, 96, 102, 175, 212
Auer, Ignaz 157-159, 164, 175, 190, 196, 202, 206, 215, 224
- Baumeister, Hermann 24
Baurmeister, Karl 19
Bebel, August 58, 61-62, 72, 79, 92-93, 96-97, 101, 105-106, 109-110, 112-113, 116, 124-125, 128-130, 135-136, 138, 151-152, 160, 164, 168, 175, 177, 182, 186, 202, 204, 206, 210, 213, 217-219, 224
Becker, Bernhard 78-79, 88
Becker, Johann Philipp 80, 94
Bismarck, Otto von 80, 84, 91-92, 124, 150, 182, 187-188, 218
Blind, Karl 54
Blohm, Hermann 220
Blos, Wilhelm Joseph 169, 189, 195, 199
Born, Stephan 26, 30, 32
Bosson, F. 32
Braasch, Heinrich 169, 175, 184
Bracke, Wilhelm 112, 160
Bräuer, Carl August 130, 133, 141, 144-145, 148, 152, 168
Brentano, Lujo 150
Breuel, Ernst 176, 182, 187-188, 199
- Bruhn, Karl von 70
Bühning, Carl Johann 32-34, 36
- Chapeaurouge, Charles de 96
Christern, Johann Wilhelm 19
- Dammann, Adolf 226
Dammer, Otto 62, 64-65
Derossi, Karl 164, 175, 184
Dietz, Johann Heinrich Wilhelm 170, 175-176, 184, 186, 194, 196, 198, 202, 210, 219
Duncker, Franz 51, 108
- Ehrhart, Franz Josef 187
Elm, Adolf von 201, 212, 220, 226
Engels, Friedrich 19, 21, 43, 80
Eschwege, Sally 48, 89
- Fischer, Richard 224
Försterling, Friedrich Wilhelm 99
Fritzsche, Friedrich Wilhelm 61-62, 64, 89, 104-107, 111, 118-119, 124, 146, 164-165, 177
Frohme, Karl 202, 204, 210, 217, 219
- Gallois, Johann Gustav 14, 28-29, 33
Gangloff, Karl 32, 41, 43
Geib, August 99-100, 102, 107, 110, 113, 123, 126, 130, 132, 136, 149, 151-153,

- 155, 157-159, 164, 167, 170, 175-176,
 179-180, 182-184, 189, 198, 202
 Gerisch, Karl Alwin 224
 Glocke, Theodor 226
 Godeffroy, Gustav 25
 Grillenberger, Karl 206
 Grosz, Heinrich 161, 170
 Gutzkow, Karl Friedrich 19

 Haacke, Johann Carl 41, 43, 45
 Hagen, Theodor 33, 36, 42
 Hartmann, Georg Wilhelm 152, 164, 170,
 175-178, 182-184, 198
 Hasenclever, Wilhelm 100, 133, 136-137,
 144, 150, 152, 155-156, 158, 164, 169,
 176, 199
 Hasselmann, Wilhelm 133, 151, 153, 158,
 174, 193-194
 Hatzfeldt, Sophie von 79, 90-91, 93,
 112-113
 Haupt, Hermann Wilhelm 34, 36, 43, 45
 Heckscher, Johann Gustav 24-25
 Heinsen, Eduard 84
 Heinzl, Stefan 204, 210
 Heitmann, Benno 14, 33
 Hepner, Adolf 128, 135, 138
 Hesse, A. 79, 84, 87
 Hetzel, Bertha 97
 Hillmann, Carl August 169
 Hillmann, Hugo 91-92
 Hirsch, Carl 128
 Hirsch, Max 51, 79, 101, 108
 Hirsch, Wilhelm 34, 43
 Hödel, Max 182
 Hörig, Carl August 167, 175
 Hoffmann, Karl Friedrich Konrad 11

 Ihrer, Emma 226

 Jacoby, Johann 151

 Kapell, August 173, 179-181, 194
 Kapell, Otto 161, 165, 170, 194
 Kick, Georg 30
 Kloß, Karl August 226
 Kotkamp, C. H. 167

 Kückelhahn, August 205
 Külbel, Theodor 180

 Lange, Friedrich Albert 79
 Lassalle, Ferdinand 53, 65, 67-80, 93, 9
 157, 178, 183
 Legien, Carl 217, 226
 Liebknecht, Wilhelm 80, 92, 100-101,
 105, 110, 112-113, 116, 124-125, 121
 130, 135, 138, 151, 156, 158-159, 167
 174, 176, 178, 189, 206, 224
 Lincoln, Abraham 84
 Lindwurm, Arnold 187
 Lüders, Jürgen 53, 84-85, 87, 98

 Mann, Friedrich Carl 88
 Marr, Friedrich Wilhelm 29, 33
 Martens, Joachim Friedrich 12, 15-16,
 20, 22, 26, 33, 36, 40-41, 43, 45, 48, 55
 88, 106, 115
 Martienssen, Paul 157
 Marx, Karl 15, 21, 36, 42-43, 78-80, 94,
 101, 104, 108-109, 126, 158, 160
 Meißner, Otto Karl 100-101, 158
 Melle, Eduard von 100
 Mende, Fritz 111
 Merck, Ernst 25
 Metzger, Wilhelm 140, 146, 162, 203,
 218
 Molkenbuhr, Hermann 211, 217, 219
 Most, Johann 151, 187, 193
 Motteler, Julius 151
 Müller, G. A. 135

 Napoleon III. 126
 Nobiling, Karl 182

 Perl, August 53, 63, 66, 69-71, 75, 79, 88
 91-92, 95-96, 99-100, 102, 105, 107,
 110
 Petersen, Carl 163
 Petersen, Carl Hermann 45
 Praast, Rudolf 118, 149, 182-183
 Prey, Eduard 143
 Puttkamer, Robert von 208

- Reckhahn, Friedrich August 18, 22, 33, 48
 Rediker, W. 53
 Rée, Anton 14, 96
 Reese, Carl 196
 Reimer, Otto 150, 153, 159, 176, 195
 Reuß, Andreas 41
 Richter, Ernst Bernhard 93, 169
 Richter, Gustav Reinhold 59, 63, 100
 Rieke, Heinrich 161
 Riesser, Gabriel 42
 Rittinghausen, Moritz 198
 Rödiger, Hugo Carl 206
 Rönnekamp, Johann 166
 Roß, Edgar 25, 100
 Roßmäßler, Emil Adolph 65–68, 71–72

 Saint-Simon, Claude Henry 19
 Schallmeyer, Carl 114, 122, 130, 136
 Schapper, Karl 43
 Schiller, Friedrich 51
 Schirges, Georg Gottlieb 12, 15, 17–19, 48
 Schmoller, Gustav 150
 Schramm, Conrad Bernhard 36
 Schraps, Reinhold 96–97, 129
 Schulze-Delitzsch, Hermann 51, 59, 66–67, 72
 Schwartz, Theodor 226
 Schwartz, Edmund 42
 Schweitzer, Johann Baptist von 79–80, 88, 92–93, 95, 98–100, 102, 105–114, 116–121, 131, 133, 141, 144, 169
 Schwenniger, Franz 30, 32, 34, 41
 Singer, Paul 224
 Sloman, Robert 96
 Slomke, Gustav 216
 Sonnemann, Leopold 72–73, 79, 88

 Spandow, Moritz Leopold 45
 Stengele, Gustav 212
 Stoecker, Adolf 182
 Stolle, Karl Wilhelm 206
 Stolten, Otto 166, 212

 Tölcke, Carl Wilhelm 88, 120, 158, 160
 Trittau, Jakob 29, 33, 45

 Ulex, Georg Ludwig 18, 40–41, 45

 Vahlteich, Karl Julius 61–62, 64, 75, 151
 Versmann, Johannes 52
 Vogel von Falckenstein, Eduard 126
 Vollmar, Georg von 206

 Wagner, Adolf 150
 Weber, August 18
 Wedde, Johannes 196, 207, 209, 212, 217
 Weitling, Wilhelm 15, 17, 19, 21, 36, 44, 74
 Wilhelm I. 182, 213
 Wilhelm II. 214, 218
 Willich, August 43
 Windeler 34
 Winter, Theodor 68
 Winterhoff 85
 Wirth, Max 72–73
 Woermann, Adolf 204, 210, 218
 Wolffson, Isaac 14
 Wurm, Christian Friedrich 24

 York, Theodor 60, 66, 69–71, 74, 79, 95–96, 100, 102, 107, 110–113, 118–119, 121, 126–127, 133, 135–136, 141, 143, 149, 154, 159, 165

 Zadow 53